
Thorsten Schulte
Kontrollverlust
Wer uns bedroht und
wie wir uns schützen
KOPP

Thorsten Schulte

# Kontrollverlust

Wer uns bedroht und
wie wir uns schützen

KOPP VERLAG

1. Auflage August 2017



Lektorat: Renate Oettinger
Covergestaltung: Nicole Lechner

Bildnachweis Coverabbildungen: © picture alliance /AP Images; © dpa

ISBN E-Book 978-3-86445-504-9
eBook-Produktion: GGP Media GmbH, Pößneck

*Gerne senden wir Ihnen unser Verlagsverzeichnis*
Kopp Verlag
Bertha-Benz-Straße 10
D-72108 Rottenburg
E-Mail: info@kopp-verlag.de
Tel.: (07472) 98 06-0
Fax: (07472) 98 06-11

*Unser Buchprogramm finden Sie auch im Internet unter:*
www.kopp-verlag.de

## Vorwort

# Freiheit, die wir meinen

Das Buch über den Wert der Freiheit kommt zur richtigen Zeit. Thorsten Schulte hat ein perfektes Gefühl für den politischen Kurs, der die Gegenwart in Deutschland prägt, auch wenn viele Menschen die Herausforderungen aus den unterschiedlichsten Gründen nicht wahrhaben wollen. Es geht um das »Eingemachte« im staatspolitischen Sinne. Auffallend ist, dass aus dem politischen Bereich weder Analysen über die gesellschaftlichen Herausforderungen noch politische Handlungsanweisungen kommen. Die Gestaltungskraft ist der staatlichen Führung abhandengekommen, und das zeigt sich in bedrückender Weise in der Migrationsfrage. Hier war es Thorsten Schulte, der seine Stimme zum staatlichen Kontrollverlust erhoben hat. Die Bundeskanzlerin hat nicht nur willkürlich die Gesetze zum Schutz unseres Staates und der deutschen Bevölkerung außer Kraft gesetzt. Durch ihr singuläres Vorgehen in Europa hat sie für Deutschland und Europa in den Zeiten des internationalen Terrors die größten Herausforderungen für unsere Gesellschaften und damit die europäischen Völker geschaffen. Offene Grenzen und offene Gesellschaften schließen sich gegenseitig aus, wie die immer drakonischer werdenden Eingriffe in die individuellen Freiheitsrechte deutlich machen. Selbst der Stasi-Chef Erich Mielke war weit davon entfernt, jene Kontroll- und Meinungssteuerungsmechanismen umsetzen zu können, wie sie seit den Erkenntnissen über die NSA und weitere Institutionen den Staatsbürgern gegenüber angewandt werden.

Freiheit wird verspielt und bewusst eingeschränkt – und Thorsten Schulte redet und schreibt dagegen an. Dazu braucht es Mut, und den hat Schulte. Mut hat Tradition in seiner westfälischen Heimat, der Schulte so sehr verbunden ist – gerade Mut in einer Zeit, in der andere schweigen, wenn Protest und »Flagge zeigen« angebracht wären. Klare Kante zu zeigen, auch den Herrschenden gegenüber, ist in Deutschland mit dem Vorbild des »Löwen von Münster«, Kardinal Graf von Galen, verbunden – einer geistlichen Führungspersönlichkeit, die in der dunkelsten Zeit unseres Vaterlandes den Mut aufbrachte, den Verstoß der Machthaber gegen die

elementaren Menschenrechte anzuprangern und dem Staat ins Gewissen zu reden.

Die Zeiten sind wieder danach. Freiheit verlangt das Bewusstsein der Staatsbürger, ohne sie nicht atmen zu können, und die Sicherheit, dies durch feste und wohlfundierte Institutionen garantiert zu sehen. Nur aus diesem Grund haben wir über Jahrzehnte von unseren Werten gesprochen. Nun, in der Zeit höchster Gefahr, spricht Thorsten Schulte von ebendiesen Werten. Wenige tun dies zurzeit – wer spricht noch von Werten, wenn der Westen und damit wir wieder Kriege aus reiner Willkür führen? Werte werden nur dann hochgehalten, wenn das Recht geachtet wird. Mit dem Krieg gegen Jugoslawien 1999 haben wir uns daran beteiligt, die internationale Rechtsordnung einzureißen, und billigend in Kauf genommen, dass jede Bundesregierung seither eine Politik an der eigenen Verfassung vorbei zwischen Kabul und Mali kriegerisch umgesetzt hat. Deutschland muss, so steht es im Grundgesetz, einen Beitrag zum Frieden auf der Welt leisten und darf sich an Angriffskriegen nicht beteiligen. Von dieser substanziellen Verletzung des internationalen und deutschen Rechts bis zu den Willkürhandlungen der Bundeskanzlerin in der Migrationsfrage am 4./5. September 2015 war dann kein weiter Weg: Es geht in Deutschland wieder gegen das Recht und damit gegen die Grundlage und die Garantie unserer Freiheit. Thorsten Schulte nennt die Dinge beim Namen in einer Zeit, in der die Große Koalition Deutschland nach Strich und Faden einlullt.

Nur ein Teil unserer Landsleute hat ein Gefühl dafür, was es bedeutet, wenn einem der »Teppich unter den Füßen« weggezogen wird. Der Untergang der DDR hatte über den 3. Oktober 1990 hinaus diese Wirkung. Dieses Gefühl betrifft uns heute als Nation. Es stellt sich verstärkt ein, wenn man sich all das ansieht, was gemeinhin »der Westen« genannt wird. Ein zutreffendes Bild der allgemeinen Weltlage erhalten wir Staatsbürger durch die mittels einer Zwangssteuer betriebenen Staatsmedien überhaupt nicht. Im Vergleich zu den internationalen Nachrichtensendern kommt dies beispielhaft und überdeutlich in der deutschen Wetterkarte zum Ausdruck. Jeder popelige Auslandssender zeigt die globale Wetterlage. ARD und ZDF beziehen bestenfalls die Kanaren neben Helgoland ein und gehen schon mal in die Feriengebiete. Sender aus den Staaten, die sich nicht zugutehalten, Welthandelsnationen zu sein, zeigen den Globus mit all dem, was das Wetter

hergibt. Wie sollen wir uns ein Bild über die revolutionären Umtriebe von Präsident Trump in den USA und die von Soros, Merkel, McCain und Obama gestellte kontinentale Gegenregierung machen, wenn nicht der Senderauftrag umgesetzt wird? Doch das ist Absicht, denn wir sollen einfach nicht mitbekommen, dass uns nicht nur die Freiheit beschnitten und weggenommen wird, sondern auch der Frieden.

Thorsten Schulte geht deshalb auf die Bedeutung von Freiheit ein, die man uns nur einmal nehmen muss. Wir werden sie nicht mehr in Anspruch nehmen können, wenn man uns diese einmal genommen hat. Es ist wie mit dem Bargeld und einem Besuch auf der Krim. Wenn es gelingt, uns das Bargeld zu nehmen, werden die auf amerikanischen Druck eingeführten Sanktionen erst richtig greifen, weil das Diktat amerikanischer Kreditkartenfirmen nicht überwunden werden kann. Wollen wir das alles? Thorsten Schulte gibt die einzig mögliche Antwort, die einem deutschen Weltbürger möglich ist.

*Willy Wimmer, Jüchen, 5. Juni 2017*
*CDU-MdB 1976 bis 2009,*
*Parl. Staatssekretär des Bundesministers der Verteidigung a. D.*

# 1 | Einleitung

## Wird 2017 ein Schicksalsjahr für Deutschland?

Als ich am 14. Mai 2016 im Rahmen unserer Kundgebung für das Bargeld auf der Hauptwache in Frankfurt neben Prof. Max Otte auf der Bühne stand, stimmte er nach unseren Reden das Lied »Sei wachsam« von Reinhard Mey an. Der Refrain des Liedes lautet: »Sei wachsam und fall nicht auf sie rein! Pass auf, dass du deine Freiheit nutzt, die Freiheit nutzt sich ab, wenn du sie nicht nutzt!« Dieses Buch ist hochpolitisch und soll sehr bedenkliche Fehlentwicklungen klar benennen. Nur wenn wir uns dessen bewusst sind, können wir uns für eine bessere Zukunft einsetzen. Wir dürfen unsere Freiheit, den Schutz unserer Privatsphäre, das Recht auf eine eigene Meinung, den Anspruch auf Meinungsvielfalt in einer Demokratie, die Rechtsstaatlichkeit und unser Bargeld als Voraussetzung für Freiheit und Privatsphäre nicht preisgeben. Als Investmentbanker schaute ich in die hässlichste Fratze unseres Papiergeldsystems. Aufgrund meiner damaligen Erfahrungen und aus vielen Gesprächen mit System-Insidern verstehe ich dieses Buch als Weckruf. Sie werden sehen, dass die Gefahren für unsere Freiheit an vielen Stellen lauern.

Immer mehr staatliche Reglementierung, ja staatliche Bevormundung bestimmen unser Leben. Die Freiheit des Individuums wird von immer weniger Menschen als schützenswert angesehen, und das Kollektiv ist anscheinend alles. Angela Merkel stellte als Bundeskanzlerin in der Flüchtlingsfrage im September 2015 die Moral vor das Recht, wie selbst ein Journalist der Welt Ende 2016 im deutschen Fernsehen zum Besten gab. Aber für immer mehr heiligt der Zweck die Mittel. Wenn jedoch die Herrschaft des Rechts endet, bricht keine gute Zeit an. Es liegt daher an uns allen, unsere Freiheit, unsere Rechtsstaatlichkeit und damit eine lebenswerte Zukunft zu verteidigen. Jeder Einzelne von uns kann allein wenig ausrichten. Und wenn wir uns heute sagen, dass jeder friedliche Widerstand zwecklos ist, werden wir im Rahmen einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung die

Grundlage für unsere Unfreiheit legen. Aber wollen wir das wirklich? Allein der Kampf des Finanzestablishments gegen das Bargeld und für die völlige Gläsernheit des Bürgers wie auch die ohne jedwede Kontrolle agierende Europäische Zentralbank müssen den Widerspruch jedes aufrechten Demokraten herausfordern. Damit beschäftigt sich der erste Teil des Buches.

Im zweiten Teil geht es um Vermögensschutz in der heutigen Zeit. »Wir können den Wind nicht ändern, aber die Segel anders setzen«, sagte Aristoteles. Übertragen auf die heutige Zeit heißt das: Wir haben es nicht in der Hand, die weiteren Geschicke der Weltwirtschaft und unseres Weltfinanzsystems zu ändern. Wird eine Border Tax von Donald Trump den Welthandel entscheidend schwächen und sogar Handelskriege vom Zaun brechen? Droht ein großer Krieg in Asien oder im Nahen Osten? Wird der Euro zerbrechen? Selbst Negativzinsen schaffen es derzeit nicht, die Sparer aus ihrer Lethargie und Teilnahmslosigkeit zu reißen. Die meisten Zeitgenossen stehen abseits und handeln nicht. Ist dieses Verhalten Ohnmacht, Hilflosigkeit oder bewusstes Wegschauen? Psychologen sprechen von Kognitiver Dissonanz. Der Mensch versucht, seinen mühsam gefundenen Seelenfrieden durch eine selektive Informationswahrnehmung zu verteidigen. Es ist nur allzu menschlich, kommende Bedrohungen, Krisen und unerwünschte, ja bedrohliche Entwicklungen, solange es irgend möglich ist, auszublenden. Umso heftiger fällt dann jedoch später der Aufprall auf dem harten Boden der Wirklichkeit aus. Wir brauchen angesichts einer Welt mit nie da gewesener Überschuldung und großen politischen Risiken eine Vermögensschutzstrategie, die nicht einseitig ist, sondern uns allumfassend Schutz gibt.

Italien droht zum entscheidenden Sargnagel des Euros zu werden. Aber auch unser Blick auf die Gesamtverschuldung Frankreichs im Vergleich zu Deutschland zeigt, dass hier Ungemach für die Europäische Währungsunion in der Luft liegt. Was Bindeglied zwischen den Nationen Europas sein sollte, entwickelte sich immer mehr zum Spaltpilz. Planungssicherheit gibt es für die Bürger nicht mehr. Negativzinsen belasten die Sparer, frühere Steuerzusagen für Investoren werden zurückgezogen. Selbst Focus Money titelte dazu unlängst: »Wer sich auf die Regierung verlässt, ist verlassen«. Die Überschuldung der Welt fordert ihren Tribut. Ende 2016 erreichte sie den Rekordwert von 325 Prozent der Weltwirtschaftsleistung nach 320 Prozent

ein Jahr zuvor. Trotz unglaublich niedriger Notenbankzinsen, die in einigen Staaten sogar negativ sind, geht die Aufschuldung weiter. Ein solches Weltfinanzsystem verträgt immer weniger Freiheit und Wahrheit. Beide werden auf dem Altar der heutigen Papiergeldpolitik geopfert. Würde Martin Schulz in Deutschland als Chef einer rot-rot-grünen Bundesregierung einem Macron in Frankreich folgen, wäre die Schuldenvergemeinschaftung in Euroland kaum aufzuhalten. Keine schönen Aussichten für den deutschen Michel.

Dieses Buch soll den Lesern die Augen öffnen. Es soll sie sensibilisieren gegenüber den Feinden der Freiheit und den Risiken für unser Vermögen. Und was noch viel wichtiger ist: Es soll unsere Eigenständigkeit und Eigenverantwortlichkeit als kostbares Gut verteidigen. Lassen Sie uns alle eine Leuchtfackel für unsere Freiheit werden. Wir dürfen nicht kapitulieren und müssen auf die Macht des Freiheitswillens der Menschen setzen. Diese Kraft hat die Mauer in Berlin, die Grenzziehung in unserem Vaterland und die sozialistische Diktatur zum Einsturz gebracht. Das Beispiel der früheren DDR zeigt, dass vermeintliche Sicherheit vor Arbeitsplatzverlust nicht das Leben im Gefängnis erträglich machte. Soziale Sicherheit und Freiheit stehen übrigens nicht im Widerspruch zueinander, wie die Soziale Marktwirtschaft zeigt. Wir brauchen beides, aber beides gerät in Gefahr.

Für mich persönlich, und ich hoffe auch für die Leser dieses Buches, ist das folgende Gedicht eine Triebfeder:

*Reden ist Silber*
*und Schweigen ist Gold.*
*Wer Gold hat, kann schweigen,*
*doch wer hat gewollt,*
*dass du nach der Weise entmündigter Greise*
*nur heimlich und leise das Unrecht verfluchst?*
*Denn schweigst du nur immer,*
*wird alles nur schlimmer,*
*siehst nie einen Schimmer vom Recht, das du suchst.*
*Denn für den, der nichts tut,*
*der nur schweigt so wie du,*
*kann die Welt, wie sie ist, auch so bleiben ...*

## **WER SCHWEIGT, STIMMT ZU** (Herman van Veen)

Lassen Sie uns gemeinsam zu den Fehlentwicklungen der heutigen Zeit nicht schweigen. Und öffnen wir zusammen möglichst vielen unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger die Augen!

Bei alledem geht es aber auch darum, die kommende Zeitenwende als großartige Chance sowohl für die Vermögenssicherung und – mehrung als auch für positive Veränderungen in unserer Gesellschaft zu nutzen. Allem Krisengerede zum Trotz sollten wir dabei den Grundsatz des ersten deutschen Bundespräsidenten Theodor Heuss beherzigen: »Der einzige Mist, auf dem nichts wächst, ist der Pessimist.« Oder mit den Worten von Oscar Wilde: »Am Ende wird alles gut, und wenn es noch nicht gut ist, ist es noch nicht das Ende.« All denen, die jede Hoffnung auf Veränderung verloren haben, möchte ich die Worte von Margaret Mead auf den Weg geben: »Zweifle nie daran, dass eine kleine Gruppe engagierter Menschen die Welt verändern kann – tatsächlich ist dies die einzige Art und Weise, in der die Welt jemals verändert wurde.«

## 2 | Kapitel

# Unser Bargeld stirbt schleichend

Der Verfassungsrechtler Christoph Degenhart von der Universität Leipzig spricht Klartext, wenn es um Bargeldverbote oder Bargeldrestriktionen geht. Dies sei eine »bedenkliche Entwicklung hin zur Totalüberwachung des Bürgers und zur Einschränkung der bürgerlichen Freiheiten«, warnt er. Daher hält er ein Bargeldverbot für verfassungswidrig. [1] › Hinweis Noch sieht dies eine Mehrheit der Deutschen und Österreicher ähnlich, die an ihrem Bargeld festhalten möchte. Doch die Anti-Cash-Propaganda gewinnt seit Jahren an Dynamik, auch und gerade in Europa und inzwischen sogar in Deutschland. Wenn Wahlen vor der Tür stehen, halten sich deutsche und österreichische Politiker in dieser Frage zwar vornehm zurück, weil sie genau wissen, dass sie mit diesem Thema keine Stimmen gewinnen können, doch sollten Sie sich keine Illusionen machen: Längst sind schlagkräftige und finanzstarke Institutionen und Verbände am Werk, die unser Bargeld entweder abschaffen oder zumindest Bargeldrestriktionen einführen möchten, wie es sie zum Beispiel in Spanien, Portugal, Italien, Griechenland, Frankreich und Belgien bereits seit Jahren gibt. Und vielleicht haben Sie sich auch gewundert, liebe Leserin, lieber Leser, wie sang- und klanglos plötzlich der 500-Euro-Schein von den EZB-Oberen »beerdigt« wurde. Plötzlich war diese Banknote ein »Schurkenschein«, mit dessen Abschaffung man den internationalen Terror angeblich bekämpfen, die Geldwäsche ausmerzen und die Steuerhinterziehung eindämmen möchte. Finden Sie das nicht auch merkwürdig? Seit dem 27. Juli 1964 gab es in Deutschland einen 1000-DM-Schein, ohne dass sich die Bundesbank oder irgendwelche Politiker darüber aufgeregt hätten. In heutiger Kaufkraft entsprechen die 1000 DM von damals übrigens rund 2000 Euro. Wir fanden die 1000-DM-Scheine zum Beispiel nützlich, wenn wir ein gebrauchtes Auto kauften oder beim Juwelier ein teures Schmuckstück oder eine Uhr erwarben. In der Schweiz gibt es nach wie vor eine 1000-Schweizer-Franken-Banknote. Umgerechnet ist sie viel mehr wert als der 500-Euro-Schein. Warum also wurde ausgerechnet die 500-Euro-Banknote kriminalisiert und abgeschafft? Glaubt denn wirklich irgendjemand, der noch Herr seiner Sinne ist, die IS- und andere Terroristen

wären dadurch zu beeindrucken, dass sie nicht mehr mit Koffern voller 500-Euro-Scheine kreuz und quer durch die Welt reisen können? Nein, dahinter steckt eine ganz andere Strategie, was der folgende Vorgang beweist.

# 2 | 1 Der IWF als PR-Berater oder: Biedermann und die Brandstifter

Der renommierte Wirtschaftsjournalist und Publizist Norbert Haering berichtete im April 2017 in seinem Blog über ein Working Paper, das es in der Tat in sich hat. »IWF berät Regierungen, wie sie die Bevölkerung täuschen und geschmeidig Bargeld abschaffen können«, ist der Beitrag überschrieben. [2] › Hinweis Der Text nimmt Bezug auf ein Arbeitspapier zur Bargeldbeseitigung (»de-cashing«) des Internationalen Währungsfonds (IWF). In den Schlussfolgerungen empfiehlt IWF-Analyst Alexei Kireyev den Regierungen, mit vergleichsweise harmlosen Schritten die Bargeldabschaffung vorzubereiten. Er nennt in diesem Zusammenhang explizit die Abschaffung von großen Geldscheinen (500-Euro-Schein) und Obergrenzen für Barzahlungen, wie sie in vielen Staaten der EU längst Realität sind. Außerdem sei es vorzuziehen, den Privatsektor mit harmlos erscheinenden Umstellungen vorzuschicken, wie etwa dem Bezahlen von Kaffee mit dem Mobiltelefon. Denn direkte staatliche Eingriffe würden angesichts der Vorliebe der Menschen für Bargeld stärker hinterfragt. Außerdem könnten die Leute stichhaltige Gegenargumente vorbringen.

Mit anderen Worten: Der IWF – eine demokratisch nicht legitimierte Eliten-Organisation – gibt den Regierungen strategische PR-Tipps, wie sie dem skeptischen Volk die Abschaffung des Bargelds unterjubeln können. Dabei wird nicht einmal der Versuch unternommen, sich mit den Gegenargumenten der Bürger auseinanderzusetzen. Ich stelle dieses Working Paper bewusst an den Anfang dieses Kapitels über das drohende Bargeldverbot. Denn trotz aller bereits eingeleiteter Maßnahmen (Abschaffung der 500-Euro-Note, Barzahlungs-Obergrenze in vielen EU-Staaten und die unglaubliche Anti-Cash-Propaganda nicht nur in Schweden) höre ich immer wieder, das alles sei eine Scheindebatte. Die Politiker trauten sich nicht, den Bürgern ihr Bargeld zu nehmen. Wirklich nicht? Schließlich hat man ihnen auch die D-Mark genommen und sie mit dem Euro zwangsbeglückt.

Mich erinnert das alles an Max Frischs Drama *Biedermann und die*

*Brandstifter*. Herr Biedermann nimmt arglos zwei Brandstifter in sein Haus auf, obwohl sie von Anfang an erkennen lassen, dass sie es anzünden werden. Die Biedermänner verweigern sich eben der Realität. Sie glauben nur das, was sie glauben wollen beziehungsweise was man sie glauben macht.

## 2 | 2 Indien – das »Versuchslabor« der Cash-Gegner

Erinnern Sie sich noch an den 8. November 2016? An diesem Tag wurde in den USA gewählt, und der international stark beachtete Urnengang der Amerikaner endete mit einem Paukenschlag: Nicht die von den Mainstream-Medien und von den meisten internationalen Konzernen und Regierungen favorisierte und protegierte Hillary Clinton machte das Rennen, sondern ausgerechnet Donald Trump, gegen den das Establishment innerhalb und außerhalb der Vereinigten Staaten seit Monaten zu Felde gezogen war. Am selben Tag – eben an diesem 8. November – entwertete die indische Regierung die Geldscheine des Landes. Die Wirtschaft war paralysiert, und die Nation drohte im Chaos zu versinken. Natürlich erklärte die Regierung von Premierminister Narendra Modi, dies alles diene nur dem Ziel, die in Indien in der Tat grassierende Korruption zu bekämpfen und den Umlauf von Falschgeld zu stoppen. Das Ergebnis dieser gleichsam im »Windschatten« der US-Präsidentschaftswahl umgesetzten Entscheidung war freilich ein anderes: Es kam zu Panikkäufen, vor den Banken des Landes bildeten sich riesige Schlangen, die Salzpreise stiegen um das Zwanzigfache, weil Gerüchte umgingen, die Händler könnten kein Wechselgeld mehr ausgeben. In einer Bankfiliale in Neu-Delhi mussten sich die Angestellten in der Toilette einsperren, um sich vor aufgebrachten Menschen zu schützen. Insgesamt kostete die Maßnahme der Regierung sage und schreibe sechzehn Menschenleben. In Jaipur starb sogar ein Säugling, weil der Rettungsdienst angeblich keine alten Geldscheine annehmen wollte. [3] › Hinweis Die Folgen dieses Experiments trafen freilich nicht die Korrupten, sondern die Schwächsten der indischen Gesellschaft.

Wenn schon die angeblichen Ziele mit dieser spektakulären Maßnahme nicht erreicht werden konnten, so stellt sich die Frage nach dem tatsächlichen Hintergrund. Und warum wurde diese Operation ausgerechnet am Tag der US-Präsidentschaftswahlen gestartet? Der Finanzjournalist Michael Brückner veröffentlichte Ende 2015 ein Buch zum Thema »Bargeldverbot« [4] › Hinweis . Der Untertitel traf den Nagel auf den Kopf: »Auf dem Weg zum gläsernen Kontosklaven.«

Nun muss man wissen, dass nach einer Studie der Weltbank fast jeder zweite Inder kein Bankkonto hat. Diese Menschen sind somit nicht in der Lage, bargeldlos zu zahlen. Denn ganz gleich, ob man seine Rechnung per Überweisung, Kreditkarte oder über eine Bezahl-App begleicht, in jedem Fall braucht man ein Konto, über das der Zahlungsverkehr abgewickelt werden kann. Einschneidende Bargeldrestriktionen zwingen somit all jene Bürger, die bislang kein Konto unterhielten, ein solches zu eröffnen und dadurch völlig transparent zu werden. Denn die Zeiten, in denen es noch so etwas wie ein Bankgeheimnis gab, sind längst vorbei. Sind die Konten transparent, lassen sich auch die Steuern einfacher eintreiben. Zunächst aber richtete das indische Bargeldverbot nur Chaos an und stürzte vor allem die mittelständische Wirtschaft des Landes in eine Krise. Die Bürger gaben kein Geld mehr aus, sondern horteten die letzten Reserven.

Warum startete die indische Regierung dieses Experiment ausgerechnet am Tag der US-Präsidentschaftswahl? Der Grund ist denkbar einfach: Alle Welt schaute damals auf die USA, die Medien waren voll auf Hillary Clinton und Donald Trump fixiert. Wen würde da schon das Bargeldverbot in Indien scheren? Nun, auch dieses Kalkül ging nicht auf, die Bilder von den zornigen Indern, die um ihr Geld fürchteten, die langen Schlangen vor den Geschäften – sie gingen rund um den Globus. Es ist Spekulation, aber vielleicht hatte das Timing der indischen Regierung noch einen zweiten Grund. Wie gesagt, ging damals beinahe jeder von einem Sieg Clintons bei den US-Präsidentschaftswahlen aus. Hillary Clinton und ihr Mann, der frühere US-Präsident Bill Clinton, gehören wie viele in den USA zu den prominenten Unterstützern von Bargeldverboten und – restriktionen. So finden sich die Clintons auch unter den Förderern der Propagandaplattform »Betterthancash-Alliance« (siehe Info-Kasten). Vielleicht glaubte die indische Regierung, mit einer solchen Maßnahme auf das Wohlwollen der neuen Regierung zu stoßen. Nun, auch das ging voll daneben, wie wir mittlerweile wissen: Nicht Hillary Clinton, sondern Donald Trump gewann die Wahl.

## Propagandisten für eine Welt ohne Bargeld

Wenn Sie wissen möchten, welche einflussreichen Kräfte hinter der Kampagne gegen unser Bargeld stehen, dann rufen Sie einfach im Internet die Seite www.betterthancash.org auf und klicken Sie den Menüpunkt »Members« an. Ich verspreche Ihnen, Sie werden erstaunt sein, wen Sie dort alles finden. Zu den Mitgliedern dieser Allianz gehören keineswegs nur Kreditkartenorganisationen, andere Finanzdienstleister und Regierungen (vor allem aus Staaten der Dritten Welt). Sie finden dort vielmehr Unternehmen wie beispielsweise die H&M-Gruppe, Ford und The Coca-Cola Company. Die Bill & Melinda Gates Foundation hat ihre Finger ebenfalls im Spiel – und nicht zu vergessen: die Clintons.

Vielleicht haben Sie auch schon einmal von der sogenannten »Group of Thirty« gehört; siehe dazu Kapitel 8.3. Diese »Gruppe der 30« wurde auf Initiative der Rockefeller-Stiftung 1978 gegründet und von dieser mit einem Gründungskapital von 500 000 US-Dollar ausgestattet. Einer ihrer bekanntesten Protagonisten ist Larry Summers, der ehemalige US-Finanzminister unter dem früheren Präsidenten Bill Clinton. Summers gehört zu den verbissensten Kämpfern gegen das Bargeld; er fordert sogar die Abschaffung des 100-US-Dollar-Scheins, also der US-Banknote mit dem höchsten nominellen Wert. Außerdem interessant: Mister Summers ist als Berater für Unternehmen der Finanztechnologie und

Zahlungsdienstleistungen tätig.

Der Group of Thirty gehören darüber hinaus EZB-Präsident Mario Draghi, der Chef der Bank of England, Mark Carney, sowie der Chef der Federal Reserve New York, William Dudley, an. Diese drei Herren waren zuvor übrigens allesamt bei der US-Großbank Goldman Sachs tätig.

## 2 | 3 Schweden: Notdurft verrichten? Nur per Kreditkarte!

Ute Villing aus Rottweil glaubte während ihres Urlaubs in Stockholm ihren Augen nicht. Die Benutzung der Toilettenhäuschen war nur mit MasterCard oder anderen Kreditkarten möglich. Das sei schon sehr speziell, meint sie. Aber auch in den Geschäften, in den Restaurants oder Hotels sei man als Barzahler nicht willkommen. [5] › Hinweis Immer mehr Ladengeschäfte weigern sich sogar grundsätzlich, Bargeld anzunehmen. »Vi är kontantlös«, heißt es da auf entsprechenden Hinweisschildern, übersetzt: »Wir nehmen kein Bargeld«. Und sogar in vielen Kirchen des skandinavischen Staates müssen Sie Ihre Kollekte vom Konto abbuchen lassen (Ähnliches wird übrigens auch in manchen deutschen Kirchen schon getestet).

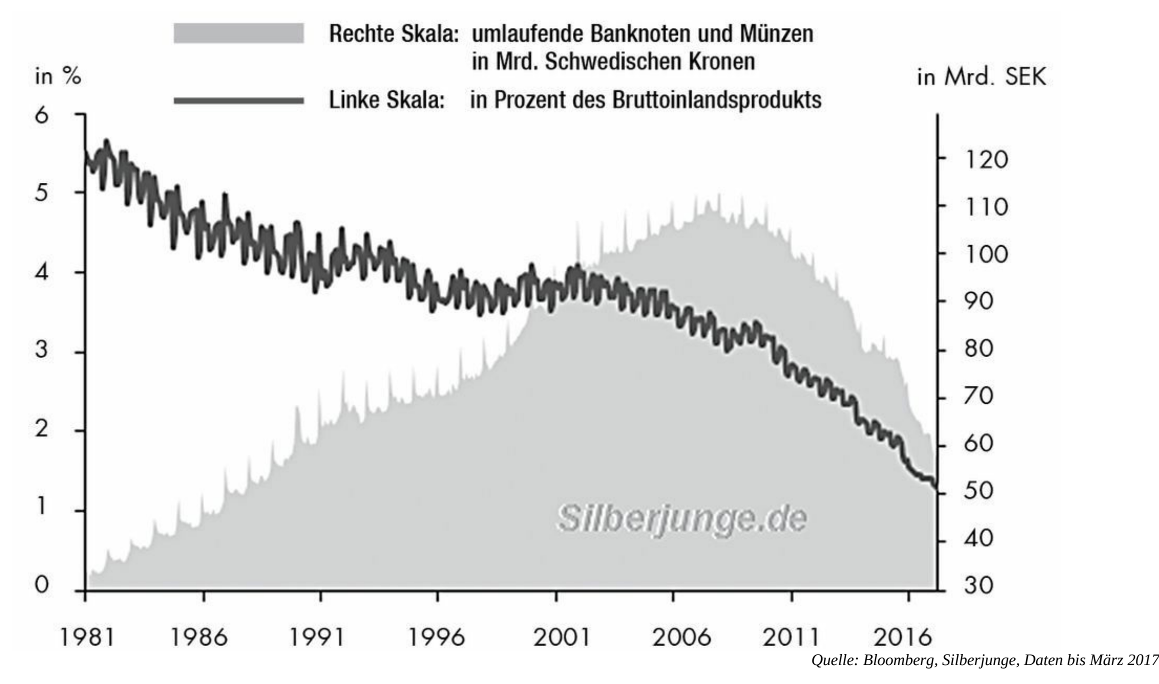
Dieses Beispiel zeigt uns, wo die Freiheit der Bürger im Allgemeinen und der Verbraucher im Besonderen endet. Vermutlich haben die meisten von Ihnen schon per Kreditkarte gezahlt, zum Beispiel, wenn man einen Flug oder einen Leihwagen bucht. Und wer etwas im Internet kauft, der kann eben nicht bar bezahlen. Natürlich hat das bargeldlose Zahlen gewisse Vorteile. Aber die Freiheit der Bürger und Verbraucher besteht eben darin, dass sie allein entscheiden können, wie sie ihre Rechnungen begleichen. Derzeit haben Sie noch die Möglichkeit, absolut anonym einzukaufen, wenn Sie bar bezahlen. Und auch der Ober im Restaurant weiß nicht, wer Sie sind, wenn Sie Ihre Rechnungen mit Geldscheinen begleichen – es sei denn, er kennt Sie persönlich. Sie können sogar bei einem seriösen Edelmetallhändler Gold, Platin oder Silber bis 9999,99 Euro (bis Juni 2017: 14 999,99 Euro) in sogenannten Tafelgeschäften erstehen, ohne sich legitimieren zu müssen – vorausgesetzt, Sie zahlen bar. Diese Möglichkeit besteht derzeit. Ich möchte allerdings nicht wetten, wie lange noch.

Zurück nach Schweden, wo der Kampf gegen das Bargeld manch bizarre Blüten treibt. So wurde die schwedische Gesellschaft durch die Bargeldrestriktionen regelrecht gespalten. Während es in Großstädten wie

Stockholm, Göteborg oder Malmö keine Probleme bereiten dürfte, bargeldlos zu zahlen, werden die Bewohner im Norden des Landes diskriminiert. Dort ist die Mobilfunkabdeckung teilweise noch lückenhaft. Vor allem ältere Menschen besitzen kein Smartphone, und sie bezahlen auch nicht online. Die nächste Bank ist meist viele Kilometer entfernt und vor allem im Winter schlecht zu erreichen. Diese Menschen sind auf Bargeld angewiesen, um ihre Einkäufe im Lebensmittelladen, beim Bäcker oder am Kiosk bezahlen zu können. Sie werden durch die Bargeldrestriktionen mithin klar benachteiligt. Dennoch hat sich der Bargeldumlauf in Schweden seit 2008 bereits nahezu halbiert, und über die Hälfte der Banken zahlt überhaupt kein Bargeld mehr aus. 2021 sollen Bargeldtransaktionen nur noch 0,5 Prozent aller Transaktionen ausmachen.

Nun gibt es viele Möglichkeiten, der Gesellschaft das Bargeld sukzessive zu entziehen. Die radikalste Maßnahme besteht darin, das Bezahlen mit Bargeld per Regierungs- und Parlamentsbeschluss einfach zu verbieten oder Barzahlungshöchstgrenzen festzulegen, wie in vielen Staaten der EU bereits geschehen. In Deutschland oder Österreich zum Beispiel machten sich die Politiker mit einem solchen Beschluss jedoch keine Freunde, denn die große Mehrheit der Bürger in diesen Ländern will am Bargeld festhalten.

**Dramatischer Sinkflug des Bargeldumlaufs in Schweden auf 57,7 Milliarden Schwedische Kronen im März 2017**




*Quelle: Bloomberg, Silberjunge, Daten bis März 2017*

Wie gut, dass es Alternativen gibt, sozusagen »sanfte Wege« zur Durchsetzung von Bargeldverboten und – restriktionen. In den USA zum Beispiel wurden die Dollar-Scheine mit hohem Nennwert nach und nach aus dem Verkehr gezogen. Die größte Banknote in den USA ist heute der 100-Dollar-Schein. Damit kommt man freilich nicht sehr weit. Wussten Sie, dass es früher auch US-Banknoten in der Stückelung von 500, 1000, 5000, 10 000 und sogar 100 000 US-Dollar gab? Diese werden seit 1946 nicht mehr gedruckt und seit 1969 im allgemeinen Zahlungsverkehr nicht mehr eingesetzt. Diese Methode scheint auch die Europäische Zentralbank zu favorisieren. Im Jahr 2016 beschloss die EZB, wie bereits erwähnt, schon mal die Abschaffung der 500-Euro-Note. Ich bin sicher, in nicht allzu ferner Zukunft wird der 200-Euro-Schein an der Reihe sein. Wenn es aber nur noch Scheine mit geringem Nennwert gibt, bleibt Ihnen gar nichts anderes übrig, als größere Rechnungen per Karte zu zahlen oder zu überweisen – sprich: Sie werden indirekt gezwungen, Ihre Käufe transparent zu machen.

Kommen wir nun zu den schwedischen Besonderheiten. Hier in Deutschland haben die Bankengruppen jeweils eigene Geldausgabeautomaten. Das stellen Sie spätestens dann fest, wenn Sie zum Beispiel ein Girokonto bei einer Sparkasse haben und sich an einem Hauptbahnhof an einem Geldausgabeautomaten der Reise-Bank mit Bargeld versorgen möchten: »Institutsfremde Kunden«, wie es so (un)schön heißt, werden regelmäßig zur Kasse gebeten, wenn sie diese Automaten nutzen. In Schweden werden die Bankomaten allesamt von nur einer Gesellschaft betrieben, die den Banken des Landes gehört. Da es somit keine Konkurrenz gibt, konnten die schwedischen Geldinstitute die Zahl der Geldausgabeautomaten im Land in den vergangenen Jahren fast halbieren. Überdies wurde die maximale Auszahlungssumme von früher 5000 Kronen (rund 525 Euro) auf vielfach nur noch 1000 Kronen (circa 105 Euro) reduziert. Diese Monopolstellung haben sich die schwedischen Banken auch für das bargeldlose Zahlen gesichert. So können die Schweden mit der Bezahl-App »Swish« über ihr Smartphone Geld überweisen, vorausgesetzt, sie haben ein Bankkonto und die Technik versagt nicht. Auch »Swish« gehört den schwedischen Banken gemeinsam.

Allerdings – und das sei an dieser Stelle nicht verschwiegen – gibt es in Schweden durchaus kritische Stimmen, die viele Pseudo-Argumente der

Cash-Gegner ad absurdum führen. Vor einiger Zeit jagte uns ein Kreditkartenunternehmen Angst und Schrecken mit der Nachricht ein, auf einer Banknote tummelten sich angeblich bis zu 26 000 potenziell gesundheitsschädliche Bakterien. Frau Professor Agnes Wold vom Institut für klinische Mikrobiologie an der Universität Göteborg nahm daraufhin die Banknoten unterschiedlicher Währungen unter die Lupe. Das Ergebnis: Bei den auf den Geldscheinen festgestellten Bakterien handelt es sich um weitgehend harmlose Hautbakterien. [6] › Hinweis Mit Bargeld zu zahlen ist daher nicht »gefährlicher«, als jemandem die Hand zu geben.

Der schwedische Sicherheitsexperte und ehemalige Interpol-Chef Björn Eriksson schreibt:

»Bargeldverbote oder – restriktionen würden die Gesellschaft viel anfälliger machen; es wäre ein harter Schlag gegen die bereits heute schwachen und benachteiligten Gruppen außerhalb des Bankensystems. Außerdem erodierte die Privatsphäre der Menschen weiter. Diese wichtigen Aspekte wurden in der Debatte, die durch die Interessen der großen Banken bestimmt wurde, vernachlässigt ...« [7] › Hinweis

Dieses Statement trifft nicht nur den Nagel auf den Kopf. Es nennt auch offen die einflussreichen Kräfte, die hinter dem Krieg gegen das Bargeld stehen: die Banken.

## 2 | 4 Weshalb das Bargeld auch in Deutschland bedroht ist

Die Deutschen lieben ihr Bargeld, keine Frage. Und Bargeld abzuschaffen oder auch nur Barzahlungslimits einzuführen stieße in Deutschland – ebenso wie im Nachbarland Österreich – auf wenig Begeisterung. Trotzdem planen unsere Politiker, ähnlich wie in Frankreich, Spanien, Portugal, Belgien, Italien oder Griechenland, auch hierzulande Barzahlungs-Obergrenzen einzuführen. Ist Ihnen nicht aufgefallen, dass keine politische Partei diese für unsere Freiheit so wichtige Frage nachhaltig thematisiert? Lediglich bei der AfD tauchte dieses Thema bei den Landtagswahlen 2016 kurz auf. Anschließend hörte man indessen auch von dieser Seite nicht mehr viel. Seit Jahren versucht der nordrhein-westfälische Finanzminister Norbert Walter-Borjans mit der Forderung nach Obergrenzen für das Bezahlen mit Bargeld zu punkten. Natürlich nur, um Schwarzgeldgeschäfte und Steuerhinterziehung zu unterbinden. Auf die tatsächlichen Gründe werde ich gleich eingehen. Aus NRW tönte es bereits im Jahr 2015, künftig sollten in Deutschland Barzahlungshöchstgrenzen von 2000 bis 3000 Euro erlaubt sein. Der Bundesregierung schwebt immerhin ein Limit von 5000 Euro pro Transaktion vor. Man könne sich eine Größenordnung von 5000 Euro vorstellen, erklärte der Staatsminister im Bundesfinanzministerium, Michael Meister, Anfang 2016 in Berlin. [8] › Hinweis

Widersprüche allenthalben. Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble, ein Meister-Alchemist in der Herstellung von politischem Valium, beruhigte die Deutschen – wohl nicht zuletzt mit Blick auf die Bundestagswahlen im Herbst 2017 – mit den Worten: »Kein Mensch will das Bargeld abschaffen.« Hoppla, kommt uns diese Formulierung nicht irgendwie bekannt vor? Richtig, Walter Ulbricht sagte am 15. Juni 1961: »Niemand hat die Absicht, eine Mauer zu errichten.« Am 13. August 1961 kam diese dennoch.

Rechtzeitig vor den Bundestagswahlen im Jahr 2017 sprach sich Bundeswirtschaftsministerin Brigitte Zypries plötzlich für das Bargeld aus: »Bargeld muss auch weiterhin ein wichtiges Zahlungsmittel bleiben.« Sie

verwies auf ein Gutachten ihres Ministeriums. Die wissenschaftlichen Berater des Hauses seien zu der Erkenntnis gelangt, dass Bargeldrestriktionen weder zu Ersparnissen im Zahlungsverkehr beitrügen noch zur Kriminalitätsbekämpfung nötig seien. Konkret heißt es in der Pressemitteilung des Ministeriums von Zypries: »Die Gutachter halten eine Abschaffung von Bargeld für einen nicht gerechtfertigten wirtschaftspolitischen Eingriff.« Seltsam, da erklärt der Bundesfinanzminister gut ein Jahr zuvor, niemand denke daran, das Bargeld abzuschaffen, und trotzdem beauftragt das Bundeswirtschaftsministerium eine Expertenrunde mit diesem Thema. Die wissenschaftlichen Berater diskutierten mithin ein Thema, das es offiziell gar nicht gab. Das zeigt einmal mehr, was von Politikeraussagen wirklich zu halten ist. Die Worte von Zypries sind wohl nur Wahlkampfgetöse, da die SPD-Bundestagsfraktion in einem Positionspapier vom 26. Januar 2016 klar die Einführung einer »Obergrenze für Bargeldzahlungen von 5000 Euro« forderte.

Natürlich weiß auch Schäuble, dass eine Diskussion über das Bargeld vor wichtigen Wahlen denkbar schlecht ankommt. Denn trotz aller Propaganda der Cash-Gegner liebt eine große Mehrheit der Deutschen (und Österreicher) ihr Bargeld. Eine von der Direktbank ING-DiBa in Auftrag gegebene Umfrage vom Frühjahr 2016 ergab, dass 66 Prozent der Deutschen auch in Zukunft nicht mit ihrem Smartphone bezahlen möchten [9] › Hinweis – eine klare Absage an das sogenannte Mobile Payment, auf das ich gleich noch zurückkommen werde. Da macht es sich gut, wenn einer wie Wolfgang Schäuble sagt, niemand wolle das Bargeld abschaffen. Schäuble ist ohnehin ein genialer politischer PR-Stratege. So versteht er es meisterhaft, die angeblich immer neuen Rekorde bei den Steuereinnahmen als Ergebnis seiner Regierungskunst darzustellen. Und die Mainstream-Medien entblöden sich nicht, ins gleiche Horn zu blasen. Was haben wir doch für einen tüchtigen obersten Kassenhüter. Dass dahinter aber nicht mehr und nicht weniger als die dreiste Ausplünderung der fleißigen Bürger durch die politische Umverteilungskaste steht, scheint niemanden zu interessieren. Warum auch, schließlich ist die Zahl der »Sozialstaatsprofiteure« deutlich höher als jene der Ausgeplünderten. Der Unternehmer, Sozialphilosoph und Autor Roland Baader (1940–2012) schrieb einmal goldrichtig: »Versklavung kann man definieren als die Enteignung von Lebenszeit und Arbeitsleistung. Nichts anderes sind Steuern und Abgaben.« [10] › Hinweis Wer also über immer üppiger

sprudelnde Steuerquellen jubelt, freut sich über seine eigene Versklavung.

Doch zurück zum drohenden Bargeldverbot. Wolfgang Schäuble versichert, niemand denke daran, in Deutschland das Bargeld abzuschaffen. Er erklärte jedoch nach einer Tagung des deutsch-französischen Finanz- und Wirtschaftsrates am 9. Februar 2016 in Paris: »Wir bemühen uns, in Europa eine einheitliche Obergrenze für Bargeldtransaktionen zu finden.« Im Klartext kann das also nur bedeuten: Auch Deutschland führt Barzahlungsrestriktionen ein. Die Frage ist nur, auf welchen Höchstbetrag man sich in der EU einigt. Und Barzahlungsrestriktionen, da bin ich mir mit vielen Experten sicher, stellen nur einen ersten Schritt auf dem Weg zu Bargeldverboten dar. Wie so oft werden zunächst hohe Grenzen eingeführt und dann ständig weiter abgesenkt. In Italien galt noch Anfang 2010 eine Bargeldobergrenze von 12 500 Euro, und gegenwärtig liegt sie bei 2999,99 Euro. Davon ist sogar der Bargeldverleih unter Freunden betroffen. In Frankreich wurde die Grenze im September 2015 von 3000 Euro auf 1000 Euro gesenkt.

An dieser Stelle will ich Ihnen eine Anekdote nicht vorenthalten, die ein Kollege von mir in Italien erlebte und die eindrucksvoll beweist, was von dem Scheinargument zu halten ist, mit Bargeldrestriktionen ließe sich die Steuerhinterziehung effizienter bekämpfen. Mein Kollege hatte knapp 2 Wochen lang in Italien zu tun. Damals regierte in Rom noch der Kurzzeit-Ministerpräsident Mario Monti, in den Medien kurzzeitig als zweiter »Super-Mario« neben seinem ehemaligen Goldman-Sachs-Kollegen Mario Draghi bejubelt. Monti hatte ein Barzahlungslimit von 1000 Euro eingeführt. Mein Kollege wollte vor seiner Abreise seine Rechnung in Höhe von knapp 2000 Euro bar begleichen. Der freundliche Herr an der Rezeption lehnte unter Hinweis auf die neuen gesetzlichen Regelungen ab. Er könne maximal 999 Euro in bar entgegennehmen, den Rest müsse der Gast mit der Kreditkarte begleichen. Mein Kollege ist ein überzeugter Barzahler und war ob dieser Auskunft ein wenig konsterniert. Daraufhin beugte sich der Hotelangestellte über den Tresen und raunte seinem Gast mit Verschwörermiene zu, man könne das Problem auch anders lösen, indem man auf der Rechnung eben nur 999 Euro ausweise. Dann könne der Gast den kompletten Betrag bar bezahlen – 999 Euro offiziell, den Rest »inoffiziell«. Das heißt, mit diesem Barzahlungslimit wurde die Steuerhinterziehung nicht bekämpft, sondern

sogar noch gefördert. So viel zu der Behauptung, mit Bargeldlimits ließen sich Schwarzgeldgeschäfte verhindern. Wenig später wurde übrigens das Limit von Montis Nachfolger Renzi auf 3000 Euro erhöht.

Ungeachtet solcher Erfahrungen treiben einflussreiche Kreise aus Wirtschaft, Finanzwirtschaft und Politik die Einführung von Bargeldrestriktionen und Bargeldverboten systematisch voran. Mal ist es der Ökonom und Wirtschaftsweise Peter Bofinger, der öffentlich für die Bargeldabschaffung plädiert, mal erhält der Chef der Deutschen Bank im Januar 2016 viel Beifall für seine Prognose, in 10 Jahren werde das Bargeld wahrscheinlich nicht mehr existieren (das wäre dann spätestens im Jahr 2026). Auch auf dem G7-Gipfel in Elmau im Jahr 2016 stand das Thema Bargeldabschaffung auf der Agenda. Am 18. Juni 2015 hatte bereits eine Konferenz zur Abschaffung des Bargeldes in London stattgefunden – die Presse war dabei übrigens unerwünscht. Geben Sie sich also bitte keinen Illusionen hin, liebe Leserin, lieber Leser, nur weil das Thema Bargeldabschaffung nicht ständig in den Mainstream-Medien präsent ist. Hinter den Kulissen arbeiten einflussreiche Kräfte an der Umsetzung einer solchen weitgehenden und unsere Freiheit in erheblichem Maße einschränkenden Maßnahme.

Und mit welcher Chuzpe viele von ihnen dabei vorgehen, zeigt das Beispiel des prominenten Bargeldkritikers Kenneth Rogoff. Er ist nicht irgendjemand, sondern der ehemalige Chefvolkswirt des Internationalen Währungsfonds und Mitglied der höchst einflussreichen Group of Thirty. Damit ist er ein wichtiger Einflüsterer der Mächtigen. Der deutsche Journalist und Autor Norbert Häring hatte Gelegenheit, vor der erwähnten Anti-Bargeld-Konferenz in London mit ihm zu sprechen. Auf das Argument, nur mit Bargeld könne man sich der Totalüberwachung seines Zahlungsverkehrs entziehen, entgegnete Rogoff, die Überwachungstechnologie sei ohnehin weit fortgeschritten. Es sei eine Illusion zu glauben, man könne sich mit Bargeldnutzung der Überwachung effektiv entziehen. Man möge doch bitte nur an die allgegenwärtigen Überwachungskameras, Gesichtserkennungssoftware und die Auswertung von Telekommunikationsdaten denken, sagte Rogoff. [11] › Hinweis

Ende August 2016 erschien Rogoffs Buch *Fluch des Bargeldes*. Kurz zuvor hatte Rogoff einen Beitrag im Wall Street Journal verfasst und sich darin für

die Abschaffung des 100-Dollar-Geldscheins ausgesprochen. Er plädierte ernsthaft dafür, nur noch 10-, 5- und 1-Dollar-Noten zu emittieren. Am 23. September 2016 sagte er voller Güte in einem *Handelsblatt* – Interview: »Scheine bis 10 Euro würden auch nach meinem Plan dauerhaft im Verkehr bleiben.« Damit wäre die Marginalisierung des Bargelds erreicht. Wir könnten uns allenfalls noch ein Eis oder einen Kaugummi mit Bargeld kaufen. Größere Transaktionen indessen wären mit Bargeld unmöglich.

Rogoff führt aber auch wirklich jedes Argument gegen das Bargeld an. So behauptete er allen Ernstes: »Bargeld ist auch der Hauptgrund für illegale Einwanderung nach Amerika« [12] › Hinweis . Nach seiner Auffassung wäre die Abschaffung des Bargelds ein »weitaus humanerer und sensiblerer Weg, illegale Einwanderung zu verhindern, als der Bau einer gigantischen Mauer zu Mexiko«. Wer glaubt denn wirklich, das Flüchtlingsproblem ließe sich mit der Abschaffung des Bargelds lösen? Ein eigenes Bankkonto mit Guthabenkarte zu bekommen dürfte vermutlich kaum einen Flüchtling ernsthaft abschrecken.

## »Cash is King«

Während in Staaten wie Schweden die PR-Propaganda gegen das Bargeld auf vollen Touren läuft und von den USA bis Indien die Cash-Gegner scheinbar auf dem Vormarsch sind, haben die Menschen in vielen Staaten der Erde eine klare Präferenz: Sie möchten das Bargeld behalten. Dies ergab eine Studie in sieben Nationen. Der Nachrichtendienst Bloomberg berichtete darüber Ende 2016 unter der vielsagenden Headline: »Forget Bitcoin and Mobile Pay. Cash is still King of the world« (Vergesst Bitcoins und Mobile Payment. Bargeld ist noch immer der König der Welt). Untersucht wurde das Zahlungsverhalten in Australien, Österreich, Kanada, Frankreich, Deutschland, in den Niederlanden und in den USA. Auch wenn sich dabei unterschiedliche Vorlieben herauskristallisierten (Deutsche und Österreicher zahlen am häufigsten bar, die Niederländer bevorzugen Debit-Cards), so gilt doch eine Erkenntnis generell: Die Konsumenten in all diesen Staaten zahlen häufiger mit Bargeld als mit jeder anderen Zahlungsmethode. [13] › Hinweis

## 2 | 5 Mobile Payment – wie wir nach Meinung der Bargeldgegner bezahlen sollen

Können Sie sich vorstellen, künftig im Supermarkt oder im Restaurant mit Ihrer Armbanduhr zu bezahlen? Die technischen Voraussetzungen hierfür wurden längst geschaffen. Auf der Baselworld 2017, der weltgrößten Uhren- und Schmuckmesse, präsentierte der Schweizer Luxusuhrenhersteller TAG Heuer die sogenannte Smartwatch Connected Modular mit der integrierten Bezahlfunktion »Android Pay«.

Wer früher mit seiner Kreditkarte zahlte, der wurde Zeuge eines gleichsam archaischen Vorgangs. Seine Karte wurde in ein sogenanntes »Ritsch-ratsch-Gerät« geklemmt, und die reliefartigen Daten auf seiner Karte wurden auf einen Zahlungsbeleg übertragen, den der Karteninhaber nur noch unterschreiben musste. Auf dem Weg in eine bargeldlose Zukunft, so wie sie den Cash-Gegnern vorschwebt, sollen die Bezahlvorgänge ausschließlich elektronisch oder per App abgewickelt werden. Dabei spielt die NFC-Technologie eine wichtige Rolle. Die Abkürzung NFC steht für Near Field Communication. Die Zahl der Handys mit NFC-Funktechnik stieg schon in den vergangenen Jahren rasant. Im Jahr 2011 lag die Zahl der weltweit ausgelieferten Smartphones mit NFC-Chip bei rund 100 Millionen. Im Jahr 2015 waren es rund 600 Millionen, bei weiter deutlich steigender Tendenz. [14] › Hinweis

Was verbirgt sich hinter dieser Technologie? Zunächst ist NFC nichts anderes als ein neuer Funkstandard zur drahtlosen Datenübertragung. Die Besonderheit liegt nun darin, dass Sende- und Empfängergeräte in einem Abstand von nur wenigen Zentimetern gehalten werden müssen, damit der Datentransfer funktioniert. Die Übertragungsgeschwindigkeit der NFC-Technologie ist mit 424 Kbyte/s zwar geringer als die von Bluetooth, sie reicht aber dennoch aus, um kleinere Datenmengen in Sekundenbruchteilen zu verschicken. Wenn es nach den Bargeldgegnern geht, dann sollten Sie künftig Ihre Rechnungen nur noch per Überweisung oder aber eben per NFC-Technologie begleichen. Längst haben Supermärkte, wie etwa ALDI-Nord,

dieses Bezahlsystem eingeführt. Dabei muss das Smartphone oder eine NFC-fähige Kreditkarte an das Kassenterminal gehalten werden, um den Geldbetrag abzubuchen. Auch bei einigen Ticketautomaten im öffentlichen Nahverkehr ist diese Technologie zu finden. Nicht zuletzt bedienen sich die neuen Personalausweise der NFC-Technologie. Mit deren Hilfe lassen sich alle gespeicherten Daten in andere Terminals übertragen. Zukunftsmusik? Keineswegs. Schauen Sie sich Ihre Bank- oder Kreditkarte doch einmal etwas genauer an. Falls Sie das nebenstehende wellenförmige Symbol finden, ist Ihre Karte NFC-fähig. Ob ich Sie deshalb beglückwünschen soll, weiß ich nicht.

Derweil treibt der Einsatz der NFC-Technologie geradezu perverse Blüten. Kaum zu glauben, aber wahr: Unter uns befinden sich immer mehr »Cyborgs«. Dieses Akronym steht für Cybernetic Organism, also für eine Mischform aus Mensch und Maschine. Weltweit haben sich bereits Zehntausende von Menschen NFC-Chips unter die Haut implantieren lassen, die sie nicht nur für den bargeldlosen Zahlungsverkehr nutzen, sondern auf denen auch andere sensible Daten (zum Beispiel über Erkrankungen des Betreffenden) gespeichert werden können. Einer der Marktführer beim Verkauf solcher Chip-Implantate ist die US-amerikanische Firma mit dem bezeichnenden Namen Dangerous Things. Sie hat nach eigenen Angaben innerhalb von 18 Monaten rund 10 000 solcher Chips verkauft, die Hälfte davon in den USA und Kanada, die andere Hälfte in Europa – und dort vor allem in Schweden. In dem skandinavischen Land gibt es mittlerweile sogar »Beer and Chips Partys«, wo die Gäste für umgerechnet 150 Euro nicht nur Freibier, sondern auch einen NFD-Chip unter die Haut gesetzt bekommen. Manche halten das für cool, sprechen von den »Tattoos der Zukunft«. Ich aber frage mich: Haben wir auf einem Narrenschiff angeheuert?



Der erste »Cyborg« war angeblich Kevin Warwick, ehemaliger Professor für Cybernetics an der britischen University of Reading. Er ließ sich einen Chip in seinen Arm implantieren. Dadurch konnte er ohne Berührung Türen öffnen sowie Lichter ein- und ausschalten, die zuvor mit NFC-Lesegeräten ausgestattet worden waren. Nun sollen also implantierte Chips das Zahlungssystem der Zukunft sein. Natürlich versuchen interessierte Kreise, uns diesen vermeintlichen Fortschritt mit dem Hinweis auf angeblich mehr Bequemlichkeit und Sicherheit zu verkaufen. Niemand könne dann mehr unsere Kredit- oder Bankkarten stehlen, niemand müsse mehr fürchten, sein Portemonnaie mit seinem Bargeld zu verlieren. Für mich ist das allerdings viel mehr als ein Thema, das im wahrsten Sinne des Wortes unter die Haut geht. Es ist ein Schreckensszenario. Denn stellen Sie sich vor, Sie tragen implantierte Bezahl-Chips und leisten sich in Zeiten der Gesinnungsdiktatur und der sogenannten politischen Korrektheit den Luxus einer eigenen Meinung. Und Sie sind sogar so mutig, diese Meinung offen zu sagen und zu schreiben. Wer kann dann ausschließen, dass Gutmensch-Diktatoren und Gesinnungspolizisten ganz einfach Ihren Chip ausknipsen – und schon ist Ihre Teilnahme am Wirtschaftsleben nicht mehr möglich? Von einer Zukunft mit immer mehr Cyborgs statt kritischen Bürgern können nur Diktatoren träumen.

## 3 | Kapitel

# Stirbt das Bargeld, dann stirbt die Freiheit

Zur Bargeldabschaffung beziehungsweise zur Einführung von Bargeldlimits wurden viele Pseudoargumente ins Feld geführt. Stichhaltig war kein einziges, sie dienten einzig und allein der politischen Propaganda. Wie gerade erwähnt, kam im Frühjahr 2017 sogar eine Expertenrunde im Bundeswirtschaftsministerium zu der Erkenntnis, dass die Abschaffung des Bargelds zur Kriminalitätsbekämpfung nicht erforderlich sei. Zudem führe ein solcher Schritt zu keinen Ersparnissen im Zahlungsverkehr. Allerdings muss man nicht unbedingt der erlauchten Expertenrunde im Bundeswirtschaftsministerium angehören, um zu dieser Erkenntnis zu gelangen. Denn bedenken Sie, liebe Leserin, lieber Leser, dass die Herstellung eines 100-Euro-Scheins gerade einmal 10 Cent kostet. Diese Banknote wechselt anschließend im Schnitt 144-mal den Besitzer. Eine Kreditkartenzahlung hingegen kostet 0,3 Prozent des Rechnungsbetrags, bezogen auf 100 Euro wären dies also 30 Cent. Wer den vermeintlichen Argumenten der Cash-Gegner auf den Grund geht, stellt schnell fest, dass diese Propaganda in aller Regel von der mächtigen und reichen Kreditkartenlobby lanciert wird. Tatsächlich wird der »War on Cash« von ganz anderen Motiven getrieben, die ich Ihnen auf den folgenden Seiten kurz vorstellen möchte.

## 3 | 1 Die Bürger werden zu Sklaven ihrer Hausbanken

Wohin mit dem Geld? Diese Frage ist zwar immer aktuell, seit EZB-Chef Mario Draghi aber faktisch die Zinsen abschaffte, um die Pleitestaaten im Euro-Raum zu retten, sind Sparer und Anleger in besonderem Maße verunsichert. Nicht nur, dass sie für ihre Ersparnisse keine oder nur noch marginale Zinsen bekommen, manche Institute gehen sogar dazu über, von ihren Privatkunden Strafzinsen zu verlangen. Sie sprechen natürlich nicht von »Strafzinsen«, weil dies nicht eben imagefördernd wäre, sondern von »Verwahrgebühren« oder von »Parkgebühren fürs Geld«. Besonders infam: Manche Bankberater verweisen auf die zunehmende Kriminalität in Deutschland und die hohe Zahl der ungeklärten Wohnungseinbrüche durch »reisende Banden« oder »Rotations-Europäer«. Kreativität in der Erfindung neuer Begriffe ist notwendig, seit der politisch korrekte Zeitgenosse im Gasthaus nicht einmal mehr ein »Zigeunerschnitzel« bestellen darf. Man muss sich das wirklich auf der Zunge zergehen lassen: Der Staat kann seine Bürger nicht mehr vor Wohnungseinbrüchen schützen, und die Banken nutzen diesen Missstand als Argument, um ihren Kunden bei der »Verwahrung« von Bargeld Strafzinsen abzuknöpfen.

Nun stellen Sie sich vor, die Gebühren und Negativzinsen steigen weiter, weil das klassische Geschäft der Banken bei Null- oder Negativzinsen nicht mehr funktioniert. Wie würden Sie reagieren? Ich wette, irgendwann hätten Sie die Nase voll von Ihrer Bank und würden Ihr Konto plündern. Irgendwo werden Sie vermutlich noch ein sicheres Plätzchen finden, um Ihr Bargeld sicher (und kostenlos) zu verwahren. Wenn es aber kein Bargeld mehr gibt, haben Sie keine Chance, der Abzock-Strategie Ihrer Bank zu entkommen. Selbst bei Barzahlungshöchstgrenzen würde es schon schwierig, größere Summen von Bargeld außerhalb der Bank zu lagern und damit Rechnungen zu begleichen. Das heißt konkret: Im Fall von Bargeldrestriktionen könnten Noten- und Geschäftsbanken in weitaus stärkerem Maße als bisher Negativzinsen durchsetzen. Dieser auch für die Regierungen nützliche Effekt dürfte einer der wichtigsten Gründe sein, die hinter den Plänen für die

Abschaffung von Bargeld stecken. Die Profiteure einer solchen Entwicklung wären in erster Linie die hoch verschuldeten Staaten. Sie könnten sich – ähnlich wie die Banken – auf Kosten der Sparer sanieren. Im Klartext: Es fände eine Umverteilung von den Gläubigern zu den Schuldnern statt.

## 3 | 2 Ohne Bargeld kann sich niemand mehr Bankpleiten entziehen

Regierungen, Notenbanken und Geschäftsbanken fürchten nichts so sehr wie einen Bank Run. Lange Schlangen von wütenden Menschen sind für sie ein wahrer Albtraum. Vielleicht erinnern Sie sich noch an die Menschenmengen, die im Sommer 2007 vor dem Gebäude der britischen Bank Northern Rock standen. Im Herbst 2008 kam es sogar zu einem Bank Run auf die Schweizer Großbank UBS. Und noch gut in Erinnerung sind die Bilder aus Zypern und Griechenland, wo Menschen vor verschlossenen Banken standen und nur hoffen konnten, doch noch an ihr dort eingezahltes Geld zu kommen. Bei einem Bank Run besteht immer das erhöhte Risiko einer Ansteckung. Und je größer das Geldinstitut, das in Schwierigkeiten geraten ist und seine Kunden nicht mehr auszahlen kann, desto wahrscheinlicher wird es, dass auch andere Banken das Vertrauen ihrer Kunden verlieren. »Too big to fail«, also »zu groß, um zu scheitern« – mit dieser Begründung wurden in den vergangenen Jahren zahlreiche Banken gerettet, und zwar in der Regel auf Kosten der Steuerzahler. Die Regierungen und Notenbanken hatten schlichtweg Angst, es würde zu einer Kettenreaktion kommen. Wenn jedoch das Bargeld erst einmal abgeschafft ist, besteht kein Anlass mehr zu solcher Sorge. Denn weshalb sollten ängstliche Kunden ihre Bank stürmen, wenn sie dort ohnehin mangels Bargeld keine Geldscheine bekommen? Die Bilder von langen Schlangen vor den Geldinstituten würden nicht länger in den Köpfen von Bankern und Politikern herumspuken.

Vermutlich erinnern Sie sich noch an die Finanzkrise auf Zypern im Frühjahr 2013. Damals wurden die Kunden zur Rettung der maroden Banken herangezogen. Ab einem Guthaben von 100 000 Euro mussten Sparer und Anleger mit 10 Prozent ihrer Einlagen für die Misswirtschaft ihrer Banker geradestehen. Auch solche Zwangsabgaben ließen sich viel einfacher eintreiben, wenn die Kunden infolge eines Bargeldverbots keine Möglichkeit mehr hätten, rechtzeitig Teile ihrer Ersparnisse in Sicherheit zu bringen. Ein Knopfdruck würde dann genügen, um einen Teil der Ersparnisse der Kunden in Eigenkapital der Bank zu verwandeln. Praktisch, nicht wahr?

## 3 | 3 In den Fängen der Marketingstrategen

Bestimmt sind Sie schon an Ihrer Supermarktkasse gefragt worden, ob Sie im Besitz einer Payback-Karte seien. Offiziell handelt es sich dabei um eine sogenannte Loyality Card. Sprich: Stammkunden sollen belohnt werden, indem sie irgendwann eine – meist recht billige – Prämie erhalten. Hinter diesen Karten steht aber nicht Ihr Supermarkt, der damit Ihre Treue belohnen möchte, sondern im Fall der Payback-Karte der US-Kreditkartenkonzern American Express. Mit dem Einsatz dieser Karte geben die meisten Kunden – meist ohne es zu wissen – ihr gesamtes Konsumverhalten preis. Sie werden also zu gläsernen Kunden. Die Emittenten der Loyality Cards verfügen somit über wertvolle Daten, die sie für viel Geld an andere Unternehmen weiterverkaufen können. Und von denen werden die Kunden dann haufenweise mit Werbebriefen, E-Mails und oft sogar mit nervigen Telefonanrufen belästigt. Wer also eine solche Loyality-Karte einsetzt, macht für eine billige Prämie sein gesamtes Einkaufsverhalten transparent – meist noch, ohne es zu wissen. Sie rauchen, trinken regelmäßig Alkohol? Bald könnten alle davon erfahren, die es wissen möchten. Nun mag ein solches Konsumverhalten in der Tat nicht eben gesundheitsfördernd sein. Doch das geht nur Sie und allenfalls Ihren Arzt etwas an, aber nicht Ihren Arbeitgeber und Ihre Krankenversicherung. Ende September 2016 startete Payback übrigens eine Werbekampagne. Der Song »Da Da Da« von Stephan Remmler wurde umgedichtet in: »Bar, bar, bar, ich brauch es nicht, du brauchst es nicht. App, app, app, ich sammle app, ich geh vorweg« – subtile Werbebotschaften für eine Welt ohne Bargeld.

Die Banken und Sparkassen haben es da noch viel einfacher, vorausgesetzt, sie führen die Girokonten der betreffenden Kunden. Mit diesen Konten gibt es für die Institute zwar wenig zu verdienen, aber sie liefern jede Menge Informationen. Einmal angenommen, eine Genossenschaftsbank hat 300 000 Kunden und plant ein Werbe-Mailing zum Immobilienkauf und zur Baufinanzierung. Würden nun alle 300 000 Kunden mit einem solchen Mailing versorgt, wäre der Streuverlust hoch, denn die Bank erreichte auch Kunden, die bereits eigene Immobilien besitzen oder die sich keine leisten

können. Also wird man aus den aufgrund der Umsätze auf den Girokonten gewonnenen Erkenntnissen heraus nur jene Kunden anschreiben, die a. noch Miete zahlen und b. über ein gutes und regelmäßiges Einkommen verfügen.

Nun stellen Sie sich vor, es geht nicht um eine kleine Raiffeisenbank, sondern um Weltkonzerne wie Amazon. Diese erfassen die Konsumgewohnheiten der Kunden durch Computeralgorithmen. Je mehr Daten diese Großunternehmen haben, desto besser. Im Marketingjargon nennt man die Auswertung und Nutzung dieser Daten »Data Mining«. Datensammler sind Goldgräber. Und nun stellen Sie sich bitte vor, liebe Leserin, lieber Leser, Sie müssten fortan alle Einkäufe, sogar die Brötchen und die Zeitung, mit Karte oder Ihrem Smartphone bezahlen, weil es kein Bargeld mehr gibt. Egal, was, wo und wie Sie einkaufen – überall hinterlassen Sie Spuren, mit deren Hilfe ganze Konsum- und Bewegungsprofile erstellt werden können.

Unser Bargeld ist ein Garant für anonymes Einkaufen. Wenn Sie an der Kasse bar bezahlen, ist der Einkauf abgeschlossen. Kein Mensch weiß, wer Sie sind – es sei denn, Sie haben sich eine dieser unsäglichen Loyality-Karten aufschwatzen lassen.

## 3 | 4 Totalüberwachung durch den Staat

Die Abschaffung des Bargeldes oder zumindest die Einführung von Bargeldrestriktionen sei notwendig, um Steuerhinterziehung gezielter zu bekämpfen, heißt es. Dann folgt meist der stereotype Hinweis, Steuerhinterziehung sei kein Kavaliersdelikt. Und alle Staatsbürger nicken freundlich zustimmend. Doch wer hat denn eigentlich jemals behauptet, dass Steuerhinterziehung ein Kavaliersdelikt sei? Kein Mensch! Nur der Gesetzgeber selbst erweckt diesen Anschein, indem er die strafbefreiende Selbstanzeige einführte.

Es wird also ein regelrechter Popanz aufgebaut. Und im Übrigen entstehen den Finanzbehörden nicht dort die höchsten Schäden, wo vielleicht einmal ein Trinkgeld für die nette Kellnerin nicht vom Fiskus erfasst wird, sondern in ganz anderen Bereichen.

Wahrscheinlich haben Sie schon einmal von den sogenannten Umsatzsteuerkarussellgeschäften gehört. Dadurch entsteht den Steuerbehörden nach Expertenschätzungen ein jährlicher Schaden von rund 10 Milliarden Euro. Ich will Ihnen ganz kurz erklären, wie diese Geschäfte ablaufen, denn am Ende steht eine höchst bemerkenswerte Erkenntnis. Die Firma A. in Deutschland liefert Ware an Firma B. in den Niederlanden. Es handelt sich um eine grenzüberschreitende Lieferung, daher stellt A. keine Umsatzsteuer in Rechnung. B. wiederum verkauft innerhalb der Niederlande die Ware an Firma C. und berechnet Umsatzsteuer, führt diese aber nicht an das Finanzamt ab, was eigentlich ihre Pflicht wäre. Die Firma C. aber macht die gezahlte Steuer als Vorsteuer geltend und bekommt diese vom Finanzamt erstattet, oder sie verrechnet sie mit ihrer Umsatzsteuerschuld. Dann liefert C. an D. und stellt Umsatzsteuer in Rechnung. D. wiederum schickt die Ware zurück an A. nach Deutschland. Es handelt sich somit wieder um eine grenzüberschreitende Lieferung ohne Umsatzsteuer. Danach beginnt sich das Karussell erneut zu drehen. Das heißt: B. führt die vereinnahmte Umsatzsteuer nicht ab, und C. lässt sich die Vorsteuer erstatten. Diese Geschäfte werden in aller Regel jedoch nicht in bar abgewickelt. Das heißt,

die wirklich schweren Fälle von Steuerhinterziehung funktionieren ohnehin bargeldlos.

Wenn Sie, liebe Leserin, lieber Leser, einen Handwerker bestellen, sind Sie gut beraten, dessen Rechnung unbar zu begleichen, also zu überweisen. Zahlen Sie in bar, können Sie den Aufwand beim Finanzamt steuerlich nicht geltend machen. Das gilt auch dann, wenn der Barzahlungsvorgang aus der Rechnung klar hervorgeht; wenn also der Handwerker zum Beispiel vermerkt: »Betrag in bar dankend erhalten« und dies mit Unterschrift und Stempel bestätigt.

In steuerlicher Hinsicht sind somit die Regeln schon lange so restriktiv, dass es keiner Bargeldrestriktionen bedarf, um der Steuerhinterziehung entgegenzuwirken. Wenn überhaupt, dann geht es wirklich nur um die »kleinen Fische«. Und dafür sollen die Bürger ihr Bargeld und somit einen wichtigen Teil ihrer Freiheit opfern?

Genauso unsinnig wie der Hinweis auf die angeblich effizientere Bekämpfung von Steuerhinterziehung ist die Behauptung, man könne dem internationalen Terrorismus entgegenwirken, indem man ihm das Bargeld entziehe. Ist denn wirklich irgendjemand so naiv zu glauben, es würde auch nur eine Kalaschnikow weniger verkauft, wenn wir die Geldscheine abschafften? Wie scheinheilig die Diskussion geführt wird, zeigt doch, dass einerseits Bargeldrestriktionen als Beitrag zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus verkauft werden und andererseits Deutschland während der Flüchtlingskrise die Kontrolle der Migranten leichtfertig aufgab. Auf effiziente und naheliegende Maßnahmen wird verzichtet, während das Bargeld als Schuldiger für alles und jeden herhalten muss.

## 3 | 5 Pro Bargeld – Pro Freiheit

Sie sehen, liebe Leserin, lieber Leser, in allen Fällen handelt es sich um Pseudoargumente, denen wir nicht auf den Leim gehen sollten. Dazu ist unser Bargeld als Teil unserer persönlichen Freiheit viel zu wichtig.

Wer trotz meiner Ausführungen sagt, dass ihm die Zukunft des Bargeldes gleichgültig ist, möge die folgenden Worte Edward Snowdens auf sich wirken lassen: »Wenn man sagt, die Privatsphäre ist mir egal, ich habe nichts zu verbergen – dann ist das, wie wenn man sagt, die Redefreiheit ist mir egal, ich habe nichts zu sagen.« Bei der Bargeldkundgebung am 22. Oktober 2016 auf der Hauptwache in Frankfurt las ich ein Grußwort des *Handelsblatt* – Redakteurs Dr. Norbert Häring vor. Er sagte: »Eine Gesellschaft, die das Bargeld abschafft, macht es Regenten mit totalitären Anwandlungen sehr leicht, die totale Kontrolle zu übernehmen und zu behalten. Wenn jede Geldbewegung dokumentiert und dauerhaft gespeichert wird, kann ein Machthaber, der die Schalt- und Überwachungszentralen des Finanzsystems kontrolliert, jede Form von Opposition dauerhaft ausschalten. Wollen ausgerechnet wir Deutschen uns in Zeiten von Erdoğan und Trump blind darauf verlassen, dass es Totalitarismus bei uns nicht geben kann? Ich denke, das wäre hochgradig naiv.«

In meinem auf YouTube veröffentlichten Video *Bargeld – Wie wir den schleichenden Tod verhindern* mit inzwischen deutlich über 200 000 Aufrufen sage ich, dass wir ohne einen gesetzlichen Annahmezwang für Bargeld das allmähliche Aus sehen werden. Denn der Frankfurter Währungswissenschaftler Prof. Helmut Siekmann sieht einen Annahmezwang für Bargeld in Deutschland nur für staatliche Institutionen und für private Monopolisten. Bei Unternehmen, die im Wettbewerb stehen, seien Einschränkungen zulässig, solange sie der Kunde kennt. Der Ausschluss von Bargeld als Zahlungsmittel, wie wir ihn in Stockholm vom Abba Museum und vielen anderen Unternehmen her kennen, droht also auch bei uns. In unserem Nachbarland Österreich berichtete *Die Presse* am 21. April 2017: »Grazer Bäckerei schafft das Bargeld ab.« In einer Filiale der

Bäckerei Martin Auer kann man demzufolge ausschließlich mit Kredit- oder Bankomatkarte bezahlen. Sage also niemand, dass dies nur eine theoretische Gefahr ist.

Bargeld muss keineswegs kostenlos angenommen werden. Immer öfter werden von Behörden und Unternehmen Gebühren beim Bargeldgebrauch verlangt. Ein Elektrohändler in Baden-Württemberg verlangte kürzlich sogar 25 Euro, weil ein Kunde eine Rechnung über 400 Euro für die Reparatur des Fernsehers bar bezahlen wollte. Grund sei nach Aussage des Händlers die Nutzung einer »abweichenden Zahlungsart« durch den Kunden. Markus Feck, Fachanwalt für Bank- und Kapitalmarktrecht bei der Verbraucherzentrale NRW, sagt dazu: »Für den Kunden muss mindestens eine gängige Zahlungsart kostenlos sein.« Die Bargeldannahme ist damit jedoch nicht zwingend kostenlos. Die Stadt Düsseldorf verlangt so beispielsweise inzwischen einen Euro. Hinzu kommen dann noch steigende Gebühren bei Barabhebungen bei Sparkassen und Banken.

Andererseits beschloss der Deutsche Bundestag am 1. Juni 2017 die Zweite Zahlungsdiensterichtlinie, die zusätzliche Kosten für den Kunden beim Bezahlen mit Giro- und Kreditkarte untersagt. Bargeldloses Bezahlen darf also nichts kosten, Bargeldzahlung schon. Eine verkehrte Welt. So wird der Deutsche Bundestag zum Schutzpatron unbarer Zahlungsmittel und zum Totengräber des Bargeldes. Die Schlinge zieht sich immer mehr zu. Wir müssen handeln.

**Video »Bargeld – Wie wir den schleichenden Tod verhindern. Kein Bargeldverbot – für Verbraucherschutz« mit über 200000 Aufrufen im YouTube-Kanal Silberjunge.**




Der Kampf für das Bargeld ist ein Kampf für den Schutz unserer Privatsphäre und für unsere Freiheit. Daher habe ich mit Freunden im Juni 2016 den Verein »Pro Bargeld – Pro Freiheit e.V.« gegründet (*www.pro-bargeld.com*). Wir freuen uns über jede Unterstützung, sei es mit Spenden oder mit Ihrer Tatkraft.

## 3 | 6 Persönliche Erfahrungen im Kampf für das Bargeld

Am 19. März 2016 sprach ich auf dem Heumarkt in Köln erstmals auf einer Kundgebung für das Bargeld. Wenig später nahm ich Kontakt zu Dagmar Metzger von der Initiative Stop Bargeldverbot auf. Mit einigen Mitstreitern gründete ich im Juni 2016 den Verein »Pro Bargeld – Pro Freiheit e. V.«, der sich überparteilich dem Motto »Bargeldschutz ist Verbraucherschutz« widmet. Am 14. Mai 2016 haben Stop Bargeldverbot und Pro Bargeld gemeinsam eine Kundgebung in Frankfurt abgehalten. Nach meiner Eröffnungsrede sprachen Prof. Joachim Starbatty und Prof. Max Otte vor über 500 Teilnehmern.

Interessanterweise erhielt ich am 12. Mai 2016 eine Anfrage, wonach die Chefredaktion der *Welt am Sonntag* gerne von mir wissen wollte, was mit dem Silberpreis los sei. Der Fragenkatalog enthielt jedoch Fragen, die mit Silber nichts zu tun hatten. Sogar nach meinen konkreten Einnahmequellen wurde gefragt. Befreundete Journalisten rieten mir, das »Minenfeld« erst gar nicht zu betreten und nicht zu antworten. Einen Tag nach der Bargeldkundgebung erschien dann in der *Welt am Sonntag* ein Artikel mit der Überschrift »Gold für Arme«. Hier beginnt bereits eine subtile Beeinflussung des Lesers, denn wer will schon dieses »Gold für Arme« besitzen? In dem Artikel wurde ich durch den Kakao gezogen. Es war sicherlich nur ein Zufall, dass der Beitrag einen Tag nach der Bargeldkundgebung veröffentlicht wurde.

Überhaupt kein zeitlicher Zusammenhang – Vorsicht Ironie! – besteht sicherlich zur zweiten Kundgebung am 27. August 2016, als ich 4 Tage vorher in meinem Postfach einen Brief des Bundesamts für Justiz fand. Eine GmbH & Co KG, bei der ich nur Kommanditist war, soll gegen Offenlegungsfristen verstoßen haben, und die Strafgelder beliefen sich auf 75 000 Euro. Würde ich nicht binnen 2 Wochen nachweisen, meine Gesellschaftereinlage in voller Höhe geleistet zu haben, sei ich zur Zahlung verpflichtet. Die Gesellschaft war übrigens 2009 aufgelöst worden, und vom

Finanzamt gab es für die Jahre 2010 und folgende keine Forderungen, da die Finanzbehörde die Gesellschaft als aufgelöst betrachtete. Gut informierte Kreise sagten mir, dass genau mit solchen Methoden Einschüchterungsversuche unternommen werden.

Die *Frankfurter Rundschau* berichtete über die Kundgebung am 23. August 2016. Dabei wurde das Bild von Hans-Olaf Henkel gezeigt mit dem Zusatz: »Hans-Olaf Henkel, der den Aufruf mitunterzeichnet hat, im Mai 2014 bei einer AfD-Kundgebung auf der Hauptwache«. Es wird immer wieder der Versuch unternommen, mich und die gesamte Initiative in die »rechte Ecke« zu stellen.

Nach der ersten Bargeldkundgebung im Mai wurde mir von einem *Handelsblatt* – Redakteur Honig um den Bart geschmiert. Noch am Vortag der großen Kundgebung am 22. Oktober 2016 schrieb mir der liebe Mann: »Prima, dass Sie morgen weitermachen. Könnten wir vorher mit Prof. Starbatty und Herrn Heller ein paar Worte wechseln?« In dem Artikel im *Handelsblatt* vom 24. Oktober 2016 hieß es dann trotz aller Lobhudelei im Vorfeld bereits in der Überschrift: »Doch manche Protagonisten sind umstritten.« Konkret: »Ein umstrittener Vorkämpfer der Bewegung ist Thorsten Schulte, der Vorsitzende des Vereins ›Pro Bargeld – Pro Freiheit‹. .... Doch der Ex-Investmentbanker wettert nicht nur gegen das Bargeldverbot – die CDU verließ er aus Protest gegen die Flüchtlingspolitik von Kanzlerin Angela Merkel. Zudem schrieb er mehrere Bücher für den umstrittenen Kopp Verlag, dessen Sortiment sich in rechten Kreisen großer Beliebtheit erfreut.« Interessant, wie der Kopp Verlag hier mit rechten Kreisen gleichgesetzt wird. Ich habe keinen Moment gezweifelt, auch dieses Buch im Kopp Verlag erscheinen zu lassen. Jochen Kopp hat sich verdient gemacht, Bücher wie *Die Goldverschwörung* von Ferdinand Lips, *Das Silberkomplott* von Reinhard Deutsch oder das Buch *Das geheime Wissen der Goldanleger* zu einer Zeit veröffentlicht zu haben, als die meisten Verlage einen großen Bogen um Gold und Silber machten. Es war mir im Oktober 2010 eine Ehre, mich mit dem Buch *Silber – das bessere Gold* hier einreihen zu dürfen.

Über Dagmar Metzger von »Stop Bargeldverbot« schrieb das *Handelsblatt:* »Und Schulte ist nicht die einzige umstrittene Personalie im Lager der Bargeld-Fans. Die Veranstaltung wird auch von Dagmar Metzger

mitorganisiert, die zugleich die Initiative ›Stopp Bargeldverbot‹ führt. Metzger war früher Pressesprecherin der AfD und leitet die einst der Partei nahestehende Stiftung für ›Freiheit und Vernunft‹.« Ich selbst hatte den Redakteur bereits im Mai 2016 informiert, dass sie schon im März 2014 das Amt der AfD-Pressesprecherin niedergelegt hatte und 2015 die Partei verlassen habe. Kein Wort davon in dem Artikel. Auch hier wieder das gleiche Muster: Man versucht, uns in eine rechte Ecke zu stellen.

Dazu zählt auch, dass ich bei acht Info-Ständen beziehungsweise kleinen Kundgebungen in Frankfurt vor der großen Kundgebung am 22. Oktober 2016 stets Polizeischutz aufgrund von Bedrohungen durch die Antifa erhielt. Die Polizeiführung im ersten Polizeirevier der Stadt Frankfurt riet mir sogar davon ab, am 1. August 2016 an einer Podiumsdiskussion im Club Voltaire unter dem Titel »Der Kampf ums Bargeld – wo bleiben die Linke(n) und die Geldreformer?« teilzunehmen. Es gab Drohungen gegen mich und sogar am Tag der Veranstaltung gegen den Club selbst. Die Antifa unterbrach mich unmittelbar nach meinem ersten Diskussionsbeitrag und bezeichnete mich sowohl als Rassisten als auch als Antisemiten. Jeder, der mich kennt, weiß, dass dies bar jeglicher Vernunft ist.

Ich hätte es bei Beginn meines Kampfes für das Bargeld nicht für möglich gehalten, dass Antifa und Medien mich derart ins Fadenkreuz nehmen würden. Mich dabei mit dem Attribut »rechts« zu belegen ist ein typischer Versuch, Andersdenkende in Verruf zu bringen. »Rechts« weckt heute bei den meisten Menschen negative Assoziationen. Früher stand »rechts« für ein Demokratieverständnis, bei dem die individuellen Freiheiten wichtiger sind als Gleichheit. Wer möchte heute mit »Rechten« zu tun haben? Mit »rechts« lässt sich jede Person des öffentlichen Lebens stigmatisieren und zur Unperson erheben. »Rechts« wird heute mit den Braunen, den Nazis, den Ewiggestrigen, mit Hitler und dem Holocaust gleichgesetzt.

Elisabeth Noelle-Neumann, Gründerin des Allensbach-Instituts für Demoskopie, entwickelte ein Modell zu linken und rechten Werten:

| **Linke Werte** | **Rechte Werte** |
|---|---|
| Gleichheit | Differenzierung (individuell, sozial, national) |
| Antiautoritär | Autorität, Hierarchie |
| Nähe, Wärme, Formlosigkeit | Distanz, Umgangsformen |

| | |
|---|---|
| Spontaneität | Disziplin |
| Freiheit von Not; Sicherheit und Geborgenheit | Freiheit vor staatlichem Zugriff, Risikobereitschaft, Eigeninitiative |
| Ökonomische Planung, öffentliche Kontrolle | Schutz von Privateigentum, Wettbewerb |
| Gesellschaft prägt Individuen | Individuen sind eigenverantwortlich |
| International | National |

Und auch wenn die Sozialisten sich krampfhaft bemühen, Gemeinsamkeiten mit dem Nationalsozialismus zu leugnen, so gibt es sie. Jede Verwandtschaft wird von linken Kreisen bestritten. Was bei Marx die klassenlose Gesellschaft war, hieß bei Hitler »Volksgemeinschaft«.

Hitler verstaatlichte nicht die Produktionsmittel, aber entlastet ihn das? Hitler war raffinierter: Er sozialisierte nicht die Betriebe, sondern den Menschen. Das Kollektiv war alles, und das Individuum galt nichts. Beides waren totalitäre Systeme mit Allmachtsfantasien und ideologischer Verblendung. War die Staatssicherheit besser oder schlechter als die Gestapo? Die Gemeinsamkeit der Sozialisten und der Nationalsozialisten ist die Unfreiheit des Einzelnen.

Mir sind linke wie rechte Ideologen ein Gräuel. Menschen, die sich für erleuchtet halten, die die Weisheit mit Löffeln gefressen haben, die sich für moralisch und geistig überlegen fühlen, die anderen vorschreiben wollen, wie sie zu denken und zu leben haben – sie sind die Totengräber der Freiheit und die Väter der Unfreiheit.

## 4 | Kapitel

# Freie Bürger: das Rückgrat einer freien Gesellschaft

»Falls Freiheit überhaupt etwas bedeutet, dann bedeutet sie das Recht, anderen zu sagen, was sie nicht hören wollen«, so George Orwell. Er schrieb von 1946 bis 1948 den Roman *1984* über einen totalitären Überwachungsstaat im Jahre 1984. Eine neue Sprache namens Neusprech bereinigte die bisherige Sprache um Worte wie Freiheit. Ein Wahrheitsministerium schrieb die Geschichte im Sinne der Partei um. Die Hauptperson im Roman arbeitet in diesem Ministerium für Wahrheit und sagt: »Wer die Vergangenheit kontrolliert, kontrolliert die Zukunft; wer die Gegenwart kontrolliert, kontrolliert die Vergangenheit.« Es existiert eine Gedankenpolizei, die die »Talentiertesten von ihnen, die sich möglicherweise zu Keimzellen der Unzufriedenheit entwickeln könnten«, aufspürt und einfach liquidiert. George Orwell selbst war Anhänger eines demokratischen Sozialismus, lehnte den damals real existierenden Sozialismus in der Sowjetunion rundweg ab und war ein Gegner des Totalitarismus. »Spannend ist, dass George Orwell zunehmend aus den Lehrplänen der Gymnasien verschwindet«, sagte Prof. Max Otte kürzlich. Dabei sind die Warnungen und Mahnungen dieses Mannes heute aktueller denn je.

Allein der Versuch, den Weg in eine Welt ohne Bargeld zu ebnen, sollte unsere Alarmglocken läuten lassen. Aber dies ist ja nicht die einzige besorgniserregende Entwicklung. Auch die Meinungsfreiheit gerät zunehmend in Gefahr. Im Grundgesetz heißt es in Artikel 5 (1): »Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten.« Aber bereits in Absatz 2 des Artikels ist zu lesen: »Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.« Damit ist dem Gesetzgeber die Möglichkeit der Einschränkung gegeben.

Klar ist, dass der Schutz der persönlichen Ehre gegen Beleidigung und Verleumdung durch gültiges Recht gewährleistet ist. Am 5. April 2017 beschloss das Bundeskabinett dennoch den Gesetzentwurf zur Verbesserung der Rechtsdurchsetzung in sozialen Netzwerken. »Der Gesetzentwurf zielt darauf, Hasskriminalität und strafbare Falschnachrichten auf den Plattformen sozialer Netzwerke wirksamer zu bekämpfen«, so das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz.

Wie kann es sein, dass private Netzwerkbetreiber, allen voran Facebook und Twitter, staatliche Aufgaben auferlegt bekommen? Die Unterscheidung zulässiger Meinungsäußerung und rechtswidriger Inhalte ist schwierig und oftmals von einer Einzelfallentscheidung abhängig. Facebook und andere Betreiber sozialer Netzwerke werden im Zweifel lieber Inhalte löschen, um Bußgelder zu vermeiden. Wir können nur hoffen, dass das Bundesverfassungsgericht diesem Treiben der Politik ein Ende setzt. Der alte Juristenspruch »Verwaltungsrecht besteht, Verfassungsrecht vergeht« weist jedoch darauf hin, dass bei den Urteilen des Verfassungsgerichts, das starken politischen Einflussnahmen über die Besetzung der Richterposten ausgesetzt ist, nichts in Stein gemeißelt ist.

Juristische Fachsimpeleien bringen uns nicht weiter. *Tichys Einblick* berichtete am 14. April 2017 darüber, dass das Nutzerprofil des deutsch-libanesischen Schriftstellers und Filmemachers Imad Karim auf Facebook gelöscht wurde. Dazu heißt es: »Das Unternehmen reagiert in vorauseilendem Gehorsam auf die Zensurinitiative des Bundesjustizministers, der die Bundesregierung folgt. Während weiterhin pro-islamistische Seiten ungestört zu Hass und Mord aufrufen können, werden kritische Geister gesperrt und gelöscht.« Es setze insbesondere in den so gescholtenen alternativen Medien eine Empörungswelle über diesen Schritt ein. Ich bin mit Imad Karim seit Oktober 2015 auf Facebook befreundet. Am 16. April 2017 konnte er dann vermelden, dass ohne weitere Informationen von Facebook die Sperrung aufgehoben wurde. Der zunehmende öffentliche Druck dürfte hier Wirkung gezeigt haben. Aber wie wird es sich bei vielen anderen verhalten, die sich nicht über eine breite Öffentlichkeit Gehör verschaffen können?

Letztlich droht staatlich verordnete Willkür seitens Facebook und Twitter, die

Bußgelder von bis zu 50 Millionen Euro vermeiden wollen. Nochmals sollten wir uns fragen, wie es sein kann, dass nicht Gerichte, sondern private Unternehmen über »rechtswidrige Inhalte« entscheiden sollen.

Ohnehin ist in unserem Land die politische Streitkultur in Gefahr. Als ich 10 Jahre alt war, stand das Land 1983 im Bann der Nachrüstungsdebatte. US-Mittelstreckenraketen namens Pershing II und Marschflugkörper sollten in Westeuropa als Antwort auf die sowjetische SS20 aufgestellt werden. Mein Religionslehrer besaß damals ein Wohnmobil und fuhr zu jeder großen Demonstration, sei es gegen Atomraketen, Atomkraftwerke oder die Startbahn West des Frankfurter Flughafens. Mit 14 Jahren saß ich bereits im Kreisvorstand der Jungen Union (JU) meiner Heimatstadt. Politisch hätten wir gegensätzlicher kaum aufgestellt sein können, dennoch achteten wir uns, und es kam sogar mehr als einmal ein »Sehr gut« in Religion heraus.

Einander zu achten, auch wenn man völlig unterschiedlicher politischer Auffassung ist, ist für mich eine Selbstverständlichkeit. Heute habe ich einen guten Freund bei den Linken wie auch einen anderen, der im Falle des Überspringens der Fünf-Prozent-Hürde durch die AfD im Bundestag sitzen wird. Allein eine Freundschaft zu einem potenziellen AfD-Bundestagsabgeordneten jedoch dient der Antifa in Frankfurt dazu, mich in eine rechte Ecke zu stellen. Die Spaltung unserer Gesellschaft schreitet so immer weiter voran. Für mich ist das eine höchst bedenkliche Entwicklung. Heute gibt es Suchfunktionen wie »UNFRIEND.ME«, mit denen Sie überprüfen können, ob Ihre Facebook-Freunde die AfD oder Pegida mögen. Diese können Sie dann ganz praktisch »entfreunden«. Zur Erinnerung: Leben wir nicht in einer Demokratie? Verträgt sich die Erteilung von Denk- und Meinungsverboten für Freundinnen und Freunde mit einer Demokratie? Keine Frage, Rassisten oder Anhänger der jüdischen Weltverschwörung würden zunächst von mir bei entsprechenden Meinungsäußerungen in die Schranken verwiesen. Kein einziger AfD-Fan unter meinen Freunden hat sich jedoch bislang auf meiner Seite damit hervorgetan. Notfalls kann jeder von uns eine Entfreundung durchführen. Eine staatliche Regulierungsbehörde brauchen wir dafür nicht und noch weniger eine Überwachung »rechtswidriger Inhalte« durch private »Richter«.

Mündige Bürger können selbst am besten entscheiden, was sie auf ihrem

Facebook-Profil dulden und was nicht. Uns allen kann ich nur den dringenden Rat geben, Andersdenkenden notwendigen Respekt entgegenzubringen. Der alte Spruch des Straßenkampfs »Und willst du nicht mein Bruder sein, so schlag ich dir den Schädel ein« darf nie wieder die Luftüberlegenheit über unsere Stammtische und Straßen erhalten. Freie verantwortungsbewusste und tolerante Demokraten braucht unser Land. Meinungswächter und Denunzianten benötigen wir nicht, denn es gilt: »Der größte Lump im ganzen Land ist und bleibt der Denunziant.« Unsere Freiheit endet nur dort, wo die Freiheit des anderen beginnt.

## 4 | 1 Je totalitärer der Staat, desto strenger die Waffengesetze

Streifen wir ein weiteres wichtiges Thema. Politisch korrekt ist die Ablehnung des privaten Waffenbesitzes. Die Grünen fordern ein »Hausverbot für Waffen«. So heißt es: »Es wird höchste Zeit, deutsche Wohnzimmer zu entwaffnen.« Nach dem entsetzlichen Amoklauf in Winnenden brauche man konsequente Maßnahmen wie ein »Verbot von Schusswaffen in Privathaushalten« statt politischer Augenwischerei. Unter dem Eindruck der schrecklichen Geschehnisse in der Schule mit 15 Opfern am 11. März 2009 ergab eine Umfrage unter 1000 Bundesbürgern am 12. und 13. März 2009 im Auftrag von *stern* und RTL, dass 59 Prozent der Deutschen den Besitz von Waffen und Munition in Privathaushalten verbieten wollen. Während bei der Union nur 51 und bei der FDP 52 Prozent der Befragten diese Meinung vertraten, waren es unter SPD-Wählern 68, bei den Grünen 61 Prozent und bei den Linken sogar 78 Prozent.

Notwehr ist nach § 32 des Strafgesetzbuches »die Verteidigung, die erforderlich ist, um einen gegenwärtigen rechtswidrigen Angriff von sich oder einem anderen abzuwenden«. Es gilt: Das Recht muss dem Unrecht nicht weichen. Erinnern wir uns an die Rote Armee Fraktion (RAF) und ihren Terror in den 1970er- und 1980er-Jahren. Damals erhielten bedrohte Politiker und Unternehmensvertreter gepanzerte Fahrzeuge und Personenschutz. Auch Waffenscheine, die zur Führung von Waffen in der Öffentlichkeit befähigen, wurden ausgehändigt.

Heute spitzt sich die Sicherheitslage für viele Menschen zu. Es betrifft die breite Bevölkerung und nicht die »Spitze«. Eine Anfang Januar 2017 veröffentliche Umfrage von Emnid im Auftrag der *Bild am Sonntag* ergab, dass sich 58 Prozent der befragten Frauen weniger sicher fühlen als früher, 44 Prozent dabei wegen der Zuwanderung muslimischer Männer. 48 Prozent der Frauen meiden bestimmte Gebiete, und 16 Prozent von ihnen führen ein Pfefferspray mit sich. An dieser Stelle sei der Hinweis erlaubt, dass Pfefferspray in Deutschland nur als Tierabwehrspray mitgeführt werden darf.

Jawohl, Angst vor einem Überfall oder vor einer Vergewaltigung berechtigt nicht zum Mitführen von Pfefferspray, Angst vor Tieren schon. Übrigens dürfen wir auch nicht bei einer Kundgebung schusssichere Westen mit uns führen, denn wir könnten Polizisten bei der Ausübung ihrer Arbeit hindern.

Immer wieder finden wir Berichte von heimtückischen Überfällen, oft in Gruppen von acht bis fünfzehn Personen auf oftmals wehrlose Bürger. Vergewaltigungen mit großer Brutalität nehmen zu. Das Land Nordrhein-Westfalen berichtete für 2016 von einem Anstieg von Sexualdelikten um 24,9 Prozent auf 2320 Fälle. Darin sind auch 162 Sexualdelikte der Kölner Silvesternacht 2015/16 enthalten, aber diese können den Anstieg nicht erklären.

Als der linke Terror der RAF hohe Kreise bedrohte, gab es Waffenscheine für Wirtschaftsbosse bis hin zu Polizeischutz. Heute ist die Bedrohungslage dramatischer mit Blick auf Terrorbedrohung und die Rudeltaktik ausländischer Gruppen, wie sie sich auf dem Kölner Domplatz Silvester 2015/16 besonders drastisch manifestierte. Früher waren Politiker und Spitzen der Wirtschaft im Fadenkreuz, heute sind wir es alle.

Wir bräuchten eine Diskussion, inwieweit auch der »Normalbürger« sich selbst schützen darf. Selbst Pfefferspray ist wie gesagt in Deutschland nur als Tierabwehrspray erlaubt. Wenn es zu Terroranschlägen wie in Paris im Club Bataclan mit über siebzig Toten kommt, hätten zwei, drei oder vier Bürger mit verdeckt getragenen Kurzwaffen sich und ihr Umfeld verteidigen können. Viele Menschenleben hätten gerettet werden können.

In Israel gibt es keine Diskussion über Bürgerwehren, sondern sie existieren fast überall. Am 18. November 2014 betraten zwei Personen, bewaffnet mit Messern, Äxten und einer Schusswaffe, die Kehilat Bnei Torah Synagoge in West-Jerusalem. Vier Besucher der Synagoge wurden getötet und sieben weitere zum Teil schwer verletzt. Drei Polizisten lieferten sich mit den zwei Tätern ein Feuergefecht, bei dem beide starben, aber auch ein Polizist so schwer verletzt wurde, dass er Stunden nach der Tat verstarb.

Bereits wenige Stunden nach der Tat versprach der Innenminister Israels, Regelungen des Waffenbesitzes in Bezug auf das Erwerben von entsprechenden Waffenlizenzen zu lockern. In der Zeitung *Ha'aretz* vom 20.

November 2014 wurde der israelische Innenminister Jitzchak Aharonovitch mit den Worten zitiert: »Die Entscheidung zur Erleichterung [der Genehmigung von Waffenlizenzen] ist, angesichts der jüngsten Terrorfälle, das Ergebnis der aktuellen Notwendigkeit zur Stärkung des Sicherheitsempfindens für die Bevölkerung. Das Ausstellen der Lizenzen wird kontrolliert, verantwortungsvoll und gerecht geschehen, basierend auf den Kriterien der Zulassung und des Trainings.«

Berechtigt für den Besitz und das Führen von Schusswaffen sind in Israel Personen, auf die folgende Kriterien zutreffen:

- mindestens 3 Jahre in Israel wohnhaft,
- ein sauberes Strafregister,
- keine aktuelle oder vorherige psychische Erkrankung,
- Sachkunde im Umgang mit Schusswaffen,
- Frauen ab 20 Jahren (Militärdienst ehrenhaft beendet),
- Männer ab 21 Jahren (Militärdienst ehrenhaft beendet),
- ab 27 Jahren, wenn kein Militärdienst geleistet,
- ab 45 Jahren, wenn die betreffende Person in Ost-Jerusalem wohnt,
- als Bedürfnis Jagd, Sport oder Selbstschutz.

Ist es nicht ein Naturrecht, sich selbst verteidigen zu dürfen? Brauchen wir nicht in unserem Land angesichts der wachsenden Bedrohung eine Diskussion über besseren Selbstschutz der Bürger? Sind nicht die reflexartigen Forderungen aus dem linken Lager nach einer völligen Entwaffnung freier Bürger der völlig falsche Weg, weil er uns gegenüber Terroristen oder im Rudel auftretenden Kriminellen sowie organisierten Banden völlig schutzlos macht?

Haben gerade wir Deutschen vergessen, dass die Nationalsozialisten nach der Machtergreifung politisch Andersdenkenden, Juden oder Homosexuellen die waffenrechtliche Erlaubnis widerrufen haben? Die »Verordnung gegen den Waffenbesitz der Juden« vom 11. November 1938 entzog unseren jüdischen Mitbürgern den Waffenbesitz. Was mit ihnen danach geschah, muss uns eine Mahnung und Warnung sein.

Ende 1931 erließ die damalige deutsche Reichsregierung eine Verordnung,

auf deren Grundlage verschiedene Regierungsbezirke die Anmeldung aller Schusswaffen, Munition und sonstiger Waffen verlangten. Diese dienten vor der Reichspogromnacht am 9. November 1938 dazu, jüdische Schusswaffenbesitzer zu identifizieren. Nur ein Jahr vor der Machtergreifung verfügte der Reichsinnenminister »eine gesicherte Aufbewahrung der Listen der Personen ..., die ihren Waffenbesitz angemeldet hatten«. Ein Gegner dieser Maßnahme warnte bereits damals, dass »alles, was registriert ist, durch die Regierung eingezogen werden kann«. Bereits nach der Machtergreifung führten die Nazis Razzien in jüdischen Vierteln durch, bei denen nach Schusswaffen gesucht wurde. Nicht nur die Entwaffnung der Juden, sondern auch die der »politisch Unzuverlässigen« und »Staatsfeinde« stand auf der politischen Agenda der Nationalsozialisten. Die 1932 angefertigten Listen spielten den neuen Machthabern in die Hände. Völlige Durchsichtigkeit gegenüber dem Staat ist eben stets gefährlich. Erwähnen wir dabei, dass die europäische Richtlinie über die Kontrolle des Erwerbs und des Besitzes von Waffen alle Mitgliedstaaten verpflichtet, seit spätestens 31. Dezember 2014 ein computergestütztes Waffenregister auf nationaler Ebene zu errichten und auf dem aktuellen Stand zu halten.

James Kirchick schrieb 2014 in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* einen Gastbeitrag mit der Überschrift »Die Opfer des Kommunismus verdienen ein Denkmal«. Er bezeichnete den Kommunismus als die tödlichste Ideologie der Geschichte und forderte: »Es ist an der Zeit, endlich mit dem linken Mythos aufzuräumen, er sei nur falsch verstanden worden – und könne nichts für die Millionen Toten, die er gefordert hat.« Er erwähnt *Das Schwarzbuch des Kommunismus,* demzufolge die vom Marxismus-Leninismus inspirierten Regime für den Tod von rund 100 Millionen Menschen verantwortlich seien und diese Zahl noch nicht endgültig sei.

Erwähnen wir diesbezüglich, dass auch in der DDR nur hohen Beamten, Militärs und der Polizei das Führen von Waffen erlaubt war.

In China gibt es seit 1935 eine gesetzliche Waffenkontrolle. Mao Tse-tung postulierte: »Die politische Macht kommt aus den Gewehrläufen.« Von 1948 bis 1976 geht man von über 20 Millionen Toten aufgrund politischer Säuberungen aus.

Stalin verbot 1929 seinen Bürgern, Waffen zu tragen. Von 1929 bis 1953 wurden über 20 Millionen Sowjetbürger Opfer der Säuberungen Stalins.

Gustav Heinemann, deutscher Bundespräsident von 1969 bis 1974, sagte: »Ein Staat ist immer nur so frei wie sein Waffengesetz!«

In einem *Spiegel* – Interview gab der ehemalige Verfassungsrichter Udo Di Fabio die denkwürdigen Worte zum Besten: »Nur schwache Gemeinwesen nehmen der Mehrheit die Freiheit, weil sie um den Missbrauch der Freiheit durch eine kleine Minderheit fürchten.«

Freie, unbescholtene Bürger müssen das Recht auf eine Waffe haben! Was im heutigen Fahrwasser des Mainstreams eine verachtenswerte, engstirnige und völlig falsche, ja für unser Gemeinwohl gefährliche Forderung zu sein scheint, ist für jeden unsere Freiheit und Demokratie liebenden Bürger jedoch richtig und wichtig.

Abschließend erlaube ich mir zu diesem Thema den Hinweis, dass die Schweiz eine traditionelle Milizarmee besitzt, die aus einer Bevölkerung mit zu Hause aufbewahrten Waffen besteht. Dies dürfte die Nazis während des Zweiten Weltkriegs wesentlich davon abgehalten haben, in die Schweiz einzufallen. Eine wehrhafte Demokratie braucht meines Erachtens wehrhafte freie Bürger.

## 4 | 2 Wehrpflicht als Säule von Demokratie und Freiheit

Wer kennt heute noch die Gründe, die für die Wehrpflicht standen? Wer interessiert sich überhaupt noch für dieses Thema? CDU/CSU und FDP verteidigten über viele Jahrzehnte die Wehrpflicht. So sollte die Bundeswehr fest in unserer Zivilgesellschaft verankert werden. Eine Wehrpflichtarmee kann kaum zu einem Staat im Staate werden, während eine Berufsarmee losgelöst von gesellschaftlichen Bindungen sehr wohl ein Eigenleben führen kann. Für die Sicherung unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung war eine Wehrpflichtarmee und eben keine Berufsarmee die Wunschvorstellung der CDU, die in ihren Grundsatzprogrammen stets ein Bekenntnis zu ihrem Fortbestand ablegte.

Sprechen wir einen weiteren Punkt an: In den USA wurde die Wehrpflicht 1973 abgeschafft. Angeblich war die mangelnde Gerechtigkeit der Hauptgrund. Wenn die Armee eines Landes weniger Soldaten braucht, als durch die Wehrpflicht jedes Jahr zur Verfügung stehen, droht es ungerecht zuzugehen. John Kerry, der in Vietnam kämpfte und unter Barack Obama US-Außenminister war, sagte im Rückblick: »Die Wehrpflicht war auf grausame Weise ungerecht, ungleich und unfair und hat mitgeholfen, unser Land tief zu spalten.« Jetzt wird es jedoch sehr interessant: Von tausend Wehrpflichtigen kamen in den 1960er-Jahren aus dem Arbeiterviertel South Boston in Kerrys Heimatstadt Boston dreizehn beim Krieg in Vietnam ums Leben und nur einer aus Harvard. Die Unterschicht fiel und die Elite überlebte, zugespitzt formuliert. Zum Meinungsumschwung kam es während des Vietnamkrieges erst, als das Kanonenfutter aus den Armenvierteln nicht mehr ausreichte.

Die heutige US-Armee besteht nur noch aus Berufssoldaten, die sich oftmals aus den unteren Bevölkerungsschichten rekrutieren lassen. Auf den Punkt gebracht lässt sich sagen, dass die USA im Ernstfall von Armen verteidigt wird. Der Anteil der Unterschicht ist überdurchschnittlich. Aber wenigstens sind sie ja freiwillig zum Tod für das Vaterland bereit und werden nicht

durch eine Wehrpflicht gezwungen. So lässt sich das Gewissen der reichen Oberschicht beruhigen. Eine Armee von Söldnern kann im Unterschied zur Wehrpflichtarmee der USA während des Vietnamkrieges wohl öfter und intensiver in Kampfhandlungen geführt werden. Müssen wir nicht insbesondere aus diesem Grund für eine Wehrpflichtarmee eintreten? Mit der Zunahme internationaler Aufgaben der Bundeswehr, ob in Afghanistan, Mali und anderswo, fällt das Ende der Wehrpflicht in Deutschland zusammen.

Kein einziges der Kinder unserer Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen ist interessanterweise bei der Bundeswehr. Geben Sie in YouTube einmal ein: »Ursula von der Leyen – Schicke doch meine Kinder nicht zur Bundeswehr.« Der NDR hatte in einer Satiresendung das Interview mit unserer Bundesverteidigungsministerin in einem Ausschnitt wiederholt. Von der Leyen: »Wenn meine eigenen Kinder zur Bundeswehr gehen wollten, und wäre ein Auslandsaufenthalt notwendig, dann würden sie mitgehen müssen und ich würde genauso zittern und bangen wie jede andere Mutter.« Auf die Nachfrage: »Ist jemand bei der Bundeswehr von Ihren Kindern?«, schüttelt von der Leyen den Kopf und lacht aus meiner Sicht sehr perfide. Der Kommentar des NDR-Satirikers: »Nein, die sind ja nicht bescheuert.« Führen wir uns die hier beschriebenen Zusammenhänge bitte eindringlich vor Augen.

Ein anderes Beispiel: Anfang Oktober 1989 fanden in Leipzig die friedlichen Massendemonstrationen statt. *Die Zeit* berichtete am 23. Oktober 2014 unter der Überschrift »Und wenn sie auf uns schießen?« über diese für die deutsche Geschichte so wichtigen Ereignisse. Viele Männer in der Nationalen Volksarmee erkannten, dass es nicht um »Staatsfeinde« ging. Zitiert wird ein junger, wehrpflichtiger Bereitschaftspolizist: »Mir standen die Tränen in den Augen, da ich schon vorher gemerkt habe, dass das nicht irgendwelche randalierenden Rowdys sind, asoziale Elemente, wie uns erzählt wurde, sondern normale Leute aus sämtlichen Altersgruppen.« Eine Armee, die zu großen Teilen aus wehrpflichtigen jungen Männern besteht, ist weit weniger leicht gegen das eigene Volk einzusetzen. Auch dies spricht für die Wehrpflicht.

Übrigens sehe ich gerade angesichts dieses Beispiels aus der DDR-Zeit eine Europa-Armee mit großer Sorge, denn eine solche Armee wäre effizient zur Bekämpfung von Unruhen in Teilen der Europäischen Union einsetzbar.

Natürlich ist es heute für nahezu alle Leser dieser Zeilen ausgeschlossen, dass in der Europäischen Union einmal Bürgerproteste mit Waffengewalt niedergehalten werden müssen. Aber spätestens nach dem Lesen der Ausführungen dieses Buches zur Überdehnung des Geldsystems – und dies ist fast schon beschönigend umschrieben – werden Sie vielleicht nachdenklich. Ein europäisches Berufsheer kann sicherlich einfacher in Teilen der Europäischen Union zur Unterdrückung aufmüpfiger Bevölkerungsgruppen eingesetzt werden als ein Heer aus Wehrpflichtigen des jeweiligen Landes. Bereits jetzt gibt es eine Eingreiftruppe für Unruhen. Es ist die Europäische Gendarmerietruppe mit dem Kürzel EUROGENDFOR. Sieben EU-Mitgliedstaaten – Italien, Frankreich, Spanien, die Niederlande, später Polen und Rumänien – haben diese Polizeieinheit gegründet. Als »robuste Polizeikräfte« sind sie in Bürgerkriegsszenarien einsetzbar. Auch wenn der vom Deutschen Bundestag 2008 beschlossene Vertrag von Lissabon die Todesstrafe in der EU abschafft, gibt es doch eine Ausnahme: »(2) Eine Tötung wird nicht als Verletzung dieses Artikels betrachtet, wenn sie durch eine Gewaltanwendung verursacht wird, die unbedingt erforderlich ist, um ... c) einen Aufruhr oder Aufstand rechtmäßig niederzuschlagen.« Wir sehen daran, dass auf dem Papier und in der Wirklichkeit alle Vorkehrungen getroffen sind.

Die Wehrpflicht sichert eine Armee aus dem Volk für das Volk. Seit 1955 galt sie in Deutschland und wurde insbesondere von CDU und CSU hochgehalten. Dann wurde Karl-Theodor zu Guttenberg am 28. Oktober 2009 zum Bundesminister der Verteidigung ernannt, und bereits nach weniger als 6 Monaten, genau am 26. Mai 2010 in der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg, verkündete Guttenberg in einer Grundsatzrede den Anfang vom Ende der Wehrpflicht. Im Grundsatzprogramm seiner Partei, der CSU, hieß es noch, die Allgemeine Wehrpflicht sei von zentraler Bedeutung für unsere nationale Sicherheit. Am 9. Juni 2010 setzte Guttenberg bei der Sparklausur des Bundeskabinetts alles daran, seine Pläne zur Abschaffung der Wehrpflicht durchzusetzen. Er eckte dabei bei einigen Teilnehmern so an, dass danach einige zum Besten gaben: »Der führt sich auf wie Rumpelstilzchen.«

Guttenberg führte damals an, dass mit der Abschaffung der Wehrpflicht Kosten eingespart werden könnten. Heute steht die Armee vor einem

Scherbenhaufen. In vielen Bereichen sind die Sollstellen nur halb oder sogar noch schwächer besetzt. Bis 2030 wird die Hälfte des aktiven Personals die Bundeswehr verlassen. Im Juli 2016 wurden die Ergebnisse einer internen Studie bekannt, wonach 26 Prozent der einfachen Soldaten einen Migrationshintergrund haben. Bei den Unteroffizieren sind es 14 Prozent, unter den Leutnanten bis Hauptmännern sind es 10 Prozent, und bei den Majoren aufwärts sind es 7 Prozent. Noch muss die Bundeswehr dabei auf Migranten mit deutscher Staatsbürgerschaft zurückgreifen. Im Weißbuch zur Sicherheitspolitik 2016 findet sich im Kapitel zur künftigen Personalstrategie der Streitkräfte die Aussage: »Nicht zuletzt böte die Öffnung der Bundeswehr für Bürgerinnen und Bürger der EU nicht nur ein weitreichendes Integrations- und Regenerationspotenzial für die personelle Robustheit der Bundeswehr, sondern wäre auch ein starkes Signal für eine europäische Perspektive.« Diese Strategie müsse sich »frühzeitig auf neue und geeignete Zielgruppen« ausrichten. Der Vorsitzende des Bundeswehrverbandes André Wüstner reagierte kritisch. Die deutsche Staatsangehörigkeit sei »für den Soldaten aufgrund der gesetzlichen Verankerung und als Grundlage für das gegenseitige Treueverhältnis von Staat und Soldat elementar«. Karl-Theodor zu Guttenberg hatte Anfang 2011 ein Aktivitätsprogramm ausarbeiten lassen. Darin wurde davon gesprochen, Gesetze und Regelungen so zu ändern, »dass Inländer bei entsprechender Eignung, Befähigung und Leistung auch ohne deutsche Staatsbürgerschaft regelmäßig in die Streitkräfte eingestellt werden können«.

Da schafft Guttenberg einen Mangel an gutem Personal für die Bundeswehr und empfiehlt dann die Öffnung der Armee für Nicht-Deutsche. Die Kreiswehrersatzämter wurden mit Wirkung vom 30. November 2012 aufgelöst. Damals hatte der vorübergehend populärste deutsche Politiker versprochen, mit der Aussetzung der Wehrpflicht würde die Bundeswehr effektiver und kostengünstiger. Dies erweist sich als ein falsches Versprechen.

Der richtige Umgang mit Waffen wurde früher im Rahmen des Grundwehrdienstes den einzelnen Jahrgängen gelehrt. Heute empfehlen »islamistische Kreise« den Dienst in der Bundeswehr, um den Umgang mit Waffen zu erlernen. Im November 2016 wurde bekannt, dass der Militärische Abschirmdienst bereits 20 Islamisten in der Truppe erkannt habe und 60

Verdachtsfälle verfolge. Hier lässt auch die doppelte Staatsbürgerschaft grüßen. Der MAD berichtete, aus den Rekrutierungsbüros seien »einzelne Anfragen von Bewerbern bekannt, die sich in auffälliger Weise für den Dienst in der Bundeswehr interessieren, einen Verpflichtungswunsch von nur wenigen Monaten äußern und sich ausdrücklich für eine intensive Waffen- und Geräteausbildung interessieren«. Während die Grünen den MAD auflösen wollen, beschloss der Bundestag im Dezember 2016, dass ab Juli 2017 jeder Bewerber für den Soldatendienst einer Sicherheitsüberprüfung durch den MAD unterzogen wird.

Erst die völlig kopflose Aufhebung der Wehrpflicht hat uns den heutigen Schlamassel eingebrockt. Die Bundeswehr befindet sich heute nicht nur bezogen auf ihr Personalwesen in einem traurigen Zustand. Unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung muss jedoch gegen potenzielle Feinde verteidigungsfähig und wehrhaft bleiben. In einer vom 24. bis 27. Juni 2016 erhobenen Umfrage des Meinungsforschungsinstituts YouGov für die Deutsche Presse-Agentur sprachen sich 36 Prozent für die Wiedereinführung der Wehrpflicht aus, 49 Prozent waren dagegen. 15 Prozent der insgesamt 2054 befragten Personen machten keine Angaben. Wenn nur mehr Menschen die Gründe für eine Wehrpflichtarmee kennen würden, dürfte nach meiner festen Überzeugung eine solche Umfrage anders ausfallen.

Als ehemaliges Mitglied der CDU, immerhin von 1989 bis Oktober 2015, bekümmert mich, dass die Abschaffung der Wehrpflicht ohne vorausgehenden innerparteilichen Diskussionsprozess im Hauruckverfahren, initiiert von Theodor zu Guttenberg und flankiert von Angela Merkel, »durchgedrückt« wurde. Meinem Demokratieverständnis widerstrebt dies zutiefst.

In puncto Bargeld, Meinungsfreiheit, Waffenbesitz von Privatleuten oder Wehrpflicht muss es stets darum gehen, es den Feinden von Demokratie und Freiheit bestenfalls unmöglich und zumindest so schwer wie möglich zu machen, das Volk zu unterdrücken und den Einzelnen zu knechten.

## 5 | Kapitel

# Migrationspolitik 2015: Merkels Versagen statt Staatsversagen

Im September 2015 herrschte eine Stimmung in Deutschland, die fast schon als »Willkommenstrunkenheit« bezeichnet werden kann. Risiken und Probleme der Grenzöffnung vom 5. September 2015 wurden in den Medien kollektiv ausgeblendet. Kritiker trauten sich nicht, das Wort zu erheben. Die Deutungshoheit hatten all diejenigen, die die Entscheidung der Kanzlerin als großartigen Akt der Hilfsbereitschaft bezeichneten. So konnte der Welt ein hilfsbereites, herzliches Deutschland vermittelt werden, das mit dem machthungrigen bösen Deutschland von einst nichts mehr zu schaffen hat. Am 19. September 2015 wurde Angela Merkel auf dem Titelblatt des Nachrichtenmagazins *Der Spiegel* mit den Worten »Mutter Angela« als Mutter Teresa abgebildet. Die Gutmenschen glaubten an den Sieg der Menschlichkeit – und der Rest an die Niederlage der Vernunft.

## Wider die Legendenbildung

Das am 13. März 2017 erschienene Buch *Die Getriebenen* mit den Konterfeis Sigmar Gabriels, Angela Merkels und Horst Seehofers auf dem Buchcover erweckt den Eindruck, Angela Merkel sei nicht Herr des Verfahrens gewesen. Man könnte bei dem Buchtitel meinen, alles sei nur unter Druck und Zwang entstanden, sodass die Handelnden gar nicht anders konnten. Merkels Handeln war womöglich alternativlos. Wir alle sollten den Versuch einer solchen Legendenbildung vereiteln. Bedenken wir dabei, dass der Verfasser Robin Alexander seit 2008 für *die Welt* aus Berlin berichtet und die Kanzlerin regelmäßig auf Auslandsreisen begleitet. Hauptstadtkorrespondenten brauchen Informationen, und sie werden gewiss nicht so entlarvend und despektierlich über höchste Vertreter des Berliner Hauptstadtlebens berichten. Der Autor selbst sagt im Vorwort, dass das Buch aus der Perspektive des politisch Handelnden geschrieben sei.

## Die Verantwortlichen waren gewarnt

Stefan Aust von der *Welt* berichtete am 20. September 2015, dass bereits im ersten Quartal 2015 die Warnung seitens der Bundespolizei an das Bundesministerium des Innern ausgesprochen worden war: »Eine Million kommen in 2015«. Am 4. November 2015 legte die *Welt am Sonntag* nach mit der Meldung: »Warnung vor Flüchtlingswelle schon im März.« Dieser Artikel enthielt noch einen Seitenhieb auf Kanzleramtsminister Peter Altmaier. Dieser habe am 13. Oktober 2015 im großen Kabinettssaal des Kanzleramts in Berlin ein Abebben des Zuwandererstroms mit den Worten prognostiziert: »Ihr müsst euch das so vorstellen wie eine Pipeline, die leerläuft.« Fakt ist, dass es ausreichende Warnungen für die Verantwortlichen gab. Niemand kann sich auf Unwissenheit berufen.

Ende 2016 erfuhr ich aus Berliner Insider-Kreisen, dass sehr wichtigen Mitgliedern der CDU/CSU-Bundestagsfraktion viele Erkenntnisse vorliegen, aber sie dennoch in Untätigkeit verharren. Viele Quellen waren uns bereits vorher bekannt, aber einige nicht, die so bedeutsam sind, dass wir sie mit dem Video *Merkels Rechtsbruch?* über YouTube unbedingt einer breiten Öffentlichkeit zur Verfügung stellen wollen. Bis zum Erscheinen dieses Buches zählen wir für das Video fast 1,3 Millionen Aufrufe auf YouTube und über 34 000 Aufrufe der Seite *www.silberjunge.de/merkel*, auf der alle Quellen zum Video genannt sind.

## Entscheidungsverweigerung?

Aber zunächst noch einmal zu den Inhalten des Buches *Die Getriebenen.* Dort wird behauptet, Angela Merkel habe nicht bewusst entschieden, die Grenze offen zu lassen, sondern in Wahrheit sei es ganz simpel: »Es findet sich in der entscheidenden Stunde schlicht niemand, der die Verantwortung für die Schließung übernehmen will.« Bis zum Beweis des Gegenteils durch das Bundesministerium des Innern behaupten wir, dass das Bundesministerium des Innern die Befehle an die Bundespolizei bewusst mündlich gab und dies klar auf eine »Flucht vor der Verantwortung« hindeutet. Meine Berliner Gesprächspartner bestätigen mir genau dies, und es steht im Einklang mit der Feststellung des Autors des Buches *Die Getriebenen*, niemand habe schlussendlich Verantwortung übernehmen wollen. Mit Getriebenen hat dies jedoch nichts zu tun, eher mit

Durchtriebenen, die sich ihrer Verantwortungslosigkeit bewusst waren.

## 5 | 1 Angela Merkels Rechtsbruch in der Migrationspolitik

In meinem Video *Merkels Rechtsbruch* mit fast 1,3 Millionen Aufrufen auf YouTube habe ich wichtige Punkte bereits angesprochen. Sprechen wir hier nochmals wesentliche Inhalte des Videos und weitere bedeutsame Sachverhalte an. Diese Punkte spart das Buch *Die Getriebenen* übrigens weitgehend aus. An einer Stelle entfährt dem Autor dann doch, Merkel habe Gründe gehabt, so zu handeln, wie sie handelte: »Aber keine Bundestagsdebatte, kein Kabinettsbeschluss, kein Parteitag und kein Wahlsieg hat legitimiert, was an diesem 4. September seinen Anfang nahm.« Wie wahr!

Der Journalist von der Tageszeitung *Die Welt*, Alan Posener, sagte in *Hart aber fair* in der ARD am 5. Dezember 2016:

»Als wir dann die Szenen im Hauptbahnhof von Budapest sahen, dann hat die Kanzlerin gehandelt, hat, wenn man so will, **Moral vor Recht gestellt!**«

Wie kann es sein, dass eine Bundeskanzlerin Moral vor Recht stellen darf? Von Berliner Politik-Insidern wurde ich auf die folgenden Sachverhalte aufmerksam gemacht. So sollten wir uns zunächst die Rechtslage einmal genauer anschauen:

### Beck’scher Online-Kommentar Ausländerrecht, Kluth/Heusch, 11. Edition, Stand: 15.08.2016, Rn. 35-3 6

**(Minute 3:55 des Videos Merkels Rechtsbruch)**

Hier geht es zunächst um § 18 Asylgesetz als Rechtsgrundlage für den Grenzübertritt:

Der Wortlaut von § 18 Asylgesetz:

**»§ 18 Asylgesetz: Aufgaben der Grenzbehörde**

(2) Dem Ausländer ist die Einreise zu verweigern, wenn

1. er aus einem sicheren Drittstaat (§ 26a) einreist,
2. Anhaltspunkte vorliegen, dass ein anderer Staat auf Grund von Rechtsvorschriften der Europäischen Gemeinschaft oder eines völkerrechtlichen Vertrags für die Durchführung des Asylverfahrens zuständig ist und ein Auf- oder Wiederaufnahmeverfahren eingeleitet wird, oder
3. er eine Gefahr für die Allgemeinheit bedeutet, weil er in der Bundesrepublik Deutschland wegen einer besonders schweren Straftat zu einer Freiheitsstrafe von mindestens drei Jahren rechtskräftig verurteilt worden ist und seine Ausreise nicht länger als drei Jahre zurückliegt.

**(4) Von der Einreiseverweigerung oder Zurückschiebung ist im Falle der Einreise aus einem sicheren Drittstaat (§ 26a) abzusehen, soweit**

4. die Bundesrepublik Deutschland auf Grund von Rechtsvorschriften der Europäischen Gemeinschaft oder eines völkerrechtlichen Vertrags mit dem sicheren Drittstaat für die Durchführung eines Asylverfahrens zuständig ist oder
5. **das Bundesministerium des Innern es aus völkerrechtlichen oder humanitären Gründen oder zur Wahrung politischer Interessen der Bundesrepublik Deutschland angeordnet hat.«**

Nach verschiedenen Berichten liegt eine solche Anordnung des Bundesministeriums des Innern der Öffentlichkeit jedoch nicht vor. In dem Artikel der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ)* **»Ein Geheimerlass zur Öffnung der Grenze?«** vom 21. Januar 2016 heißt es unter Bezug auf den oben aufgeführten § 18 Absatz 4 Nr. 2 Asylgesetz:

**»Ohne eine solche Anordnung (Anmerkung: des Bundesministeriums des Innern) wäre die ungehinderte Einreise der vielen (syrischen) Flüchtlinge offensichtlich gesetzeswidrig.«**

Laut Beck'schem Online Kommentar (siehe oben: Rn. 35–36) heißt es allerdings:

**»Wie Nr. 1 ist auch Nr. 2 auf individuelle Einzelfälle zugeschnitten.«**

§ 18 Absatz 4 Nr. 2 ist demzufolge also nicht für eine **»generelle und unkontrollierte«** Einreise ausgelegt (Depenheuer/Grabenwarter/Murswiek, *Der Staat in der Flüchtlingskrise,* 2016, 135; Di Fabio, *Migrationskrise als föderales Verfassungsproblem,* 94).

Selbst wenn also eine solche Anordnung existieren würde, wäre damit die Rechtmäßigkeit der Grenzöffnung nicht zwangsläufig hergestellt.

Laut Beck'schem Online Kommentar (siehe oben: Rn. 35–3 6) heißt es weiter:

»Ob das BMI (Anmerkung: Bundesministerium des Innern) Ende August/Anfang September 2015 eine solche Anordnung erlassen hat, ist allerdings bis heute im Dunkeln geblieben. Auch die Wissenschaftlichen Dienste des Bundestages rätseln hierüber.«

Dies bestätigen mir meine Kontakte im Deutschen Bundestag. Selbst die Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages rätseln bis heute auch nach meinen Quellen hierüber. Bis heute ist eine derartige Ausnahmeregelung nicht bekannt gemacht worden.

In dem bereits erwähnten FAZ-Artikel »Ein Geheimerlass zur Öffnung der Grenze?« vom 21. Januar 2016 wird davon gesprochen, dass das Bundesinnenministerium die Frage als geheime Kommandosache behandelt und dass Bürger hingehalten werden, die sich auf das Informationsfreiheitsgesetz stützen und auf Auskunft pochen.

Die FAZ schreibt: »Auf Abgeordnete der Koalitionsfraktionen soll, wie aus der Unionsfraktion zu hören ist, massiver politischer Druck ausgeübt worden sein, damit sie es unterlassen, diesbezügliche Aussagen an die Bundesregierung zu richten; solche Anfragen, so wurde zudem signalisiert, würden in der Sache ohnehin nicht beantwortet.«

*Der Spiegel* berichtete am 1. August 2016 über Unglaubliches in der Berliner Regierungszentrale unter der bereits vielsagenden Überschrift »Sicherheitslücke im Kanzleramt«:

»Nacheinander wurden sie in Berlin vorstellig, um auf eine Kontrolle der Grenzen zu dringen: der Verfassungsschutzchef Hans-Georg Maaßen, der Chef der Bundespolizei, Dieter Romann, und auch der Chef des BND, Gerhard Schindler«.

Es wird davon berichtet, dass der Chef der Bundespolizei sich sogar schriftlich die Weisung zur Untätigkeit geben ließ, um nicht später wegen Pflichtverletzung belangt werden zu können.

Wer lesen kann, ist bekanntlich klar im Vorteil. Es gibt noch viele weitere Berichte, die lesenswert sind. So erschien am 10. Oktober 2015 in der FAZ der Artikel »Macht sich Merkel strafbar?« Prof. Holm Putzke, Strafrechtler aus Passau, sprach davon, dass die ungehinderte Einreise von Flüchtlingen strafrechtlich angreifbar sei. »Wer als Flüchtling derzeit einreist, besitzt in der Regel weder einen Pass noch verfügt er über einen Aufenthaltstitel oder eine Betretungserlaubnis. Kurz: Seine Einreise ist nach dem Aufenthaltsgesetz unerlaubt.« Diese unerlaubte Einreise ist unter Strafe gestellt, und zwar nach § 95 Abs. 1 Nr. 3 AufenthG. Deshalb leitet die Polizei gegen jeden Flüchtling ein Ermittlungsverfahren ein. »Die Ermittlungsakten landen bei den zuständigen Staatsanwaltschaften. Dort stapeln sie sich derzeit zu Zehntausenden«, schreibt Putzke auf seiner Website an der Universität Passau.

Nach langen Ausführungen über Schleuser und ihre Helfer stellt er fest: »Unterm Strich ergibt sich folgendes Bild: Solange Ausländer sich strafbar machen, wenn sie unerlaubt in die Bundesrepublik Deutschland einreisen, ist die Strafbarkeit auch bei all jenen gegeben, die dazu Hilfe leisten. Dazu gehören Zugführer, die wissentlich Flüchtlinge über die Grenze transportieren, möglicherweise aber auch die deutsche Bundeskanzlerin, die mit ihrem Verhalten jedenfalls ab dem 5. September 2015 die unerlaubte Einreise aktiv gefördert hat und es aktuell unterlässt, sie zu unterbinden.«

Der Berliner Attentäter Anis Amri, der zwölf Menschen auf dem Berliner Weihnachtsmarkt tötete, konnte vierzehn verschiedene Identitäten nutzen. Er konnte sich mit verschiedenen Namen in Oberhausen, Dortmund, Karlsruhe und Freiburg melden. Im April 2016 eröffnete die Staatsanwaltschaft Duisburg ein Verfahren gegen ihn, da er im November 2015 Sozialleistungen doppelt kassiert habe. Im November 2016, also wenige Wochen vor dem Anschlag, wurde das Verfahren eingestellt, da der Aufenthaltsort Amris den Behörden nicht bekannt war. Kein Politiker hat für all die Schlampereien die Verantwortung übernommen. Dass keine Betonsperren den Berliner Weihnachtsmarkt sicherten, die in Frankreich selbstverständlich sind, hatte auch keine Folgen. Haben unsere Behörden wirklich alles im Griff?

Im April 2017 wurde dann der Fall eines Bundeswehrsoldaten bekannt, der sich als syrischer Flüchtling ausgab. Dass er keine arabischen

Sprachkenntnisse hatte, interessierte nicht. Kontrollverlust der Behörden? 77 Prozent aller Migranten kamen im Januar 2016 beispielsweise laut Bundespolizei ohne Ausweispapiere nach Deutschland. Nachdem von Januar bis April 2016 rund 80 Prozent der Migranten keine Ausweispapiere mitführten, forderte CSU-Innenexperte Stephan Mayer, Migranten ohne Pass die Einreise zu verweigern: »Ich bin mir sicher, dass viele dann Papiere mitführen würden.« Geschehen ist bislang nichts.

Für mich bleibt es ein unglaublicher Vorgang, der fassungslos macht, dass der Deutsche Bundestag kein einziges Mal die Grenzöffnung Merkels abnickte, dass das Bundesinnenministerium bis heute die Anordnungen nicht offenlegte und niemand im Deutschen Bundestag einen Untersuchungsausschuss forderte, der ohnehin nur mit 25 Prozent der Abgeordneten eingesetzt werden könnte.

## 5 | 2 Wie Brüsseler Kreise das Grundgesetz aushebeln wollen

Immer wieder fällt in der politischen Diskussion die Behauptung, dass politisch Verfolgte Asylrecht genießen und dies in unserem Grundgesetz verankert sei.

Artikel 16 Grundgesetz:

»(1) Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.
(2) Auf Absatz 1 kann sich nicht berufen, wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften oder aus einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt ist. Die Staaten außerhalb der Europäischen Gemeinschaften, auf die die Voraussetzungen des Satzes 1 zutreffen, werden durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, bestimmt. In den Fällen des Satzes 1 können aufenthaltsbeendende Maßnahmen unabhängig von einem hiergegen eingelegten Rechtsbehelf vollzogen werden.«

Wer also aus einem sicheren Drittstaat (Österreich, Griechenland etc.) einreist, kann sich nicht auf das Grundgesetz berufen. Die Drittstaatenregelung (auch Dublin-II-Verordnung genannt) erlaubt es Deutschland, einen Asylbewerber bereits an der Grenze zurückzuweisen, wenn er aus einem sicheren Drittstaat eingereist ist.

Nun gehen wir kurz auf ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs zu Abschiebungen aus Griechenland aus dem Jahr 2011 ein, das am 14. November 2013 bestätigt wurde. Demzufolge dürften Asylsuchende nicht in EU-Länder abgeschoben werden, in denen »systemische Mängel« im Asylsystem herrschen. Schlägt ein solches Urteil dem Fass nicht den Boden aus? Da gibt es die sogenannte Drittstaatenregelung, also die Dublin-II-Verordnung, nach der es Deutschland erlaubt ist, einen Asylbewerber bereits an der Grenze zurückzuweisen, wenn er aus einem sicheren Drittstaat

eingereist ist. Genauso wird es selbst auf einer Seite der UN-Flüchtlingshilfe ausgeführt. Dann kommen Richter daher, die dies außer Kraft setzen, sollte es »systemische Mängel« im Land der Ersteinreise der Europäischen Union geben. Ergo: Sorgen wir als Staat einfach für »systemische Mängel«, und schon können wir uns der Verpflichtung zur Rücknahme von Flüchtlingen entziehen. Damit höhlen die Richter die Drittstaatenregelung aus. So maßt sich die Judikative an, gesetzgebende Gewalt zu werden. Vor allem heißt es dann in Deutschland, wir seien machtlos, da das EU-Recht so ist, wie es ist. Damit wird eine Ohnmacht und Machtlosigkeit nationaler Regierungen erzeugt, die die nationalen Völker Europas kaum gutheißen können.

Führen wir im Folgenden das Buch *Die Getriebenen* des *Welt* – Hauptstadtkorrespondenten Robin Alexander als Kronzeugen an. Er spricht im Buch von einem »in der Öffentlichkeit fast unbekannten, aber politisch sehr einflussreichen Deutschen, der das Dublin-System schon länger loswerden möchte«. Dann nennt er den Namen: Es ist Martin Selmayer, der Kabinettschef des EU-Kommissionspräsidenten Jean-Claude Juncker. Selmayer habe das Konzept einer »politischen Kommission« erfunden, das die Idee beinhaltet, dass aus der EU-Kommission statt einer Kontrollbehörde eine Art Oberregierung mit großer Machtfülle wird. Alexander spricht in seinem Buch an, dass der jetzige SPD-Kanzlerkandidat Martin Schulz und der EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker die Abrede getroffen hätten, die Brüsseler Institutionen gemeinsam zu stärken – auf Kosten der Nationalstaaten. Dann kommt der Satz: »Die Truppe ist der Überzeugung, Dublin müsse verschwinden – Europa soll die Flüchtlinge teilen.«

In diesem Zusammenhang will ich uns die Worte Jean-Claude Junckers ins Gedächtnis zurückrufen, die er im *Spiegel* vom 27. Dezember 1999 (»Die Brüsseler Republik«) zum Besten gab: »Wir beschließen etwas, stellen das dann in den Raum und warten einige Zeit ab, was passiert. Wenn es dann kein großes Geschrei gibt und keine Aufstände, weil die meisten gar nicht begreifen, was da beschlossen wurde, dann machen wir weiter – Schritt für Schritt, bis es kein Zurück mehr gibt.«

Wenn »diese Truppe« in Brüssel das Dublin-System also verschwinden lassen will, so machen sie sich die Welt so, wie sie ihnen gefällt. Brüssel maßt sich immer mehr an. In der entscheidenden Sitzung im

Bundesinnenministerium am 12. September 2015 ging es darum, ob auch Migranten mit Asylbegehren bei den am gleichen Tag einzuführenden Grenzkontrollen abgewiesen werden sollen. Robin Alexander schreibt in seinem Buch *Die Getriebenen*, dass die für Sicherheit zuständigen Beamten dafür gewesen seien, aber die für die Zuwanderung zuständigen Beamten lauter Bedenken vortrugen. Dabei wird auch das »Zuständigkeitsbestimmungsverfahren« erwähnt. Demzufolge könne Deutschland nicht abweisen, ohne vorher geprüft zu haben, welches Land für das Verfahren zuständig ist. Die Reichsbedenkenträger brachten demnach den Chef der Bundespolizei auf die Palme. Dieser verwies darauf, dass beim G-7-Gipfel in Elmau im Juni 2015 »Zurückweisungen doch auch möglich gewesen« seien. »Wie könne der wortgleiche Einsatzbefehl nun rechtlich problematisch sein?«, fragte Dieter Romann, der Chef der Bundespolizei, laut Robin Alexander.

Wie es weiterging, ist hinlänglich bekannt. Migranten brauchten nur »Asyl« zu rufen und konnten passieren. Die Einführung von Grenzkontrollen am 12. September 2015 war eine reine Schauveranstaltung für die deutsche Öffentlichkeit. Sie sollte politische Durchsetzungskraft vorgaukeln, die es in Wahrheit nicht gab. Denn es fand sich eben niemand, der die Verantwortung für die Grenzschließung tragen wollte. *Die Welt* titelte zur Erscheinung des Buches *Die Getriebenen:* »Flüchtlingskrise: Fast hätte Angela Merkel die Grenze geschlossen.« Es kam jedoch nicht dazu, weil Bedenkenträger sich durchsetzten und Merkel schöne Bilder wichtiger waren als das Wohl des Landes.

## 5 | 3 Angela Merkel: durchtrieben, nicht getrieben

Rufen wir uns einige Aussagen Angela Merkels zurück ins Gedächtnis:

»Deutschland ist ein starkes Land. Das Motiv, mit dem wir an diese Dinge herangehen, muss sein: Wir haben so vieles geschafft, wir schaffen das. Wir schaffen das, und wo uns etwas im Wege steht, muss es überwunden werden.« (31. August 2015)

»Das Grundrecht auf Asyl für politisch Verfolgte kennt keine Obergrenze. Das gilt auch für die Flüchtlinge, die aus der Hölle eines Bürgerkriegs zu uns kommen.« (10. September 2015)

»Die Welt sieht Deutschland als ein Land der Hoffnung und der Chancen – das war nicht immer so. Ich muss ganz ehrlich sagen: Wenn wir jetzt anfangen, uns noch entschuldigen zu müssen dafür, dass wir in Notsituationen ein freundliches Gesicht zeigen, dann ist das nicht mein Land.« (15. September 2015).

»Ist mir egal, ob ich schuld am Zustrom der Flüchtlinge bin. Nun sind sie halt da.« (22. September 2015 in der Sitzung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion laut Dr. Hugo Müller-Vogg)

Angela Merkels berüchtigte Selfies mit Flüchtlingen und ihre wieder und wieder erfolgte Erklärung, es gebe keine Obergrenze für Flüchtlinge, hat den Flüchtlingsstrom Richtung Deutschland erst derart anschwellen lassen.

Vergessen sollten wir nicht, dass die Regierungsdirektorin Angelika Wenzl am 21. August 2015 im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge das Papier mit dem Aktenzeichen 411-93605/Syrien/2015 verfasste. Darin steht, dass für Flüchtlinge aus Syrien das aufwendige Dublin-Verfahren ausgesetzt werde. Wer einmal deutschen Boden betreten hat, brauchte nicht mehr zu befürchten, in ein anderes EU-Land zurückgeführt zu werden, über das er erstmalig in die EU einreiste. Weder die Bundeskanzlerin noch der Bundesinnenminister sorgten für die Rücknahme. Das alles muss also mit Billigung »von oben« erfolgt sein. Auf Unwissenheit kann sich Angela Merkel angesichts der breiten Öffentlichkeit, die das Papier fand, dabei nicht berufen. Bereits am 25. August 2015 waren die Medien übersät von Berichten darüber. Sie alle

trugen in ihren Überschriften die Aussage: »Deutschland setzt Dublin-Verfahren für Syrer aus.« Es war eine Einladung, sich jetzt erst recht auf den Weg nach Deutschland zu machen.

Die Vereinten Nationen berichteten am 1. Juli 2015 über drastische Mittelkürzungen im Rahmen ihres Welternährungsprogramms für syrische Flüchtlinge im Libanon. Die Bundesregierung hat weggeschaut, wie das Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen aufgrund von Mittelkürzungen die Unterstützung für die Flüchtlinge in Jordanien, Syrien und der Türkei massiv zurückfahren musste. Dies hat die Motive einer Flucht nach Europa noch verstärkt.

Interessant auch, wie Elmar Brok, der »große« CDU-Europapolitiker in Brüssel, am 17. September 2015 folgenden Ausspruch im *Deutschlandfunk* machte: »Die Fluchtwelle begann vor zweieinhalb Monaten in diesem Umfange aus dem Mittleren Osten, weil beispielsweise die Nahrungsmittelversorgung um 40 Prozent abgebaut wurde und weil kein Geld zur Verfügung stand. Das ist ein Skandal, dass Europa, Amerika, Saudi-Arabien, Katar Gelder zurückgeschraubt haben und hier nicht mehr Geld den Flüchtlingen gegeben wird.« Damit wurden in der Tat die Fluchtmotive der Menschen verstärkt. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt?

Merkel schaute ebenso weg, wie »unsere Verbündeten« den Bürgerkrieg in Syrien erst ermöglichten.

Im Film *Merkels Rechtsbruch* spreche ich einen Bericht der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* an, der am 2. Oktober 2015 auf Seite 2 erschien. Darin heißt es: »Wie viele Syrer die CIA in jordanischen Trainingslagern ausgebildet hat, ist unklar.« Laut *New York Times* seien es 3000 bis 5000 und laut *Washington Post* 10 000 Kämpfer. Demzufolge soll die CIA jährlich fast 1 Milliarde Dollar für das Programm zur Verfügung gestellt haben.

Bereits am 12. September 2015 und damit eine Woche nach der Grenzöffnung schrieb ich meinen Lesern:

»Ich (Anmerkung: Thorsten Schulte) redete mit Marc Faber, der nach mir auf dem Goldkongress vor fast einem Jahr in Stuttgart sprach, nach der Veranstaltung abends über Katar und vieles andere. Im Juni 2013 hatte er in seiner Publikation über die Region geschrieben, worauf ich ihn ansprach. Damals hatte er die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) besucht und

einen Gastgeber aus dem Land gefragt: ›Kannst du mir einmal etwas erklären? Wie kommt es, dass das kleine Katar mit einer Bevölkerung von gerade einmal 250 000 Menschen ... sich in die Angelegenheiten jedes Landes im Mittleren Osten einmischt, inklusive einer Unterstützung des Aufstands gegen Muammar al-Gaddafi in Libyen?‹ Die spontane Antwort lautete: ›Wir (die VAE) könnten Katar jederzeit übernehmen.‹ Marc Faber hakte nach: ›Ich kann kaum glauben, dass ein so unbedeutender, kleiner Staat sich in die inneren Angelegenheiten so vieler Länder in Afrika und im Mittleren Osten einmischen kann. (Unter anderem werden die Hamas, die Muslimbruderschaft und die Dschihadisten in der Region von Katar finanziell unterstützt.) Ich bin sicher, Katar handelt im Auftrag eines Anderen, Mächtigen.‹ Später sagte er klipp und klar: ›Ich sagte Ali, ich hätte gedacht, die USA würden nicht zögern, Katar für die schmutzigen Arbeiten in der Region zu benutzen und den Mittleren Osten in so ziemlich der gleichen Weise zu destabilisieren, wie China es mit Nordkorea in Asien macht.«

Dies alles sagte Dr. Marc Faber. Ich gehe nicht immer konform mit ihm, schätze aber seine Analysen und bin hier völlig seiner Meinung. Die USA unterhalten den größten Militärstützpunkt in diesem kleinen Land. Ich denke nicht, dass Katar gegen die Interessen der USA handelt. Im Gegenteil: Für jeden halbwegs sachkundigen Beobachter sollte klar sein, dass das Land einen wesentlichen Anteil an dem Chaos in Syrien und Libyen hat.

Wer das nicht glaubt, möge doch bitte die Aussagen von Dr. Guido Steinberg lesen. Dieser Mann, der von 2002 bis 2005 Terrorismusreferent im Bundeskanzleramt war, sagt deutlich in einem Interview für Arte: »Katar will ganz deutlich eine Führungsrolle spielen.« Steinberg schrieb im Mai 2012 (!) über das kleine Emirat mit 250 000 Staatsbürgern, dass es auf enge sicherheitspolitische Beziehungen zu den USA setzt: »Deren zentrales Element ist der Luftwaffenstützpunkt im katarischen al-Udaid, der seit 2003 besteht und zur wichtigsten US-Basis im Mittleren Osten wurde.«

Er spricht über die Einflussnahme Katars in »Libyen, wo Doha in Abstimmung mit den USA, Großbritannien und Frankreich die Rebellen mit Waffen ausstattete und das katarische Militär libysche Kämpfer ausbildete«. Dann spricht er – nachzulesen in »Katars neue Syrien-Politik«, IP, 1. Mai 2012 – von der Neuausrichtung der Syrien-Politik und von dem Ziel Katars, »gemeinsam mit Saudi-Arabien aggressiver gegen die Verbündeten des Iran vorzugehen und die Opposition in Syrien zu unterstützen«. Bereits im Mai

2012 schreibt er Dinge wie: »Denn wenn Katar seiner bisherigen Linie treu bleibt, wird es die in der Opposition ohnehin starken Muslimbrüder und die vor Ort operierenden salafistischen Gruppierungen bevorzugt behandeln.« Er spricht von der »Gefahr von ethnisch-konfessionellen Auseinandersetzungen zwischen Aufständischen einerseits und den Alewiten, Christen und Kurden andererseits.« Und er setzt eins drauf: »Wer heute mit Katar zusammenarbeitet, muss sich bewusst sein, dass es zielstrebig Organisationen und Personen fördert, die keine Demokraten sind.« Dies alles schrieb Guido Steinberg weitsichtig am 1. Mai 2012.

Angela Merkel hat bei alledem weggeschaut. Deutschland trifft am Bürgerkrieg in Syrien keine Schuld. Auch die schlimme Situation in Libyen hat Deutschland nicht zu verantworten. Es ist Guido Westerwelle zu verdanken, dass er sich für Deutschland am 17. März 2011 der Libyen Resolution des UN-Sicherheitsrates der Stimme enthielt und einen Tag später in einer Regierungserklärung im Deutschen Bundestag sagte, Deutschland werde sich an Kampfhandlungen nicht beteiligen.

Selbst Österreichs Regierung ließ Angela Merkel im Stich. Wenn einem auf der eigenen Fahrspur der Autobahn nur noch Autos entgegenkommen, sollte man sich fragen, ob man nicht selbst der Geisterfahrer ist. In vielen europäischen Ländern wird der Ausspruch geprägt: Zuerst haben uns die Deutschen ihre Sparpolitik aufgezwungen, und jetzt wollen sie uns auch noch die Flüchtlinge aufzwingen. Die Isolation Deutschlands in der Flüchtlingspolitik hat einen Namen: Angela Merkel.

Dass Merkel eher eine Durchtriebene als eine Getriebene ist, sollte uns auch das folgende Beispiel vor Augen führen: Am Anfang der ersten Novemberwoche 2015 hatte der Leiter der Abteilung Migration im Bundesinnenministerium, Norbert Seitz, den Vizepräsidenten des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, Michael Griesbeck, telefonisch angewiesen, Bürgerkriegsflüchtlingen aus Syrien ab sofort nur noch subsidiären Schutz zu gewähren. Dass Regierungsdirektorin Angelika Wenzl am 21. August 2015 im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge das Papier mit dem Aktenzeichen 411-93605/Syrien/2015 verfasste, erwähnte ich bereits. Darin steht, dass für Flüchtlinge aus Syrien das aufwendige Dublin-Verfahren ausgesetzt werde. Hinzu kommt, dass alle Syrer gleich als

Flüchtlinge anerkannt wurden, damit sie für 3 Jahre ein Aufenthaltsrecht erhielten und ihre Familien nachholen durften. Sie hatten sofort das Recht auf privilegierten Familiennachzug. Der Vorteil: Der Antragsteller muss keinen Nachweis über ausreichenden Lebensunterhalt sowie Wohnraum erbringen. Mit der beabsichtigten Neuregelung des Bundesinnenministeriums wäre dieser privilegierte Familiennachzug entfallen und nur ein einjähriges statt 3-jähriges Aufenthaltsrecht verbunden gewesen. De Maizière wollte damit vor allem die Schlepper treffen, die den Leuten versprechen, ihre ganze Familie binnen kurzer Zeit nachholen zu können, und sich so schnell einen Großteil des Familienvermögens der Migranten einverleiben.

Noch am Freitagabend, den 6. November 2015, gab De Maizière ein Interview im Deutschlandfunk: »Andere Staaten geben in solchen Lagen auch nur eine Sicherheit für einen Aufenthalt für eine begrenzte Zeit. Und das werden wir in Zukunft mit den Syrern auch tun, indem wir ihnen sagen: Ihr bekommt Schutz, aber den sogenannten subsidiären Schutz – das heißt zeitlich begrenzt und ohne Familiennachzug.« Merkels Regierungssprecher Steffen Seibert twitterte jedoch bereits am selben Tag um 20:40 Uhr: »Bundesinnenministerium: Es bleibt bei der bisherigen Praxis beim Schutz der syrischen Flüchtlinge.« Dass dies eine Verletzung des Dublin-Systems ist und die Außerkraftsetzung vom Bundestag niemals beschlossen wurde, geht daraus natürlich nicht hervor. Allein die Sprache ist verräterisch. Die FAZ titelte am 7. November 2015: »Besonderer Schutz für syrische Flüchtlinge bleibt«. Vom Zurückrudern des Bundesinnenministers war die Rede. Auch hier wird sich Angela Merkel wohl kaum auf Unwissenheit berufen können.

## 5 | 4 Ein Staat ohne Grenzen gerät an seine finanziellen Grenzen

Wer sich für offene Grenzen einsetzt, sollte wissen, dass er damit die Systeme der sozialen Sicherung riskiert. Der Wirtschaftsnobelpreisträger Milton Friedman sagte, dass man offene Grenzen oder einen Wohlfahrtsstaat haben könne, aber nicht beides. Denn die westlichen Wohlfahrtsstaaten üben natürlich eine unglaubliche Sogwirkung auf all diejenigen aus, die in bitterer Armut leben. Schnell übersteigen die Ansprüche der ins Land kommenden Menschen die Leistungsfähigkeit eines Landes. Peter Scholl-Latour wird der Ausspruch zugewiesen: »Wer halb Kalkutta aufnimmt, rettet nicht Kalkutta, sondern wird selbst zu Kalkutta!« Wie teuer uns die Migrationspolitik Merkels kommt, zeigen die folgenden Fakten.

Bundesweit wurden 22 Milliarden Euro an Mitteln aus dem Bundeshaushalt für die Unterbringung und Versorgung von Migranten ausgegeben. Dazu kommen geschätzt rund 23 Milliarden Landesmittel. *Die Welt* berichtete am 10. März 2017 unter der Überschrift »Flüchtlingskosten übersteigen Marke von 20 000 000 000 Euro«, dass Bayern, Schleswig-Holstein, Hessen und Berlin allein 2016 7,9 Milliarden Euro für Migranten und Flüchtlinge aufgewendet haben. Hochgerechnet auf alle Bundesländer kommt man für 2016 wohl auf rund 23 Milliarden Euro, wovon der Bund jedoch 9,3 Milliarden Euro übernahm. Setzen wir diese Zahlen einmal ins Verhältnis zu anderen wichtigen Staatsausgaben:

| | |
|---|---|
| Flüchtlingskosten Bund und Länder 2016 | 35,4 Mrd. Euro |
| Arbeitslosengeld II Gesamtausgaben 2015 | 42,06 Mrd. Euro |
| Ausgezahlte Kindergeldbeträge 2015 | 34,3 Mrd. Euro |
| Bauausgaben des deutschen Staates insgesamt 2015 | 33,1 Mrd. Euro |
| Erziehungsgeld/Elterngeld 2017 | 6,4 Mrd. Euro |
| Für Bundesautobahnen und Bundesstraßen 2017 | 3,2 Mrd. Euro |

*Quelle: Bundesregierung, Statistisches Jahrbuch 2016 (Statistisches Bundesamt), IAQ Sozialpolitik, Statista*

Berlin ging zunächst von »Transferleistungen nach dem

Asylbewerberleistungsgesetz von 480 Millionen Euro aus«. Schlussendlich verdoppelte sich der Betrag fast auf 941 Millionen Euro. Integrationsleistungen wie Beschulung, Ausgaben für Kitas und die Integration am Arbeitsmarkt kosteten 133,4 Millionen Euro, und für Investitionen waren 1,27 Milliarden Euro fällig.

Die Stadt Hamburg gab im Jahr 2016 insgesamt 897 Millionen Euro für die Unterbringung und Versorgung von Migranten aus. 2015 waren es rund 600 Millionen Euro. *Die Welt* berichtete über eine ihr exklusiv vorliegende umfangreiche Auswertung der Hansestadt am 1. April 2017. Der Gesamthaushalt liegt bei rund 12 Milliarden Euro, und zum Vergleich lagen die Ausgaben der Stadt für die Kindertagesbetreuung bei »nur« 720 Millionen Euro.

Vollständig sind die über 35 Milliarden Euro des Bundes und der Bundesländer eindeutig nicht. Am 21. Mai 2017 berichteten die *Stuttgarter Nachrichten* unter der Überschrift »Heftiger Streit über Flüchtlingskosten« darüber, dass Baden-Württemberg den Kommunen für 18 Monate pauschal 13 700 Euro pro Flüchtling zahlte. Die grün-schwarze Landesregierung versprach jedoch, später die tatsächlich angefallenen Ausgaben zu erstatten. Der Esslinger Landrat Heinz Eininger wird zur Lücke zwischen der Pauschalleistung der Landesregierung und den tatsächlichen Kosten mit den Worten zitiert: »Allein für 2015 fehlen uns 7,5 Millionen Euro.« Die Esslinger Kreisdiakonie sprach Ende Juli 2016 von 6100 Flüchtlingen, die im Landkreis Esslingen leben. Insgesamt kommen da allein in Baden-Württemberg horrende Kosten zusammen. Gesprochen wird von 1,5 Milliarden Euro für das Jahr 2016. Selbst in diesen Zahlen ist nicht berücksichtigt, dass viele Kommunen angesichts des Ende 2015 und Anfang 2016 nicht absehbaren Abebbens der Flüchtlingswelle zu horrenden Preisen Unterkünfte für viele Jahre anmieteten, die heute nicht gebraucht werden, dennoch viel kosten und nicht vom jeweiligen Bundesland erstattet werden.

Würden wir wie ein Unternehmen eine Vollkostenrechnung erstellen, kämen noch viele weitere Ausgabenposten hinzu. Meine Heimatstadt Hamm erstellte mit der FH Münster eine Berechnung und veröffentlichte diese am 15. April 2016. Insgesamt kam man pro Person und Jahr auf 13 980 Euro. Davon entfallen auf die Grundversorgung, also Unterbringung, medizinische

Versorgung und Lebensmittel, 11 680 Euro. Hinzu kommen 1300 Euro für Schule, Kita und Jugendhilfe und 1000 Euro für Integrationskosten. Was ist jedoch mit den Kosten der vielen Polizeieinsätze in den Aufnahmeeinrichtungen, Rettungsdiensten etc.? Dividieren wir die Flüchtlingskosten von rund 23 Milliarden Euro durch 13 980 Euro pro Person, kommen wir auf 1,645 Millionen Flüchtlinge. Aber wie ausgeführt dürfte darin nicht alles berücksichtigt sein. Ausgaben für Polizei- und Rettungseinsätze werden selbst bei dieser Vollkostenrechnung in Hamm nicht berücksichtigt. Von einer wahrhaftigen und vollständigen Erfassung der Gesamtkosten für die Migrationspolitik Merkels sind wir weit, weit entfernt.

Flüchtlinge während des Asylverfahrens und Geduldete sind nicht regulär Mitglied einer Krankenversicherung. Sie haben nur im Notfall und bei Schmerzen eingeschränkten Leistungsanspruch. Für sie wird die medizinische Versorgung von den Kommunen finanziert. Seit September 2015 bekommen in NRW Flüchtlinge, die die Erstaufnahmeeinrichtungen und zentralen Unterbringungseinrichtungen des Landes verlassen haben und den Gemeinden zugewiesen wurden, eine »elektronische Gesundheitskarte«. Mit dieser Karte können nun die Flüchtlinge wie alle anderen Menschen auch direkt zum Arzt gehen und benötigen nicht wie früher einen Behandlungsschein der Kommune. Die Kosten übernimmt für diese Karten der Bund und damit der Steuerzahler.

Anerkannte Asylbewerber hingegen werden aus der Gesetzlichen Krankenversicherung versorgt. Noch im Juni 2016 erklärte die Vorsitzende des Spitzenverbandes der Gesetzlichen Krankenkassen (GKV), dass die Kosten für die Asylsuchenden in den ersten 15 Monaten von den Kommunen getragen werden, und fügte hinzu: »Daher entsteht erst einmal keine finanzielle Belastung für die Krankenkassen.« Aber was geschieht nach den 15 Monaten? Im vom Bundesrat am 25. November 2016 gebilligten »Gesetz zur Weiterentwicklung der Versorgung und der Vergütung für psychiatrische und psychosomatische Leistungen (PsychVVG)« heißt es: »Den Einnahmen des Gesundheitsfonds werden im Jahre 2017 einmalig 1,5 Milliarden Euro aus der Liquiditätsreserve des Gesundheitsfonds zugeführt. Mit diesen Mitteln werden einerseits Mehrbelastungen der gesetzlichen Krankenversicherung aufgrund der gesundheitlichen Versorgung von Asylberechtigten finanziert.« Wie für die Bezieher von Arbeitslosengeld II

(Hartz IV) erhalten die Kassen für jeden Asylbewerber einen monatlichen Zuschuss von 90 Euro. Der Betrag reicht jedoch nicht aus. Im September 2016 kritisierte der Chef der AOK Rheinland/Hamburg, Günter Wältermann, den Zuschuss von 90 Euro je Flüchtling: »Die durchschnittlichen Kosten liegen aber bei 138 Euro.« So müssen die Beitragszahler allein die Gesundheitsversorgung von Flüchtlingen schultern. Das wahre Ausmaß der Kostenlawine im Gesundheitswesen wird erst nach der Bundestagswahl am 24. September 2017 sichtbar werden.

An dieser Stelle will ich noch die Geschichte eines Freundes erzählen, der an einer der Uniklinken Deutschlands Kieferorthopäde ist. Er berichtete mir, wie angeblich 17-Jährige jeweils mit einem Betreuer zahlreich erscheinen, um neue Zähne zu erhalten. Bis zur Volljährigkeit übernimmt die Krankenkasse die Kosten. Er sagte mir, dass nahezu alle augenscheinlich bedeutend älter seien. Als er die Betreuer darauf ansprach, antworteten diese barsch: »Das hat sie nicht zu interessieren. Machen Sie nur Ihren Job.« Als er dies gegenüber den Vorgesetzten thematisierte, verschlossen diese ebenfalls die Augen, denn schließlich verdient die Klinik ja daran. In Dänemark berichtete im vergangenen Jahr der Dänische Immigrationsdienst (DIS) von den Ergebnissen eines Röntgentests zur Altersbestimmung. In 600 von 800 Verdachtsfällen hatten sich Erwachsene als Minderjährige ausgegeben. Bei uns in Deutschland regieren anscheinend die drei japanischen Affen: »Nichts sehen, nichts hören und nichts sagen.«

Für Investitionen steht seit Jahren zu wenig Geld zur Verfügung: Allein der Gemeindebund beklagte einen gewaltigen Investitionsstau von 136 Milliarden Euro (FAZ, 6. Februar 2017: »Gemeindebund beklagt hohen Investitionsrückstand«, Seite 17). Beispiel Brücken: Es ist der Tageszeitung *Die Welt* zu verdanken, dass der Zustand der 39 500 Brücken unserer Autobahnen und Bundesstraßen von der Bundesregierung, die je nach Bauart und Brückenquerschnitt in insgesamt 51 300 Teilbauwerke untergliedert sind, veröffentlicht werden musste. Hier die Bewertung für die Brücken deutscher Autobahnen und Bundesstraßen:

- 13100 sehr gut oder gut,
- 35800 befriedigend oder ausreichend,
- 2500 mangelhaft.

Immer wieder kommt es zu Schließungen von Brücken für Autos und Lastkraftwagen. Besonders spektakulär ist der Fall der Rheinbrücke Leverkusen. Seit 2012 sprachen Fachleute bereits von einem kritischen Zustand. Im November 2012 wurde die Brücke für Fahrzeuge über 3,5 Tonnen gesperrt. Nach einer erfolgreichen Zwischensanierung wurde die Sperrung dann im März 2013 wieder aufgehoben und im Juni 2014 abermals eingeführt, nachdem sich die Sanierungserfolge als nicht dauerhaft erwiesen. Im Herbst 2016 wurde dann für 5 Millionen Euro eine Sperranlage errichtet, damit nicht länger unerlaubt Fahrzeuge über 3,5 Tonnen die Brücke passieren können. Ein Brückenneubau soll bis 2025 erfolgen.

Im Bildungsbereich gibt es Klagen, für Steuersenkungen gibt es kein Geld, die Altersarmut wächst. Die Zahl der Menschen, die über 65 Jahre alt sind und eine Grundsicherung im Alter beziehen müssen, stieg von 258 000 im Jahr 2003 auf 536 000 im Jahr 2015. Die Deutsche Rentenversicherung empfiehlt: »Wenn Ihr gesamtes monatliches Einkommen durchschnittlich unter 773 Euro liegt, sollten Sie prüfen lassen, ob Sie Anspruch auf Grundsicherung haben.« Im Jahr 2015 stieg die Zahl der Obdachlosen nach Auskunft der Bundesregierung auf 335 000. Gegenüber 2010 beträgt der Anstieg 35 Prozent. 29 000 Kinder befinden sich darunter. In all diesen Bereichen ist Wegschauen der Politik gelebte Normalität.

Ein alleinstehender Leistungsberechtigter nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, der in einer Wohnung wohnt, erhält 354 Euro für das physische und das soziale Existenzminimum. Eine Kürzung des Betrages auf 332 Euro sollte zum 1. Januar 2017 wirksam werden, wurde jedoch im Bundesrat Ende 2016 blockiert, und auch der angerufene Vermittlungsausschuss von Bundestag und Bundesrat vertagte sich. Grund für die Kürzung ist die Herausnahme der Ausgaben für Haushaltsenergie und Wohnungsinstandhaltung aus dem Leistungsansatz. Sie sollen gesondert als Sachleistung erbracht werden wie der Hausrat. Kommt die Neuregelung durch, gilt: Die Kosten für Unterkunft, Heizung und Hausrat, Gebrauchs- und Verbrauchsgüter des Haushalts, Kosten der Wohnungsinstandhaltung und die Haushaltsenergie (Strom) werden übernommen.

Ein Hartz-IV-Empfänger (Arbeitslosengeld II) erhält zwar 409 Euro, davon entfallen aber 34,19 Euro für Wohnen, Energie, Wohninstandhaltung und 31

Euro für Innenausstattung, Haushaltsgeräte und – gegenstände. Nur die Kosten für Unterkunft und Heizung werden anders als bei Leistungsberechtigten nach dem Asylbewerberleistungsgesetz zusätzlich zum Regelsatz von 409 Euro übernommen. Die vermeintliche Besserstellung von deutschen Arbeitslosengeld-II-Empfängern entpuppt sich schnell als falsch. Aus meiner Zeit als Kommunalpolitiker kenne ich noch Fälle, wo beispielsweise der Defekt einer Waschmaschine gemeldet worden war. Nachdem dann eine neue Waschmaschine vom Amt genehmigt worden war, fand der Verwaltungsmitarbeiter wenig später ein Inserat, und die Waschmaschine wurde meistbietend verkauft. Ja, solche Einzelfälle gab es und wird es immer geben. Dennoch dürfte die Pauschale in keiner Weise ausreichend sein. Bei Migranten erfuhr ich kürzlich von einem Fall, bei dem eine Frau ihre Wäsche nicht in der Waschmaschine einer Christin waschen wollte. Für sie wurde deshalb auf Staatskosten eine neue Waschmaschine organisiert. Wundert sich unsere Politik angesichts solcher Vorkommnisse über aufsteigende Wut in der Bevölkerung?

Bevor mir hier soziale Kälte und Unbarmherzigkeit gegenüber Migranten vorgeworfen wird, verweise ich auf einen Artikel in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* vom 11. März 2016: »Schnelle Syrien-Hilfe angemahnt / Minister Müller: Das Geld ist vor Ort dreißig Mal effektiver«. Bundesentwicklungsminister Peter Müller wird mit den Worten zitiert, dass man in Syrien und den benachbarten Ländern mit einem Bruchteil der Mittel, die in Deutschland nötig sind, helfen könne. »Jeder Euro erziele dort die dreißigfache Wirkung dessen, was hierzulande damit erreicht werden könne.« Der *Welt* – Korrespondent Klaus Geiger schrieb am 12. Juni 2017 dankenswerterweise in der *Welt* unter dem Titel »Offene Grenzen sind ungerecht und gefährden Menschenleben.« »Migrationsforscher haben errechnet, dass es über 130-mal teurer ist, einen Migranten in Europa zu versorgen als nahe seiner Heimatregion.« Viel zu selten finden diese Fakten Eingang in die Mainstream-Medien. Hilfe zur Selbsthilfe wäre die richtige Antwort, aber die Regierungen Europas sahen zu, wie die Lebensmittelhilfsprogramme 2015 zusammengestrichen wurden. Es sind diese Widersprüche, die unbedingt allen Menschen in unserem Land bekannt werden müssen.

Es ist durchaus wichtig, sich all diese Zusammenhänge vor Augen zu führen.

Über 35 Milliarden Euro Ausgaben für Migranten sind kein Pappenstiel. Außerhalb der Hilfe für Migranten ist Sparsamkeit stets das oberste Prinzip. Gerade dieses Vorgehen gefährdet den inneren Frieden unserer Gesellschaft. Aufgebrachte Bürger als Pack zu bezeichnen und für die zunehmende Spaltung der Gesellschaft verantwortlich zu machen ist geradezu so, als wenn man die im Rhein treibenden toten Fische nach einem Chemieunfall bei BASF in Ludwigshafen verantwortlich machen würde.

Eine Asylindustrie verdient an der Migrationswelle gewaltig. Wie die Rüstungsindustrie Kriege braucht, braucht die Asylindustrie Flüchtlinge. Da berichtete *Der Spiegel* am 30. Juni 2016: »SPD-Ratsherr vermietet Asylunterkünfte«. Der Mann namens Arndt Gabriel ist Mitgesellschafter einer Immobilienfirma, die der Stadt Essen dem Bericht zufolge 6000 Quadratmeter für künftig 600 000 Euro im Jahr vermietet. Immobilienbesitzer sind nur eine Gruppe von vielen. Auch das Deutsche Rote Kreuz, die Caritas oder die AWO verdienen mit. Udo Ulfkotte hat in seinem Buch *Asyl-Industrie* vieles dazu zusammengetragen. Wie so oft will man dies jedoch nicht verbreitet wissen. So berichtete Ulfkotte im September 2015 von einem »Werbeboykott von Zeitungen, TV und Hörfunk gegen das Buch« und davon, dass keine Anzeigen für das Buch geschaltet werden dürfen.

Unangenehme Wahrheiten hört man ungern. Die folgenden Sprüche hingegen galten damals als politisch korrekt und fanden große Verbreitung:

**Sigmar Gabriel** SPD-Chef (22. August 2015): »Ich bin sicher: Wir schaffen das!«

**Dieter Zetsche** Daimler-Chef auf der IAA (14.9.2015): »Aber im besten Fall kann es auch eine Grundlage für das nächste deutsche Wirtschaftswunder werden – so wie die Millionen von Gastarbeitern in den 50er- und 60er-Jahren ganz wesentlich zum Aufschwung der Bundesrepublik beigetragen haben.«

**Katrin Göring-Eckardt** (8. November 2015): »Durch die Flüchtlinge wird Deutschland religiöser, bunter, vielfältiger und jünger.« Die Unternehmen bekämen nicht nur die »benötigten Fachkräfte«, es sei dabei »eine schöne Ironie der Geschichte«, dass Flüchtlinge künftig die Renten von Wählern der »Alternative für Deutschland« bezahlen würden. »Wir kriegen jetzt plötzlich Menschen geschenkt«

**Martin Schulz** (9. Juni 2016): »Was uns die Flüchtlinge bringen, ist wertvoller als Gold.«

Merken wir zu Zetsche an, dass das erste Anwerbeabkommen mit Italien 1955 abgeschlossen wurde. 1960 folgten Griechenland sowie Spanien, und am 30. Oktober 1961 wurde der Vertrag mit der Türkei geschlossen. Das »Wirtschaftswunder« war da längst im Gang.

Viele Politiker träumten davon, dass sich die Migranten schnell in den Arbeitsmarkt integrieren lassen. Nach Daten der Weltbank liegt der Anteil

der Analphabeten bei den 14- bis 24-Jährigen in Syrien bei 4 Prozent, im Irak bei 18 Prozent, in Nigeria bei 34 Prozent und in Afghanistan bei 53 Prozent. In Syrien liegt der Anteil von Hochschulabsolventen bei nur 6 Prozent, und dies ist der höchste Wert unter den genannten Ländern. Der Münchener Bildungsforscher Ludger Wößmann warnte im Dezember 2015 bereits: »Zwei Drittel der Achtklässler in Syrien haben 2011, also noch vor Ausbruch des Bürgerkriegs, nicht ein Kompetenzniveau erreicht, das der untersten Stufe des Pisa-Tests entspricht«, so der ifo-Forscher gegenüber der FAZ am 9. Dezember 2015. In Deutschland würden hingegen nur 16 Prozent daran scheitern. Berichtet wurde über Erfahrungen der Handwerkskammer für München und Oberbayern, wonach 70 Prozent der Flüchtlinge aus Syrien, Afghanistan und dem Irak ihre Ausbildung abgebrochen hätten, die sie 2 Jahre zuvor begonnen hätten.

Eine im April 2017 vorgelegte Studie des dänischen Finanzministeriums kommt im Übrigen zu dem Ergebnis, dass Migranten und ihre Nachkommen vom dänischen Staat pro Jahr netto 28 Milliarden Dänische Kronen (rund 3,8 Milliarden Euro) mehr erhalten, als sie zahlen. Ziehen wir die Migranten aus Europa ab, die 5 Milliarden Kronen netto zum Staatshaushalt beitragen, dann erhöht sich dieses Netto-Minus auf 33 Milliarden Kronen (rund 4,5 Milliarden Euro). Vergleichen wir dies mit den insgesamt 56 Milliarden Kronen, die Steuerzahler dänischer Herkunft zum Staatsbudget beitragen, dann werden auf den Punkt gebracht 59 Prozent der gezahlten Steuern und Abgaben an den Staat Dänemark für die Einwanderer, die von außerhalb Europas stammen, gebraucht. Eine solche ehrliche Bestandsaufnahme kann man sich von der deutschen Staatsführung nur wünschen. Wer sich die Studie genauer ansehen will, kann sie unter folgendem Namen finden: »Økonomisk analyse: Indvandreres nettobidrag til de offentlige finanser.«

Wer die Fluchtursachen, den Hintergrund des syrischen Bürgerkriegs, die Reduzierung des Hilfsprogramms der Vereinten Nationen, die Einladungen der Bundesregierung an die Flüchtlinge, die Umstände der Politik offener Grenzen und vieles mehr kennt, der dürfte über all die Folgen der Migrationspolitik Angela Merkels mehr als empört sein.

## 5 | 5 Ein Staat ohne Grenzen gerät an die Grenzen seiner inneren Sicherheit

Wussten Sie schon, dass der Deutsche Presserat die Richtlinie zur Berichterstattung über Straftaten geändert hat? Die neue Fassung der Richtlinie 12.1, Berichterstattung über Straftaten, lautet:

»In der Berichterstattung über Straftaten ist darauf zu achten, dass die Erwähnung der Zugehörigkeit der Verdächtigen oder Täter zu ethnischen, religiösen oder anderen Minderheiten nicht zu einer diskriminierenden Verallgemeinerung individuellen Fehlverhaltens führt. Die Zugehörigkeit soll in der Regel nicht erwähnt werden, es sei denn, es besteht ein begründetes öffentliches Interesse. Besonders ist zu beachten, dass die Erwähnung Vorurteile gegenüber Minderheiten schüren könnte.«

Die *Bild* – Zeitung titelte so beispielsweise am 25. April 2017: »Knast für Facebook-Vergewaltiger.« Es ging um drei Männer, die in Uppsala eine schwedische Frau in der Wohnung vergewaltigten und das Verbrechen live auf Facebook zeigten. In dem Bericht darüber fehlt jeder Hinweis auf die Nationalität. Weitere Recherchen ergeben dann, dass zwei Täter aus Afghanistan stammten und ein schwedischer Staatsbürger mit iranischer Abstammung an der Tat beteiligt war.

Am 31. Mai 2017 titelte die *Bild* – Zeitung: »Mann in Fußgängerzone erstochen« und sprach von einer schrecklichen Bluttat in der Fußgängerzone im niedersächsischen Oldenburg. Die Polizeimeldungen des Tages ergaben, dass das Opfer ein 33-jähriger syrischer Staatsangehöriger war, der zwei 22-jährigen Landsleuten zum Opfer fiel. Selbst eine GMX-Nachrichtenmeldung ergab im Gegensatz zum *Bild* – Bericht, dass es zu einem religiösen Konflikt gekommen sei.

Nach den Übergriffen von vor allem nordafrikanischen Migranten in der Silvesternacht 2015/16 schwieg die Mainstream-Presse bis zum 4. Januar 2016. Weder ARD noch ZDF informierten darüber an den ersten 4 Tagen –

Schweigen im Walde, weil die Realität nicht ins eigene Bild passt. Gerade diese Vorfälle und die neue Richtlinie des Deutschen Presserats lassen Zweifel an der Realitätsnähe der Berichterstattung aufkommen. Warum sollen wir nicht die Herkunft der Kriminellen erfahren?

Am 2. Mai 2017 veröffentlichten die *Kieler Nachrichten* übrigens einen unglaublichen Bericht unter der Überschrift »Die Geschichte eines gescheiterten Erlasses«. Lange Zeit hatte die Polizei in Kiel darauf verzichtet, kriminelle Flüchtlinge ohne Ausweis erkennungsdienstlich zu behandeln. Von einer Vereinbarung vom 7. Oktober 2015 ist die Rede: »Im Kern wird beschlossen, dass ein ›Personenfeststellungsverfahren oder erkennungsdienstliche Behandlung‹ (ED) aus ›Ermangelung der Verhältnismäßigkeit‹ bei ›einfachen / niedrigschwelligen Delikten (Ladendiebstahl /Sachbeschädigung) regelmäßig‹ ausscheidet.« Googeln Sie selbst einmal nach diesem Artikel und lesen die gesamte Chronologie des Wahnsinns. Wenn die Polizei wie in diesem Fall vorgeht, tauchen in der Kriminalstatistik diese Fälle natürlich auch nicht auf.

Vollmundig erklärte der Bundesinnenminister Thomas de Maizière bei der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU und CSU am 13. November 2015, ein erstes Lagebild auf der Grundlage von Daten der Länder zeige klar, »dass Flüchtlinge im Durchschnitt genauso wenig oder oft straffällig werden wie Vergleichsgruppen der hiesigen Bevölkerung«. Für ihn ist sonnenklar, dass es »keinen überproportionalen Anstieg der Kriminalität« gebe. Jeder, der daran Zweifel anmeldet, begibt sich in eine rechtspopulistische, wenn nicht gar rechtsextreme und rassistische Ecke. Ganz im Geiste der Gedankenpolizei George Orwells erfolgt eine mediale Hinrichtung all derer, die es wagen, aus der Reihe zu tanzen. Steht denn der Minister dabei wirklich so unverrückbar im Zentrum der Wahrheit?

Bevor wir auf die Kriminalstatistik 2016 für Deutschland zu sprechen kommen, werfen wir einen Blick auf unser Nachbarland. Aus einem Papier der Schweizerischen Volkspartei, das mir vom Schweizer Nationalrat Luzi Stamm zur Verfügung gestellt wurde, geht hervor, dass die Personen im Asylbereich in der Schweiz 0,6 Prozent der Bevölkerung ausmachen, aber 4 Prozent aller Straftaten gegen das Strafgesetzbuch (2014) verübten. 2014 betrug der Ausländeranteil der Insassen in Schweizer Gefängnissen 73

Prozent und bei den Verurteilten nach dem Strafgesetzbuch 58,7 Prozent. Da können wir doch froh sein, in Deutschland zu leben, wo unser Bundesinnenminister so wohltuende Beruhigungstabletten verteilt. Liegt es möglicherweise an der weltweit so vorbildlichen erfolgreichen Integrationsarbeit, die in den No-go-Areas in Deutschland wie beispielsweise im Duisburger Stadtviertel Marxloh oder an den Berliner Orten Kreuzberg, Moabit, Spandau, Görlitzer Park, Alexanderplatz oder dem Szeneviertel am Reichsbahnausbesserungswerk zu besichtigen ist?

In Deutschland waren 2014 übrigens offiziell nur 27,9 Prozent der Gefängnisinsassen Ausländer. Österreich kommt hier auf einen Anteil von 46,8 Prozent, und in der Schweiz waren es die bereits erwähnten 73 Prozent. Dabei liegt der Ausländeranteil an der Gesamtbevölkerung in Deutschland bei 8,7 Prozent, in Österreich bei 12,4 Prozent und in der Schweiz bei 24,3 Prozent, wobei allerdings zwei Drittel der Schweizer Ausländer aus der Europäischen Union stammen.

Hin und wieder kommen wir der Wahrheit dann doch näher. Die hessische Justizministerin Eva Kühne-Hörmann (CDU) sagte in einer Antwort auf eine SPD-Anfrage im Mai 2017, die der *Bild* – Zeitung vorliegt, dass bis zu 75 Prozent der Häftlinge der Justizvollzugsanstalt Wiesbaden Probleme mit der deutschen Sprache haben. So weisen demzufolge in Hünfeld 65 Prozent, in Frankfurt und Dieburg 60 Prozent sowie in Butzbach 50 Prozent der Insassen Sprachmängel auf. Dazu titelte die *Bild* am 17. Mai 2017 treffend: »Deutsch wird im Knast zur Fremdsprache.« Wie passt das zu den im Vergleich zu Österreich und der Schweiz so niedrigen offiziellen deutschen Zahlen?

Die Zahlen des Bundesamtes für Statistik, die der *Schweiz am Sonntag* vorliegen, weisen für das Jahr 2014 bei besonders schweren Delikten wie Vergewaltigung oder sexueller Nötigung die Mehrheit der Täter als Ausländer aus. So liege der Anteil von Ausländern bei Vergewaltigungen bei 64 Prozent, bei sexueller Nötigung bei 55 Prozent. In Schweizer Medien kann über die Gründe offen gesprochen werden wie beispielsweise in der *Aargauer Zeitung.* Da kommt unter anderem die Rechtsmedizinerin Ursula Klopfstein zu Wort: »Wenn im Ursprungsland Frauen als minderwertig behandelt werden, dann kann Gewalt gegen Frauen in gewissen Gruppen gehäuft beobachtet werden.« Wäre es nicht zu den Vorkommnissen in der

Silvesternacht in Köln, Hamburg und an vielen anderen Orten gekommen, würde der Nebelschleier in Deutschland noch immer über dieser Gefahr liegen.

Am 28. Oktober 2015 erschien in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* ein Artikel mit der Überschrift »Das wird man ja wohl noch ermitteln dürfen«. Darin kam der Chef der Braunschweiger Kriminalpolizei, Ulf Küch, zu Wort. In dem Artikel wurde von einem signifikanten Anstieg von Straftaten rund um die Landesaufnahmebehörde (LAB), die sich im Braunschweiger Stadtteil Kralenriede befindet, berichtet. Damals kamen dort auf 4000 Anwohner etwa 3400 Flüchtlinge. Seit Beginn des Jahres 2015 wurden dem Bericht zufolge »immer mehr Ladendiebstähle, Taschendiebstähle und Einbrüche, aber auch Raubüberfälle verzeichnet«. Die Zahl der Ladendiebstähle allein habe sich verdreifacht. Täter waren dabei »in auffälliger Weise« Personen aus dem Flüchtlingslager.

In demselben FAZ-Artikel wurde von Braunschweiger Beamten eingestanden, dass es über die offiziellen Fallzahlen hinaus eine »hohe Dunkelziffer« gibt. Dies betreffe insbesondere die Erstaufnahmeeinrichtung selbst, in der es immer wieder zu Handy-Diebstählen, Körperverletzungen und gewaltsamen Auseinandersetzungen komme. Durch Tricks bei der Erfassung von Strafdelikten können die Kriminalitätsstatistiken ohnehin ins rechte Licht gerückt werden. Ralf Kusterer, stellvertretender Bundesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft, schrieb im April 2017 zur gerade veröffentlichten Kriminalstatistik: »Mit gedanklichem Schenkelklopfen und Siegerposen, wie sie Boris Becker in seinen Glanzzeiten auf dem Tennisplatz nach einem Matchball machte, verkündete man medial die Wunderzahlen.« Er beklagt, dass beispielsweise Streifenfahrten, bei denen man Täter auf frischer Tat ertappen konnte, massiv zurückgegangen beziehungsweise in einigen Teilen ganz verschwunden seien. Viele Ladendiebstähle würden gar nicht mehr gemeldet, da man sich von der Anzeige ohnehin nichts verspreche. Er folgert angesichts der wachsenden Dunkelziffer, dass die »polizeiliche Kriminalstatistik an Bedeutung verliert«.

Der Chef der Braunschweiger Kriminalpolizei Ulf Küch sagt nun in seinem im Januar 2016 vorgestellten Buch: »Der Anteil von Kriminellen, die mit den

Flüchtlingen nach Deutschland eingereist sind, ist prozentual nicht höher als der Anteil von Kriminellen in der deutschen Bevölkerung.« Der so ehrenwerte *Norddeutsche Rundfunk* berichtet in diesem Zusammenhang unter der Überschrift »Buch widerlegt Vorurteil von Flüchtlingskriminalität« von »eindeutigen, belegbaren Ergebnissen«.

Allein die Betonung, Küchs neues Buch würde das Vorurteil der Flüchtlingskriminalität mit »eindeutigen, belegbaren Ergebnissen« widerlegen, klingt höchst verdächtig nach Schönfärberei. Da dürfte eher der Wunsch Vater des Gedankens sein.

Heute kann ich die Kriminalstatistik 2016 ins Feld führen. Die Zahl der Tatverdächtigen mit deutschem Pass ging 2016 im Vergleich zum Vorjahr um 3,4 Prozent zurück, während die Zahl der »nichtdeutschen Tatverdächtigen« um 10,9 Prozent auf über 30 Prozent aller Tatverdächtigen gestiegen ist. Die Zahl der tatverdächtigen »Zuwanderer«, worunter Asylbewerber, Geduldete, Kontingent- und Bürgerkriegsflüchtlinge sowie unerlaubt in Deutschland sich Aufhaltende fallen, stieg sogar um 52,7 Prozent.

2016 stellen die »Zuwanderer« 28,3 Prozent der »nichtdeutschen Tatverdächtigen« und 8,6 Prozent aller Tatverdächtigen, machen aber höchstens 2 Prozent der Gesamtbevölkerung aus. Dabei ist die Rubrik »Zuwanderer« schöngefärbt, denn anerkannte Asylbewerber fallen aus diesem Teil der Statistik heraus. Sobald ein Asylbewerber durch einen Bescheid des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge beispielsweise subsidiären Schutz erhält, wird er in der Rubrik »Zuwanderer« nicht mehr gezählt. Daran erkennen wir nachweislich, wie die Statistik schöngerechnet wird.

Trotz dieser Schönfärberei der Zahlen passen sie schon eher zu den genannten Schweizer Daten und so gar nicht zu den Aussagen des Bundesinnenministers am 13. November 2015. Die meisten Medien versuchen sich noch immer im Schönreden, aber *Die Zeit* meldete am 19. April 2017: »Zuwanderer waren 2016, selbst wenn man sämtliche ausländerrechtlichen Straftaten wie etwa den illegalen Aufenthalt herausrechnet, überdurchschnittlich an der gesamten registrierten Kriminalität beteiligt. Obwohl sie in der Regel zwischen 0,5 und 2,5 Prozent

der Wohnbevölkerung in einem Bundesland ausmachen, stellten sie bis zu 10 Prozent aller tatverdächtigen Straftäter.« In der Kategorie »Vergewaltigung und sexuelle Nötigung« beträgt der Anteil der zugewanderten Tatverdächtigen sogar 14,9 Prozent. Erschreckend dabei ist, dass »fast ein Drittel aller tatverdächtigen Zuwanderer Mehrfachtatverdächtige« sind.

Hier die Daten aus der Kriminalstatistik, wobei ausländerrechtliche Verstöße nicht berücksichtigt wurden:

| | | Tatverdächtige | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | **Straftaten insges.** | **Deutsche** | **Nicht-Deutsche** | **In % aller** | **Zuwanderer** | **In % aller** |
| 2007 | 6,28 | 1,80 | 0,42 | 18,9 | | |
| 2010 | 5,93 | 1,68 | 0,17 | 21,9 | | |
| 2011 | 6,08 | 1,53 | 0,19 | 24,3 | 0,06 | 2,9 |
| 2013 | 5,96 | 1,56 | 0,51 | 25,7 | | |
| 2015 | 6,33 | 1,46 | 0,56 | 27,6 | 0,11 | 5,7 |
| 2016 | 6,37 | 1,41 | 0,62 | 30,5 | 0,17 | 8,6 |

*Quelle: Handelsblatt Kriminalstatistik des BKA*

| Tatverdächtige pro 100000 Einwohner | Deutsche | Ausländer | Zuwanderer |
|---|---|---|---|
| Gesamtkriminalität | 1913 | 6847 | 13930 |
| Gewaltkriminalität | 153 | 768 | 2313 |
| Gefährliche & schwere Körperverletzung | 127 | 625 | 1941 |
| Sexuelle Nötigungen & Vergewaltigungen | 54 | 279 | 819 |

*Quelle: https://www.bka.de/DE/AktuelleInformationen/ StatistikenLagebilder/ PolizeilicheKriminalstatistik/ PKS2016/Standardtabellen/ standardtabellenTatverdaechtige.html?nn=65720*

Ein Blick auf die Ergebnisse der Kriminalstatistik 2016 und die Tatverdächtigen pro 100 000 Einwohner:

Diese Zahlen dürfen nicht verniedlicht und schöngefärbt werden. Sie stehen im Kontrast zur Beschwichtigungspolitik des Bundesinnenministers, die am 13. November 2015, wie bereits ausgeführt, in der Aussage von Thomas de Maizière gipfelte: Ein erstes Lagebild auf der Grundlage von Daten der Länder zeige klar, **»dass Flüchtlinge im Durchschnitt genauso wenig oder oft straffällig werden wie Vergleichsgruppen der hiesigen Bevölkerung«.**

Auch wenn im Vorfeld der Bundestagswahl am 24. September 2017 so getan wird, als hätten die Sicherheitsorgane alles wieder im Griff, und selbst die

SPD in ihrem Bundestagswahlprogramm 15 000 neue Polizeistellen fordern will, ist die Lage eine andere. Oder wie sollen wir beispielsweise die Meldung des *Westdeutschen Rundfunks* am 9. Mai 2017 werten, in der vom Personalmangel bei der Bundespolizei gesprochen wird? Demnach würden Bundespolizisten von der Grenze abgezogen, obwohl die Kriminalität im Grenzraum während der Einsätze sinke. So stellt die Gewerkschaft der Polizei fest, dass nur gut die Hälfte der offiziell 300 Dienststellen der Bundespolizei besetzt seien – Tendenz sinkend. Wer der Wirklichkeit der Lage nahekommen will, höre lieber den Gewerkschaftsvertretern der Polizei zu als den Innenministern.

Ein Staat ohne Grenzen gerät schnell an seine Grenzen. Grenzsicherung wird von Linken verteufelt. Die Folge: 1700 Polizisten mussten allein Silvester 2016 den Kölner Domplatz schützen. Sind wir bereit, diesen Preis für offene Grenzen zu zahlen? Merkels Migrationspolitik riskiert die Freiheit der Menschen im Inneren. Nur mit totaler Überwachung wie Kameras auf öffentlichen Plätzen und vielem mehr kann der Versuch unternommen werden, die innere Sicherheit zu verteidigen. Wollen wir das?

## 5 | 6 Warum nach der Bundestagswahl ein neuer Ansturm droht

Lange Zeit und dank der Eingriffe des Kanzleramts im November 2015, wie beschrieben, erhielten Migranten aus Syrien pauschal den Status des Schutzbedürftigen im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention. Seit einiger Zeit erhalten syrische Migranten in Deutschland in den meisten Fällen nur noch den sogenannten subsidiären Schutz, sodass dann eben kein privilegierter Familiennachzug erlaubt ist. So muss der Antragsteller ausreichenden Lebensunterhalt sowie Wohnraum nachweisen.

Das Asylgesetz II, umgesetzt zum 17. März 2016, hat dafür gesorgt, dass als subsidiär schutzberechtigt eingestufte Personen bis zum 16. März 2018, also in einer Übergangsfrist von 2 Jahren, keinen Anspruch auf den privilegierten Familiennachzug haben. Klar ist damit, dass es ab dem 16. März 2018, rund ein halbes Jahr nach der Bundestagswahl, zu einem drastischen Anstieg des Familiennachzugs kommen wird, wenn der Gesetzgeber nicht einschreitet. Das alles wird geschickt auf die Zeit nach der Bundestagswahl verschoben.

Ich empfehle dringend, den in *Tichys Einblick* – Roland Tichy ist der langjährige und geschätzte Chefredakteur des Wochenmagazins *Die Wirtschaftswoche* – erschienenen Artikel zum Familiennachzug zu lesen (»Familiennachzug – zahlenmäßig die große Unbekannte«). In dem Artikel wird unter Bezug auf eine Anfrage an das Auswärtige Amt im Oktober 2016 berichtet:

»Das BAMF hat bereits eine Einschätzung über die Höhe des Familiennachzuges herausgegeben. Eine statistische Erfassung des Familiennachzuges zu anerkannten Flüchtlingen/Asylberechtigten durch das Auswärtige Amt erfolgt nicht … Nach abgeschlossenem Visumsverfahren und Einreise nach Deutschland wird dem nachziehenden Ehegatten die Aufenthaltserlaubnis von der zuständigen Ausländerbehörde erteilt. Ein Asylantrag muss daher nicht gestellt werden. **Der Familiennachzug stellt somit keinen Flüchtlingszuzug dar.«**

Im Klartext: Diese Menschen werden in unserer Statistik überhaupt nicht erfasst. Anscheinend ist niemandem in der deutschen Regierung und Verwaltung daran gelegen, das Ausmaß des Familiennachzugs exakt zu ermitteln. So handelt doch nur jemand, der vernebeln möchte. Am 5. April 2017 berichtete die *Bild* – Zeitung unter Berufung auf ein internes Papier der Bundesregierung, dass allein 268 000 Syrer in den Jahren 2015 und 2016 in Deutschland einen Flüchtlingsschutz erhalten haben, der ihnen einen Anspruch auf Familiennachzug garantiert. Für diese Flüchtlinge gilt dabei nicht die 2-jährige Aussetzung des Familiennachzugs.

Am 20. April 2017 veröffentlichte Dr. Tassilo Wallentin auf seiner Seite *Tawa News* einen Beitrag, der in der *Krone Bunt* (seit 2013 mehr als 3 Millionen Leser) am 23. April erschien. Er berichtet von 400 Millionen Menschen, die in Afrika und dem Nahen Osten auf gepackten Koffern sitzen. Doch statt die Außengrenzen auf See zu sichern, befördere die EU laut Wallentin »afrikanische Migranten mit ›Wassertaxis‹ nach Italien« und verkaufe dies den Bürgern als Seenotrettung. Er verweist auf einen Bericht des ORF einige Tage zuvor: »Mehr als 2000 Flüchtlinge vor der Küste Libyens gerettet. Schiffe der italienischen Küstenwache und privater Hilfsorganisationen haben gestern mehr als 2000 Bootsflüchtlinge im Mittelmeer gerettet.« Wallentin fragt, warum die Flüchtlinge vor Libyens Küste nicht an das etwa 20 Kilometer entfernte Festland Libyens zurückgebracht werden, sondern in das rund 480 Kilometer entfernte Italien. 2016 wurden 280 000 Migranten von EU-Schiffen nach Italien gebracht, und nur vier Flüchtlingsboote schafften die Überfahrt nach Europa. So ist nach seinen Worten der als »Rettung im Mittelmeer« verkaufte Wahnsinn in Wahrheit »ein Milliardengeschäft von Islamisten, Schlepperbanden und Asyl-Lobby«. Er zitiert den zutreffenden Ausspruch des ehemaligen französischen Präsidenten Nicolas Sarkozy: »Die EU handelt wie ein Installateur, der das Wasser bei einem Rohrbruch in der Wohnung verteilt, anstatt den Schaden zu beheben.«

Am 23. April 2017 schrieb der österreichische Außenminister Sebastian Kurz in Facebook: »Vor einigen Wochen bin ich für meine Aussagen noch kritisiert worden, einige haben mich bewusst falsch verstanden. Darum ist es mir gegangen ...« Dabei wies er auf einen ORF-Bericht hin: »Italiens Behörden: NGOs (= Nichtregierungsorganisationen) kooperieren mit

Schleppern«. Demzufolge wirft ein italienischer Staatsanwalt mehreren Hilfsorganisationen eine Zusammenarbeit mit libyschen Schleppern bei der Rettung von Flüchtlingen auf dem Mittelmeer vor. Kurz hatte im März die Schließung der »Mittelmeer-Italien-Route« gefordert. *Die Presse* berichtete bereits am 24. März 2017, dass laut Frontex-Direktor Klaus Rösler die Migranten immer näher an der libyschen Küste gerettet werden. Durch die Rettungseinsätze insbesondere von NGOs bis in libysche Gewässer seien nach seinen Worten die Schlepper dazu übergegangen, immer schlechtere Gummiboote einzusetzen, da die Migranten höchstens ein Viertel der Strecke bis nach Italien zurücklegen müssten, ehe sie gerettet werden. Deutsche Politiker sind auf diesem Auge bislang weitgehend blind.

Von Januar bis Mai 2017 gelangten 46 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum nach Italien. Rechnet man diese Zahlen auf das Jahr 2017 hoch, so würden 260 000 Menschen über das Mittelmeer nach Europa kommen. Am 23. Mai 2017 zitierte die *Bild*-Zeitung aus einem Geheimpapier der deutschen Sicherheitsbehörden, dass Ende April 2017 6,6 Millionen Flüchtlinge in den Staaten Nordafrikas, in Jordanien und der Türkei auf die Fahrt nach Europa warten würden. 3 Monate zuvor seien es nur 5,95 Millionen Menschen gewesen. Dies macht die ganze Dramatik deutlich. In Wahrheit ist das Problem in keiner Weise gelöst.

Sebastian Kurz am 24. April 2017: »Ich habe immer gesagt, dass das australische Modell auch für die EU zur Bewältigung der Migrationskrise wichtig ist. Nachdem der Widerstand langsam nachlässt, müssen wir nun auf europäischer Ebene zur Umsetzung kommen!« Österreichische Politiker scheinen deutlich weiter als Angela Merkel und ihre Führungsmannschaft zu sein. Dies bezieht sogar den österreichischen Bundeskanzler Christian Kern mit SPÖ-Parteibuch ein. In der *Presse am Sonntag* forderte Kern nach Außenminister Sebastian Kurz und Verteidigungsminister Peter Doskozil auch Flüchtlingscamps außerhalb Europas: »Ich denke, dass Europa und die Welt das Problem anders nicht in den Griff kriegen werden.«

Nach der Bundestagswahl droht sich das Migrantenproblem weiter zu verschärfen. Aber Österreich zeigt, dass Politiker doch nicht beratungsresistent und lernunfähig sind. Bleibt zu hoffen, dass die Berliner Politikerkaste keine negative, sondern eine positive Lernkurve aufweist. Dies

dürfte dann der Fall sein, wenn das Wahlvolk in Deutschland ihr die Rote Karte zeigt.

Angela Merkel täuscht derzeit vor, wir müssten nur die Entwicklungshilfe für Afrika erhöhen und alles würde gut. Dabei versickert seit Jahrzehnten viel Geld durch Korruption und Misswirtschaft in den Staaten Afrikas; hinzu kommen die Bürgerkriege. Für Berufsausbildungs- und Beschäftigungsprogramme in Afrika stellte die deutsche Bundesregierung beim G20-Afrika-Gipfel in Berlin im Juni 2017 300 Millionen zur Verfügung. Mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein ist dies nicht. Es ist nur eine Beruhigungspille für das deutsche Wahlvolk vor der Bundestagswahl, die sich nach der Wahl als wirkungslos erweisen wird.

## 6 | Kapitel

# Die Herrschaft des Rechts ist bedroht

Gerd Pieper aus Herne betreibt die größte inhabergeführte Parfümeriekette Deutschlands mit über 150 Geschäften und 1200 Angestellten. Unter der Überschrift »Diebesbanden plündern den Einzelhandel« schrieb die FAZ am 27. April 2017, dass Pieper von mehr als 300 Ladendiebstählen am Tag berichte und sich die Schäden auf über 1 Million Euro im Jahr summierten. Pieper wird von der FAZ mit den Worten zitiert: »Doch wenn wir einen Diebstahl anzeigen, wird das Ermittlungsverfahren in aller Regel eingestellt. Es ist frustrierend zu sehen, dass der Täter mindestens einmal ohne Folge stehlen darf; das lässt mich am Rechtsstaat zweifeln.« Wer kann es dem Mann verdenken?

Unser Rechtsstaat reagiert nur halbherzig und wenn, dann mit der Anschaffung von 3000 Spuckschutzhauben, die die Einsatzkräfte aggressiven Personen künftig über den Kopf ziehen können. Polizisten beklagen sich über mangelnden Respekt. Kriminelle werden nach kürzester Zeit wieder auf freien Fuß gesetzt und verspotten unser Justiz- und Polizeiwesen. Erbarmungslos schlägt der Staat jedoch bei Verkehrsdelikten zu. Selbst Haftbefehle über 5 Euro werden vollstreckt, während Ladendiebe laufen gelassen werden. Es ist eine verrückte Welt.

Ein anderes Beispiel betrifft den Görlitzer Park in Berlin. *Die Welt* berichtete am 9. März 2017: »Berlin kapituliert vor Drogendealern im Görlitzer Park«. Mit großem Polizeiaufgebot habe Berlin versucht, die Drogenkriminalität in dem Park zu bekämpfen. Doch jetzt sei eine Kehrtwende eingetreten, und die Stadt gebe auf. Dann heißt es: »Der Park droht zur No-go-Zone zu werden.« Es ist nicht der einzige rechtlose Ort in Deutschland, aber die Politik will die Dimension der Krise nicht erkennen – getreu dem Motto: Was nicht sein darf, kann nicht sein.

Die Liste ließe sich beliebig verlängern. Der Fisch stinkt bekanntlich vom Kopf her, und die Politik Angela Merkels lässt die Herrschaft des Rechts immer mehr vermissen. Den möglichen Rechtsbruch in der Migrationspolitik

haben wir bereits hinlänglich erörtert. Aber es gibt ja noch mehr zu berichten.

Erinnern wir uns noch, wie die CDU/CSU versprach, kein Staat der Europäischen Währungsunion hafte für die Schulden eines anderen? »Muss Deutschland für die Schulden anderer Länder aufkommen? Ein ganz klares Nein!«, hieß es in einer CDU-Broschüre zum Euro. Im Vertrag von Maastricht aus dem Jahr 1992 hieß es in Artikel 104b: »Ein Mitgliedstaat haftet nicht für die Verbindlichkeiten der Zentralregierung, der regionalen oder lokalen Gebietskörperschaften, sonstiger Einrichtungen des öffentlichen Rechts oder öffentlicher Unternehmen eines anderen Mitgliedstaats und tritt nicht für derartige Verbindlichkeiten ein ...« Seit dem Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon am 1. Dezember 2009 heißt das Vertragswerk »Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union« (AEUV oder AEU-Vertrag). Dort steht die Formulierung nun in Artikel 125. Heute gibt es ESM, EFSF und EFSM. Der »Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM)« nahm im Oktober 2012 seine Arbeit auf, verfügt über ein Stammkapital von rund 700 Milliarden Euro, mit dem er unter anderem Darlehen an notleidende Länder vergeben und Finanzierungsschwierigkeiten überbrücken kann. Schon 2010 wurde in Reaktion auf die Staatsschuldenkrise ein »temporärer Euro-Schutzschirm« (Worte der Bundesregierung auf ihrer Website) namens »Europäische Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF)« geschaffen. Die zweite Komponente dieser Rettungsmaßnahme, der »Europäische Finanzstabilisierungsmechanismus (EFSM)«, entfiel 2012 ersatzlos.

Natürlich finden das Bundesverfassungsgericht und der Europäische Gerichtshof stets Wege, das Handeln der Regierungen Europas abzusegnen. So hatte das Bundesverfassungsgericht die Klagen gegen die Euro-Rettungsschirme bereits 2014 verworfen. Ein alter, in einem anderen Zusammenhang bereits erwähnter Juristenspruch lautet: »Verwaltungsrecht besteht, Verfassungsrecht vergeht.« Die 16 Mitglieder werden jeweils zur Hälfte vom Bundestag und vom Bundesrat gewählt, wobei für die Wahl jeweils eine Zweidrittelmehrheit erforderlich ist. Der politische Einfluss wird schon daran deutlich, dass beispielsweise mit Peter Müller ein ehemaliger Ministerpräsident des Saarlandes (1999–2011) Verfassungsrichter ist. Mit Prof. Dr. Peter M. Huber ist ein ehemaliger Innenminister von Thüringen (2009 bis 2010) ebenfalls Verfassungsrichter.

Auch die Anleihenkäufe der Europäischen Zentralbank (EZB) im Rahmen des OMT-Kaufprogramms (Outright Monetary Transactions), gegen die der ehemalige CSU-Bundestagsabgeordnete Peter Gauweiler klagte, wurden vom Bundesverfassungsgericht mit deutlicher Kritik zunächst an den Europäischen Gerichtshof verwiesen. Dieser stellte dann Mitte 2015 fest: »Das Programm überschreitet nicht die währungspolitischen Befugnisse der EZB und verstößt nicht gegen das Verbot der monetären Finanzierung von Mitgliedstaaten.« Durch das Kaufprogramm kann die EZB theoretisch unbegrenzt Staatsanleihen kaufen.




Die Bundestagsabgeordnete Erika Steinbach, die von Dezember 1990 bis zum 15. Januar 2017 der CDU/CSU-Bundestagsfraktion angehörte, spricht in ihrer Austrittserklärung noch einen weiteren Punkt an:

»Der abrupte Ausstieg der Bundesregierung aus der Atomenergie im März

2011 innerhalb von ganzen 3 Tagen nach der Fukushima-Katastrophe im fernen Japan erfolgte ohne jegliche Rechtsgrundlage und ohne akute Gefahr, dass in Deutschland ein ähnliches Ereignis zu befürchten sei. Kurz zuvor hatte die Aufsichtsbehörde gerade die Sicherheit der deutschen Atomkraftwerke bescheinigt. Weder die CDU/CSU-Bundestagsfraktion noch das Parlament wurden damit befasst, obwohl nur 5 Monate zuvor der Deutsche Bundestag eine Laufzeitverlängerung beschlossen hatte. Nur er wäre legitimiert gewesen, eine solche Entscheidung zu fällen.«

Noch im Februar 2017 erklärte der Finanzchef des Energiekonzerns Vattenfall, Stefan Dohler, zur Schadensersatzklage wegen des Atomausstiegs in Deutschland vor einem internationalen Schiedsgericht gegenüber der Nachrichtenagentur *Reuters:* »Wir halten an unserer Klage in Washington fest. Wir wollen fair entschädigt werden.« Im Sommer werde ein Urteil erwartet. Der schwedische Konzern klagt auf Schadensersatz in Höhe von 4,7 Milliarden Euro.

Eine Grenzöffnung ohne Kontrolle, die Euro-Rettungsschirme oder den Atomausstieg über Nacht hätten die allermeisten von uns, gestützt auf die Rechtslage und die Versprechen der Politik vor 10 Jahren, gewiss für undenkbar gehalten. Was Recht ist, muss Recht bleiben, so lernte ich es als Kind. Heute heißt es eher: »Der Zweck heiligt die Mittel.«

Felix Somary warnte in seinem Werk *Krise und Zukunft der Demokratie:* »Die Verfassungsmäßigkeit der Gesetze wird dort, wo dies möglich ist, immer seltener geprüft, Gesetzgeber und Richter werden in zunehmendem Maß von der Exekutive abhängig, die eine große Zahl lukrativer Positionen zu besetzen hat und sie – bei stets abnehmendem Widerstand der öffentlichen Meinung – zu offener Beeinflussung verwendet.« Weise Worte, treffender wie nie, aber sie stammen bereits aus dem Jahr 1952. Der 1956 verstorbene Somary dürfte heute seine schlimmsten Befürchtungen bestätigt sehen.

In seinem Werk schreibt Somary, dass die Existenz des Rechtsstaates seit der Kriegsperiode bedroht sei. »Die Grundgesetze des Rechtsstaates präzisieren die Rechte der Bürger, die des Machtstaates die Pflichten.« Natürlich würde auch der Rechtsstaat von seinen Bürgern Leistungen verlangen, doch die seien gesetzlich begrenzt. Die Pflichten im Machtstaat hingegen seien »unangemessen«. Gegenwärtig entwickelt sich die Türkei von einem

Rechtsstaat hin zu einem Machtstaat, an dessen Spitze der türkische Präsident Erdoğan steht. Wir alle müssen wachsam sein. »Sei wachsam«, lautet das Lied von Reinhard Mey mit dem Refrain: »Sei wachsam und fall nicht auf sie rein! Pass auf, dass du deine Freiheit nutzt, die Freiheit nutzt sich ab, wenn du sie nicht nutzt!« Die Verteidigung unserer Freiheit und die Verteidigung der Herrschaft des Rechts sind unabdingbar für die Sicherung unserer Demokratie.

## 7 | Kapitel

# Heutige Politik: falsche Gefährten, Gefahren und unsere Gegenwehr

Alles, was nun folgt, ist überprüfbar und gewiss keine Verschwörungstheorie. Entscheiden Sie selbst, ob Angela Merkel, Martin Schulz und Sahra Wagenknecht tatsächlich Vorbildcharakter haben. Es sind Seiten dieser Politiker, die nicht jeder kennen dürfte und die von unseren Medien auch nicht ständig zur Schau gestellt werden. Bei Angela Merkel musste ich selbst einen langwierigen und zugegebenermaßen schwierigen Lernprozess durchlaufen. Als ich Angela Merkel im Jahr 2004 in meiner Heimatstadt vorgestellt wurde, konnte ich dieser Frau viele Minuten in die Augen schauen. Für jemanden, der 26 Jahre CDU-Mitglied war, waren viele Informationen in Hintergrundgesprächen schwer verdaulich. Danach geht es in diesem Buchabschnitt um Europa und die sich daraus ergebenden Zukunfts- und Demokratiefragen.

## 7 | 1 Angela Merkel – die andere Seite unserer Bundeskanzlerin

Gut informierte CDU-Kreise berichteten mir von einer erstaunlichen Begebenheit am Wahlabend der vergangenen Bundestagswahl. Erinnern wir uns: Am Abend der Bundestagswahl am 22. September 2013 gab es gegen 19:30 Uhr gleichlautende Berichte über eine absolute Mehrheit der Union bei der Bundestagswahl 2013. Im Adenauer-Haus der CDU in Berlin wurde dies natürlich euphorisch gefeiert. Nur Angela Merkel war nicht nach Jubeln zumute. Glauben Sie nicht? Als Kronzeugen führe ich den *Welt*-Hauptstadtkorrespondenten an, der in seinem Buch *Die Getriebenen* genau diese Geschichte mit den Worten bestätigt: »Erst als die Zahlen bei späteren Hochrechnungen zurückgingen, entspannte sie (Anmerkung: Merkel) sich und ließ sich sogar auf die Bühne bitten.« Vorher schien die CDU-Parteivorsitzende nach seinen Worten die Aussicht fast zu erschrecken, »bald nicht mehr mit FDP oder SPD, sondern nur noch mit der CSU zu regieren«. Diejenigen Kreise, die mir Hintergrundinformationen zum möglichen Rechtsbruch Merkels zuspielten, bestätigen diese Sicht. Ist es nicht ein für eine CDU-Parteivorsitzende höchst befremdliches Verhalten? Als Mitglied der CDU von 1989 bis Oktober 2015 ist dies für mich nicht im Geringsten nachvollziehbar.

1976 ließ sich Helmut Kohl von Franz Josef Strauß den Wahlkampfslogan »Freiheit statt Sozialismus« antragen. Dass Angela Merkel die Teilnahme an der Gedenkveranstaltung zum 100. Geburtstag von Franz Josef Strauß am 6. September 2015 »aus terminlichen Gründen« absagte, zeigt ihre Einstellung gegenüber der CSU und Strauß. Übrigens fuhr sie an dem gleichen Tag zur wenige Kilometer entfernten Technischen Universität nach Garching bei München, wo sie lieber mit Wissenschaftlern und Unternehmern redete. Dieses Handeln passt zu ihrem Verhalten am Wahlabend der Bundestagswahl 2013, als sie die Aussicht auf eine absolute Mehrheit von CDU/CSU verstörte.

Am Wahlabend saß ich damals in Zürich. Ich werde nie die Bilder vergessen,

wie Angela Merkel dem damaligen CDU-Generalsekretär eine Deutschlandfahne aus der Hand riss und mit dem Kopf schüttelte. Wie ein kleiner Lausbub, der gerade von seiner Mutter oder Lehrerin bei einer Missetat ertappt wurde, reagierte Hermann Gröhe. Geben Sie in YouTube nur die beiden Worte »Merkel« und »Fahne« ein, damit sie sich das damalige Schauspiel nochmals anschauen können. Oftmals sind es solche Momente wie während der Aussicht auf eine absolute Unionsmehrheit oder ihr Verhalten in puncto Deutschlandfahne auf der CDU-Bühne, die für einen kurzen Moment einen unverstellten Blick auf das Seelenleben der Angela Merkel eröffnen.

Noch am 18. Juni 2015 veröffentlichte die Wochenzeitung *Die Zeit* einen Bericht mit dem Titel »Mit der CDU will ich nichts zu tun haben«. Darin ist davon die Rede, dass Merkel Anfang 1990 sagte, als sie sich von den Kollegen am Institut für Physikalische Chemie in Berlin-Adlershof verabschiedete, die Politik fasziniere sie. Im Artikel ist davon die Rede, dass folgender Satz Angela Merkels zur damaligen Zeit verbürgt war: »Mit der CDU will ich nichts zu tun haben.« Ihr verstorbener Biograf Gerd Langguth berichtete, viele ihrer Freunde und Bekannten aus den 1970er- und den 1980-Jahren hätten sich irritiert darüber geäußert, dass sie CDU-Politikerin wurde, weil sie eher eine »weltanschauliche Nähe zu den Grünen« vermuteten. Laut einem Bericht von *n-tv* vom 13. Mai 2013 (»DDR-Vergangenheit holt Merkel ein: Nichts verheimlicht, alles erzählt«) soll Merkel für einen demokratisch geprägten Sozialismus in einer eigenständigen DDR eingetreten sein. Im September 1989 soll die heutige Bundeskanzlerin demzufolge in einem Gespräch mit West-Vertretern gesagt haben: »Wenn wir die DDR reformieren, dann nicht im bundesrepublikanischen Sinn.«

Ich duze mich mit einem stellvertretenden Bundesvorsitzenden der Linken und habe einen sehr guten Freund dort. Mit ihnen sprach ich über Angela Merkel. Immer wieder hörte ich, Angela Merkel sei bei der Freien Deutschen Jugend für Agitation und Propaganda zuständig gewesen. Ein Merkel-Vertrauter teilte mir diesbezüglich mit, dass sie dies ja nur auf niedriger Ebene gewesen sei. Die Autoren des Buches *Das erste Leben der Angela M.*, von Günther Lachmann *(Die Welt)* und Ralf Georg Reuth *(Bild)*, sagten in einem Interview mit der *Bild*-Zeitung jedoch: »Während ihrer Tätigkeit an der Akademie der Wissenschaften der DDR war sie an ihrem Institut

Funktionärin, beispielsweise von 1981 an als FDJ-Sekretärin für Agitation und Propaganda (Agitprop), was sie bis heute bestreitet.« 2013 betonte Regierungssprecher Steffen Seibert: »Die Bundeskanzlerin hat Fragen stets offen und stets auf der Basis ihrer ehrlichen Erinnerungen beantwortet.« Achten wir hier auf die genaue Wortwahl: »... ehrliche Erinnerungen«. In ihrem Buch schreiben Lachmann und Reuth zu Schriftstücken aus dem Leben von Angela Merkel zu DDR-Zeiten: »Die Unterlagen sind weitgehend vernichtet worden – diejenigen der kirchlichen Weiterbildungsstätte, die der Vater leitete, ebenso wie die der Organisationen, deren Mitglied er war; und auch die Dokumente der FDJ-Gliederungen, denen Angela Merkel angehörte, ob an der Leipziger Karl-Marx-Universität oder an der Akademie der Wissenschaften in Berlin.« Sie fügen hinzu, dass das wenige, was heute noch existiert, oft aus Datenschutzgründen gesperrt sei.

Im *stern* vom 20. Juli 2000 behauptete Angela Merkel: »Ich bin ein sehr individualistischer Typ, ich mag das Kollektivistische nicht.« Seit 1968 ging sie jedoch zur FDJ und war, wie bereits erwähnt, laut Aussage der beiden Journalisten und Autoren von *Das erste Leben der Angela M.* Sekretärin für Agitation und Propaganda. In Merkels *Mein Weg* schwärmt sie davon, wie sie die Rede Gustav Heinemanns zum Bundespräsidenten heimlich in der Schule auf dem Klo gehört habe und das im Westen als rechts verschriene ZDF-Magazin gesehen habe. Sie sei dabei über die klare Sprache froh gewesen und habe den Moderator Gerhard Löwenthal als glaubwürdig angesehen. Ihr damaliger Schulfreund Matthias Rau berichtete den beiden Autoren Lachmann und Reuth hingegen, dass Merkel sich nach seinem Eindruck für die politische Auseinandersetzung, die nächtlichen Diskussionen im Hause des Vaters, genauso wenig interessiert habe wie für Sport. Er berichtete den beiden Journalisten auch, er könne sich nicht erinnern, dass Merkel auch nur einmal am Ferienlager der evangelischen Kirche teilgenommen habe. Ihr Klassenlehrer Charly Horn erinnert hingegen in einer Mitteilung an die beiden Journalisten, dass sie alle FDJ-Aktionen zu politischen Themen, zu Sportveranstaltungen oder auch beim Einsatz in der Kartoffelernte »führend mit umsetzte« und »alle Aufträge der FDJ ohne Kritik erledigt« habe. Wie sagte Merkel noch gleich dem *stern?* »Ich bin ein sehr individualistischer Typ, ich mag das Kollektivistische nicht« – ein merkwürdiger Gegensatz im Verhalten der Angela Merkel.

Da gibt es dann noch einen weiteren Punkt. Einem ihrer Vertrauten berichtete sie einmal, wie ich in einem Hintergrundgespräch erfuhr, dass sie nach Moskau durfte, weil sie die »Russisch-Olympiade« ihres Jahrgangs gewonnen hätte. Sie war also die Beste ihres Jahrgangs. Im Film *Angela Merkel – Die Unerwartete*, ausgestrahlt in der ARD am 5. Dezember 2016, wird dies bestätigt. In der 35. Minute wird ihre Siegerurkunde gezeigt mit den Worten: »Sie gewinnt eine landesweite Russisch-Olympiade und darf nach Moskau.« Als ich dies einem Freund bei den Linken sagte, der bis 1987 in der DDR lebte, begann er laut zu lachen. Ich fragte, was denn daran so humoristisch sei. Daraufhin antwortete er: »Natürlich haben bei uns in der DDR damals nur die Besten gewonnen.« Er fügte hinzu: »Du hast bei uns nur gewonnen, wenn du dich mit dem System gutgestellt hast.« In diesem Zusammenhang sei erwähnt, dass Angela Merkel Zugang zur Erweiterten Oberschule hatte und ihr damit das Abitur ermöglicht wurde, was für Pfarrerskinder ein großes Privileg war. Den Kindern des früheren Bundespräsidenten Joachim Gauck blieb dies beispielsweise verwehrt.

Macht Sie das alles noch nicht nachdenklich? Am 30. September 2005 in der Ausgabe 40/2005 erschien im *Spiegel* ein Artikel mit der Überschrift »Merkel gegen Freigabe von Foto aus Stasi-Akte«. Mich machte ein Fernsehjournalist, der bestens vernetzt ist, darauf aufmerksam. In der Stasi-Akte über den Regimekritiker Robert Havemann und dessen Frau waren WDR-Mitarbeiter auf ein Passfoto der jungen Angela Merkel gestoßen. Dieses Bild gehört, so *Der Spiegel*, »zu einer Fotosammlung von Personen, die bei der Annäherung an das Havemann-Grundstück in Grünheide bei Berlin erfasst worden waren«. Der Bitte der WDR-Journalisten auf Freigabe des Bildes wurde von Merkel aus »Gründen des Schutzes ihrer Privatsphäre« nicht entsprochen. Noch heute ist es für viele ein Rätsel, wie Angela Merkel so schnell kometenhaft aufsteigen konnte. Der Journalist, der mir den Hinweis auf den Spiegel-Artikel und die Umstände der WDR-Recherche gab, verfügt diesbezüglich über besondere Kenntnisse. Er sagte mir, dass aufgrund der Vergangenheit Merkels viele Journalisten hinter vorgehaltener Hand die Frage nach einem Erpressungspotenzial und einer möglichen Gefahr einer Fremdsteuerung stellen. Halten wir uns jedoch hier im Buch bewusst an Fakten, die jeder überprüfen kann.

Am 18. Februar 2009 erklärte Angela Merkel zum Gesetz zur Enteignung

von insolventen Banken: »Ich halte das Vorgehen für alternativlos.« Sie fügte hinzu, es müsse verhindert werden, dass eine Bank »mit systemischem Risiko in die Insolvenz geht«. Aber schafft nicht auch dieses Vorgehen die Grundlage für die langfristig verheerende Politik unter dem Motto: »Gewinne werden privatisiert, Verluste sozialisiert«? Vorstände großer Konzerne verdienen Millionensummen, aber die Managerhaftung greift beispielsweise kaum. Am 19. Mai 2010 sagte Merkel: »Scheitert der Euro, dann scheitert Europa.« Aber scheitert Europa nicht gerade am Euro? Gab es vor dem Euro keinen Europäischen Binnenmarkt, kein erfolgreiches Europa? Ihre Euro-Rettungspolitik hält Merkel für alternativlos und sagte am 5. Oktober 2010: »Die beschlossenen Hilfen sind alternativlos.« »Alternativlos« wurde 2010 nicht ohne Grund zum Unwort des Jahres gekürt.

Prof. Gertrud Höhler, die das Buch *Die Patin* 2012 schrieb, sieht in Angela Merkel eine »bindungslose Führungspersönlichkeit«. Die Herrschaft des Rechts scheint mit Blick auf Migrationspolitik, Energiepolitik und Euro-Rettung bei Angela Merkel nicht hoch im Kurs zu stehen. Ein Bekenntnis zum Bargeld legte Merkel bislang nicht ab, die Wehrpflicht wurde von ihr dank der Vorarbeit von Theodor zu Guttenberg trotz jahrzehntelanger Bekenntnisse der CDU zur Disposition gestellt. Eine Leuchtfackel der Freiheit ist Angela Merkel gewiss nicht. Inwieweit dies mit ihrer Sozialisierung in der DDR, mit ihrem Werdegang dort zu tun hat, kann nicht abschließend beurteilt werden. Vieles wirft jedoch Fragen auf, Fragen, die sehr nachdenklich machen.

Um ja keinen Menschen zu diskriminieren, schwört die neue Landesregierung Nordrhein-Westfalen nicht mehr auf das »deutsche Volk«. Statt wie bislang zu schwören, sich mit ganzer Kraft »dem Wohle des deutschen Volkes« zu widmen, werden die Kabinettsmitglieder künftig nur noch auf das »Wohl des Landes Nordrhein-Westfalen« vereidigt. Sollte es nicht eine Selbstverständlichkeit sein, dass die vom deutschen Volk Gewählten sich dem deutschen Volk verpflichten? Auf diese Verfassungsänderung einigten sich SPD, CDU, Grüne, FDP und Piratenpartei. Noch 2013 hatten CDU und FDP damals den Vorstoß von SPD und Grünen abgelehnt. Im Sommer 2016 sah die Lage nun anders aus. Unter Angela Merkel rückt die CDU insbesondere seit dem Ende der CDU/CSU/FDP-Koalition 2013 immer mehr nach links.

Dazu passt auch die Aussage Angela Merkels vom 25. Februar 2017: »Das Volk ist jeder, der in diesem Lande lebt.« Merkel ging es in der Rede wohl darum, einen Kontrapunkt zum Slogan »Wir sind das Volk« zu setzen. Sie dürfte wissen, dass es ein Staatsvolk gibt. Merkel hätte auch sagen können: »Das deutsche Volk sind wir alle und nicht nur einige wenige.« Der CDU-Innenpolitiker Wolfgang Bosbach sagte dazu, dass wir unterscheiden müssen zwischen denen, die in einem Staatsgebiet leben, und denen, die zum Souverän gehören. Aber selbst Bosbach fügt dann hinzu: »Das ändert nichts daran, dass sowohl die Regierung als auch das Parlament der gesamten Bevölkerung gegenüber verpflichtet sind, denn ihre Entscheidungen betreffen stets die ganze Gesellschaft, unabhängig von Herkunft und Staatsangehörigkeit.« Lieber Wolfgang Bosbach, gilt dies auch für Hunderttausende unkontrolliert ins Land gelassene Migranten? Entscheiden Sie als Leser bitte selbst, ob sich diese Frage ziemt. Deutschland ist groß geworden durch das Denken und nicht durch das Verschenken. Hilfe zur Selbsthilfe, Menschen in Not die Hand zu reichen, ist selbstverständlich. Aber die Vorgeschichte der Flüchtlingskrise, die wesentliche Rolle Katars, Saudi-Arabiens und der CIA beim Entstehen des Bürgerkriegs in Syrien, das Wegschauen beim Zusammenstreichen des Welternährungsprogramms für die Flüchtlinge aus Syrien, das vor der Weltöffentlichkeit zur Schau gestellte Einkassieren von Dublin II für alle Syrier ohne jede Intervention des Bundeskanzleramts, die Selfies der Bundeskanzlerin und vieles mehr lassen nur eine Aussage zu: Die Migrationspolitik Merkels ist alles, aber ganz bestimmt nicht alternativlos.

Am 13. September 2002 sagte Angela Merkel im Deutschen Bundestag (14. Wahlperiode, 253. Sitzung, 25610): »Die Menschen im Lande wissen, dass Herr Schily am Anfang dieser Legislaturperiode gesagt hat ..., dass das Maß des Zumutbaren überschritten ist. Sie wissen, dass in Deutschland spätestens nach PISA völlig klar ist: Bevor wir eine neue Zuwanderung bekommen, müssen wir erst einmal die Integration der bei uns lebenden ausländischen Kinder verbessern.« Wie sich die Situation der Lehrer durch die Aufnahme von Migrantenkindern an den Schulen verschlechtert hat, erfahren wir alle im ernüchternden Gespräch mit Lehrern.

Schauen wir in das CDU-Wahlprogramm von 2002. Es enthielt Abschnitte wie »Identität Deutschlands bewahren« oder »Zuwanderung steuern und

begrenzen«. Es heißt konkret: »Deutschland muss Zuwanderung stärker steuern und begrenzen als bisher. Zuwanderung kann kein Ausweg aus den demografischen Veränderungen in Deutschland sein. Wir erteilen einer Ausweitung der Zuwanderung aus Drittstaaten eine klare Absage, denn sie würde die Integrationsfähigkeit unserer Gesellschaft überfordern. Verstärkte Zuwanderung würde den inneren Frieden gefährden und radikalen Kräften Vorschub leisten.«

Bei ihrer damaligen Rede im Deutschen Bundestag im September 2002 und während des Verfassens des CDU-Wahlprogramms konnte Angela Merkel noch nicht schalten und walten, wie sie wollte. Es gab einen Kanzlerkandidaten der Union namens Edmund Stoiber, einen Ministerpräsidenten Roland Koch in Hessen, und Friedrich Merz war noch Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Nun gut, selbst am 16. Oktober 2010 sagte Merkel auf dem damaligen Deutschlandtag der Jungen Union publikumswirksam: »Der Ansatz für Multikulti ist gescheitert, absolut gescheitert!« Damals hatte Horst Seehofer einen Sieben-Punkte-Plan zur Integration vorgestellt. Kurz zuvor, im August 2010, hatte Roland Koch das Amt des hessischen Ministerpräsidenten niedergelegt. Angela Merkel konnte in den vergangenen Jahren ohne ernsthaften Konkurrenten ausleben, wofür sie wirklich steht. 2013 ließ sie die FDP verhungern, ihre Nähe zu den Grünen ist heute für jeden unübersehbar, so wie damals 1989 für ihre damaligen Wegbegleiter. Ob sich die Unionswähler all dessen bewusst sind?

## 7 | 2 Sahra Wagenknechts Huldigungen an Hugo Chávez und Fidel Castro

Zum 50. Geburtstag eines bekannten Wirtschaftsprofessors erschien Sahra Wagenknecht mit ihrem Ehemann Oskar Lafontaine. Immer wieder stelle ich in Gesprächen mit bestens vernetzten und vermögenden Menschen fest, dass sie große Sympathie für die Fraktionschefin der Linken empfinden. Sie hat Charme und rhetorisches Talent, schafft es, den Finger auf viele Wunden zu legen. Auch ich hätte mich sehr gefreut, wenn Sahra Wagenknecht meiner Einladung zur Kundgebung für das Bargeld gefolgt wäre. Allerdings bekam ich innerhalb von 24 Stunden eine Absage. Als ich auf der Bargeldkundgebung am 14. Mai 2016 auf der Hauptwache in Frankfurt die Einladung an Sahra Wagenknecht erwähnte, wurde mir der Vorwurf seitens der Antifa gemacht, eine Querfront von Linken und Rechten bilden zu wollen. Dabei hat sich unser Verein »Pro Bargeld – Pro Freiheit e. V.« zu strikter Überparteilichkeit verpflichtet. Geschichtlich geht der Begriff zurück auf die politischen Bestrebungen zwischen März 1930 und Januar 1933. Zuletzt unter dem Reichskanzler General Kurt von Schleicher wurde der Versuch unternommen, ein »Querfront«-Bündnis aus Reichswehr, Gewerkschaften und dem Strasser-Flügel der NSDAP zu schmieden. Als dies scheiterte, ging Schleicher am 28. Januar 1933 in die Demission, und Adolf Hitler wurde am 30. Januar 1933 zum Reichskanzler ernannt. Der Vorwurf der »Querfront-Bildung« dient dazu, uns freiheitsliebende Menschen zu diskreditieren. Vermutlich hatte Sahra Wagenknecht Angst davor, bei einer Teilnahme an unseren Bargeldkundgebungen ins Fadenkreuz eben dieser Antifa-Kreise zu geraten.

Winston Churchill sagte: »Wer mit 20 kein Kommunist ist, hat kein Herz. Wer mit 40 Kommunist ist, keinen Verstand.« *Der Tagesspiegel* fragte Sahra Wagenknecht im Jahr 2013: »Sind Sie noch Kommunistin?« Darauf antwortete sie: »Kommt darauf an, was Sie darunter verstehen.« Danach führte sie aus, dass Karl Marx den Kommunismus für eine humane Utopie hielt und der Sozialismus dagegen für ihn die konkrete Alternative zum Kapitalismus war, in dem jeder nach dem entlohnt würde, was er für die

Allgemeinheit leistet. Dann fährt sie fort: »Leider wird Kommunismus heute meist mit dem Gesellschaftsmodell der Sowjetunion oder der DDR identifiziert und nicht mit der Tradition Rosa Luxemburgs, der Gründerin der Kommunistischen Partei in Deutschland.« Im Kapitel zum privaten Waffenbesitz erwähnte ich bereits den Ausspruch von James Kirchick: »Es ist an der Zeit, endlich mit dem linken Mythos aufzuräumen, er sei nur falsch verstanden worden – und könne nichts für die Millionen Toten, die er gefordert hat.« Die Ausreden der Linken sind immer wieder dieselben: Es war halt kein echter Sozialismus in der Sowjetunion und anderswo, sondern die Pervertierung einer Idee durch die roten Parteibarone.

Der Sozialismus ist gegen die menschliche Natur gerichtet. Wenn der Mensch eine angemessene Belohnung erhält, ist er bereit, viel und hart zu arbeiten. Doch wenn der Staat diese Belohnung »einkassiert«, wird niemand an die Grenze seiner Leistungskraft gehen. Sozialistische Träumereien stehen für ein widernatürliches System, das gegen den Mehrheitswillen durchgesetzt werden muss. Daher ist die Geschichte des real existierenden Sozialismus die der Unfreiheit des Individuums.

Sahra Wagenknecht lebt anscheinend in einer anderen Welt. Gemeinsam mit Dietmar Bartsch – beide sind Fraktionschefs der Linken im Deutschen Bundestag – veröffentlichte sie am 26. November 2016 eine Presseerklärung zum Tode von Fidel Castro. »Eine bessere Welt ohne Ausbeutung und Unterdrückung ist möglich! Das war die feste Überzeugung von Fidel Castro.« Zum Schluss wird Danielle Mitterrand, die Frau des früheren französischen Präsidenten, zitiert, die am 6. Mai 1996 in der Tageszeitung *Neues Deutschland* sagte: »Aus diesem Mann macht man einen Teufel. Dabei ist er durch und durch ein Demokrat, der sein Volk liebt, und sein Volk liebt ihn. Gemeinsam mit den Menschen in Kuba, Lateinamerika und überall dort, wo die kubanische Befreiungsbewegung einen emotionalen Wert besitzt, gedenken wir nicht unkritisch der großen Leistung dieses Revolutionärs.« Fidel Castro war ein Demokrat durch und durch? Amnesty International stellte mit Stand Ende 2014 zu Kuba fest: »Die Rechte auf freie Meinungsäußerung, friedliche Versammlung und Vereinigungsfreiheit waren 2014 weiterhin eingeschränkt. Die Zahl kurzzeitiger willkürlicher Inhaftierungen nahm erheblich zu. Es kam nach wie vor zu politisch motivierten Strafverfolgungsmaßnahmen.« In der Pressemitteilung findet sich

kein Wort zu alledem.

Nach dem Tod von Hugo Chávez, dem Staatschef Venezuelas, hieß es in einer Pressemitteilung von Sahra Wagenknecht und Sevim Dagdelen vom 6. März 2013: »Mit Hugo Chávez ist ein großer Präsident gestorben, der mit seinem ganzen Leben für den Kampf um Gerechtigkeit und Würde stand und der die lateinamerikanische Integration wegweisend vorangetrieben hat. ALBA, Petrosur und die vielen anderen von ihm ausgehenden Initiativen zeigen, dass ein anderes Wirtschaftsmodell möglich ist. Seine Wiederwahlen gegen massive Widerstände und Einflussnahme beweisen, wie populär eine solche Politik sein kann. Mit seiner Politik hat Chávez nicht nur Venezuela, sondern Lateinamerika verändert. ALBA und das bolivarische Projekt sind das Vermächtnis von Hugo Chávez, das es über seinen Tod hinaus zu erhalten und weiterzuentwickeln gilt. Die bolivarische Revolution ist zu verteidigen.« ALBA steht für die Bolivarianische Allianz für Amerika, deren wichtigste Mitgliedstaaten Venezuela, Kuba, Bolivien und Ecuador sind. Was Venezuela angeht, so versinkt das Land in einer Hyperinflation. Nirgendwo auf der Welt ist die Inflation gegenwärtig höher als dort. Roland Bader sagte einmal: »Sozialismus ist ein Überfluss an Staat. Das bleibt dann der einzige Überfluss.« Venezuela verwaltet nur noch den Mangel. Das Land steht am Rande des Zusammenbruchs. Das ZDF titelte bereits im Juni 2016: »Venezuela: Tausche Shampoo gegen Mehl«. Im Bericht heißt es: »Auf WhatsApp bietet jemand Mehl, auf Facebook sucht ein anderer Milch, auf Instagram will einer Windeln gegen Nudeln tauschen – in Venezuela fehlt es derzeit an allem.« Das Land zeigt, wie berechtigt der alte DDR-Witz ist: »Sozialismus heißt, Trümmer schaffen ohne Waffen.« Der sozialistische Präsident Venezuelas, Nicolás Maduro, entmachtete am 31. März 2017 das Parlament, in dem die Opposition die Mehrheit hat. Das oberste Gericht unternahm einen Tag später eine Kehrtwende, aber das Land steht vor einer Katastrophe in puncto Demokratie, Freiheit und Wohlstand.

Drei Zitate zum Sozialismus:

»Das Eigenartige an Sozialisten ist doch, dass sie ihre Lehren aus der Vergangenheit ziehen, in der Gegenwart versagen und für die Zukunft goldene Berge versprechen.« (Franz Josef Strauß 1975)

»Der Sozialismus ist die Philosophie des Scheiterns, das Kredo der Banausen und die Predigt des Neides mit dem Ziel, das Elend gleichmäßig

unter dem Volk aufzuteilen.« (Winston Churchill)

»Der Sozialismus scheitert, wenn dem Staat das Geld ausgeht ... das Geld der anderen.« (Margaret Thatcher)

Kennen Sie die Kommunistische Plattform? Sie ist eine Gruppierung innerhalb der Partei Die Linke, die in der Partei kommunistische Positionen dauerhaft verankert wissen will. Das Bundesamt für Verfassungsschutz stuft sie als linksextremistisch und verfassungsfeindlich ein, was eine Observierung zur Folge hat. Sahra Wagenknecht lässt ihre Mitgliedschaft dort seit 2010 nur ruhen. Im Jahr 1992 lobte Wagenknecht in ihrem Artikel »Marxismus und Opportunismus – Kämpfe in der Sozialistischen Bewegung gestern und heute« die Entwicklung »eines um Jahrhunderte zurückgebliebenen Landes in eine moderne Großmacht« unter Stalin, was zur »Überwindung von Elend, Hunger, Analphabetismus, halbfeudalen Abhängigkeiten und schärfster kapitalistischer Ausbeutung« geführt habe. »Die beeindruckenden Leistungen bei der Industrialisierung des Landes wären ohne Stützung und Bejahung dieser Politik seitens größerer Teile des Volkes nie erreichbar gewesen«, so Wagenknecht. Sie fährt fort: »Es ist lächerlich und dumm, diese im Nachhinein als bloße Auswirkungen der Diktatur, der Angst und der Arbeitslager darstellen zu wollen.« Mitgefühl für die Opfer oder ein Beklagen dieses unmenschlichen Terrors findet sich dort nicht.

Sahra Wagenknecht distanzierte sich 2009 von den umstrittenen Äußerungen zum Stalinismus und lässt ihre Mitgliedschaft in der Kommunistischen Plattform ruhen. Zeugen ihre Pressemitteilungen zum Tode von Fidel Castro sowie von Hugo Chávez von einem Bewusstseinswandel? Ihr Einsatz für das Bargeld ist begrüßenswert, aber lässt sie sich dabei von Freiheitsidealen leiten oder von der Erkenntnis, dass diese Forderung in weiten Bevölkerungskreisen populär ist? Diese Vorzeigelinke wirft viele Fragen auf ...

## 7 | 3 Martin Schulz – Robin Hood der Entrechteten und Kämpfer gegen Steuerdumping großer Konzerne?

»Gottkanzler«, »Robin Hood«, »Sankt Martin« auf dem Titelblatt des *Spiegels*, »Der 100-Prozent-Kandidat« in Anspielung an sein Wahlergebnis bei der Wahl zum SPD-Bundesvorsitzenden, »Mister Europa« und viele weitere Beinamen begleiteten im Februar 2017 einen unglaublichen Medien-Hype um Martin Schulz. Am 14. Februar 2017 nahm ich vor dem Bundeskanzleramt ein Video auf: »Martin Schulz – Der bessere Bundeskanzler? Lichtgestalt? Blender?«, das in YouTube im Kanal Silberjunge für jeden abrufbar ist. Das Video hat inzwischen bereits über 900 000 Aufrufe. Darin zeige ich unter anderem ein Interview mit einem ARD-Journalisten, in dem er auf steuerfreie Sitzungsgelder von 304 Tagen angesprochen wurde. Die ARD brachte in *Report Mainz* im April 2014 einen tollen Bericht, der mir und sicher auch Ihnen die Augen öffnet. Den Link zum gesamten Bericht zeigen wir auf der Seite zu diesem Video: *www.silberjunge.de/schulz*.

»Mister Europa« heißt Schulz nicht zu Unrecht. Von 1994 bis 2017 war er Mitglied des Europäischen Parlaments und von 2012 bis 2017 dessen Präsident. Bereits am 23. November 2011 titelte *Die Welt:* »EU-Politiker pocht auf Krisenhilfe durch Euro-Bonds«. Gemeint war damit Martin Schulz. Der im Mai 2017 gewählte neue französische Präsident Emmanuel Macron will für die Euro-Zone ein substanziell eigenes Budget für Investitionen und einen eigenen Wirtschafts- und Finanzminister. Gelegentlich plädierte Macron ebenfalls für Euro-Bonds. Er ist anscheinend davon überzeugt, dass er Deutschland für solche Vorschläge gewinnen kann, wenn er vorher Frankreichs Haushaltsdefizit in Ordnung bringt. Den Staat will Macron um 120 000 Stellen verkleinern, und die Ausgaben sollen in 5 Jahren um 60 Milliarden Euro sinken. Frankreichs Staatsschulden sollen 2017 laut EU-Kommission 96,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts betragen und 2018 weiter auf 97,0 Prozent wachsen. Deutschland kommt demzufolge nach 68,2

Prozent in 2016 im laufenden Jahr auf 65,5 Prozent und 2018 auf nur noch 62,9 Prozent. Noch gravierender ist der Unterschied, wenn wir die Schulden des Staates, der Unternehmen außerhalb des Finanzsektors und der privaten Haushalte in Prozent des Bruttoinlandsprodukts vergleichen. Mitte 2016 kam Frankreichs Gesamtverschuldung auf über 280 Prozent, während Deutschlands Vergleichswert nur bei 176 Prozent liegt.



**Gesamtverschuldung (Staat, Unternehmen außerhalb des Finanzsektors und private Haushalte) in Prozent des Bruttoinlandsprodukts**




*Quelle: Bloomberg, EU-Kommission, BIS, Silberjunge, Daten bis Mitte 2016*

Sollte Martin Schulz mit einer rot-rot-grünen Mehrheit Bundeskanzler werden, könnten er und Macron eine Schuldenvergemeinschaftung auf den Weg bringen. Nichts anderes sind Euro-Bonds.

Während Deutschlands Staatsschulden 2017 nur 65,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts betragen, kommt Italien als Staatsschulden-Spitzenreiter auf 133,3 Prozent. Das Bruttoinlandsprodukt ist die Summe aller Güter und Dienstleistungen, die im Laufe eines Jahres von einer Volkswirtschaft geschaffen werden. Die Staatsschulden Italiens sind also beträchtlich höher als die Deutschlands.

Stellen wir uns vor, wir wollen eine Eigentumswohnung für 100 000 Euro kaufen. Da wir gespart haben, brauchen wir nur 70 000 Euro von der Bank zu leihen. Jetzt kommt jemand anderes zu Ihrer Hausbank. Der will in demselben Haus ebenfalls eine Eigentumswohnung für 100 000 Euro kaufen.

Nun hat er kein Eigenkapital, und die notwendige Renovierung der Wohnung und die Anschaffung von Möbeln sorgen dafür, dass er sogar 130 000 Euro Kredit braucht. Fänden Sie es gerecht, wenn die Bank ihm den Kredit zu dem gleichen Zinssatz geben würde, den Sie zahlen müssen? Ist es nicht normal, dass man bei unterschiedlicher Bonität, also unterschiedlicher Kreditwürdigkeit, auch unterschiedliche Zinssätze als Schuldner, als Kreditnehmer an die Bank zu leisten hat?

Mit marktwirtschaftlichen Prinzipien hat dies nichts zu tun. Vielmehr handelt es sich um Gleichmacherei und einen Einheitsbrei. Halten Sie dies für gerecht?

Zur Person Martin Schulz noch ein weiteres Thema: Jeder EU-Abgeordnete bekommt für jeden Sitzungstag, den er anwesend ist, steuerfrei 304 Euro pro Tag. Schon das ist ein Witz. Martin Schulz bekam für 365 Tage im Jahr jeweils 304 Euro = 110 960 Euro. Zu diesem Sachverhalt stellte ein ARD-Reporter Martin Schulz, wie ich finde, vorbildlich folgende Frage (zu sehen auf der Seite zum Video):

Minute 4:35 bis 5:32 (58 Sekunden)

»Sprecher Anmoderation: Wir wollen mit Martin Schulz am Rande einer Wahlkampfkundgebung darüber reden.

Reporter: Eine Frage zum System Tagespauschalen im EU-Parlament. Sie selbst bekommen ja auch 365 Tagespauschalen im Jahr, sprich steuerfrei einen sechsstelligen Betrag. Finden Sie das gerechtfertigt?

Schulz: Woher wissen Sie das, dass ich das bekomme?

Reporter: Das geht aus einem Beschluss des Büros hervor und aus dem Haushaltsplan für 2012.

Schulz: Erkundigen Sie sich mal etwas intensiver.

Reporter: Bekommen Sie es oder nicht?

Schulz: Nein.

Sprecher: Das ist bestenfalls nur die halbe Wahrheit. Denn aus seinem Büro erfahren wir später: Martin Schulz hat das Geld sehr wohl bekommen. Erst seit dem 18. April dieses Jahres (gemeint: 2014) fließt nichts mehr. Was für ein Zufall, das ist kurz nachdem wir ihn für ein Interview angefragt haben. Und er lässt ausrichten, er habe das Ende der Zahlungen natürlich schon viel früher bestimmt. Einen Beleg dafür kann er uns trotz mehrfacher Nachfragen nicht liefern.«

Da stand Martin Schulz wohl nicht so ganz im Zentrum der Wahrheit. Und noch etwas: »Ab dem 26. Mai 2014 wurden die Tagegelder wieder gezahlt ...« Darüber berichtete *Focus Online*. Die Bezugspause für das Tagegeld dauerte also nur vom 18. April bis zum 25. Mai 2014. Das waren 5 Wochen und 2 Tage. Bravo! Danach lief alles wie gewohnt weiter.

Man könnte angesichts der Medienberichte im Februar 2017 meinen, Martin Schulz sei in seinem Politikerleben der Robin Hood für die Kleinen im Kampf gegen das Steuerdumping großer Konzerne.

Bei der »Luxleaks«-Affäre war dieser Martin Schulz eher »Verklärer« als Aufklärer. Worum geht es dabei eigentlich? Ein ganzes Netzwerk von Journalisten deckte auf, wie Luxemburg die großen Konzerne Steuern in großem Umfang sparen ließ. So konnten die Konzerne praktisch einen Verschiebebahnhof für die Gewinne ihrer Tochtergesellschaften errichten und die Steuerlast von fast 30 Prozent auf knapp 6 Prozent reduzieren. Was die Großen hier tun, bleibt den Kleinen wie Mittelständlern, Freiberuflern und erst recht allen Angestellten und Arbeitern verwehrt.

Das *Handelsblatt* beschäftigte sich umfassend mit dem Verhalten von Martin Schulz, der alles unternahm, um einen Untersuchungsausschuss des Europäischen Parlaments zu diesem Skandal zu verhindern.

Schon die Überschrift »Bodyguard in Brüssel« zeigt, dass das *Handelsblatt* Martin Schulz als Beschützer seines Duzfreundes Juncker sieht. Schulz »wettert gegen Steuerdumping. In Brüssel aber blockierte er die Aufklärung der Luxemburger Steueraffäre«.

Zitiert wird Fabio de Mast, Europaabgeordneter der Linkspartei, vom *Handelsblatt* mit den Worten:

»Den Kampf für Steuergerechtigkeit nehme ich Schulz nicht ab. Bei der Aufklärung des Luxleaks-Skandals stand er immer auf der Bremse. Ich habe von ihm nie eine klare Kritik an den ›tax rulings‹ in Luxemburg gehört. Dabei ist er ja sonst nicht auf den Mund gefallen.« (Quelle: *Handelsblatt*: »Bodyguard in Brüssel«, 9. Februar 2016).

»Luxleaks war die Gelegenheit für das Europaparlament, gegen Steuervermeidung in Europa vorzugehen. Schulz hat einen Untersuchungsausschuss verhindert und damit das Parlament schwach gemacht«, so Sven Gleogold, Vizechef der Grünen-Fraktion im

Europaparlament laut *Handelsblatt*. (Quelle: *Handelsblatt*: »Bodyguard in Brüssel«, 9. Februar 2016).

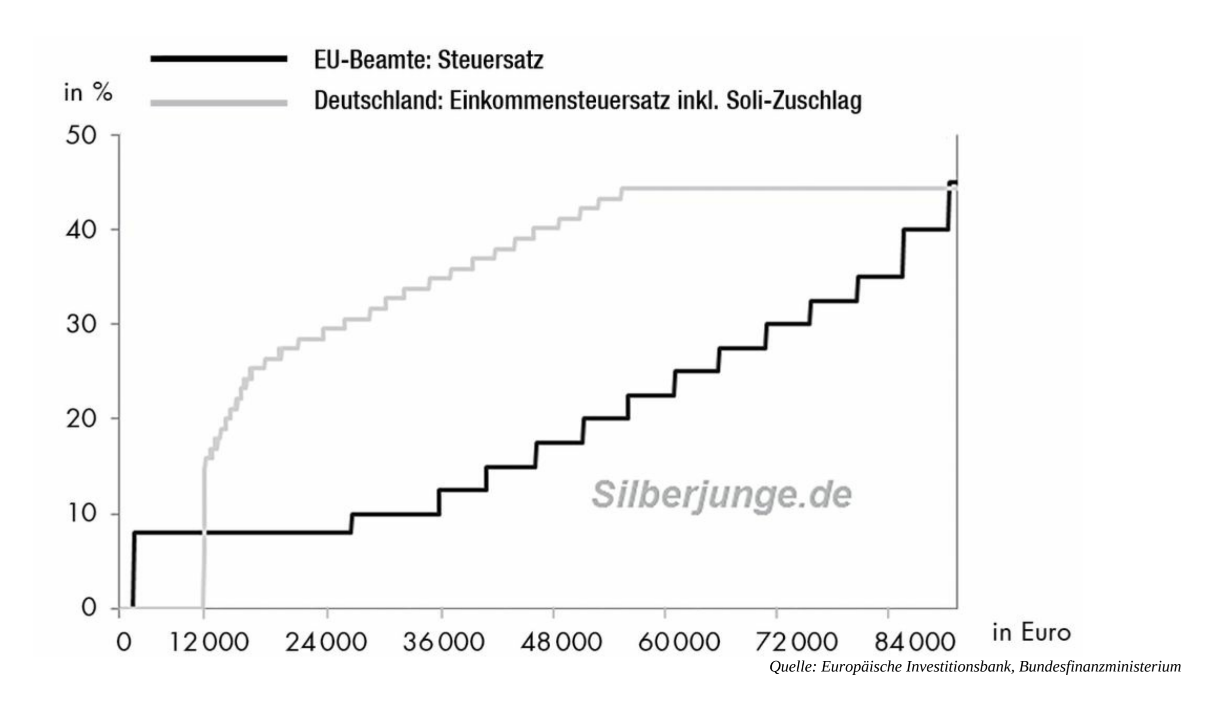
Martin Schulz war übrigens von 2012 bis 2017 EU-Parlamentspräsident. 2014 ging es ihm darum, unbedingt weiterhin EU-Parlamentspräsident zu bleiben. Nach der Europawahl 2014 traf Schulz mit dem heutigen EU-Kommissionspräsidenten wohl eine Vereinbarung, um seine Wiederwahl zum EU-Parlamentspräsidenten zu sichern. Der CSU-Parlamentarier Markus Ferber wird vom *Handelsblatt* in diesem Zusammenhang mit den Worten zitiert: »Ich bin mir sicher, dass am Wahlabend Absprachen getroffen wurden, die weit über die Zusagen hinausgehen, dass Juncker Kommissionspräsident werden soll« (Quelle: *Handelsblatt*: »Bodyguard in Brüssel«, 9. Februar 2016).

Martin Schulz als Robin Hood im Kampf gegen Steuerdumping großer Konzerne ist daher wohl nur Wahlkampfrhetorik der SPD.

Kommen wir noch auf eine Doppelmoral zu sprechen. Martin Schulz nutzte von 1994 bis 2017 die Brüsseler Steueroase. Bereits am 3. Februar 2013 titelte die Tageszeitung *Die Welt:* »4365 EU-Beamte verdienen mehr als die Kanzlerin«. Und die Zeitung sagte, dass dies ein Vergleich des Bruttoverdienstes sei, also des Verdienstes vor dem Steuerabzug. Die EU-Beamten und die EU-Abgeordneten zahlen keine nationalen Einkommensteuern. Der abgebildete Chart zeigt einen Vergleich des Einkommensteuertarifs für Deutschland inklusive des Solidaritätszuschlags von 5,5 Prozent auf die deutsche Einkommensteuerschuld mit dem Steuertarif für EU-Beamte, Mitarbeiter der EZB und anderer Europa-Institutionen sowie für die EU-Abgeordneten. Sie sehen in dem Chart den sogenannten Grenzsteuersatz. Da geht es darum, wie hoch die Steuerbelastung ist, wenn Sie 100 Euro mehr verdienen. Ich empfehle diesbezüglich auch den Artikel der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung:* »Das süße Leben im EZB-Steuerparadies«, in dem Sie einen weiteren Chart finden. Dieser enthält auch die Darstellung des Durchschnittssteuersatzes für Deutschland sowie EU-Beschäftigte. Gemeint ist also der durchschnittliche Steuersatz für den gesamten Verdienst. Im Artikel heißt es dazu, dass ein EU- oder EZB-Mitarbeiter (gilt auch für EU-Abgeordnete) bei einem Jahreseinkommen von 60 000 Euro eine Durchschnittssteuerbelastung von 13,5 Prozent hat. Ein deutscher Steuerpflichtiger muss nach dem deutschen Einkommensteuertarif für 60 000 Euro einen durchschnittlichen Steuersatz

von 28 Prozent abführen.

Im folgenden Chart ist das Einkommen unten in Euro und auf der linken Skala der Grenzsteuersatz zu sehen. Ab 54 054 Euro ist von Alleinstehenden in Deutschland der Spitzensteuersatz zu zahlen. Der Grenzsteuersatz der Brüsseler Steueroase ist in Schwarz abgebildet:



*Quelle: Europäische Investitionsbank, Bundesfinanzministerium*

Obwohl Schulz in der Brüsseler Steueroase badete und in den Genuss von Niedrigsteuern kam, zitierte das ZDF am 29. Januar 2017 aus einem Interview mit ihm: »Der designierte SPD-Kanzlerkandidat Martin Schulz spricht sich gegen Steuersenkungen nach der Bundestagswahl aus.« Die Überschrift des ZDF-Artikels lautete: »Investieren statt Steuern senken«. Der Mann hat ja recht, dass zu wenig investiert wird. Allein der Gemeindebund beklagte einen gewaltigen Investitionsstau von 136 Milliarden Euro (FAZ, 6. Februar 2017: »Gemeindebund beklagt hohen Investitionsrückstand«, Seite 17). Nur komisch, dass die SPD zum Zeitpunkt der Aussagen in 13 von 16 Bundesländern in der Regierung saß und von 1998 bis 2009 und seit 2013 in der Bundesregierung sitzt.

Gegen Steuerdumping ging er nicht wirklich vor, sondern verhinderte sogar einen EU-Untersuchungsausschuss zur »Luxleaks«-Affäre. Mit der EU-Steueroase hatte er niemals ein Problem und kassierte bedenkenlos für 365 Tage Tagegeld – steuerfrei, versteht sich. Sein Umgang mit dem ARD-

Reporter von *Report Mainz* spricht Bände. Vor seiner Zeit als EU-Parlamentspräsident 2004 erschlich er sich laut Anschuldigungen seines damaligen Fraktionskollegen Hans-Peter Martin sogar das Sitzungsgeld durch eine Unterschrift am frühen Morgen, um dann gleich ohne Teilnahme an der Sitzung das EU-Parlament zu verlassen. Seine Inhalte (gegen Steuersenkungen, für Euro-Bonds, für die Bankenunion in Euroland zulasten der deutschen Sicherungseinrichtungen und vieles mehr) sind nicht überzeugend. Vom Ende Januar 2016 veröffentlichten Positionspapier der SPD-Bundestagsfraktion, in dem eine Obergrenze für das Bargeld gefordert wird, hat er sich nicht distanziert. Auch ist keine Erklärung für die Beibehaltung des Bargelds überliefert. Dazu passt die Forderung der SPD von Ende Mai 2016, jeder Deutsche müsse die Herkunft des Vermögens nachweisen. *Reuters* meldete damals über den SPD-Forderungskatalog: »Auch Vermögen unklarer Herkunft sollen künftig eingezogen werden können ... Wir drehen die Beweislast um.« Wer also in Zukunft nicht sagen kann, woher sein Vermögen kommt, bekommt Ärger mit dem Finanzamt. Eine Leuchtfackel der Freiheit ist Martin Schulz für seine SPD wohl kaum. Kann Linkspopulismus wirklich ausreichend überzeugen?

## 7 | 4 Wie Brüssel überall reinregiert und das Subsidiaritätsprinzip stirbt

Es ist immer wieder das gleiche Spiel: Was sich auf nationaler Ebene schwer durchsetzen lässt, wird durch die Brüsseler Hintertür EU-weit verordnet. Die nationalen Parlamente haben dies dann nur noch in nationales Recht zu gießen.

Mir erzählte ein Insider, wie selbst Landesfinanzminister wäschekörbeweise Protestbriefe erhielten, als sich das Bundesfinanzministerium Anfang 2016 für eine Bargeldobergrenze einsetzte. Derartiges war man zuvor nur im Zusammenhang mit der Grenzöffnung am 5. September 2015 gewohnt, aber für ein ökonomisches Thema war das ein absolutes Novum. Am 9. Februar 2016 sagte Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble zumindest ehrlich: »Wir bemühen uns, in Europa einheitliche Obergrenzen für Bargeldtransaktionen zu finden.« Wenn 2018 dann aus Brüssel die Weisung kommt, kann Berlin voller Pflichtgehorsam entgegen der öffentlichen Meinung handeln. Am 3. April 2016 hatte die *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung* (F.A.S.) über das Ergebnis einer Allensbach-Umfrage berichtet. Auf die Frage »Finden Sie es gut, dass für Barzahlungen eine Obergrenze eingeführt werden soll?«, antworteten 51 Prozent mit »Finde ich nicht gut«, nur 21 Prozent mit »Finde ich gut« und 25 Prozent mit »Ist mir egal«.

Im Mai 2017 erklärte die österreichische Regierung laut *Tiroler Tageszeitung*, eine Verankerung der Bargeldnutzung in der Verfassung des Landes sei nicht möglich, weil der Europäischen Union die ausschließliche Zuständigkeit für die Währungspolitik zukommt. Die Zeitung zitiert aus einem Schreiben von Finanzminister Hans Jörg Schelling: »Praktisch würde eine nationale (Verfassungs-)Bestimmung zum Schutz des Bargeldes jedoch im Falle einer entsprechenden EU-Rechtsänderung ohnehin ins Leere laufen, weil sie dann vom Unionsrecht überlagert und ausgehebelt würde« – ein weiteres Beispiel, wie die Europäische Union instrumentalisiert wird. Wir haben längst einen EU-Superstaat, der den nationalen Gesetzgebern in einem unerträglichen Umfang Fesseln anlegt.

Wie Brüsseler Kreise Dublin II aushebeln wollten und damit letztlich eine im Deutschen Grundgesetz stehende Regelung umgehen wollen, habe ich bereits ausgeführt. Immer wieder wünschen gerade linke Politiker mehr Europa in der Flüchtlingspolitik. Auch Peter Altmaier (CDU), Chef des Bundeskanzleramtes, sagte am 4. Mai 2017 im ZDF bei Maybrit Illner: »In der Flüchtlingskrise hätte ich mir mehr Europa gewünscht und gemeinsame Aktionen.« Auch wenn viele andere Staaten, insbesondere die osteuropäischen, Merkels Migrationspolitik ablehnen, will die politische Kaste in Berlin und in Brüssel unbeirrt den Kurs fortsetzen. Hätte es eine Volksbefragung in Deutschland zur Euro-Einführung 1999 oder zur fortdauernden Grenzöffnung Ende 2015 gegeben, wäre die Geschichte möglicherweise anders verlaufen.

Helmut Kohl sagte im Jahre 1992 völlig zu Recht:

»Politik, die nur die Ökonomie sieht und die kulturelle Dimension vernachlässigt, erreicht die Menschen nicht! Das vereinte Europa kann und darf deshalb kein Schmelztiegel sein. Es soll vielmehr die nationale Identität, Kultur und Lebensweise eines jeden Volkes und Landes schützen. Wir wollen keinen europäischen ›Leviathan‹, sondern ›Einheit in Vielfalt‹.« Er fuhr damals fort: »Im Vertrag von Maastricht ist das Subsidiaritätsprinzip als zentraler Grundsatz für die künftige Europäische Union verankert. Innerhalb der Union sollen Entscheidungen auf der möglichst niedrigen Ebene angesiedelt sein. Dies entspricht unserem deutschen Verständnis von einer wahrhaft föderalen Ordnung. Und es ist ein deutliches Signal gegen jeglichen Zentralismus der europäischen Behörden – für ein Europa der Regionen und der kommunalen Selbstverwaltung.

Die Subsidiarität in der deutschen Gemeindeverfassung ist eine unserer wichtigsten Errungenschaften, und wir werden sie natürlich beibehalten. Ich wende mich ganz entschieden gegen Versuche der Brüsseler Organe, immer mehr Bereiche bis ins letzte Detail regeln zu wollen. Manche in der EG-Kommission sollten sich einmal die Frage stellen, welchen Eindruck diese Regelungswut bei den Bürgern hinterlässt und ob wir nicht Gefahr laufen, das europäische Einigungswerk dadurch in Misskredit zu bringen.

Zentralismus entspricht nicht dem Willen der Bürger, und klassische Zentralstaaten entfernen sich daher zunehmend von diesem Prinzip. Umso wichtiger ist daher die Botschaft von Maastricht, dass Europa bürgernah ist, dass Subsidiarität und föderale Ordnung auch im Alltag erfahrbar sein

müssen.«

Wie ist es heute um das Subsidiaritätsprinzip in der EU bestellt? 2011 beschloss das Bundesland Hessen, für 2,9 Millionen Euro im Jahr ein Gebäude im Europaviertel der belgischen Hauptstadt zu mieten. Die Fläche umfasst 6100 Quadratmeter und damit viermal so viel wie die alte Landesvertretung. Der damalige Europaminister Jörg-Uwe Hahn begründet dies damit, dass 80 Prozent der Gesetze heute von EU-Recht beeinflusst seien und Hessen »nah dran an den Entscheidern« sein müsse.

Eine Statistik des ehemaligen Bundespräsidenten Roman Herzog und von Lüder Gerken, dem Leiter des Forschungsinstituts Centrum für Europäische Politik (CEP), kam für die Periode 1999 bis 2004 zu dem Ergebnis, dass 84 Prozent der deutschen Gesetzgebung aus Brüssel und nur noch 16 Prozent aus Berlin kamen.

Der SPD-Kanzlerkandidat und langjährige EU-Parlamentspräsident Martin Schulz behauptete am 25. März 2017 in Münster, 70 Prozent aller im Bundestag beschlossenen Gesetze hätten einen direkten oder indirekten EU-Bezug.

Wie weit der Arm Brüssels heute reicht, zeigen einige Beispiele:

Eine Pkw-Maut in Deutschland, die nur Ausländer belasten soll, könnte gegen das in den europäischen Verträgen niedergelegte Verbot der Diskriminierung nach Staatsangehörigkeit verstoßen.

Die Ausnahmen für die stromintensive Industrie im Erneuerbare-Energien-Gesetz, die 2012 nach Angaben des Bundesumweltministeriums ungefähr die Hälfte des industriellen Stromverbrauchs von der Umlage befreite, ließen die EU-Kommission tätig werden. Im Dezember 2013 leitete sie ein Untersuchungsverfahren gegen Deutschland ein, da sie vermutet, die Befreiungen würden das europäische Wettbewerbsrecht verletzten. In Berlin rief dies Kopfschütteln hervor, da es viele EU-Staaten mit niedrigen Strompreisen für die Industrie gibt. 2016 kam Frankreich für Industriekunden auf 9,93 Euro-Cent pro Kilowattstunde, Österreich auf 10,29, Spanien auf 11,05 und Deutschland auf 15,05.

Oder denken wir an das Urteil des Europäischen Gerichtshofs im Jahr 2014, wonach die einseitige Bevorzugung ortsansässiger Familien bei der Baulandvergabe andere EU-Bürger diskriminiert. Die Folge war, dass die Kommunen das sogenannte »Einheimischenmodell« überarbeiten mussten. Gemeinden dürfen ihre Grundstücke nicht mehr problemlos an ortsansässige

Familien verkaufen, sondern müssen soziale Kriterien festlegen.

Denken wir auch an die Pflicht, Bauaufträge (2016 ab 5,225 Millionen Euro) sowie Liefer- und Dienstleistungsaufträge (2016 ab 209 000 Euro) europaweit ausschreiben zu müssen. So können Kommunen ihre heimische Wirtschaft nicht mehr so ohne Weiteres fördern. Über alles kann man sicher eine Rede halten, aber diese EU-weite Ausschreibungspflicht birgt auch Nachteile in sich.

Wie schön übrigens, dass nach einem Eilentscheid des Europäischen Gerichtshofs ausreisepflichtige Asylbewerber nicht zusammen mit normalen Strafgefangenen untergebracht werden dürfen. Nicht alle Bundesländer verfügen über eigene Abschiebeeinrichtungen. *Focus* berichtete am 21. April 2017 unter der Überschrift »Kein Platz in der Abschiebehaft: Polizei muss Straftäter laufen lassen« davon, dass die Polizei in Leverkusen offenbar »einen vorbestraften und ausreisepflichtigen Asylbewerber laufen lassen« musste, weil er nicht untergebracht werden konnte. Danach sei der Mann untergetaucht.

Brauchen wir wirklich noch mehr Kompetenzen für Brüssel und noch weniger Eigenständigkeit der europäischen Nationen? Juncker antwortete im ZDF *heute-journal* am 24. Juni 2016 auf den Brexit, den EU-Austritt Großbritanniens, mit Forderungen nach mehr Zentralisierung in der Flüchtlingsfrage unter dem Deckmantel »Europa ist ein Solidarprojekt«. Ist das die richtige Antwort?

## 7 | 5 Wie uns Sprache manipuliert

»Mister Europa« wird Martin Schulz oft genannt. Immer wieder wird er als »glühender Kämpfer für das Friedensprojekt Europa« bezeichnet. Wer mit solchen Worten arbeitet, für den sind Kritiker der EU-Politik und der Euro-Rettungspolitik Gegner des Friedensprojekts Europa. Gern wird dann auch von Anti-Europäern gesprochen, obgleich die meisten sicher vom Geiste des ursprünglichen Friedensprojekts der Europäischen Einigung überzeugt sind. Kritik an den EU-Institutionen und ihrer heute für viele bestehenden Allmacht scheint an Blasphemie zu grenzen und gehört geächtet. Wer will sich schon diesen Bannstrahl zuziehen und als Anti-Europäer gelten?

Übrigens ergab die regelmäßige repräsentative Umfrage der EU-Kommission, dass 2002 in Deutschland 44 Prozent der Befragten der EU-Kommission als Institution vertrauten und 26 Prozent nicht vertrauten. Im November 2016 vertrauten demzufolge nur noch 38 Prozent der EU-Kommission, 44 Prozent jedoch haben kein Vertrauen in Juncker und Co.!

Am 19. Mai 2010 sagte Angela Merkel, wie bereits im Abschnitt zur Bundeskanzlerin erwähnt: »Scheitert der Euro, dann scheitert Europa.« Aber scheitert Europa nicht gerade am Euro? Gab es vor dem Euro keinen europäischen Binnenmarkt, kein erfolgreiches Europa? Hier wird mit Worten sehr geschickt jongliert.

Der Titel *Die Getriebenen* des Buches des *Welt* – Hauptstadtkorrespondenten Robin Alexander suggeriert, Merkel und Co. wären praktisch zu ihrem Handeln gezwungen gewesen. Die normative Kraft des Faktischen hätte kaum eine andere Wahl gelassen. Merkels Politik war wie so oft auch in diesem Fall anscheinend alternativlos. Die wenigsten Deutschen werden sein Buch lesen, das an vielen Stellen nachdenklich macht. Der Buchtitel findet jedoch weite Verbreitung und erweckt den Eindruck, Merkel konnte gar nicht anders.

Maria Böhmer von der CDU sagte: »Diese Menschen mit ihrer vielfältigen Kultur, ihrer Herzlichkeit und ihrer Lebensfreude sind uns willkommen, sie sind eine Bereicherung für uns alle.« Also sind demzufolge alle Migranten, die zu uns kommen, eine Bereicherung. Wir werden also alle reicher. Wer will sich dagegen sträuben?

Das Wort Flüchtling wird für jeden Ankömmling genutzt. Wer will denn schon jemandem Hilfe verwehren, der vor Krieg und Verfolgung flüchtet? Aber ist dies nicht eine unzulässige Pauschalierung?

War die Grenzöffnung alternativlos? War die Rettung für Griechenland alternativlos? War die Euro-Rettung mit den Rettungsfonds ESM, EFSF und EFSM alternativlos? Es gibt eine Wahl, und wenn es nur die zwischen zwei Übeln ist. Das Gerede von Alternativlosigkeit soll jedes Nachdenken über andere Lösungen und vor allem jede Kritik an dem eingeschlagenen Weg im Keim ersticken.

Lassen wir uns das Denken nicht abnehmen und achten genau auf diese subtile Beeinflussung. Sprache ist sehr gefährlich. Wer Kritiker in eine »rechtspopulistische« oder gar »rassistische« Ecke stellt, betreibt damit Rufmord. Gerade die Antifa ist schnell dabei, mit diesem Vorgehen Andersdenke auszugrenzen, ja mundtot zu machen. Mir ist dies selbst bei meinem Einsatz für das Bargeld in Frankfurt im Jahre 2016 wie beschrieben am eigenen Leib widerfahren. Worte sind wie Giftpfeile: Einmal abgeschossen, und du kannst sie nicht mehr zurückholen. Die Antifa will sie auch gar nicht mehr zurückholen, denn die Ausgrenzung von Andersdenken ist ihr Ziel.

Welche Auswüchse die »Political Correctness« nimmt, offenbart eine neue Studie in der *Pediatrics* Nr. 137, einer Fachzeitschrift für Kinderheilkunde. Darin heißt es, dass das Verwenden des Begriffs »natürlich« im Kontext des Stillens mit der Brust unterschwellig eine Reihe von Werten in Bezug auf das Familienleben und die Geschlechterrolle fördere, die ethisch unangemessen sei. Die Forderung der Studie lautet daher, solche öffentlich-rechtlichen Beschreibungen, die gegenüber dem weiblichen Geschlecht diskriminieren, zu stoppen, weil sie »nicht politisch korrekte Werte und Überzeugungen« enthalten. Dies erinnert doch sehr stark an George Orwells *1984* und seine Gedankenpolizei.

## 7 | 6 Wichtige Demokratie- und Zukunftsfragen

Die Grünen wollen Dieselfahrzeuge in Stuttgart und anderswo verbieten. Heizungsanlagen, die nach dem 1. Januar 1985 eingebaut wurden, müssen nach 30 Jahren ersetzt werden. Ausgenommen sind Niedertemperatur- und Brennwertkessel sowie die Besitzer von Heizkesseln in Ein- und Zweifamilienhäusern, die zum Stichtag 1. Februar 2002 in ihrem Haus wohnen. Für viele Hauseigentümer ist die Kanaldichtheitsprüfung ein Thema. Banken sind heute von einer unglaublichen Regulierung betroffen. Achten Sie selbst einmal auf die Protokolle und Formulare, die Sie im Rahmen eines Beratungsgesprächs auszufüllen haben. Bankvorständen und Vermögensberatern vergeht die Lust am Beraten. Das alles ließe sich beliebig fortsetzen. Die Regelungswut der Behörden und der Politik kennt keine Grenzen. Unsere Entscheidungsfreiheit geht immer mehr verloren. Dagegen müssen wir alle ankämpfen.

Bargeldobergrenzen sind der erste Schritt auf dem Weg zur Marginalisierung des Bargelds. Ohne einen gesetzlichen Annahmezwang für Bargeld wird der schleichende Tod einsetzen. Der erste Bäcker im österreichischen Graz akzeptiert kein Bargeld mehr. In Schweden ist dies bereits bei vielen Unternehmen völlig normal. Unterstützen Sie bitte unsere Petition zum Bargeld, die Sie auf der Seite *www.pro-bargeld.com* unter »Zeichnen Sie mit« aufrufen können. Vor allem zahlen Sie möglichst viel bar. Solange wir hohe Bargeldanteile am Zahlungsverkehr verteidigen, werden sich die Unternehmen in der Masse eine Verabschiedung vom Bargeld kaum trauen.

Der EU-Kommissionspräsident will mit noch mehr Europa auf Brexit antworten. Gab es in Deutschland jemals eine Abstimmung des Staatsvolkes darüber? Mit den Euro-Rettungsschirmen werden unglaubliche Eventualverbindlichkeiten eingegangen. Hat die deutsche Bevölkerung darüber jemals abgestimmt? Brüsseler Entscheidungen werden »durchgedrückt«.

Bürgerbegehren und Bürgerentscheide sind in Kommunen und Bundesländern möglich. Bei zentralen Fragen wie dem Euro, der Zukunft der

Europäischen Union oder der Migrationspolitik muss doch endlich mehr Demokratie gewagt werden. Nur so können die Klüngeleien des Establishments aufgebrochen werden.

In der Schweiz kann die Bevölkerung einen Volksentscheid mit 100 000 Unterschriften auf den Weg bringen. Würde die Schweizer Regierung beispielsweise Gold verbieten, könnten die Eidgenossen ihrer Regierung die Rote Karte zeigen. Die Bürger können sich wehren und sind eben nicht wehrlos. In unserer Parteiendemokratie können wir uns so gut wie gar kein Gehör verschaffen. Eine Massenbewegung für die Möglichkeit bundesweiter Volksbegehren und Volksentscheide muss keine Utopie sein. Alle etablierten Parteien haben Angst davor. Es ist die Furcht vor einem Machtverlust. Gewinner wären jedoch die Demokratie und wir alle. Bei vielen Themen könnte der Einfluss der Lobbyisten zugunsten der Bürger zurückgedrängt werden. Die Brüsseler Technokraten könnten uns nicht mehr alles ungefragt und unwidersprochen überstülpen. Es gebe sicher eine Schärfung der Argumente und ein Ende des Geredes von der Alternativlosigkeit. Ein Wettbewerb um die besseren Ideen wäre die Folge.

Wir brauchen in Deutschland eine Volksbewegung für direkte Demokratie. »Wenn Wahlen etwas ändern würden, dann wären sie verboten.« Dieses Zitat stammt angeblich von Rosa Luxemburg oder Kurt Tucholsky. Die Schweiz ist ein Beispiel für erfolgreiche Volksbegehren und Volksentscheide. Warum soll einem Volk mit über 80 Millionen Menschen verwehrt werden, was ein Volk mit über 8,4 Millionen Einwohnern (wovon 2,1 Millionen Ausländer sind, darunter fast 303 000 Deutsche) seit 1891 erfolgreich praktiziert? Nur die Angst der deutschen Spitzenpolitiker vor einem Machtverlust lässt sie gegen diese Form der Beteiligung des Volkes an Entscheidungen wettern. Es ist ja auch einfacher, in trauter Runde im Bundeskanzleramt zu entscheiden, was die Parteisoldaten in den Bundestagsfraktionen dann zu schlucken haben.

Das Aufbrechen des Parteiklüngels erfordert die Zuwendung zum »Kumulieren und Panaschieren«. Es erhöht den Wettbewerb der Abgeordneten untereinander und sorgt für mehr Nähe zum Bürger. Bei der Bundestagswahl stellen die einzelnen Parteien je Bundesland sogenannte Landeslisten auf. Mit der Zweitstimme kann der Wähler nur grundsätzlich der Kandidatenliste seiner Partei Vorrang einräumen. Kumulieren kommt

vom Lateinischen cumulus, was Anhäufung bedeutet. Der Wähler kann hier mehrere seiner Stimmen einem Kandidaten geben. Beim Panaschieren können die Wähler ihre verfügbaren Stimmen auf einzelne Kandidaten unterschiedlicher (!) Wahllisten verteilen. Gerade in den großen Parteien werden die Kandidatenlisten im Hinterzimmer erstellt und den Parteitagen oftmals nur zum Abnicken vorgelegt. Kumulieren und Panaschieren stärkt den Wählerwillen und mindert den Parteiklüngel.

Wahlkampfausgaben für den Deutschen Bundestag können nicht als Betriebsausgabe abgesetzt werden. Wäre es nicht angebracht, dies zu ändern, um auch parteiunabhängige Direktkandidaten finanziell zu stärken? Wenn überhaupt, können nur sehr Vermögende dieses Wagnis eingehen.

Wenn wir uns die heutige Regelungswut, den Interventionismus des Staates und das Ausmaß der Umverteilung anschauen, so erdachte der aus Österreich stammende Nobelpreisträger Friedrich August von Hajek einen radikalen Lösungsvorschlag: »Es kann vernünftigerweise argumentiert werden, dass den Idealen der Demokratie besser gedient wäre, wenn alle Staatsangestellten oder alle Empfänger von öffentlichen Unterstützungen vom Wahlrecht ausgeschlossen wären.« Niemand in Deutschland wird diesen Vorschlag aufgreifen, weil diese Person sofort verrissen würde. Es ist utopisch, Umsetzungschancen hierfür zu sehen. In seinem 2012 erschienenen Buch *Prolokratie – Demokratisch in die Pleite* macht sich Christian Ortner Gedanken über die Zukunft unserer Demokratie. Er sagt: »Wer ein Auto lenken will, wer eine Arztpraxis eröffnen oder den Klempnerberuf ausüben will, der muss vorher der Obrigkeit seine Befähigung dazu nachweisen.« Wählen darf jedoch jeder. Er bringt eine Art »Wählerführerschein« ins Gespräch, bei dem die Ausübung des Wahlrechts an den Nachweis minimalsten politischen Wissens geknüpft wäre.

Kommen wir noch zu einem anderen Thema: Die Negativzinspolitik der Europäischen Zentralbank lässt die Zinserträge der Banken wie Schnee in der Sonne schmelzen. Gleichzeitig steigen die Anforderungen der Bankenaufsicht. Kleine Banken können kaum noch überleben. Eine regelrechte Fusionswelle setzt unter den Volksbanken, Raiffeisenbanken und Sparkassen ein. Damit verlieren diese Institute ihre Ortsnähe und werden immer größer und größer. Der Wettbewerb nimmt ab. Privatbanken klagen

über die Regulierungswut. Wann endet dieser Wahnsinn? Erkennen wir, was wir hier anstellen?

Der damalige legendäre deutsche Bundeswirtschaftsminister Ludwig Erhard musste mit dem Rücktritt drohen, um das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen am 3. Juli 1957 gegen den massiven Widerstand der deutschen Industrie auf den Weg zu bringen. Es ging um die Sicherung des Wettbewerbs, um Kartellbildungen zu verhindern. Wie ist es heute um Google bestellt? Im April 2017 liegt der weltweite Marktanteil von Google bei 89 Prozent. Müssen wir hier nicht einschreiten?

Kleine und mittelständische Unternehmen zahlen fleißig ihre Steuern, Freiberufler haben kaum Möglichkeiten, Steuern zu sparen. Die Steuerquote großer Konzerne ist hingegen weitaus geringer. Starbucks kann durch die Verlagerung von Geschäftsbereichen in Niedrigsteuerländer wie etwa die Niederlande oder die Schweiz die Steuerlast über Jahrzehnte auf ein Minimum reduzieren. Apple handelte eine Sondersteuer von 2 Prozent mit Irland aus, wohin der Konzern nach einem Bericht des US-Senats mehr als 74 Milliarden Dollar verschob. Martin Schulz zeigte beim Umgang mit der Luxemburger Steueraffäre, dass hehren Worten meistens keine Taten folgen. Der Einfluss der Lobbyisten der großen Konzerne ist gewaltig. Geld regiert die Welt.

In Österreich geht man derzeit die Thematik an – wie ernsthaft, bleibt natürlich abzuwarten. Aber das Ziel ist, dass Umsätze der Internetkonzerne wie Google, Facebook oder Amazon höher besteuert werden. Internetumsätze sollen demnach dort besteuert werden, unabhängig davon, ob das jeweilige Unternehmen über eine Betriebsstätte in Österreich verfügt. Die meisten Konzerne haben ihren Sitz in Europa in Irland, Luxemburg oder den Niederlanden. In Österreich sollen Online-Werbeumsätze der 5-prozentigen Werbeabgabe unterliegen, die bislang nur für Print-, Hörfunk- und TV-Schaltungen gilt. Deshalb wird auch werbewirksam von einer »Google-Steuer« gesprochen.

Amazon und Co. graben dem traditionellen Handel immer mehr das Wasser ab. Der stationäre Buchhandel kam 2005 noch auf einen Umsatzanteil von 54,8 Prozent, 2014 von 49,2 Prozent und 2015 von 48,2 Prozent. Die Talfahrt dürfte sich fortsetzen. Inzwischen startete Amazon Fresh in Berlin und

Potsdam. Dort kann man sich frische Lebensmittel und regionale Produkte ins Haus liefern lassen. Christoph Niering, der Vorsitzende des Berufsverbandes der Insolvenzverwalter in Deutschland, warnte bereits: »Der zusätzliche Preisdruck durch Online-Anbieter verschärft die Situation und könnte tausende Arbeitsplätze kosten.« Diese großen Konzerne, die kaum Steuern zahlen und schlechte Arbeitsbedingungen aufweisen, sind langfristig eine große Gefahr für den freien Wettbewerb. Die Politik muss sich des Themas annehmen.

Schutz des Bargelds, direkte Demokratie für ein wirklich demokratisches Europa, Rückkehr zur Subsidiarität, Kampf gegen Steuerdumping großer Konzerne, Sicherung des Wettbewerbs mit Blick auf Google oder Amazon sind nur einige wichtige Themen für die Politik. Ohne direkte Demokratie, wie in der Schweiz seit 1891 erfolgreich praktiziert, werden wir kaum das Bargeld und unsere Freiheit schützen können.

Wir brauchen eine Massenbewegung für Volksbegehren und Volksentscheide auf Bundesebene:

- zur Brechung der Einflussnahme großer Konzerne und ihrer Lobbyisten,
- zur Brechung der Vorherrschaft Brüsseler Technokraten,
- zur Brechung des Parteienklüngels,
- für die Schärfung der Argumente statt des Geredes von Alternativlosigkeit,
- für den Wettbewerb der besseren Ideen und für die Stärkung der Demokratie.

# 8 | Kapitel

# Wer sich auf den Staat verlässt, ist schnell verlassen

Lesen Sie eigentlich stets die Programme der Parteien, bevor Sie in der Wahlkabine Ihr Kreuzchen machen? Ich wette, nur die wenigsten von Ihnen tun sich das wirklich an. Und wenn Sie es täten, würden Sie schnell feststellen, dass manche Begriffe stereotyp immer wieder auftauchen. Und zwar unabhängig davon, welches Parteiprogramm Sie gerade in Händen halten. So gibt es in Deutschland keine politische Kraft, die nicht mit Nachdruck für »soziale Gerechtigkeit« plädiert. Klar, eine solche Forderung klingt edel und gut. Die Amerikaner nennen so etwas ein »Motherhood and apple pie«-Argument. Mutterschaft und Apfelkuchen – niemand kann ernsthaft etwas dagegen haben. Doch seltsam, der Begriff der »sozialen Gerechtigkeit« wird nie hinterfragt und auf seinen wahren Sinngehalt durchleuchtet. Auch von den Medien nicht, deren Aufgabe dies doch eigentlich wäre.

Der österreichische Ökonom und Sozialphilosoph Friedrich August von Hayek (1899–1992) bezeichnete den Begriff »soziale Gerechtigkeit« als inhaltsleeres Schlagwort, das »in die Kategorie des Unsinns« gehöre. Würden im Namen der »sozialen Gerechtigkeit« Staatseingriffe gefordert, so geschehe dies meist, um Privilegien bestimmter Gruppen oder Personen durchzusetzen. [15] › Hinweis Wenn wir also der Argumentation Hayeks folgen, dann reden und schreiben Politiker nichts anderes als inhaltsleeren Unsinn. Diese Erkenntnis mag zwar nicht revolutionär neu sein, aber manchmal muss man es eben auf den Punkt bringen. Man kann die Forderung nach »sozialer Gerechtigkeit« auch anders interpretieren: Sie liefert den dreisten Umverteilungsstaaten eine scheinheilige Rechtfertigung. Und sie sichert der Umverteilungskaste quer durch alle Parteien, Verbände und Organisationen Jobs und hohe Einkommen, solange die Zahl der Begünstigten größer ist als jene der Geschröpften. Kann es in einem Land sozial ungerecht zugehen, das – wie Deutschland – Jahr für Jahr 900 Milliarden Euro für den Sozialstaat

ausgibt? [16] › Hinweis Ich finde, das ist eine rein rhetorische Frage.

Die Existenzsicherung der politischen Kaste durch sedierende Umverteilung erscheint nicht zuletzt deshalb fragwürdig, weil sich viele der Profiteure zwar als Eliten gerieren, aber keine Eliten sind. Der renommierte Verfassungs- und Verwaltungsexperte Professor Hans Herbert von Arnim schrieb einmal goldrichtig: »So kann es dann … passieren, dass eine Frau, die aufgrund ihrer schwachen Examina keine Chance gehabt hätte, Regierungsassessorin oder Amtsrichterin zu werden, zur Justizministerin aufsteigt und in dieser Eigenschaft die Richter der obersten Bundesgerichte mit auswählt – wobei sie sich auch wieder den parteiinternen Patronageinteressen besonders verpflichtet fühlt. [17] › Hinweis

Wenn ich davor warne, sich auf den Staat zu verlassen, weil man dann sehr schnell verlassen ist, höre ich bisweilen den Einspruch, der Staat, das seien wir doch alle miteinander. Das stimmt, allerdings leider nur theoretisch. Denn darüber, was in Deutschland geschieht, entscheiden eben nicht wir, sondern die Politiker in den Parlamenten, die sich in den Wahlkämpfen zunehmend als Scheinalternativen darstellen, um nach den Wahlen schnell in ein Macht und Einfluss sicherndes »Koalitionsbett« zu hüpfen. Weshalb Sie sich nicht arglos auf den Staat verlassen sollten, will ich in diesem Kapitel anhand von zwei wichtigen Beispielen belegen.

## 8 | 1 Die Abzock-Allianz bittet zur Kasse

Deutschland ist ein reiches Land. Das stimmt zwar nicht, denn im Vergleich mit anderen Industrienationen bewegen wir uns eher im Mittelfeld. Aber der Eindruck entsteht, weil wir uns vieles leisten oder leisten wollen. Wir trauen uns zu, die Flüchtlingskrise wirtschaftlich zu schultern (»Wir schaffen das!«), wir setzen Milliarden in den Sand für Flughäfen, die nie fertig werden, wir retten den Euro und die Pleitestaaten, zücken das Portemonnaie, wo immer auf der Welt Krisen auflodern, investieren Milliarden in ein Heer von Beamten und Politikern und leisten uns eine unglaublich teure, aber unglaublich ineffiziente Energiewende. Verstehen Sie mich bitte nicht falsch: Es liegt mir fern, Beamte oder Politiker pauschal zu kritisieren, manche machen einen guten Job. Die Frage ist doch nur: Müssen es so viele sein? Weshalb Entbürokratisierung, die uns immer mal wieder versprochen wird, nicht so recht funktioniert, verrät Ihnen die folgende Mini-Glosse. Schließlich ist – wie der Cartoonist André François Chaval schon treffend feststellte – Humor die Höflichkeit der Verzweiflung.

### In sieben Schritten zur Entbürokratisierung

1. Entbürokratisierungsbeschluss
2. Gründung Entbürokratisierungskommission
3. Einsetzung der Entbürokratisierungskommissions-Verwaltung
4. Berufung eines Entbürokratisierungskommissions-Verwaltungsbeirats
5. Satzungsmäßige Verankerung der Entbürokratisierungskommissions-Verwaltungsbeirats-Vollversammlung
6. Wahl des Entbürokratisierungs-Verwaltungs-Vollversammlungs-Präsidiums
7. Rücknahme des Beschlusses, da die Regierung es nunmehr als erwiesen ansieht, dass Entbürokratisierung teurer ist als die Bürokratie.

Zurück zu den ernsten Problemen. Deutschland gehört zu den Staaten, die ihre Bürger am stärksten mit Steuern und Sozialabgaben abzocken.

Gleichzeitig sprudeln die Steuerquellen. Selbst Jahrzehnte nach der deutschen Wiedervereinigung werden wir immer noch mit der sogenannten Solidaritätsabgabe zur Kasse gebeten. Doch sieht man von ein paar fiskalischen Korrekturen einmal ab, sind echte Steuersenkungen für die meisten Politiker kein Thema. Im Gegenteil: Wer etwa die Klassenkampfparolen von Martin Schulz hört, muss den Eindruck gewinnen, die Deutschen lebten in einem Staat der sozialen Kälte, der nur mit höheren Steuern überwunden werden könne. Der Unternehmer, Autor und Sozialphilosoph Roland Baader (1940–2012) traf bereits vor einer Reihe von Jahren den Nagel auf den Kopf, als er schrieb: »Hätte die politische Kaste nicht das scheinmoralische Argument ›Sozialstaat‹ (= Umverteilung) zur Hand, wäre es ihr niemals gelungen, die Bürger in jenem ungeheuerlichen Ausmaß zu enteignen und zu entrechten, das ihre Abzockerei inzwischen erreicht hat. Sozialstaat und Fiskalstaat bilden eine eingeschworene Gemeinschaft. Ihr Alibi, das ›Soziale‹ und seine Finanzierung, ist ein destruktives Prinzip, kein konstruktives, wie unablässig behauptet wird. Es zersetzt die konstruktiven Kräfte des Menschen: die Eigeninitiative, die Eigenverantwortung und den freiwilligen Altruismus; und es nährt seine destruktivsten Triebe: das Machtstreben, die Habgier und den Neid.« [18] › Hinweis

Schreiben wir an dieser Stelle Klartext – ungeschönt und unbeeinflusst vom Polit-Marketing der Parteien: Ungeachtet der hohen Einnahmen des Staates liegt die Belastung der Bürger mit Steuern und Sozialabgaben in Deutschland heute in vielen Fällen bei nahezu 50 Prozent. In besonderer Weise betroffen sind Singles und Familien mit mittlerem Einkommen. Nach einer Untersuchung der OECD muss ein alleinstehender Arbeitnehmer schon mit mittlerem Einkommen (also etwas mehr als 50 000 Euro pro Jahr) in Deutschland 49,4 Prozent (Stand: 2016) an Steuern und Abgaben zahlen. Er darf also von 100 Euro gerade einmal 50 Euro behalten, muss aber 100-prozentige Arbeitsleistung erbringen. Im Schnitt liegt die Steuer- und Abgabenbelastung für Singles in anderen Industrienationen gerade einmal bei 36 Prozent. [19] › Hinweis

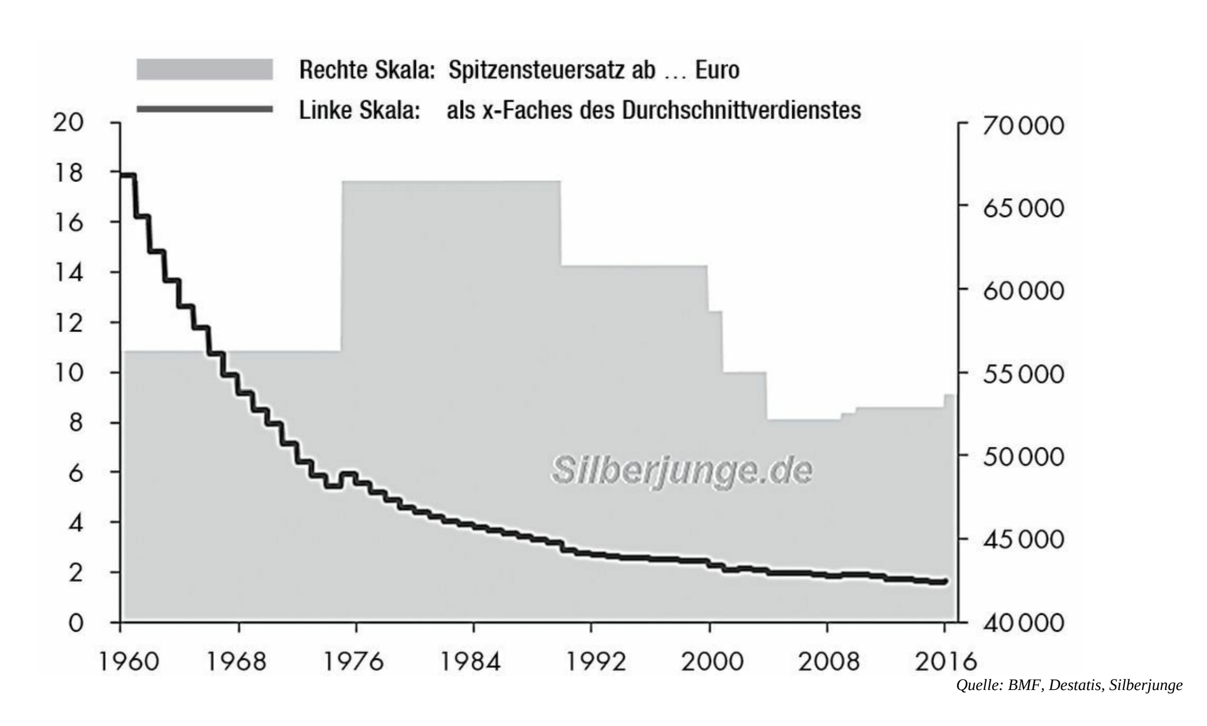
Unter Bundeskanzlerin Angela Merkel hat die Steuerlast einen neuen Höchststand erreicht; dies errechnete die Friedrich-Naumann-Stiftung. So machten im Jahr 2016 in Deutschland sämtliche Steuereinnahmen 23 Prozent der gesamten Wirtschaftsleistung aus. Im Jahr 2004, ein Jahr bevor Merkel

Bundeskanzlerin wurde, war dieser Anteil noch um 3 Prozentpunkte niedriger. Interessant: Hätten Schäuble und Kollegen den Bürgern nur diese 3 Prozent zurückgegeben, wären wir um fast 90 Milliarden Euro entlastet worden. [20] › Hinweis

Zu den gängigen Klassenkampfparolen gehört die Behauptung, die »Besserverdiener« (auch gern als »die mit den breiten Schultern« bezeichnet) müssten die größeren Lasten tragen. Auch dies gehört zu den Märchen, die immer wieder von Protagonisten des Umverteilungsstaates verbreitet werden. Etwa 1 Prozent der Steuerpflichtigen bezog im Jahr 2015 nach Angaben des Bundesfinanzministeriums ein Einkommen von gut 18 000 Euro pro Monat und mehr. Keine Frage, das sind Spitzenverdiener. Zu Neidkampagnen besteht dennoch kein Anlass, denn diese Gruppe bestreitet bereits 21,4 Prozent des gesamten Einkommensteueraufkommens. Doch schon mit einem Jahreseinkommen von knapp 54 000 Euro zählt man hierzulande als Alleinstehender zu den »Einkommensstärksten« und wird entsprechend überproportional mit Steuern belastet. Die obersten 10 Prozent der Arbeitnehmer mit einem Jahres-Brutto ab 80 293 (monatlich rund 6691 Euro) schultern insgesamt deutlich mehr als die Hälfte der gesamten Einkommensteuer. Im Jahr 2015 waren dies etwa 145 Milliarden Euro. Die untere Hälfte der Steuerpflichtigen mit einem Jahres-Brutto von maximal 29 309 Euro (maximal 2442 Euro monatlich) trägt mit einem Anteil von 5,5 Prozent zum gesamten Einkommensteueraufkommen bei. Die Klassenkampfparole von der angeblichen Umverteilung von unten nach oben ist also nachgerade absurd und dient nur als politische Nebelkerze in Wahlkämpfen.

Selbst Oliver Welke von der ZDF *heute-show* stellte am 19. Mai 2017 fest: »Zufällig vor der Wahl fällt dem Finanzminister da was total Verrücktes auf.« Dann wird Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble mit dem folgenden Statement gezeigt: »Der Spitzensteuersatz tritt viel zu früh ein. Ist doch absurd. Ich hab den Steuertarif nicht geschaffen.« Welke merkt süffisant an: »Du bist Finanzminister, gefühlt seit Bismarck.« Tja, es ist wieder Wahlkampfzeit. 1959, zu Zeiten Konrad Adenauers, musste jemand ab einem Einkommen von 56 263 Euro den damaligen Spitzensteuersatz von 56 Prozent zahlen. Diese 56 263 Euro entsprechen heute, angepasst an die Geldentwertung, die Inflation, fast 255 000 Euro. Wenn also jemand 60 000

Euro verdiente und dann 1000 Euro Gehaltserhöhung bekam, gingen davon 560 Euro, also 56 Prozent dieser 1000 Euro, an den Staat. Heute muss ein Alleinstehender aber bereits ab 54 057 Euro für alle weiteren 100 Euro Verdienst den heutigen Spitzensteuersatz von 42 Prozent zahlen. Also gehen 42 Euro direkt an den Staat zuzüglich 5,5 Prozent Solidaritätszuschlag. Ach ja, wie oft sollte der bereits abgeschafft werden? 1960 musste der Spitzensteuersatz erst ab dem 18-Fachen des damaligen Durchschnittsverdienstes gezahlt werden. Im Jahr 2015 war der Spitzensteuersatz bereits ab dem 1,6-fachen Durchschnittsverdienst fällig.



*Quelle: BMF, Destatis, Silberjunge*

Um es ganz deutlich zu sagen: Dieser Staat hat kein Einnahmenproblem. Er hat ein Ausgabenproblem. Und deshalb zocken Bund, Länder und Gemeinden die Bürger immer dreister ab. Was gestern noch galt, gilt heute nicht mehr, wenn man nur den Bürgern das Geld aus der Tasche ziehen kann. Hier nun zwei Beispiele, die Ihnen zeigen sollen, dass Sie dem Staat beziehungsweise den Politikern nicht trauen sollten, ganz gleich, was diese Ihnen erzählen.

## 8 | 2 Die betrogenen Immobilienkäufer

Die Statistik belegt, dass innerhalb der Europäischen Union mehr Menschen in eigenen Immobilien leben als in gemieteten Wohnungen. Allerdings ist die Eigentumsquote in Staaten mit einem relativ gut funktionierenden Mietwohnungsmarkt wie Deutschland, Österreich oder Schweden unterdurchschnittlich. In Deutschland lag sie 2015 bei knapp 53 Prozent [21] › Hinweis , in Spanien bei circa 78 und in Norwegen bei 83,5 Prozent der Bevölkerung. Alle Bundesregierungen der vergangenen Jahre hatten es sich zum Ziel gesetzt, diese Eigentumsquote deutlich zu erhöhen. Hierfür wurden in der Vergangenheit zahlreiche staatliche Fördermaßnahmen aufgelegt. Die bekannteste und teuerste war sicher die sogenannte Eigenheimzulage, die sich der Staat allein im Jahr 2004 rund 11,4 Milliarden Euro hat kosten lassen. Die ist mittlerweile Geschichte. Dennoch animieren die meisten Politiker die Deutschen, Wohneigentum zu schaffen, was aufgrund der aktuellen Niedrigzinsen besonders einfach zu sein scheint. Der dadurch entstandene Nachfrage-Boom führte freilich zu einer Explosion der Immobilienpreise – vor allem in den deutschen Groß- und Mittelstädten. Das ist die Kehrseite der Medaille: Die Immobilienpreise sowie die Mieten sind in weiten Teilen Deutschlands drastisch gestiegen. Man sollte also annehmen, dass der Staat potenziellen Bauherren und Immobilienkäufern nicht noch zusätzliche Knüppel zwischen die Beine wirft. Tut er aber doch – mit seiner Steuerpolitik.

Da wäre zunächst die Grunderwerbsteuer, die den Ländern zusteht. Jeder, der ein Grundstück oder Grundstücksanteile erwirbt (also zum Beispiel auch beim Kauf einer Eigentumswohnung), muss diese Steuer zahlen. Grunderwerbsteuer fällt nur dann nicht an, wenn es sich um eine Erbschaft oder Schenkung handelt oder wenn der Verkauf zwischen Personen stattfindet, die in gerader Linie direkt verwandt sind, also zwischen Eltern und ihren Kindern oder zwischen Ehepartnern. In allen anderen Fällen aber müssen Sie Grunderwerbsteuer zahlen, auch wenn der Verkauf zum Beispiel zwischen Geschwistern erfolgt. Bis zum Jahr 2006 lag die Grunderwerbsteuer bundesweit bei 3,5 Prozent des Objektpreises. Bei einem

Kaufpreis von 350 000 Euro fielen also schon mal 12 250 Euro an. Gewiss kein Pappenstiel. Dann aber kam die sogenannte Föderalismusreform. Ein Ergebnis war, dass seither die Bundesländer selbst über die Höhe der Grunderwerbsteuer entscheiden dürfen. Und sobald Politiker die Möglichkeit haben, neue Steuern zu erheben oder bereits bestehende zu erhöhen, werden sie es tun. So auch in diesem Fall: In den vergangenen Jahren stieg die Grunderwerbsteuer auf breiter Front. In Thüringen, Schleswig-Holstein, dem Saarland, Nordrhein-Westfalen und Brandenburg liegt der Steuersatz mittlerweile bei 6,5 Prozent. In Berlin und Hessen macht er 6 Prozent aus. Nur Bayern und Sachsen haben den Steuersatz bislang nicht erhöht, dort liegt er noch bei 3,5 Prozent.

Die zusätzliche Belastung ist erheblich. Wer heute zum Beispiel in NRW ein Objekt für 350 000 Euro kauft, zahlt nicht mehr 12 250 Euro an das hoch verschuldete Land, sondern satte 22 750 Euro. Ungeachtet der bereits explosionsartig gestiegenen Objektpreise schlägt der Staat noch einmal zu und macht das Wohneigentum teurer. Viele Wohnungskäufer und Häuslebauer stört das im Moment nicht allzu sehr. Aufgrund der Niedrigzinspolitik können sie sich ein hohes Baudarlehen und manchen Luxus leisten. Da noch immer viele ihr Darlehen mit einer geringen jährlichen Tilgungsrate zurückzahlen, sitzen sie auf einem gefährlichen Pulverfass, das spätestens bei der in 10 oder 15 Jahren fälligen Anschlussfinanzierung zu explodieren droht. Denn beim klassischen Annuitätendarlehen gilt die Regel: Je niedriger der Zinssatz, desto länger die Tilgungsdauer. Nach 10 oder 15 Jahren ist daher nur ein sehr kleiner Teil des Darlehens getilgt. Die hohe Restsumme muss mit einem dann notwendigen Anschlussdarlehen zu vielleicht erheblich höheren Zinsen finanziert werden. Diese gefährliche Tilgungsfalle wird kaum thematisiert.

Die unterschiedliche Höhe der Grunderwerbsteuer treibt überdies mancherorts bizarre Blüten. Wer etwa in Lindau am Bodensee (Bayern) eine Immobilie kauft, zahlt 3,5 Prozent Grunderwerbsteuer. Wer ein Objekt im nur wenige Kilometer entfernten Kressbronn (Baden-Württemberg) erwirbt, muss 5 Prozent zahlen.

Aber nicht nur die Grunderwerbsteuer steigt drastisch. Noch dreister schlagen manche Kommunen bei der Grundsteuer zu. Im Gegensatz zur

Grunderwerbsteuer steht diese nämlich nicht den Bundesländern, sondern den Städten und Gemeinden zu. Die Grundsteuer wird auf Grundbesitz erhoben; dazu zählen unbebaute Grundstücke, Wohnungen, Teileigentum, Erbbaurechte und Betriebsgrundstücke. Die Gemeinden dürfen den Hebesatz festlegen, mit dem der Grundsteuermessbetrag multipliziert wird, um die Höhe der zu zahlenden Steuer zu ermitteln. Der Grundsteuermessbetrag wiederum ist ein Promillewert des Einheitswerts des betreffenden Grundbesitzes.

Bisweilen muss man den Eindruck gewinnen, die Grundsteuer habe eine Art Selbstbedienungsfunktion für die Kämmerer. Um ihre überwiegend hohen Defizite zumindest im Zaum zu halten, drehen die Kommunalpolitiker immer dreister an der Steuer- und Abgabenschraube. Hier einige Beispiele aus dem Bundesland Hessen: In einer Umfrage des Bundes der Steuerzahler unter 58 hessischen Städten mit jeweils mehr als 20 000 Einwohnern gaben 20 an, im Laufe des Jahres 2017 erneut die Grundsteuer erhöhen zu wollen. Unter den größeren Städten verlangt Frankfurt am Main den höchsten Gewerbesteuerhebesatz (460 Prozent), gefolgt von Wiesbaden (454) sowie Kassel und Offenbach (440). [22] › Hinweis Das ist schon heftig, aber keineswegs das Ende der Fahnenstange, was ein Blick nach Nordrhein-Westfalen beweist. Dort galten bereits Mitte 2016 Hebesätze von 959 Prozent in Bergneustadt, 875 Prozent in Hattingen und im nicht sonderlich attraktiven Duisburg 855 Prozent. [23] › Hinweis

Hinzu kommt, dass – wie erwähnt – die Grundsteuer auf der Grundlage der längst überholten Einheitswerte erhoben wird. Dies hat zur Folge, dass die Steuerlast ungerecht verteilt ist. Wer zum Beispiel in einer Immobilie aus der Gründerzeit wohnt, profitiert von den alten Einheitswerten. Wer erst in den vergangenen Jahren gebaut hat, zahlt entsprechend mehr. Die Grundsteuer belastet dabei nicht nur die Eigentümer. Da diese Steuer voll umlagefähig ist, müssen auch Mieter dafür aufkommen. Das heißt, für die zum Teil deutlich gestiegenen Mieten sind nicht zuletzt die Kommunen verantwortlich.

Die Bundesländer entschieden sich daher vor einiger Zeit für eine Neuregelung der Grundsteuer. Bis diese in Kraft tritt, dürfte allerdings noch eine Reihe von Jahren vergehen. Die Ende 2016 beschlossene Änderung des Bewertungsgesetzes (BR-Drucksache 515/16) sieht vor, dass künftig nicht

mehr der Einheitswert, sondern der sogenannte Kostenwert für die Berechnung der Grundsteuer relevant sein soll. Der Kostenwert entspricht in etwa dem Investitionsaufwand für die Immobilie. Für Wohnungseigentümer und Mieter könnte die Grundsteuer dadurch noch höher ausfallen. Dies ist ein weiterer Beleg dafür, dass der Staat Steuern, die er erst einmal eingeführt hat, nie wieder abschafft, sondern bei Bedarf einfach erhöht.

Ein anderes, vielleicht etwas kurioses Beispiel: Ab dem Jahr 1810 wurde in Preußen erstmals die Hundesteuer erhoben. Sie galt damals als Luxussteuer. Klarer Fall: Ein Hund gibt keine Milch, legt keine Eier und wird – zumindest in unseren Kulturkreisen – auch nicht zum Verzehr geschlachtet. Mithin war ein Hund nach Ansicht der damaligen Herrscher purer Luxus, weshalb die Besitzer der Vierbeiner Hundesteuer zahlen mussten. Sie blieb uns bis heute erhalten und zählt inzwischen zu den wichtigsten Einnahmequellen der Kommunen. Auch diese Steuer wird gern mal erhöht, wenn die Budgetlöcher dies erforderlich machen. Zum Schluss noch ein weiteres, etwas makabres Beispiel: In vielen Kommunen Deutschlands wurden in den vergangenen Jahren die Friedhofsgebühren drastisch erhöht. Anhebungen von 70 Prozent und mehr waren dabei keine Seltenheit.

## 8 | 3 Die Fonds-Lüge

»Die Rente ist sischäää«. Vielleicht klingt Ihnen dieses Versprechen des ehemaligen Bundesarbeitsministers Norbert Blüm noch in den Ohren. Dass die staatliche Rente schon damals alles andere als »sischäää« war, wusste natürlich jeder, der nicht zu den Opfern der politischen Propaganda zählte. Und tatsächlich dauerte es nicht lange, bis den Bundesbürgern dringend ans Herz gelegt wurde, privat vorzusorgen, um im Alter nicht erhebliche Einbußen bei ihrem Lebensstandard hinnehmen zu müssen. Und da die Deutschen eben gehorsame Staatsbürger sind, begannen sie prompt vorzusorgen. Die einen setzten nach wie vor auf die klassische Lebensversicherung, die anderen vertrauten der Produktmissgeburt »Riester-Rente«, wieder andere investierten in Fonds. Und was passierte? Zunächst wurde das Steuerprivileg für Kapitallebensversicherungen abgeschafft, dann senkte die Bundesregierung den Sparerfreibetrag immer weiter bis auf jetzt 801 Euro, und ab 2018 werden sogar Gewinne mit alten Fonds steuerpflichtig.

Worum geht es? Im Jahr 2009 wurde die sogenannte Abgeltungsteuer eingeführt. Seither unterliegen Kapitalerträge wie Zinsen, Dividenden und Veräußerungsgewinne dieser Steuer. Zuvor waren Gewinne, die mit Wertpapieren erzielt wurden, nach einer Mindesthaltefrist von einem Jahr steuerfrei. Dies führte für viele Anleger zu der erfreulichen Situation, dass sie für Wertzuwächse bei Fondsanteilen, die sie vor 2009 erworben hatten, bis heute keine Abgeltungsteuer zahlen mussten. Unsere Politiker versicherten hoch und heilig, dass sich daran nichts ändern werde. Weit gefehlt: Ab dem Jahr 2018 werden auch Gewinne aus alten Fonds steuerpflichtig. Schäuble & Co. haben sich dafür eine ganz raffinierte Lösung ausgedacht: Mit dem geplanten Start der neuen Steuerregelung sollen alle Fondsanteile – unabhängig vom Kaufdatum – per 31. Dezember 2017 fiktiv veräußert werden und dann ab 1. Januar wieder als gekauft gelten. Verkaufsgewinne aus Anteilen, die vor 2009 angeschafft wurden, unterliegen dann dem steuerlichen Zugriff. Dabei gilt eine Freigrenze von 100 000 Euro. Sobald diese Schwelle überschritten ist, wird auf den ab 2018 erzielten Wertzuwachs

beim Fondsverkauf Abgeltungsteuer fällig. Das beweist einmal mehr: Wer auf den Staat vertraut, ist bald verlassen – auch und gerade, wenn es um eine so wichtige Sache wie die Altersversorgung geht.

9 | Kapitel

# Über unser Papiergeld

Otto von Habsburg, Sohn des letzten Kaisers von Österreich, schrieb in seinem Vorwort für *Krise und Zukunft der Demokratie* von Felix Somary über die Weltwirtschaftskrise 2008/09: »Man redet allgemein davon, dass die Krise zu Ende des ersten Jahrzehnts des 21. Jahrhunderts eine Krise des Marktes sei. Aber wie können wir von einem freien Markt und seinem angeblichen Versagen reden, wenn die gesamte Finanzwirtschaft auf staatlichen Papiergeldmonopolen beruht?«

Damit trifft er den Nagel auf den Kopf. Ein Versagen der Marktwirtschaft, ein Scheitern des Kapitalismus ist es auf keinen Fall. Am 15. August 1971 schloss der damalige US-Präsident Richard Nixon das Goldfenster. Bis dahin war die US-Notenbank verpflichtet, anderen Zentralbanken Gold gegen Dollars zu liefern, ganz genau eine Unze für 35 US-Dollar. 1971 standen Auslandsforderungen von über 55,4 Milliarden US-Dollar gerade einmal US-Goldvorräte von 10,2 Milliarden US-Dollar gegenüber. Schätzungen besagen, dass die wie Schnee in der Sonne schmelzenden US-Goldreserven spätestens nach 1½ bis 2 Jahren völlig versiegt gewesen wären. Nixon entband die US-Zentralbank einseitig von der Lieferverpflichtung gegenüber ausländischen Notenbanken, was nichts anderes als ein Vertragsbruch der USA war. Seit 1971 haben wir es mit einem reinen Papiergeldsystem, völlig losgelöst von realen Werten, zu tun.

Der heutige Geldadel versucht, mit der möglichst komplexen Darstellung geldpolitischer Zusammenhänge nur Nebelkerzen zu zünden, damit die Menschen das anscheinend so komplizierte Geldsystem erst gar nicht hinterfragen und verstehen wollen. »Unkonventionelle Notenbankmaßnahmen« oder »Quantitative Easing«, wie der Aufkauf von Wertpapieren durch die Notenbanken in der Mainstream-Presse umschrieben wird, sind nur Euphemismen für das Anwerfen der Notenbankpresse. Wie das Geld entsteht, interessiert so kaum jemanden, aber wir werden gleich sehen, wie leicht es zu verstehen ist.

Dazu kommen wir auf ein weiteres Wort zu sprechen, den sogenannten Geldschöpfungsmultiplikator – hässliches Wort, aber einfacher Inhalt. Nehmen wir an, jemand will eine Eigentumswohnung für 100 000 Euro erwerben. Er geht zu seiner Sparkasse, nimmt einen Kredit über 100 000 Euro auf und überweist den Kaufbetrag an den Bauträger und Teilbeträge an Handwerker, die allesamt ihr Konto bei der Volksbank des hiesigen Ortes haben. Nun werden die 100 000 Euro Kredit zu Sichteinlagen auf den Geschäftskonten der Unternehmer. In der Euro-Zone müssen die Banken eine Mindestreserve von 1 Prozent dieser Kundengelder, die bei der Bank verwahrt sind, auf ihrem Konto bei der Zentralbank halten. Nach Abzug dieser Mindestreserve kann die Volksbank nun also 99 000 Euro verleihen, und die fließen nun zu den Kunden einer Privatbank am Platz. Das Prozedere wiederholt sich, und von den 99 000 Euro Kredit können nun 98 010 Euro abermals als neuer Kredit von der Bank ausgegeben werden. So entwickelt sich bei einer Mindestreserve von 1 Prozent aus 100 000 Euro anfänglichem Guthaben ein Volumen von bis zu 10 000 000 Euro. Bei einer Mindestreserve von 2 Prozent wären es 5 000 000 Euro. So einfach ist das.

Warum aber werden einfache Dinge so verschleiert? Henry Ford hat es sehr schön auf den Punkt gebracht: »Es ist gut so, dass die Bürger unser Banken- und Geldsystem nicht verstehen, denn würden sie es verstehen, glaube ich, dass es noch vor dem Morgengrauen eine Revolution gäbe.« Klar ist also, dass Banken Geld schöpfen, sobald sie Kredite an Haushalte und Unternehmen verleihen. Selbst viele Banker glauben jedoch, dass ihre Bank selbst kein Geld schöpft, sondern nur die Zentralbank.

Interessant, wie Jutta Ditfurth, die 1987 bei der damals noch vor jeder Bundestagswahl stattfindenden Elefantenrunde aller Parteivorsitzenden mit Helmut Kohl und Franz Josef Strauß diskutierte, sich in Facebook unlängst äußerte. Als ich am 1. August 2016 eingeladen war, im Club Voltaire in Frankfurt über die Frage »Kampf für das Bargeld –Wo bleiben die Linken?« auf dem Podium mitzudiskutieren, kritisierte sie die Veranstaltung mit den Worten: »Statt rechtslastiger ›Geldkritik‹ besser klare Kapitalismuskritik!« Diese Aussage macht deutlich, dass allzu viele am linken Rand überhaupt nichts verstanden haben. Sie pflegen alte Feindbilder, ohne zu erkennen, dass sie damit das Geschäft der Großbanken betreiben.

Kritik an den heutigen Zentralbanken und ihrem Papiergeld wird von Linken schnell in die rechte Ecke gestellt. Als ich vor Jahren einmal vor dreißig oder vierzig Stipendiaten der Friedrich-Ebert-Stiftung in Frankfurt sprach, warf mir ein Redner vor, jetzt fehle nur noch das Gerede »vom raffenden und schaffenden Kapital der Nationalsozialisten«. Die »Brechung der Zinsknechtschaft« war ein Programmpunkt der NSDAP. Ich hatte einzig und allein die Geldschöpfung dargestellt und den Zentralbanken vorgeworfen, dass sie sowohl mit ihrer Nullzinspolitik als auch mit den voluminösen Käufen festverzinslicher Anleihen – vor allem Staatsanleihen – die Grundlage für gigantische Blasen geschaffen haben. Vor allem sagte ich: Je größer die Nähe von Banken und Hedgefonds-Managern zur Zentralbank, desto größer die Vorteile dieses Papiergeldsystems für die Beteiligten.

## 9 | 1 Die EZB – unkontrollierte Macht im Staate

In meinem Video *Die dunkle Seite der EZB*, das inzwischen über 280 000 Aufrufe im YouTube-Kanal Silberjunge erzielte, gehe ich darauf ein, wie ein EZB-Direktoriumsmitglied den seinen Worten lauschenden Personen Vorsprungwissen und damit Gewinnmöglichkeiten am Kapitalmarkt verschaffte. Am 20. Mai 2015 hielt Benoît Cœuré aus dem Direktorium der EZB, dem inneren Entscheidungszirkel, einen Vortrag in London vor Hedgefonds-Managern, die in großem Umfang mit eigenem und fremdem Geld spekulierten. Dort sagte er, dass die EZB kurzfristig mehr Anleihen kaufen werde, da der Markt im Sommer weniger liquide sei. Was heißt das? Der Handel ist angesichts der Sommerpause einfach weniger umfangreich. Das Vorziehen von Käufen sorgte bei den anwesenden Großspekulanten für die Erwartung eines sich abschwächenden Euros gegenüber dem US-Dollar, also eines Rückgangs des EUR/USD-Wechselkurses.

***YouTube-Kanal Silberjunge: »Die dunkle Seite der EZB« (mehr als 280000 Aufrufe)***




Cœuré sprach in London um 19:33 Uhr, und der Euro verlor rund 0,5 Prozent während seiner Rede. Die versammelten Super-Investoren verkauften den Euro und kauften Dollar. Am nächsten Morgen wurde das dann bei einer Pressekonferenz um 9 Uhr bekannt geben, was die Hedgefonds-Manager

schon seit dem Abend wussten, und der Euro verlor zum Dollar 1,3 Prozent. Im Video zeige ich dazu einen Chart zum EUR/USD-Wechselkurs für den 20. und den 21. Mai 2015.

Ich sprach damals mit namhaften Wirtschaftsjournalisten darüber, ob ich Strafanzeige stellen sollte. Die von uns kontaktierten Juristen antworteten: »Das bringt nichts.« Insider-Geschäfte sind zwar verboten, aber die Vertreter der EZB fallen nicht darunter. Straffreiheit auf ganzer Linie? Das Verbot von Insider-Geschäften ergibt sich aus dem Wertpapierhandelsgesetz. Für die Deutsche Bundesbank und andere Zentralbanken des Euro-Währungsraums gilt das Gesetz nicht (siehe Ausnahmen in § 2a des Gesetzes über den Wertpapierhandel: *https://www.gesetze-im-internet.de/wphg/__2a.html*).

Schließlich besitzen ohnehin alle Mitglieder des EZB-Direktoriums diplomatische Immunität. Was soll da noch passieren? Aber die Frage sei erlaubt, mit welcher Berechtigung diese Zentralbanker Diplomatenstatus genießen.

Ich weiß von Freunden, die im ganz kleinen Kreis von weniger als 20 oder 30 Leuten den Worten Draghis lauschen durften. Die Inhalte einer Gesprächsrunde im April 2012 – und damit wenige Wochen vor seiner berühmten Rede »whatever it takes« in London am 26. Juli 2012 – waren für sie wie für mich sehr interessant. Wie kann dies sein? Wie kann ein Notenbankpräsident in einem so kleinen Kreis sprechen?

Die Europäische Zentralbank handelt außerhalb jeder Kontrolle. Nicht genug, dass der Präsident der EZB und die Mitglieder des EZB-Direktoriums diplomatische Immunität genießen. Der Standortvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Zentralbank sieht vor:

Artikel 2: Die Unverletzlichkeit der Räumlichkeiten
Artikel 3: Die Unverletzlichkeit der Archive
Artikel 4: Die Unverletzlichkeit der Kommunikation

Selbst bei konkreten Verdachtsmomenten können Polizisten und Staatsanwälte nur die EZB betreten, wenn der Präsident dies genehmigt. Die EZB ist eine gigantische Black Box. Unsere Europäische Zentralbank ist ein Staat im Staate und dabei jeder Kontrolle, jedweder Aufsicht entzogen. Der Währungsausschuss des Europäischen Parlaments darf den EZB-Präsidenten alle 3 Monate befragen, aber nicht alle Dokumente der EZB einsehen.

Wirkliche Kontrolle sieht anders aus. Es gibt keine Kontrolle und keine Transparenz. Die EZB kann schalten und walten, wie sie will.

Am 21. März 2017 berichtete das *Handelsblatt*: »Rechnungsprüfer machen Druck auf EZB«. Seit 2014 ist die EZB für die Bankenaufsicht zuständig. Seitdem besteht nach den Worten des Bundesrechnungshofs eine Prüfungslücke. In einem Bericht zur Aufsichtstätigkeit merkt der Europäische Rechnungshof (ERH) im November 2016 an: »Mit der Begründung, sie lägen außerhalb der Zuständigkeit des Hofes, verweigerte die EZB die Herausgabe einer Reihe von Unterlagen, die der Hof benötigte ... Damit ist es dem ERH nicht möglich, eine umfassende Prüfung bankaufsichtlicher Tätigkeiten durchzuführen«. In das Bild passt, dass die EZB auch die Herausgabe externer Gutachten generell verweigert, da die Kommunikation mit Anwaltskanzleien vertraulich bleiben müsse.

Erst am 29. November 2015 berichtete *Die Welt*, was jahrelang vermutet wurde: Zwischen Anfang 2006 und Ende 2012 hatten demzufolge die nationalen Notenbanken des Euro-Raums den nationalen Bestand an Wertpapieren und Notkrediten von 214 auf 724 Milliarden Euro »hochgefahren«. Dabei hätten die Zentralbanken Frankreichs, Italiens und weiterer Krisenstaaten besonders fleißig eingekauft. Erst am 5. Februar 2016 veröffentlichte die EZB dann nach lauter Kritik das sogenannte ANFA-Abkommen (Agreement on Net Financial Assets) dazu. Jahrelang fand das alles unter völliger Geheimhaltung statt, und niemand konnte von der EZB Transparenz und Offenlegung der Verträge einfordern.

Pressekonferenzen sind mit Blick auf die Schilderungen meines erwähnten Videos *Die dunkle Seite der EZB* eine Farce. Unangenehme Fragen werden nicht beantwortet oder gar nicht erst zugelassen. Mit der EZB-Pressesprecherin werden die meisten Fragen offenkundig abgesprochen. Es fällt auf, wie gut Draghi stets auf die ersten Fragen vorbereitet ist. Bei der Pressekonferenz am 19. Januar 2017 wollte ich Mario Draghi fragen:

»Herr Präsident Draghi, warum darf der Währungsausschuss des Europäischen Parlaments nicht alle Dokumente der EZB einsehen?

Präsident Draghi: Glauben Sie wirklich, es reicht aus, die EZB und Ihr Handeln zu kontrollieren, indem der Währungsausschuss des Europäischen Parlaments sie alle 3 Monate befragen darf?

Ich merke an, dass Sie viele Fragen einfach nicht beantworten.

Dies ist mir selbst hier ja schon passiert. Sie haben meine Fragen zum Kauf von Unternehmensanleihen Schweizer Konzerne nicht beantwortet.

Herr Draghi, ich fragte Sie bei der Sitzung im Oktober 2016:

Warum kauft die EZB sogar Anleihen Schweizer Unternehmen wie Nestlé, Novartis, Roche oder Glencore?«

Im Video zeige ich Ihnen, wie man mich bei der Pressekonferenz nicht zu Wort kommen ließ. Ich hatte im Oktober 2016 mit zwei Fragen an Mario Draghi anscheinend das Recht auf weitere Fragestellung verwirkt.

## 9 | 2 Der Geldsozialismus der EZB

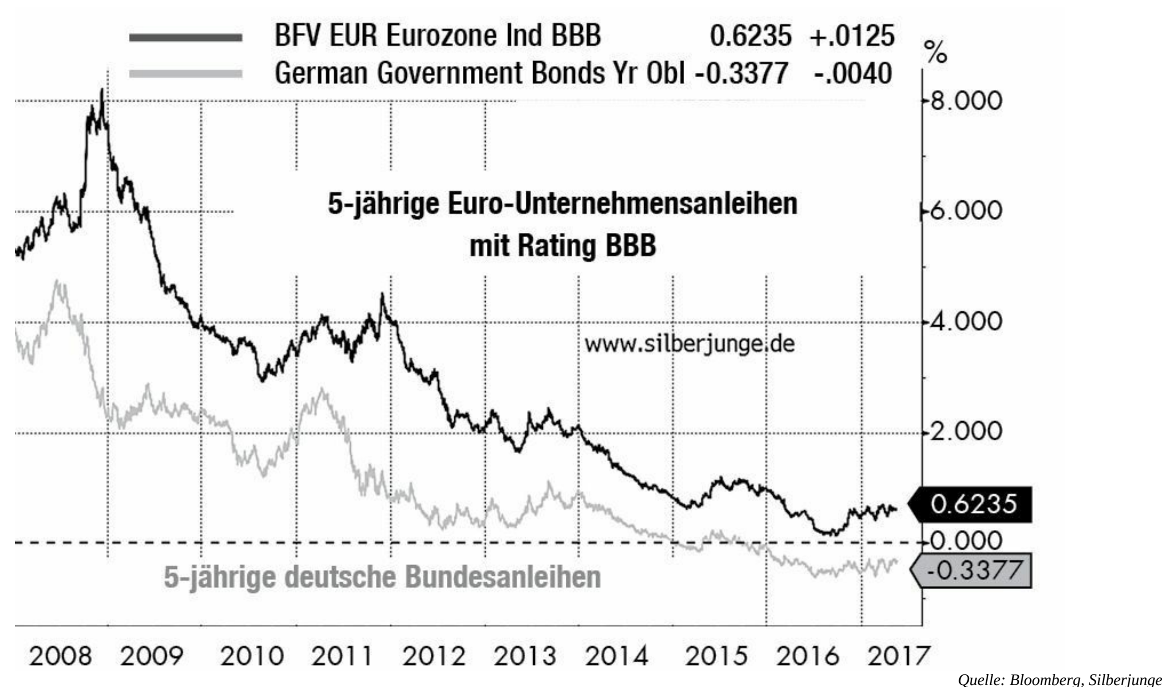
Am 12. Mai 2017 besaß die EZB laut einer von der Nachrichtenagentur *Bloomberg* veröffentlichten Liste 919 Unternehmensanleihen im Wert von 84,93 Milliarden Euro. Dies ist angesichts eines Euro-Unternehmensanleihenmarktes im Wert von rund 646 Milliarden Euro beachtlich. 86 der 919 Unternehmensanleihen im EZB-Besitz weisen dabei sogar eine negative Rendite auf. Die Unternehmen können sich also am Kapitalmarkt Geld besorgen und bekommen vom Gläubiger noch Geld geschenkt. Am 20. Oktober 2016 fragte ich Draghi, wie es sein kann, dass die EZB sogar Anleihen Schweizer Unternehmen besitzt. Ich nannte Nestlé, Novartis, Roche und Glencore als Beispiele. Im Mai 2017 sind es zehn Schweizer Unternehmen. Diese Frage wurde nicht beantwortet. Ich sagte dann, dass Draghi mit dem Kauf von Unternehmensanleihen vor allem den großen Konzernen hilft und den Wettbewerb verzerrt. Er hilft den Großen und schadet den Kleinen. Ich konfrontierte ihn mit einer Entwicklung, die ich Ihnen hier in einem Chart zeige. Anleihen mit einem Rating von BBB befinden sich nur eine Ratingklasse über dem sogenannten Non-Investment Grade. Sie sind für institutionelle Anleger wie Banken und Versicherungen gerade noch zum Investieren geeignet. Selbst diese Anleihen mit einem Rating von gerade noch BBB wiesen am Tag meiner Frage an Draghi eine Rendite von 0,23 Prozent auf. Unternehmen, die sich am Euro-Kapitalmarkt Geld besorgen, müssen also 5 Jahre lang nur jährlich 0,23 Prozent Zinsen zahlen. Zeigen Sie mir bitte das kleine oder mittelständische Unternehmen, das von seiner Sparkasse oder Volksbank einen Kredit zu diesem Zins bekommt. Meine Behauptung, das führe zu Wettbewerbsverzerrungen, wies Draghi zurück und bezeichnete dies einfach als unwahr. Selbst ein Nicht-Bankier dürfte jedoch den Wahrheitsgehalt meiner Aussage erkennen.

Mit freien Marktkräften hat unser Papiergeldsystem nichts gemein. Negativzinsen für Banken, die ihr Geld bei der Europäischen Zentralbank anlegen, sind nur als Geldsozialismus zu bezeichnen. Deutsche Sparer haben von 2010 bis 2017 nach im Mai 2017 veröffentlichten Berechnungen der DZ Bank, des Spitzeninstituts der Volks- und Raiffeisenbanken, 344 Milliarden Euro eingebüßt. Banken und Unternehmen werden von der EZB mit einer

planwirtschaftlichen Geldpolitik gemästet, Sparer werden gemolken. Nicht der Markt setzt den Zins fest, sondern ein geldpolitisches Zentralkomitee. Wie war es im Sozialismus? Alle Menschen waren angeblich gleich, aber die »roten Barone«, die Funktionäre der Kommunistischen Partei, waren gleicher. Nur vordergründig betrachtet kommt dieser Geldsozialismus der EZB allen Menschen zugute. Wer hinter die Kulissen blickt, weiß es besser.

| Rating von S&P: Investment Grade | |
|---|---|
| **AAA** | Anleihen haben eine außerordentliche Kreditqualität |
| **AA+** | Anleihen haben eine sehr hohe Kreditqualität |
| **AA** | |
| **AA-** | |
| **A+** | Anleihen haben eine hohe Kreditqualität |
| **A** | |
| **A-** | |
| **BBB+** | Anleihen haben eine angemessene Kreditqualität |
| **BBB** | |
| **BBB-** | Die letzte Stufe der zur Investition empfohlenen Papiere |

**Rendite 5-jähriger Unternehmensanleihen in Euroland mit einem Rating von BBB und damit nur einer Ratingklasse über hochriskanten Ramschanleihen**




*Quelle: Bloomberg, Silberjunge*

Das Vertrauen der Menschen in die Europäische Zentralbank ist in

Deutschland bereits 2016 auf einem Tiefpunkt angekommen. Im Herbst 2016 antworteten laut dem Eurobarometer der EU-Kommission in einer repräsentativen Umfrage 55 Prozent der Deutschen, sie hätten kein Vertrauen in die EZB, und nur 33 Prozent sprachen ihr das Vertrauen aus, wie wir zu Beginn des Videos zeigen. Kein Vertrauen in die EZB haben auch 66 Prozent der Spanier, 52 Prozent der Franzosen und auch 52 Prozent der Italiener. Kann dies verwundern?

## 9 | 3 Was wir über Mario Draghi wissen müssen

Wer ist dieser Mario Draghi, der seit dem 1. November 2011 Präsident der Europäischen Zentralbank ist und noch bis zum 31. Oktober 2019 amtiert? Von 1991 bis 2001 war Draghi Generaldirektor des italienischen Finanzministeriums. Im Jahr 1992 kam es zum berüchtigten Treffen an Bord der Privatyacht von Queen Elizabeth II., das ihm den Namen »Britannia Boy« eintrug. Draghi brachte dort die Unternehmer Italiens mit den Vertretern der City of London zusammen. Er war Chefstratege im italienischen Schatzministerium für die Privatisierung von Staatsunternehmen. Allein zwischen 1992 und 1997 spülten die Verkäufe von Staatsbeteiligungen 118 Billionen italienische Lire in die Kasse, die rund 61 Milliarden Euro entsprechen. 1997 waren es 38 Billionen Lire, die damals annähernd 2 Prozent des italienischen Bruttoinlandsprodukts entsprachen. Erst 1999 wurde jedoch der Höhepunkt der Privatisierungspolitik erreicht. Insgesamt wurden rund 30 Staatsunternehmen für gut 100 Milliarden Euro verkauft. So konnte die italienische Staatsschuld von 117,2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts im Jahr 1994 auf 109,7 Prozent im Jahr 1999 gesenkt werden, als die Europäische Währungsunion begann. Das Wirken Draghis hat damit einen wesentlichen Anteil am Euro-Beitritt Italiens.

Auf der Seite zu meinem EZB-Video *(www.silberjunge.de/ezb)* zeige ich den Beitrag, der am 5. Dezember 2012 im ZDF *heute-journal* über Draghi ausgestrahlt wurde. Darin sagt Benito Li Vigni, Autor und damals in der Geschäftsleitung des ENNI-Konzerns, über die Staatsprivatisierungen und Draghis Mitwirken: »Draghi verdankt seine Karriere diesen Geschäften, bei denen Goldman Sachs bevorzugt wurde.« Von 2002 bis 2005 war Mario Draghi in führender Position bei Goldman Sachs in London tätig. Wurde er damit fürstlich für frühere Dienste belohnt, so wie Politiker nach ihrem Ausscheiden Beraterverträge oder unglaubliche Rednerhonorare erhalten? Denken wir an Bill Clinton, der 500 000 Dollar für eine einstündige Rede kassiert, oder an Joschka Fischer, der mit rund 30 000 Euro und mehr gehandelt wird.

Draghi selbst behauptet, bei Goldman Sachs nur für den Privatsektor gearbeitet zu haben. Warum ist dies eigentlich wichtig? Während der EZB-Chef Wegbereiter Italiens zum Euro-Beitritt war, half sein Arbeitgeber Goldman Sachs Griechenland. Über Swap-Geschäfte hat Goldman Sachs schon 2001 dafür gesorgt, dass die Schuldenlast Griechenlands um etwa 2 Prozent gedrückt werden konnte. Bereits 2004 kam heraus, dass sich Griechenland den Euro-Beitritt ab dem Jahr 2001 mit falschen Zahlen erschwindelt hatte. Ende 2004 kam eine Delegation von Eurostat zu dem vorläufigen Ergebnis, das Staatsdefizit habe 1997 6,4 Prozent des BIP, 1998 4,1 Prozent und 1999 3,4 Prozent betragen. Der Konvergenzbericht für Griechenland, maßgeblich für den Euro-Beitritt Griechenlands am 1. Januar 2001, nannte damals 4 Prozent für 1997, 2,5 Prozent für 1998 und 1,8 Prozent für 1999. Heute weist die EU-Kommission für 1997 eine Neuverschuldung von 6,9 Prozent, für 1998 von 7,9 Prozent und 1999 von 7,8 Prozent aus. Das alles macht sprachlos. »Mit mir als Bundeskanzler wäre Griechenland erst gar nicht in die Euro-Zone gekommen«, sagte der ehemalige Bundeskanzler Helmut Kohl der Zeitschrift *Internationale Politik* im Jahr 2011. Die rot-grüne Mehrheit im Deutschen Bundestag gab am 7. Juni 2000 den Weg für den Euro-Beitritt Griechenlands frei.

Aber zurück zum heutigen EZB-Präsidenten. Wie kann Mario Draghi der Group of Thirty angehören? Diese »Gruppe der 30« wurde, wie ich im Abschnitt über das Bargeld bereits erläuterte, von der Rockefeller Foundation 1978 gegründet – nicht aus dem Volk für das Volk, sondern aus dem Finanz-Establishment für das Finanz-Establishment. Die EZB nimmt keinen Anstoß an der fortdauernden Mitgliedschaft in diesem Kreis der Finanzelite. Angeblich gibt es laut der Zentralbank keinen Interessenkonflikt. Ende Juli 2012 hatte die Europäische Union auf Initiative einer Anti-Lobby-Gruppe die Untersuchung einer Interessenkollision eingeleitet, aber Draghi ist weiterhin ein Mitglied.

Draghi ist heute in seiner Eigenschaft als EZB-Präsident auch Chefaufseher der Banken. Noch nicht einmal für die Bankenaufsicht durch die EZB erfolgt eine Rechnungsprüfung. Leute wie Draghi mit ihrer Nähe zu Goldman Sachs, der Group of Thirty und vielen anderen bedürfen dringend der Kontrolle. Es ist erschreckend, wie die Mächtigen in der Europäischen Zentralbank tatsächlich außerhalb jeder Kontrolle stehen.

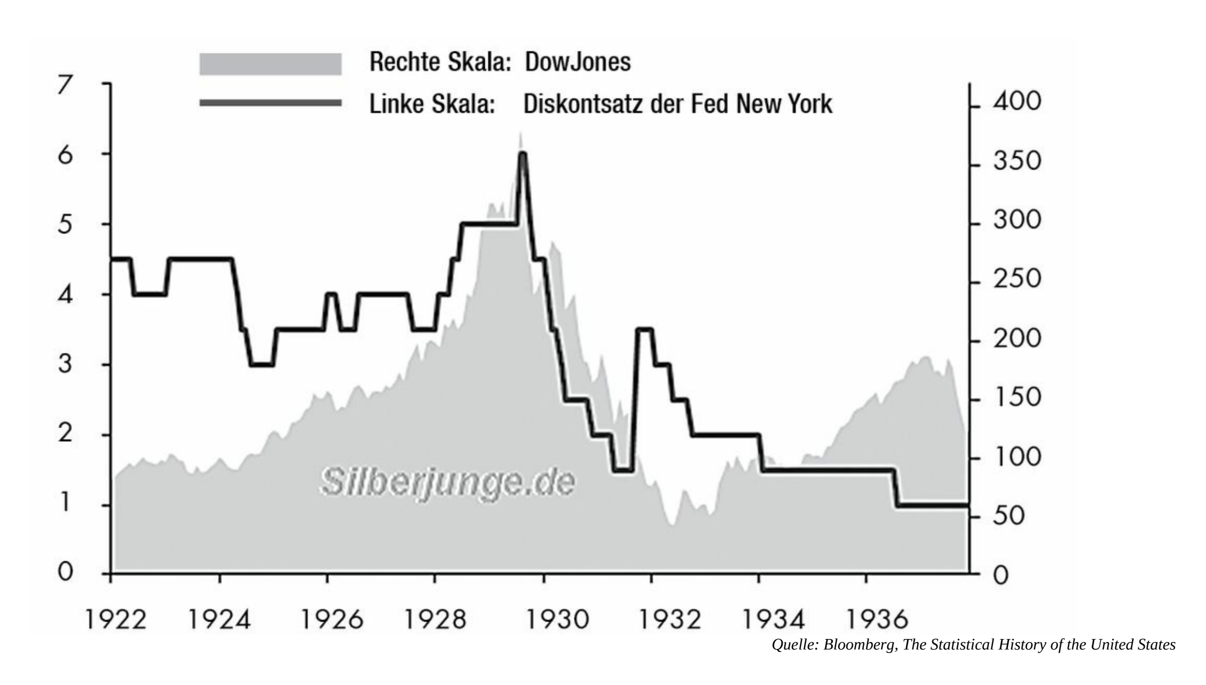
## 9 | 4 Unsere Papiergeld-Zentralbanken und Krisen

Wir müssen uns unbedingt damit beschäftigen, wer beziehungsweise was diese Krisen hervorruft, vor allem damit, ob sie wirklich Zufallsprodukte sind. Dass die Krise 2008 bewusst herbeigeführt wurde, dürfte bei den meisten Menschen bestenfalls ungläubiges Staunen hervorrufen, in der Regel aber auf völlige Ablehnung stoßen. Glaubt denn wirklich jemand, dass die Entwicklungen in unserer Finanzwelt dem Zufall überlassen bleiben? Angesichts der Dimensionen unserer Kapitalmärkte im Vergleich zur Realwirtschaft wäre es doch geradezu fahrlässig, die Börsen der Welt sich selbst zu überlassen.

Franklin Delano Roosevelt sagte einmal: »In der Politik geschieht nichts zufällig. Wenn etwas geschieht, dann kann man sicher sein, dass es auf diese Weise geplant war.« Richten wir den Blick auf das Jahr 1929. In seinem Jahresbericht für die Aktionäre seiner International Acceptance Bank schrieb Paul Warburg, der erste Chef der Fed, im März 1929: »Wenn es den Orgien ungezügelter Spekulation gestattet wird, sich auszubreiten, wird der unvermeidliche Zusammenbruch nicht nur die Spekulanten selbst, sondern das ganze Land in eine allgemeine Krise stürzen.« (Eustance Mulins und Roland Bohlinger: *Die Bankierverschwörung*, Seite 127). Während einer 3 Jahre andauernden »ungezügelten Spekulation« hielt es Warburg allerdings nicht für nötig, etwas über die Lage auf dem Aktienmarkt zu sagen. Aber nicht nur er sprach im März 1929 eine Warnung aus. »Am 6. Februar 1929 gab das Federal Reserve Board eine Warnung an die Aktionäre der Federal-Reserve-Banken, aus dem Aktiengeschäft auszusteigen« (ebenfalls aus: *Die Bankierverschwörung*).

Am 9. August 1929 erhöhte die Fed dann den Diskontsatz von 5 auf 6 Prozent. Die Bank von England steigerte ihn im nächsten Monat von 5,5 auf 6,5 Prozent. Wie die Geschichte weiterging, bedarf heute weniger Worte. Der folgende Chart zeigt den Einbruch des Dow Jones um 89 Prozent bis Juli 1932. Die US-Wirtschaft brach um 27 Prozent ein, und der Welthandel reduzierte sich auf ein Drittel des Umfangs von 1929. Auch wenn das

Ausmaß der Krise selbst das Establishment überrascht haben dürfte, so war es doch Nutznießer: John D. Rockefeller, J. P. Morgan, Joseph P. Kennedy (der Vater des späteren US-Präsidenten John F. Kennedy), Bernard Baruch, Henry Morgenthau, Douglas Dillon – all diese damaligen Giganten der Wall Street hatten sich rechtzeitig aus den Aktienmärkten zurückgezogen.




*Quelle: Bloomberg, The Statistical History of the United States*

Nochmals: Wirkliche Zufälle passieren an den Kapitalmärkten nicht. Die USA haben beispielsweise jahrzehntelang ihre Interessen in Krisen – die sie selbst auslösten beziehungsweise zumindest begünstigten – vertreten. Joseph Stiglitz, Wirtschaftsnobelpreisträger, ehemaliger Chefökonom der Weltbank und Berater der Clinton-Administration, stellte in seinem Buch *The Roaring Nineties* für die USA fest: »Innenpolitisch widerstanden wir Forderungen nach einer Reform des Insolvenzrechts, die den Schuldner unangemessen benachteiligt hätten.« Bei Schuldenkrisen in anderen Ländern dagegen bestanden die USA nach seinen Ausführungen darauf, dass die Zahlungsverpflichtungen gegenüber amerikanischen und westlichen Gläubigerbanken »umgehend und vollständig erfüllt wurden«. Und weiter schreibt er: »Jedem Land, das ökonomisch schwere Zeiten durchmachte und Probleme mit seinem Schuldendienst hatte, erteilten wir den lapidaren Rat, die Ausgaben zu senken – obgleich wir uns selbst regelmäßig per Defizitfinanzierung aus Konjunkturtälern herauszuarbeiten versuchten.«

Doppelmoral und Doppelzüngigkeit scheinen die Grundsätze der Wall Street und der US-Regierungspolitik zu sein. Man könnte fast vermuten, dass

hinter der von Stiglitz beschriebenen Vorgehensweise System steckt.

## 9 | 5 Alternativen zum heutigen Papiergeld

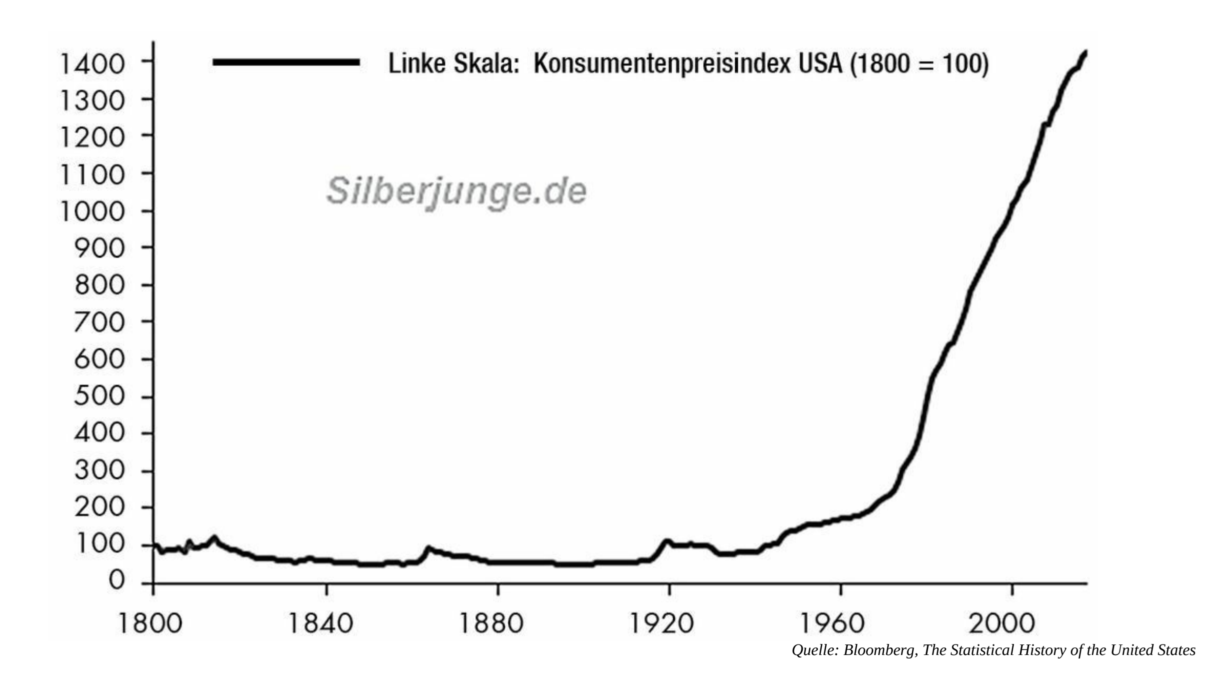
Wir brauchen in Europa und Deutschland dringend eine Diskussion über das Papiergeldsystem. Was ich Ihnen gerade für die US-Notenbank zeigte, können wir genauso auf die EZB anwenden. Am 3. Juli 2008 wurde der Leitzins der Europäischen Zentralbank nochmals von 4 auf 4,25 Prozent angehoben. Damals warnte ich meine Leser vor einem drohenden Deflationsschock. Die Geschäftserwartungen der Chemischen Industrie bewegten sich bereits im Juni 2008 bei – 4,7 und lagen der EZB-Spitze bei der Entscheidung vor. Im Juli 2008 stürzten sie dann auf – 12,2 und im August weiter auf den Wert von – 22,5. Die Chemische Industrie steht in der Produktionskette ganz vorn, weil sie viele Grundstoffe liefert. So bekommt diese Branche Wendepunkte der Konjunktur besonders frühzeitig mit. Damals zeigte ich viele weitere Konjunkturindikatoren und vor allem Daten zum US-Immobilienmarkt. Die Weltwirtschaftskrise 2008/09 kam mit Ansage wie die Krise von 1929. Unsere Papiergeld-Zentralbanken haben alle Macht der Welt. Sie lösen Boom-Phasen genauso aus wie Bust-Phasen. Die Masse gehört dabei zu den Verlierern, während heute die Großbanken wie Goldman Sachs, JP Morgan Chase, Bank of America Merrill Lynch und Co. sowie die Hedgefonds und sonstigen Großspekulanten wie George Soros die großen Gewinner sind. Denken Sie stets an den Ausspruch: »Ohne Kontakte keine Kontrakte«. George Soros und wie sie alle heißen sind Netzwerker und verwandeln ihre Kontakte sprichwörtlich in Gold.

Ich will hier nur kurz mögliche Alternativen zu unserem heutigen Papiergeld erwähnen. Für eine genauere Betrachtung wäre ein eigenes Buch nötig. Wichtig ist, dass auch die heutigen Papiergeld-Zentralbanken nicht alternativlos sind. Zunächst aber zu einer Alternative, der ich nicht viel abgewinnen kann. Vor vielen Jahren las ich das Buch *100%-Money* von Irving Fisher. Der Verein Monetative e. V. mit Sitz in Berlin wirbt dafür. Einfach auf den Punkt gebracht, müssen alle Bankeinlagen zu 100 Prozent mit Guthaben bei der Zentralbank gedeckt werden. Heute müssen die Banken in Euroland bekanntlich nur 1 Prozent der Kundeneinlagen bei der EZB parken. Damit wäre die Geldschöpfung, die ich erläuterte, dem Bankensektor

entzogen. Fisher wirbt in seinem Buch aus dem Jahr 1935 für sein System: »In einem 100-Prozent-System würden die Banken Kredite vergeben wie jedermann, also aus ihren eigenen oder aus fremden Ersparnissen, so wie es die ersten Kreditbanken getan haben, bevor jemand die ›gute‹ Idee hatte, anderer Leute Geld zu verleihen und diese Leute gleichzeitig im Glauben zu belassen, dass sie dieses Geld weiterhin als Geld verwenden können.« Fisher will jedoch eine Währungskommission einsetzen, die für eine Expansion und Kontraktion der Wirtschaft »proportional zum nationalen Bedarf« sorgt, um ein »stabiles Preisniveau« zu garantieren. Diese Währungskommission sollte dabei so unabhängig sein wie der Oberste Gerichtshof (Supreme Court) der USA. Aber eben dieser Oberste Gerichtshof ist über die Ernennung der Richter größten politischen Einflüssen ausgesetzt. Auch hier wird wieder dem Missbrauch eines solchen 100-Prozent-Systems, das auch als Vollgeldsystem bezeichnet wird, Tür und Tor geöffnet. Mich kann dies nicht überzeugen, denn die Einflussnahme der Regierungspolitiker auf den Wert des Geldes haben wir damit auch weiterhin, und Menschen im Dunstkreis der Währungskommission werden ihren Nutzen daraus ziehen. Die Bundesbank hat sich übrigens selbst in ihrem Monatsbericht April 2017 mit dem Vollgeldsystem beschäftigt. Dass sie als Papiergeld-Zentralbank dagegen ist, versteht sich von selbst. Dort wird jedoch im Neusprech der Zentralbanken gesagt: »Eine Anhebung des Reservesatzes auf 100 Prozent führt nicht zwingend zu einer Stabilisierung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.« Oder auch: »Die Stärkung des Finanzsystems insgesamt sollte aus heutiger Sicht auf anderem Wege erfolgen.« Ich hoffe, dass meine Ausführungen zum Geldschöpfungsprozess im heutigen Geldsystem und meine Kritik an einem Vollgeldsystem nicht nur verständlicher, sondern auch überzeugender sind.

Kommen wir nochmals auf die »segensreiche« Wirkung des Papiergeldes zu sprechen, die die Entwicklung der Konsumentenpreise in den Vereinigten Staaten von Amerika seit 1800 offenbart. Im 19. Jahrhundert kam es in den USA nur im Umfeld des Bürgerkrieges von 1861 bis 1864 zu vorübergehenden deutlichen Preisanstiegen. Der Konsumentenpreisindex, im Ausgangsjahr 1800 bei 100, stieg von 52,9 im Jahr 1861 auf 92,2 im Jahr 1864, um dann bis 1879 wieder auf 54,9 zurückzufallen. 2017 erreichte der Konsumentenpreisindex 1.422 Prozent, und damit haben sich die Preise seit 1800 vervierzehnfacht. Wenn wir die Kaufkraft des Dollars seit 1913 betrachten, dem Gründungsjahr der US-Notenbank Federal Reserve, so hat er

im April 2017 nur noch einen Wert von 4,0 Prozent des Ausgangsniveaus. 100 Dollar von damals haben also 96 Prozent ihres Wertes verloren. Bereits Adam Smith (1723–1790) sah es so: »Das Problem mit Papiergeld ist, dass es die Minderheit, die mit Geld umgehen kann, belohnt und die Generation, die gearbeitet und gespart hat, zum Narren hält.« Voltaire (1694–1778) erklärte unter dem Eindruck der Geschehnisse um John Law und des französischen Debakels von 1720: »Papiergeld kehrt früher oder später zu seinem inneren Wert zurück – Null.«



*Quelle: Bloomberg, The Statistical History of the United States*

Noch in der Mitte des vorletzten Jahrhunderts dominierte der Goldstandard. Japan, China und Indien hatten sogar eine Silberwährung. Gold und Silber waren Geld. Die Geldschöpfung war beschränkt, denn das Geld musste durch Gold beziehungsweise Silber gedeckt sein. Heute hat das Papiergeld die Herrschaft übernommen. Es begann seinen »Siegeszug« in den 70er-Jahren des 19. Jahrhunderts. Mit Beginn des Ersten Weltkriegs wurde der Goldstandard rasch von den kriegführenden Ländern außer Kraft gesetzt. Der Krieg hätte mit den Fesseln des Goldstandards kaum länger als einige Monate geführt werden können. Nach dem Krieg kam es dann zur Wiedereinführung. Nachdem Deutschland im Juli 1931 den Goldstandard aufhob, scherte auch England am 21. September 1931 aus. 1944 kam es im Angesicht der deutschen Niederlage zur Schaffung eines neuen internationalen Währungssystems. Die US-Notenbank verpflichtete sich, Dollars gegenüber anderen Zentralbanken in Gold einzutauschen. Es handelte sich also nur um

einen Quasi-Goldstandard, da er nicht für Privatleute galt. Bis in die 1960er-Jahre hinein blieb das System stabil. Die USA waren nach dem Krieg ein Gläubiger der Welt, ihre Forderungen übertrafen die Verbindlichkeiten gegenüber dem Ausland. Ab 1965 floss Gold aber in signifikanter Menge aus den USA heraus. Frankreich »repatriierte« 1968 französisches Staatsgold, das in den USA gelagert war. Der damalige französische Präsident Charles de Gaulle ließ den Goldschatz Frankreichs damals sogar mit Kriegsschiffen abtransportieren. Meinungen, die einen Zusammenhang zwischen diesem Vorgehen und den im Mai 1968 in Paris ausgebrochenen Studentenunruhen erkennen, werden zudem schnell als Verschwörungstheorien abgetan.

Eine Rückkehr zum Goldstandard wird heute von allen Zentralbanken, den Großbanken und der gesamten Finanzindustrie als absurd dargestellt. Oftmals hören wir Argumente, dass der Goldstandard für unsere modernen Volkswirtschaften eine Fessel wäre. Er würde der Innovation im Zeitalter von Big Data, Robotern und 3-D-Druckern im Weg stehen. Dies ist Unsinn in reinster Form. Denn während des Goldstandards kam es zur Entwicklung der Eisenbahn, des Telefons und von vielem mehr. Den Verfechtern des heutigen Papiergeldes geht es nur darum, ihre Pfründe zulasten der Allgemeinheit zu sichern.

Ich will unbedingt noch auf den Gegenentwurf des großen liberalen Ökonomen Friedrich August von Hayek zu sprechen kommen. Er warb für freien Wettbewerb um das beste Geld. Heute setzt sich Prof. Dr. Thorsten Polleit, der Chefvolkswirt von Degussa Goldhandel, vorbildlich dafür ein, das Wissen um dieses Konzept wieder einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Hayeks Wunsch war, dass statt des gesetzlichen Zahlungsmittels private Emittenten mit ihren Gutscheinen bei den Nutzern um den Status eines akzeptierten Zahlungsmittels oder gar des dominanten Zahlungsmittels werben. Heute ist der Bankensektor der am meisten regulierte Bereich unserer Volkswirtschaft. Die Anhänger des Free Banking fordern, dass keine Zentralbank bestehen sollte und jedermann das Recht haben soll, Banknoten zu emittieren. Thorsten Polleit setzt sich dafür ein, dem Staat die Hoheit über das Geld zu nehmen. Ich empfehle Ihnen, den Artikel über Free Banking »Geld privatisieren – Freiheit bewahren« zu lesen. Geben Sie dazu einfach bei Google »Thorsten Polleit Free Banking« ein und rufen den ersten Artikel von *eigentümlich frei* (ef-magazin) vom 27. März 2009 auf (*http://ef-*

*magazin.de/2009/03/27/1067-free-banking-geld-privatisieren--freiheit-bewahren*). Sie sehen daran, dass er schon lange für diese interessante Alternative zum heutigen Zwangs-Papiergeld des Staates trommelt.

Wir brauchen dringend eine Diskussion über Alternativen zu den heutigen Zentralbanken. Wer sich auf Mario Draghi und die EZB verlässt, der ist schnell verlassen. Für mich ist die Rückkehr zum Goldstandard der derzeit am ehesten erreichbare Weg. Dazu bedarf es jedoch eines Erweckungserlebnisses. Heute sind die Menschen in Euroland trotz Negativzins und gigantischen Anleihenkäufen der EZB in Apathie und Lethargie gefangen. Erst wenn ihre Papiergeldforderungen durch Deflation (= Konkurse der Schuldner und dadurch Verschwinden der Papiergeldansprüche) oder Inflation (= Geldentwertung des Papiergeldes) wie Schnee in der Sonne schmelzen, werden die Menschen erkennen, was die Stunde geschlagen hat. Im zweiten Teil des Buches geht es mir daher um Vermögensschutz. Vorsicht ist besser als Nachsicht.

## 10 | Kapitel

# Euroland – Geld- und Schuldenschwemme

EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker sagte 2012: »Europa findet immer nur durch Krisen zu mehr Integration.« Wir könnten auch meinen, Krisen werden gezielt dazu genutzt. Die Nationalstaaten werden immer mehr zurückgedrängt, und die Macht des Brüsseler EU-Machtzentrums wie auch der Europäischen Zentralbank wächst immer weiter. Angela Merkel versucht uns einzureden: »Scheitert der Euro, scheitert Europa.« Merkel wie auch der neue französische Staatspräsident Emmanuel Macron und letztlich die gesamten Euro-Regierungstruppen unternehmen alles, um den Euro zusammenzuhalten – koste es, was es wolle.

Am 28. Mai 2017 enthielt die *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung* (FAS) einen Artikel mit dem Titel »Geheimplan Europa« und berichtete, wie Angela Merkel plötzlich mehr Europa wolle. Ihr gehe es dabei im Kern um einen gemeinsamen Haushalt für die Euro-Zone und um einen gemeinsamen Finanzminister. Die Finanzierung könne über Anteile der Mehrwertsteuer, die noch nicht beschlossene Finanztransaktionssteuer oder Wolfgang Schäubles Vorschlag, die Autofahrer EU-weit abzukassieren, erfolgen. Dann heißt es in dem Artikel: »Um Investitionen zu finanzieren, könnte diese Wirtschaftsregierung der Eurozone auch eigene Anleihen aufnehmen.« Für all das habe die Bundeskanzlerin Sympathien. Das Kind heißt zwar dann nicht Euro-Bond, aber in letzter Konsequenz gibt es dann über die neuen Schulden eines gemeinsamen Euro-Haushalts eine wachsende Schuldenvergemeinschaftung.

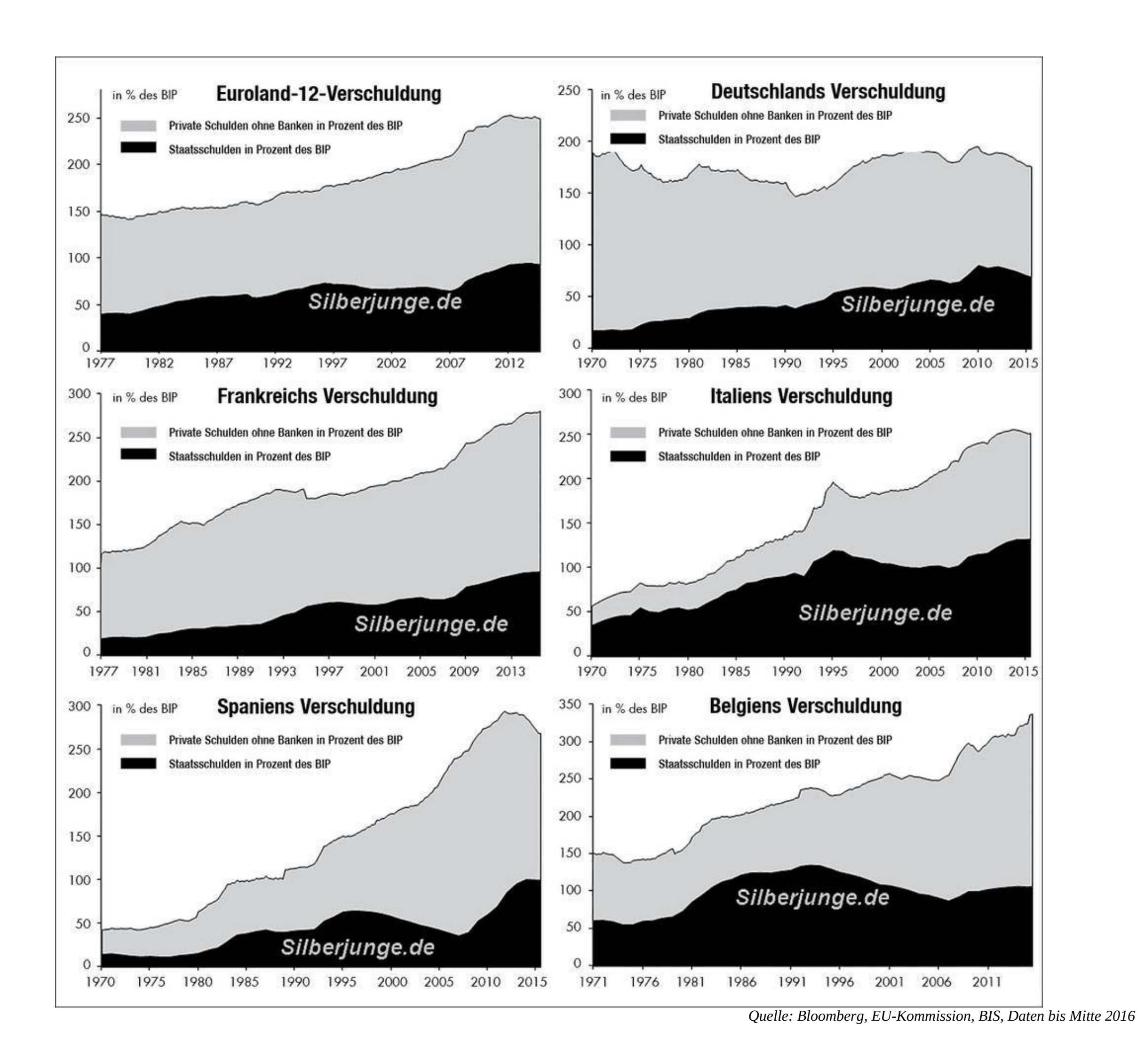
Auf dem Brüsseler Wirtschaftsforum sagte der französische Notenbankpräsident François Villeroy de Galhau am 1. Juni 2017, man dürfe ein Euro-Zonen-Budget »nicht mit einer einseitigen Transferunion verwechseln«. Aber wie bemerkte Helmut Kohl einmal: »Entscheidend ist, was hinten rauskommt.« Frankreichs Zentralbankchef plädierte in Brüssel

interessanterweise für einen »Stabilisierungsfonds«, der 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts umfassen solle. Dies wären stolze 220 Milliarden Euro. Der deutsche Bundeshaushalt liegt 2017 zum Vergleich bei 329,1 Milliarden Euro. Um sich die Dimension vor Augen zu führen: Dieser Fonds würde über zwei Drittel des deutschen Bundeshaushalts umfassen.

Frankreichs neuer Präsident Macron möchte einen Euroland-Finanzminister und einen eigenen Haushalt. Der deutsche Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble reagiert darauf erschreckend positiv, aber angesichts des ihm sicher bekannten »Geheimplans« der Bundeskanzlerin kann dies nicht wirklich verwundern. Macrons Wunschliste umfasst jedoch noch mehr: Er fordert gemeinsame Anleihen der Euro-Länder (Euro-Bonds), die Vollendung der »Bankenunion« durch eine gemeinsame Einlagensicherung sowie eine EU-Arbeitslosenversicherung. Er dürfte sehr genau um die hohe Verschuldung seines Landes wissen. Schuldenkönige wünschen sich Transferzahlungen und Inflation, um sich über diese Geldentwertung die Schulden vom Hals zu schaffen. Deutschland als Melkkuh für Euro-Staaten, die über ihre Verhältnisse leben?

Ich zeige hier die Entwicklung der Staatsverschuldung und der privaten Verschuldung (Unternehmen, private Haushalte, ohne Finanzsektor) in Prozent des Bruttoinlandsprodukts für die Euro-Zone der Zwölf ab 1977, für Deutschland ab 1970, für Frankreich ab 1977, für Italien ab 1970, für Spanien ab 1970 und für Belgien ab 1971. Das Bruttoinlandsprodukt ist bekanntlich die Summe aller Güter und Dienstleistungen, die von einer Volkswirtschaft im Laufe eines Jahres erwirtschaftet werden.

Schauen wir uns niemals lediglich die Staatsverschuldung eines Landes an. Spaniens Staatsverschuldung lag 2008 nur bei 35,5 Prozent. Wer nur darauf achten würde, hätte die kommende Krise nicht kommen sehen können. Die Gesamtverschuldung lieferte jedoch übergroße Warnsignale.

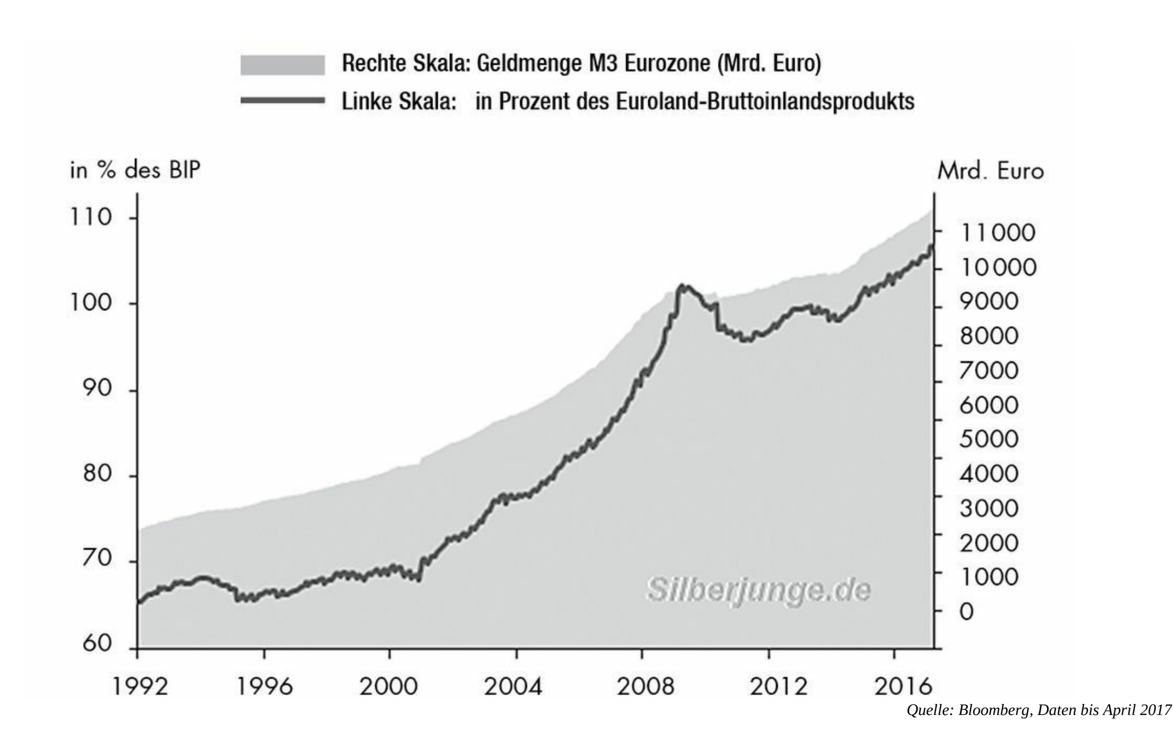



*Quelle: Bloomberg, EU-Kommission, BIS, Daten bis Mitte 2016*

Wie Geldschöpfung in unserem Papiergeldsystem erfolgt – praktisch aus dem Nichts –, wissen wir bereits. Die Bereitschaft der Banken zur Kreditvergabe und die Bereitschaft, aber auch die Fähigkeit der Bankkunden – private Haushalte wie Unternehmen – zur Kreditaufnahme entscheiden über das Ausmaß der Verschuldung einer Volkswirtschaft. Die Geldmenge wächst, wenn die Kreditvergabe der Banken zunimmt. Bankeinlagen als Bestandteil der Geldmenge wachsen, wenn die Schulden größer werden. Die Bankeinlagen/Vermögen der Bankkunden sind so immer gleichzeitig die Schulden/Verbindlichkeiten von anderen Bankkunden.

Wer dies verstanden hat, kennt auch den Grund für die gigantische Aufblähung der Geldmenge in Euroland. Die breiteste Geldmenge M3 (siehe Kasten) erreichte im März 2017 ihr vorläufiges Hoch mit 11 586 Milliarden Euro.

| Definition der Geldmenge im Euro-Raum | |
|---|---|
| **M1** | Sichteinlagen der Nichtbanken + Bargeldumlauf |
| **M2** | M1 + Einlagen mit vereinbarter Laufzeit bis zu 2 Jahren + Einlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist bis zu 3 Monaten |
| **M3** | M2 + Anteile an Geldmarktfonds, Repoverbindlich-keiten, Geldmarktpapieren und Bankschuldverschreibungen mit einer Laufzeit bis zu 2 Jahren |




*Quelle: Bloomberg, Daten bis April 2017*

## 10 | 1 Gibt es den Königsweg zur Lösung der Überschuldung?

Dass wir es in den alten Industriestaaten mit einer gewaltigen Überschuldungskrise zu tun haben, sollten wir angesichts der hier gezeigten Daten nicht diskutieren müssen. Welche Lösungsansätze gibt es für diese Überschuldung?

- Höhere Wachstumsraten
- Innovationsschübe als kurzfristige Lösung
- Einmal-Besteuerung der Reichen
- Staatsbankrott oder Währungsreform
- Deflation (Weltwirtschaftskrise in den 1930er-Jahren)
- Reflationierung (Neuauflage der 1970er-Jahre?)
- Reflationierung in Verbindung mit »Finanzieller Repression« durch den Staat zur Verhinderung einer panikgetriebenen Flucht aus dem Papiergeld

Den Crash habe ich ganz bewusst nicht bei der Auflistung der Lösungsansätze berücksichtigt. *Der Crash ist die Lösung* lautete ein bekannter Buchtitel, aber dies ist für mich eine völlig falsche Aussage. Ein wirklicher Crash des Finanzsystems und unserer Volkswirtschaften hätte verheerende Auswirkungen auf den Wohlstand und die Arbeitsplatzsicherheit der Menschen, denn jahrzehntelange Fehlentwicklungen würden sich unkontrolliert binnen kürzester Zeit entladen. Ihn somit als Lösung zu bezeichnen ist geradezu grotesk. Ihn auch nur als einzig gangbaren Weg zu bezeichnen ist falsch. Ich halte es mit dem Napoleon zugewiesenen Ausspruch, dass das Wort »unmöglich« nur im Sprachschatz der Narren existiere. Schließen wir nichts aus, sondern beschäftigen wir uns mit Wahrscheinlichkeiten.

### Höhere Wachstumsraten?

Sowohl höhere Wachstumsraten als auch ein großer Innovationsschub nach der Informationsrevolution der vergangenen 2 Jahrzehnte dürften kaum in den kommenden Jahren bei der Bewältigung der Überschuldungskrise helfen. Angesichts gesättigter Märkte und der zunehmenden Marktkonzentration in den alten Industrieländern ist eine massive Zunahme der Wachstumsdynamik wenig wahrscheinlich. In Deutschland zum Beispiel unterschritten die Scheitelpunkte der Wachstumsraten in jedem Jahrzehnt die des vorhergehenden Jahrzehnts. Haken wir diesen Punkt also besser ab.

## Innovationsschübe als kurzfristige Lösung?

Der jüngste Innovationsschub der Vergangenheit wurde in den 1990er-Jahren mit der Informations- und Kommunikationsrevolution verzeichnet. Auch wenn 3-D-Drucker oder neue Antriebstechniken nur zwei Beispiele für neue Innovationsschübe darstellen, so dürften sie in den kommenden Jahren bei der Bewältigung der Überschuldung nicht ausreichend helfen. Die Produktivitätsentwicklung verlief in den USA in den zurückliegenden Jahren übrigens enttäuschend.

## Einmal-Besteuerung der Reichen?

Wenden wir uns der Einmal-Besteuerung der Reichen zu. Zu diesem Thema wird immer wieder eine Studie der Boston Consulting Group herumgereicht als angebliche Blaupause (Link: *http://www.bcg.de/documents/file87307.pdf*) für die kommende große Lösung. Nach Berechnungen der Boston Consulting Group beispielsweise für Deutschland müssten einfach 11 Prozent des privaten Finanzvermögens einkassiert werden, um die Verschuldung des Staates, der Unternehmen und der privaten Haushalte auf 60 Prozent zu begrenzen. Doch das sind Gedankenspiele am grünen Tisch, die kaum praxistauglich sind. Wie sollen denn die Reichen zur Kasse gebeten werden, und wie soll das Geld an überschuldete Banken und übermäßig in der Kreide stehende private Schuldner verteilt werden? Das deutsche Bundesverfassungsgericht dürfte hier schnell auf den Plan gerufen werden. Noch dazu dürften Sachvermögen nicht außen vor bleiben. Schon die bevorzugte Behandlung des Immobilienvermögens sorgte 1997 für die Aussetzung der Vermögensteuer in Deutschland. *Die Frankfurter Allgemeine Zeitung* zitierte den Mannheimer Steuerrechtsprofessor Thomas Fetzer, der

beispielsweise eine Zwangsabgabe wie in Zypern aus verfassungsrechtlichen Gründen für unwahrscheinlich hält: »Schließlich könnte es gegen das Gleichheitsgebot verstoßen, wenn der Staat eine bestimmte Gruppe von Anlegern für die Rettung heranziehe und andere verschone.« Überhaupt ist es unwahrscheinlich, dass solche Maßnahmen ohne eine schwere Krise bereits präventiv zur Vermeidung einer sich zuspitzenden Lage angewandt würden.

Besitzstände werden bis zum bitteren Ende verteidigt. Wie soll übrigens verhindert werden, dass die Kapitalmobilisierung für den Staat nicht zur Veräußerung von Vermögenswerten führt und auf diesen Märkten dann für fallende Preise sorgt? Deflationskrisen werden dadurch doch befeuert. Wie soll eine umfassende Vermögenserfassung gewährleistet werden? Kapitalabflüsse ins Ausland können sicherlich mit Kapitalverkehrskontrollen unterbunden werden. Dass sich diese Idee zunehmender Beliebtheit erfreut, fußt auf der Sehnsucht der Menschen nach einer (vermeintlich!) einfachen Lösung. Aber diese »Lösung« hält nicht, was sie verspricht.

## Staatsbankrott oder Währungsreform?

Ein schnell erklärter rechtzeitiger Staatsbankrott beziehungsweise eine Währungsreform ist ebenso unwahrscheinlich. Lebensversicherungen und jegliche Papiergeldansprüche würden in unseren alternden Gesellschaften mit einem Schlag dezimiert. Welcher Politiker der großen Staaten will dies verkünden? Frankreich war zwar achtmal seit seiner Gründung »pleite«, aber die bislang letzte »Schuldenrestrukturierung« erfolgte 1812, also vor über 200 Jahren. Auch wenn die Menschen Talkshows über den drohenden Staatsbankrott sehen, kann und will sich ihn niemand vorstellen und kaum jemand wünschen. Zugegeben, Politiker sind in den seltensten Fällen vernunftgeprägte Wesen, deshalb dürfen wir nie etwas gänzlich ausschließen. Viel wichtiger ist allerdings, die Eintrittswahrscheinlichkeit abzuwägen, und die ist ziemlich gering – es sei denn, das alles wäre eingebunden in einen großen Krieg oder in beispiellosen Terror, was wir nicht hoffen wollen.

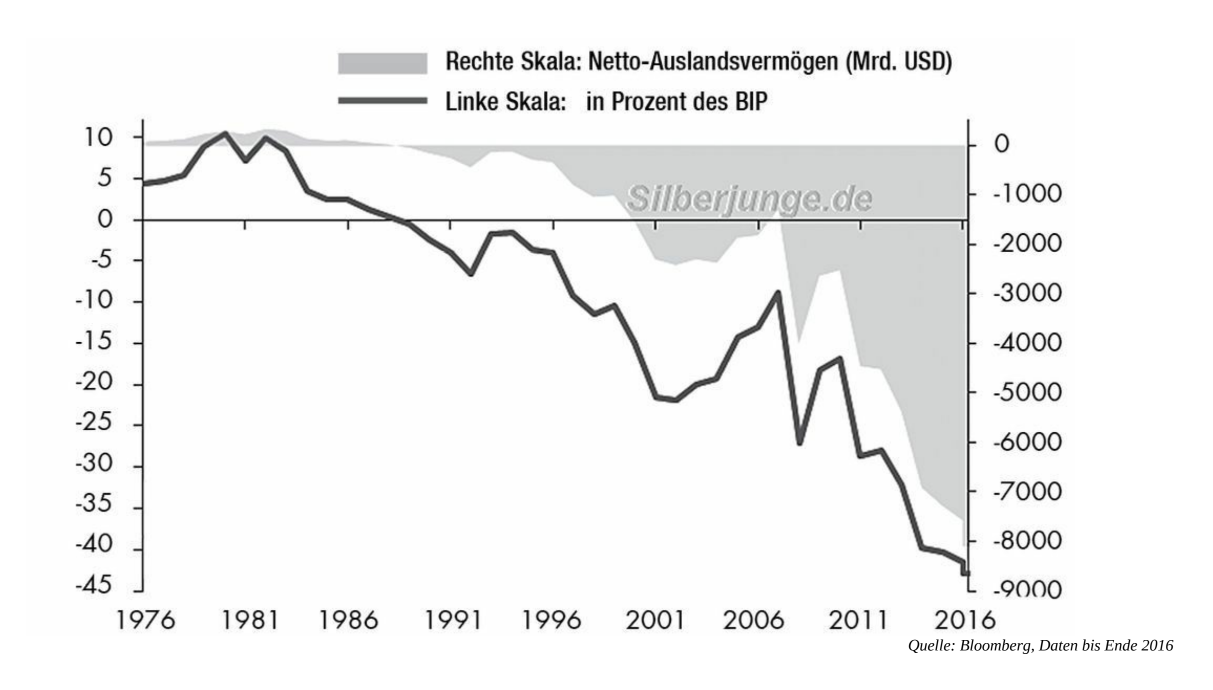
## Global Currency Reset im Anmarsch?

Ein Schweizer Informationsdienst verbreitete 2014 und 2015 immer wieder Angst, indem er ständig davon schrieb, IWF-Chefin Christine Lagarde habe in Davos im Januar 2014 das »R-Wort« (= Reset) in den Mund genommen.

Damals wurden die Menschen in verschiedenen Berichten aufgewühlt mit Schlagzeilen im Internet wie »Binnen 90 Tagen soll ein globaler Währungs-Neustart unter dem Begriff ›Global Currency Reset‹ erfolgen«. Der besagte Börsendienst schrieb im Mai 2014: »Dass IWF-Chefin Lagarde unter ›Reset‹ genau das versteht, was wir auch darunter verstehen, nämlich eine Neuordnung des Finanzsystems (Währungsreform), ergab sich eindeutig aus dem Zusammenhang der übrigen Statements von Lagarde, Draghi, Kuroda und Carney.« Gemeint war ein gemeinsamer Auftritt in Davos! Geben sie in YouTube den Link *https://www.youtube.com/watch?v=VgvLPCPoTKQ* ein oder Folgendes in der Suchleiste: Davos 2014 Global Economic Outlook 2014. Wählen Sie dann das YouTube-Video vor 3 Jahren mit einer Länge von 1 Stunde, 11 Minuten und 32 Sekunden und lauschen Sie ab Minute 9.

Wer danach der Meinung ist, Lagarde habe von einer kommenden Währungsreform gesprochen, irrt meines Erachtens nicht nur, sondern er betreibt wider besseres Wissen das Geschäft mit der Angst. Deshalb widersprach ich 2014 vehement diesen Einschätzungen. Ich erinnere mich, wie mich schon vor dem ersten G20-Gipfel in London am 2. April 2009 bei Vorträgen viele Zuhörer darauf ansprachen, was von Berichten über eine dort zu beschließende Weltwährungsreform zu halten sei. Damals wie heute führte ich aus, dass die Interessenunterschiede zwischen den Staaten gewaltig seien und ohne eine Krise, ohne große Not keine demokratisch gewählte (!) Regierung dazu bereit beziehungsweise fähig sein dürfte. Andere Aussagen dienen eher der Erhöhung von Auflagen respektive Clickzahlen im Internet. Sie vernebeln mehr, als dass sie erhellen.

Bedenken wir dabei nur, dass die USA der größte Schuldner der Welt sind, während Länder wie Deutschland, Japan und China die größten Gläubigernationen darstellen. Die Netto-Auslandsverschuldung der USA erreichte Ende 2016 mehr als 8010 Milliarden US-Dollar, während China auf ein Plus von 1800,5 Milliarden US-Dollar kommt. Deutschlands Forderungen an das Ausland überstiegen die Schulden zum gleichen Zeitpunkt um stolze 1705 Milliarden Euro. Der Schuldner möchte sich gern seiner Schulden mit einem Schuldenschnitt entledigen, während die Gläubiger kaum freiwillig dazu bereit sein werden. Angesichts der völlig unterschiedlichen Interessen der einzelnen Staaten ist eine völlige Neuordnung des Weltfinanzsystems ohne vorgeschaltete Krise oder einen vorhergehenden Krieg kaum vorstellbar.



*Quelle: Bloomberg, Daten bis Ende 2016*

Eines sollte angesichts dieser Entwicklung deutlich werden: Der Dollar ist eigentlich reif für eine Krise – gemeint ist eine deutliche Abwertung. Donald Trump eignet sich dabei vorzüglich als möglicher Sündenbock. Was schon lange überfällig ist, hätte dann für die Weltöffentlichkeit mit dem »verantwortungslosen« Populisten Trump eine Ursache und einen Namen.

## Deflation wie 1929 oder 2008?

Notenbanken haben die Macht, Inflation zu erzeugen, und die Möglichkeit, eine Deflation heraufzubeschwören. In hoch verschuldeten Volkswirtschaften die Zinsen zu erhöhen und das Geld damit zu verteuern wirkt sich auf Vermögenswerte wie Aktien und Immobilien verhängnisvoll aus, wie es von 2007 bis 2009 nach den US-Leitzinserhöhungen von 1 Prozent bis Juni 2004 auf 5,25 Prozent ab Juni 2006 zu beobachten war. Dann besteht die Gefahr, dass eine teuflische Abwärtsspirale einsetzt aus fallenden Vermögenspreisen, Wegfall des Scheinreichtums, einbrechendem Konsum, hohen Überkapazitäten, daraus folgender Arbeitslosigkeit, fallenden Preisen, Unsicherheit und Zukunftsangst, einer sich deshalb und aufgrund der sich manifestierenden Erwartung weiter fallender Preise entwickelnden noch größeren Konsumzurückhaltung, noch höheren Überkapazitäten, entsprechenden Arbeitsplatzverlusten und so weiter. Deflationsschock ist das richtige Wort hierfür. In dieser Situation gewinnen die Schulden der Schuldner an Kaufkraft. Viele Schuldner sind dann von Arbeitslosigkeit

bedroht oder bereits von ihr betroffen, was die Fähigkeit zur Begleichung des Schuldendienstes, also der Zahlung der Schuldzinsen und der Tilgung, weiter einschränkt. Deflation ist daher für hoch verschuldete Volkswirtschaften sehr gefährlich. In der heutigen Zeit würde eine Deflation die westlichen Demokratien in ihren Grundfesten erschüttern. Als 2008 mit dem starken Einbruch der Weltwirtschaft und fallenden Preisen gerade dieses Szenario drohte, unternahmen die Regierungen mit gigantischen Konjunkturprogrammen und die Zentralbanken mit Nullzinsen alles, um genau diesem beschriebenen Deflationsszenario zu entfliehen. Heute sind die Schuldenberge noch höher und damit auch die Fallhöhe. Käme es zu einem Euro-Zerfall, wäre zunächst Deflation ein Risiko. Wie wahrscheinlich dies ist, dazu später mehr.

## Das süße Gift der Inflation als Königsweg?

Denken wir stets an den bereits erwähnten schönen Ausspruch des Bankiers Fürstenberg: »Deflation und Inflation sind nur zwei Fremdworte für Pleite.« Die Papiergeldansprüche der Gläubiger verschwinden entweder durch Geldentwertung oder durch den Konkurs der Schuldner. Was ist wahrscheinlicher? Inflation ist für die Verantwortlichen an den Schaltstellen der Macht ein süßes Gift, ja der einfachere Weg zur Lösung von Problemen. »There is no such thing as a free lunch«, möchte man jedoch einwenden, also auf Deutsch: »Nichts ist umsonst«. Auch die Inflation hat einen Preis. Der Sparer hat das Nachsehen und den Preis zu zahlen, da die Kaufkraft seiner Papiergeldforderungen in Form von Staatsanleihen, Bankguthaben oder Bargeld schmilzt wie Schnee in der Sonne.

Kennen Sie noch den Ausspruch von Karl Schiller, dem damaligen deutschen Wirtschaftsminister, im Jahre 1968? »Die Inflation ist tot, sie ist tot wie ein rostiger Nagel.« Wenige Jahre später, im Jahr 1974, gab es im öffentlichen Dienst unter Willy Brandt einen Tarifabschluss von 11 Prozent, weil die Inflation wiedererwacht war. Für mich ist es ein hervorragendes Beispiel dafür, dass Totgesagte länger leben. Kaum jemand kann sich heute die Rückkehr der Inflation vorstellen. Ich sage nicht, dass es morgen passieren wird, aber Notenbanken können für Geldentwertung sorgen, wenn sie nur wollen. Kennen Sie dabei den Ketchup-Flaschen-Effekt? Immer wieder schlagen wir auf den Boden der Ketchup-Flasche und nichts passiert. Es tröpfelt höchstens etwas aus der Falsche. Und mit einem Mal geschieht es:

Eine riesengroße Menge Ketchup ergießt sich über den Teller. Zentralbanken können, auch wenn sie einen anderen Eindruck vermitteln wollen, die Inflation nicht exakt dosieren. Angesichts der hohen Schuldenberge wäre auch eine Antwort auf Inflation in Form von hohen Zinsen sehr gefährlich, denn dann könnte uns ganz schnell wieder eine Krise wie 2008 oder 1929 heimsuchen.

Dass die US-Notenbank – aber auch jede andere der heutigen Papiergeld-Zentralbanken – zur Vermeidung einer schweren Deflation alles unternehmen kann und vermutlich auch wird, verdeutlichte der ehemalige Fed-Chef Ben Bernanke bereits in seiner Rede vom 21. November 2002:

»Die Schlussfolgerung, dass Deflation in einem Papiergeldsystem ohne Edelmetalldeckung immer umkehrbar ist, geht auf grundlegende ökonomische Überlegungen zurück. Eine kleine Parabel könnte hier hilfreich sein. Eine Unze Gold verkauft sich heute für mehr oder weniger 300 Dollar. Nehmen wir jetzt mal an, dass ein moderner Alchemist sein ältestes Berufsproblem löst, indem er einen Weg findet, in unbegrenzter Menge neues Gold praktisch zu Nullkosten zu produzieren. Außerdem wird seine Erfindung veröffentlicht und wissenschaftlich verifiziert, und er gibt seine Absicht bekannt, in wenigen Tagen mit der Massenproduktion von Gold zu beginnen. Was würde mit dem Goldpreis passieren? Das potenziell unbegrenzte Angebot an Gold würde vermutlich dazu führen, dass der Goldmarkt einbricht. Falls der Goldmarkt in irgendeiner Form tatsächlich funktioniert, würde der Goldpreis sofort nach der Ankündigung der Erfindung abstürzen, noch bevor der Alchemist eine einzige Unze von dem gelben Metall produziert hätte.

Was hat dies mit Geldpolitik zu tun? Wie Gold haben US-Dollars nur in dem Maße einen Wert, wie sie in ihrem Angebot strikt limitiert sind. Aber die US-Regierung hat eine Technik, nämlich die Druckerpresse (oder heutzutage ein entsprechendes elektronisches Gerät), was es ihr ermöglicht, so viele US-Dollars zu produzieren, wie sie wünscht, und dies praktisch zu Nullkosten. Durch die Erhöhung der Anzahl der im Umlauf befindlichen US-Dollars oder bereits durch eine glaubwürdige Ankündigung, dies tun zu wollen, kann die US-Regierung auch den Wert eines Dollars für Waren und Dienstleistungen herabsetzen, was einer Erhöhung der Dollar-Preise für diese Waren und Dienstleistungen gleichkäme. Wir schließen daraus, dass in einem Papiergeldsystem ohne Edelmetalldeckung eine Regierung jederzeit die

Ausgaben erhöhen und somit eine positive Inflation schaffen kann.«

Schon damals erwähnte Bernanke den direkten Kauf von Wertpapieren durch die US-Notenbank, was damals als ziemlich unkonventionell galt. Heute kann sich kaum jemand einen großen Inflationsschub vorstellen, aber seien wir gewarnt.

## Inflationierung: Wenn die Infamie der Staaten unsere Fantasie übersteigt

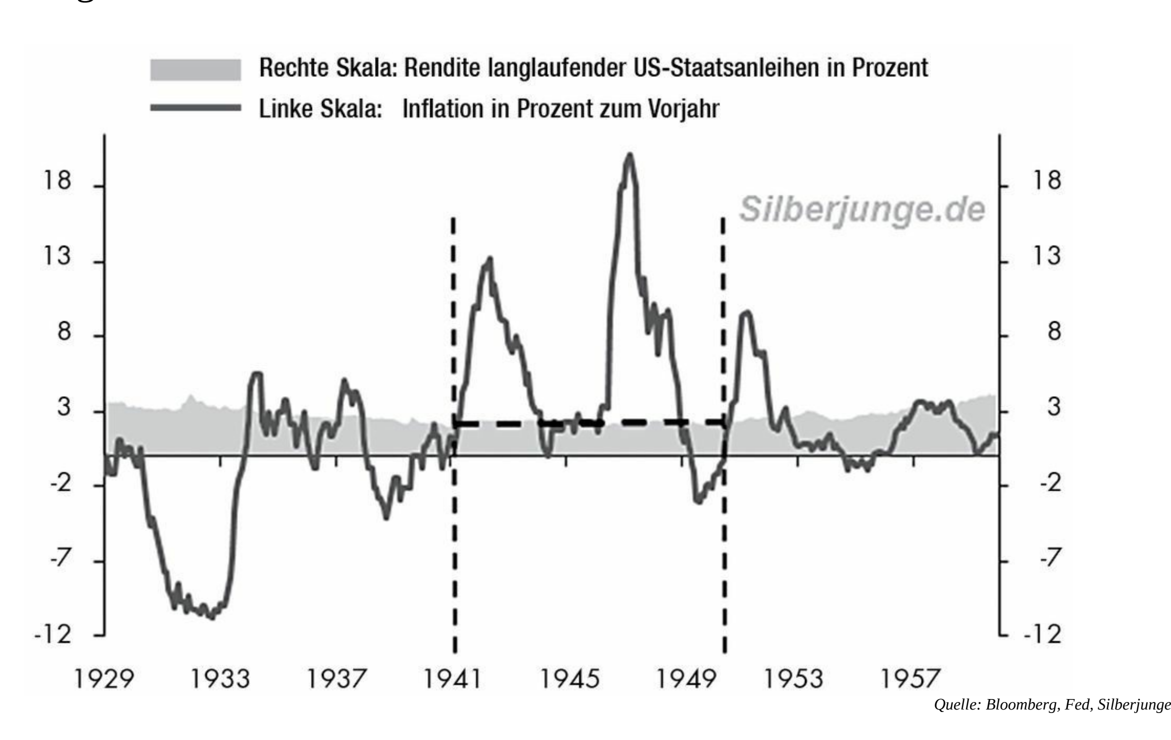
»Finanzielle Repression«, ein Zauberwort in Insiderkreisen der Finanzwelt, soll die Wahrscheinlichkeit einer Flucht aus dem System im Falle von Inflation reduzieren. Denn wenn der Inflationszug Fahrt aufnimmt, fliehen die Menschen ganz natürlich aus allen Papiergeldforderungen wie Bankeinlagen, Anleihen und Bargeld in Sachwerte. Dann gilt: »Sachwert schlägt Geldwert«. Schauen wir uns an, wie die Vereinigten Staaten von Amerika über »finanzielle Repression« dieses Konzept schon einmal anwandten:

- 1933 setzte Regulation Q einen Maximalzins für Bankguthaben fest, wobei die Verzinsung von Sichteinlagen verboten war. Ziel war die Unterbindung ruinöser Konkurrenzkämpfe und die Verhinderung einer steigenden Risikobereitschaft der Banken. Erst 1980 wurde mit dem Depository Institutions Deregulation and Monetary Control Act eine stufenweise Aufhebung der Höchstzinsgrenzen bis zum 31. März 1986 eingeleitet.
- Der private Goldbesitz wurde in den USA ab 1. Mai 1933 verboten und galt bis Ende 1974.
- Zwischen 1942 und 1951 gab es eine Deckelung der Rendite langlaufender US-Staatsanleihen von 2,5 Prozent. Das Preisniveau lag im März 1947 stolze 20,2 Prozent über dem Vorjahr. Die Besitzer von US-Staatsanleihen erlitten so einen großen realen Kaufkraftverlust. Zeitgleich lag die Obergrenze für Zinsen auf Bankeinlagen übrigens auch bei 2,5 Prozent.
- Es gab strikte Auflagen, Geld nicht ins Ausland zu schaffen, damit niemand vor den niedrigen Zinsniveaus der Bankeinlagen und

Staatsanleihen fliehen konnte.

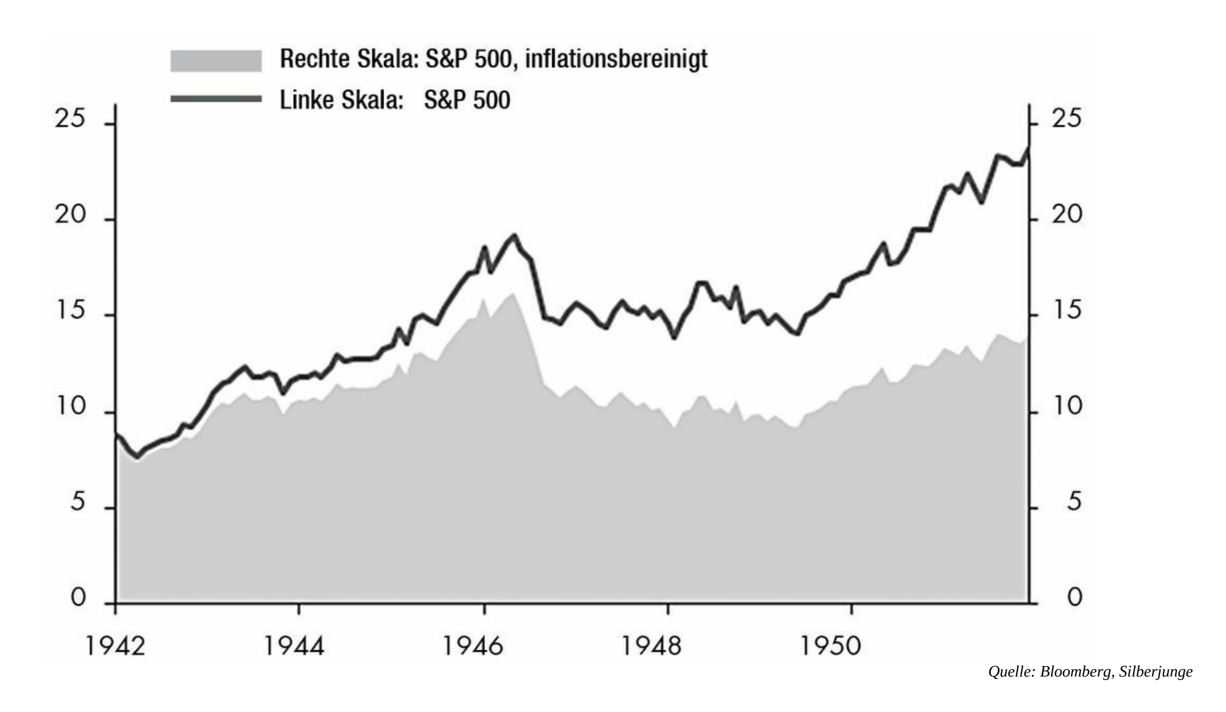
- Zur »Finanziellen Repression« gehört ebenfalls, dass die Regierung Banken und Pensionsfonds Vorgaben macht, Staatspapiere aus Liquiditäts- und Sicherheitsgründen zu halten.

Zwischen 1942 und 1951 waren die Renditen für US-Staatsanleihen bei 2,5 Prozent »gedeckelt«:




*Quelle: Bloomberg, Fed, Silberjunge*

Der US-Aktienindex S&P 500 konnte in der Zeit dieser Renditeobergrenze für Staatsanleihen und Bankeinlagen Schutz vor der Geldentwertung bieten. Da der S&P 500 ein Kursindex ist, müssen Dividendenzahlungen in diesen Jahren sogar noch addiert werden. Sie stehen bedauerlicherweise für diesen Zeitraum nicht zur Verfügung:




*Quelle: Bloomberg, Silberjunge*

Für jeden freiheitsliebenden Bürger überstieg die Infamie des US-Staates sicherlich jede Fantasie des Jahres 1932. Es war eine Zeit der finanziellen Unfreiheit. Wer hätte damals ein Goldverbot oder Obergrenzen für die Zinsen auf Bankguthaben und US-Staatsanleihen für möglich gehalten? Aktien waren in dieser Zeit eine einigermaßen sichere Bank. Sie daher heute zu verteufeln wäre gefährlich und falsch.

## 10 | 2 Was EZB-Chef Draghi will und was wahrscheinlich ist

Am 26. Juli 2012 sagte Mario Draghi bei einer Investorenkonferenz in London, die EZB werde »alles Notwendige tun« (»whatever it takes«), um den Euro zu erhalten. »Und glauben Sie mir, es wird genug sein.« Diese Worte schlugen an den Kapitalmärkten wie ein Blitz ein. Die Renditen der 10-jährigen Staatsanleihen Spaniens hatten am 25. Juli 2012, also einen Tag vor der Rede Draghis, noch ein Renditehoch von 7,751 Prozent gesehen. Steigen die Renditen dieser Anleihen, fallen die Kurse, in diesem Fall ins Bodenlose. Eine bis 31. Januar 2024 laufende Staatsanleihe Spaniens mit einem Zinskupon von 4,8 Prozent, also einer jährlichen Zinsausschüttung von 4,8 Euro je 100 Euro Nominalbetrag der Anleihe, fiel am 24. Juli 2012 auf nur noch 78,995 Euro je 100 Euro Nominalbetrag. Ende 2016 lag der Kurs dieser Anleihe dank Draghi bei 126,97 Euro je 100 Euro Nominalbetrag.

Draghis Worte allein bewirkten diesen wundersamen Renditerutsch jedoch nicht. Ende 2016 besaß die EZB Anleihen im Wert von 1659 Milliarden Euro, die 15,5 Prozent des Euroland-Bruttoinlandsprodukts entsprechen. Ende Mai 2017 sind es bereits 2002 Milliarden Euro an Anleihen, die die EZB erworben hat. Damit besitzt die Zentralbank Eurolands rund 12 Prozent aller ausstehenden Anleihen der Staaten, Banken und Unternehmen des Währungsraums. Bis Ende 2017 sollen monatlich noch 60 Milliarden Euro hinzukommen, sodass es dann rund 2422 Milliarden Euro sein werden.

Die Deutsche Bundesbank ermittelt täglich die Umlaufsrendite. Sie errechnet die gewogene durchschnittliche Rendite aller öffentlichen Wertpapiere (Bundesanleihen, Landesschatzanweisungen etc.) mit einer Emissionslaufzeit von mindestens 4 Jahren und einer Restlaufzeit von mindestens 3 Jahren. Am 6. Juli 2016 lag diese Umlaufsrendite bei sage und schreibe minus 0,29 Prozent. Nie zuvor gab es vor den Staatsanleihenkäufen der EZB eine negative Umlaufsrendite, schon gar nicht zu Zeiten der Deutschen Bundesbank.




*Quelle: Bloomberg, Daten bis Mai 2017*

Negativzinsen sind so, als wenn der Reiter das Pferd tragen würde. Der Tabelle auf Seite 183 oben ist zu entnehmen, dass der italienische Finanzminister selbst bei einer Begebung einer 2-jährigen italienischen Staatsanleihe sogar noch pro Jahr 0,22 Prozent erhält. Bei 1 Milliarde Euro sind das im Jahr immerhin 2 240 000 Euro, die der Staat Italien von den Investoren bekommt. Niemals zuvor gab es in der Menschheitsgeschichte Negativzinsen, und noch vor wenigen Jahren hätte kein Volkswirt sie für möglich gehalten. Nur die Schweiz hatte mit Negativzinsen in den 1970er-Jahren Erfahrungen gemacht, um ausländisches Kapital abzuschrecken. Diese galten damals jedoch nur für ausländische Fluchtgelder und waren einfach zu umgehen. Die Maßnahmen blieben so weitgehend wirkungslos und wurden bereits 1978 wieder eingestellt.

| Rendite | 1 J. | 2 J. | 3 J. | 4 J. | 5 J. | 6 J. | 7 J. | 8 J. | 9 J. | 10 J. |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Deutschland | -0,76 | -0,72 | -0,70 | -0,58 | -0,45 | -0,32 | -0,20 | -0,05 | 0,09 | 0,27 |
| Frankreich | -0,55 | -0,52 | -0,51 | -0,38 | -0,20 | -0,06 | 0,11 | 0,34 | 0,53 | 0,70 |
| Österreich | -0,58 | -0,60 | -0,51 | -0,40 | -0,30 | -0,21 | -0,08 | 0,13 | 0,27 | 0,56 |
| Belgien | -0,56 | -0,57 | -0,51 | -0,41 | -0,26 | -0,14 | 0,09 | 0,29 | 0,46 | 0,64 |
| Finnland | -0,37 | -0,66 | -0,61 | -0,50 | -0,29 | -0,23 | -0,05 | 0,01 | 0,23 | 0,33 |
| Niederlande | -0,72 | -0,67 | -0,62 | -0,51 | -0,38 | -0,17 | -0,01 | 0,17 | 0,32 | 0,49 |
| Italien | -0,33 | -0,22 | 0,14 | 0,37 | 0,91 | 1,19 | 1,62 | 1,84 | 2,04 | 2,25 |
| Spanien | -0,36 | -0,27 | -0,10 | 0,02 | 0,32 | 0,49 | 0,87 | 1,13 | 1,36 | 1,55 |
| Schweden | -0,65 | -0,70 | -0,57 | -0,45 | -0,17 | -0,06 | 0,06 | 0,25 | 0,09 | 0,43 |
| Schweiz | -0,92 | -0,90 | -0,80 | -0,73 | -0,63 | -0,55 | -0,44 | -0,34 | -0,26 | -0,17 |
| Japan | -0,16 | -0,14 | -0,14 | -0,12 | -0,11 | -0,09 | -0,08 | -0,04 | 0,00 | 0,05 |
| Australien | 1,55 | 1,56 | 1,64 | 1,78 | 1,91 | 2,01 | 2,15 | 2,25 | 2,32 | 2,37 |
| Kanada | 0,66 | 0,71 | 0,77 | 0,86 | 0,94 | 1,04 | 1,14 | 1,23 | 1,32 | 1,41 |
| Großbritannien | 0,11 | 0,09 | 0,16 | 0,23 | 0,47 | 0,58 | 0,70 | 0,82 | 0,92 | 1,02 |
| USA | 1,16 | 1,29 | 1,42 | 1,57 | 1,71 | 0,13 | 1,97 | 2,03 | 2,09 | 2,16 |

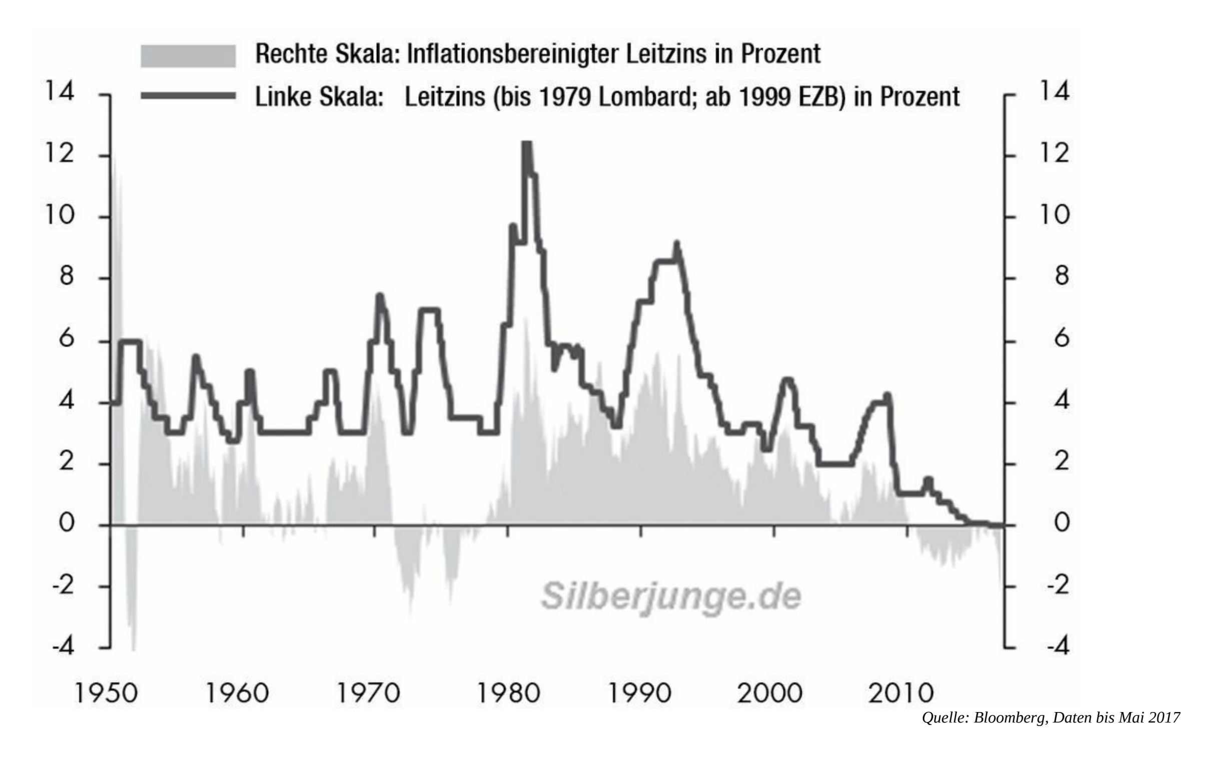
*Quelle: Bloomberg, Daten per 6. Juni 2017*

Mario Draghis gigantische Staatsanleihenkäufe dienen vor allem der Staatsfinanzierung. Die Staaten müssen nur noch geringe Zinsen für neu begebene Staatsanleihen zahlen. Der Chefvolkswirt der Deutschen Bank, David Folkerts-Landau, sprach in der *Welt* im Artikel »Naive Geldpolitik erstickt Reformen im Keim« am 29. September 2016 von mangelnden Reformen der Arbeitsmärkte sowie der Rechts-, Sozial- und Steuersysteme. Der Grund für die Untätigkeit ist seines Erachtens: »Und die Regierungen haben nicht gehandelt, weil die extrem lockere Geldpolitik der EZB und insbesondere ihr Versprechen, zu tun ›whatever it takes‹, Untätigkeit zur kurzfristig attraktiven Option gemacht haben.« Recht hat er damit. Klagen allein hilft jedoch nicht. Draghi verschafft den Staaten Luft, wie die folgenden Daten zeigen. Die Staaten müssen immer weniger Zinsen auf ihre Staatsschulden zahlen, obwohl sie so tief wie nie zuvor in der Kreide stehen.

| **Euroland Zinsausgaben** | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|
| | **2018** | **2017** | **2016** | **2012** | **2008** |
| in Mrd. € | 225,6 | 228,2 | 235,3 | 296,8 | 282,8 |
| in % Schulden | 2,3 | 2,3 | 2,4 | 3,5 | 4,6 |
| **Euroland Staatsbudget (- = Defizit)** | | | | | |
| | **2018** | **2017** | **2016** | **2012** | **2008** |
| in Mrd. € | – 151 | – 152 | – 166 | – 358 | – 208 |
| in % des BIP | – 1,3 | – 1,4 | – 1,5 | – 3,6 | – 2,2 |
| **Euroland Gesamtverschuldung** | | | | | |
| | **2018** | **2017** | **2016** | **2012** | **2008** |
| in Mrd. € | 10 169 | 9 992 | 9 819 | 8 994 | 6 609 |

| in % des BIP | 89 | 90,3 | 91,3 | 91,4 | 68,6 |
|---|---|---|---|---|---|

»Wir werden das tun, was wir tun müssen, um die Inflation und die Inflationserwartungen so schnell wie möglich zu erhöhen, wie unser Mandat zur Gewährleistung für Preisstabilität verlangt«, erklärte Mario Draghi am 22. November 2014 vor rund 400 Bankern in Frankfurt beim Europäischen Bankenkongress. Dazu hat er nicht nur Staatsanleihen, Pfandbriefe und sogar Unternehmensanleihen gekauft. Der Leitzins der EZB wurde im September 2014 auf 0,05 Prozent und im März 2016 auf 0,00 Prozent. gesenkt. Im folgenden Chart für Deutschland ist bis 1979 der Lombardzins der Deutschen Bundesbank, danach bis Ende 1998 der Leitzins der Deutschen Bundesbank und seit 1999 der Leitzins der EZB nominal und inflationsbereinigt, also nach Abzug der Inflation, zu sehen. Im Mai 2017 liegt die Inflation in Deutschland bei +1,4 Prozent zum Vorjahr, sodass der reale, der inflationsbereinigte Leitzins bei – 1,4 Prozent liegt (Leitzins 0 Prozent – Inflation von 1,4 Prozent). Niemals zuvor lag der Leitzins bei 0 Prozent, auch wenn er aufgrund sehr hoher Inflation von Juni 1971 bis August 1973 und sehr stark 1975 nach Abzug der Inflation negativ war.



*Quelle: Bloomberg, Daten bis Mai 2017*

Hauptleidtragender ist dabei der deutsche Sparer. Auf Deutschland entfallen rund 29 Prozent aller Bankeinlagen in Euroland, gefolgt von Frankreich mit

19 Prozent, Italien mit 14 Prozent und Spanien mit 12 Prozent. Im Gegenzug hat die deutsche Volkswirtschaft die niedrigste Gesamtverschuldung Eurolands, wenn wir die Schulden des Staates, der privaten Haushalte und der Unternehmen außerhalb des Finanzsektors betrachten. Mitte 2016 waren es nur 176 Prozent des Bruttoinlandsprodukts im Vergleich zu 281 Prozent für Frankreich, 268 Prozent für Spanien, 300 Prozent für die Niederlande, 322 Prozent für Portugal und 338 Prozent für Belgien. Deutschland ist also kaum Nutznießer auf der Schuldenseite durch billige Kreditzinsen und Hauptleidtragender über entgehende Zinseinnahmen auf der Guthabenseite. Für den »Schulden-Schlendrian« der Krisenländer hat Deutschland am meisten aufzukommen. So schafft die Europäische Zentralbank eine Transferunion in Euroland in ihrer ureigenen Weise.

## 10 | 3 Draghi als Totengräber der Sparkassen und Volksbanken?

Deutschland ist übrigens noch an einer anderen Stelle Hauptbetroffener. Nach Angaben der EZB ist die Ineffizienz deutscher Banken am größten. Ihre Kosten liegen im Durchschnitt bei 73 Prozent der Erträge. Auf 100 Euro Nettoertrag kommen Kosten von 73 Euro. Die deutschen Banken sind hier Negativ-Spitzenreiter. Das *Handelsblatt* berichtete am 7. Dezember 2016 darüber, dass laut einer Studie der Unternehmensberatung Bain & Company die deutschen Geldhäuser mit einer Eigenkapitalrentabilität von 2,3 Prozent im Jahre 2015 weniger verdienen als ihre internationalen Konkurrenten. Die Sparkassen rangieren mit 1,6 Prozent sogar am Ende. Deutsche Banken sind extrem abhängig vom Zinsüberschuss. 73 Prozent der Erträge kommen in Deutschland aus dem Zinsgeschäft, in den USA sind es 63 Prozent, in Frankreich und Großbritannien nur 50 Prozent. Das Zinsgeschäft meint, dass die Banken Bankeinlagen von ihren Kunden entgegennehmen und diese dann über den Kauf von Wertpapieren oder die Vergabe von Krediten gewinnbringend anlegen. Wenn die Zinserträge aus diesen Wertpapieren und Krediten die Zinsaufwendungen für die von Kunden entgegengenommenen Gelder übersteigen, spricht man vom Zinsüberschuss. Da die deutschen Banken von den Zinserträgen ihrer Anlagen am Wertpapiermarkt und in Form von Krediten leben, leiden sie besonders unter Draghis Negativzinsen.

Ich befürchte, dass Draghi zum Totengräber der deutschen Sparkassen und Volksbanken wird. Der Vorteil beider Institutsgruppen lag bislang in ihrer Ortsverbundenheit und Kundennähe. Die großen Fusionen sorgen für immer größere Einheiten. Am Ende drohen nur noch eine riesige Sparkasse und eine riesige Volksbank übrig zu bleiben. Dieser Konzentrationsprozess ist vielleicht im Sinne eines Mario Draghi, der ja für Goldman Sachs im Dienst stand. Die Großbanken dürften sich über die Entwicklung freuen.

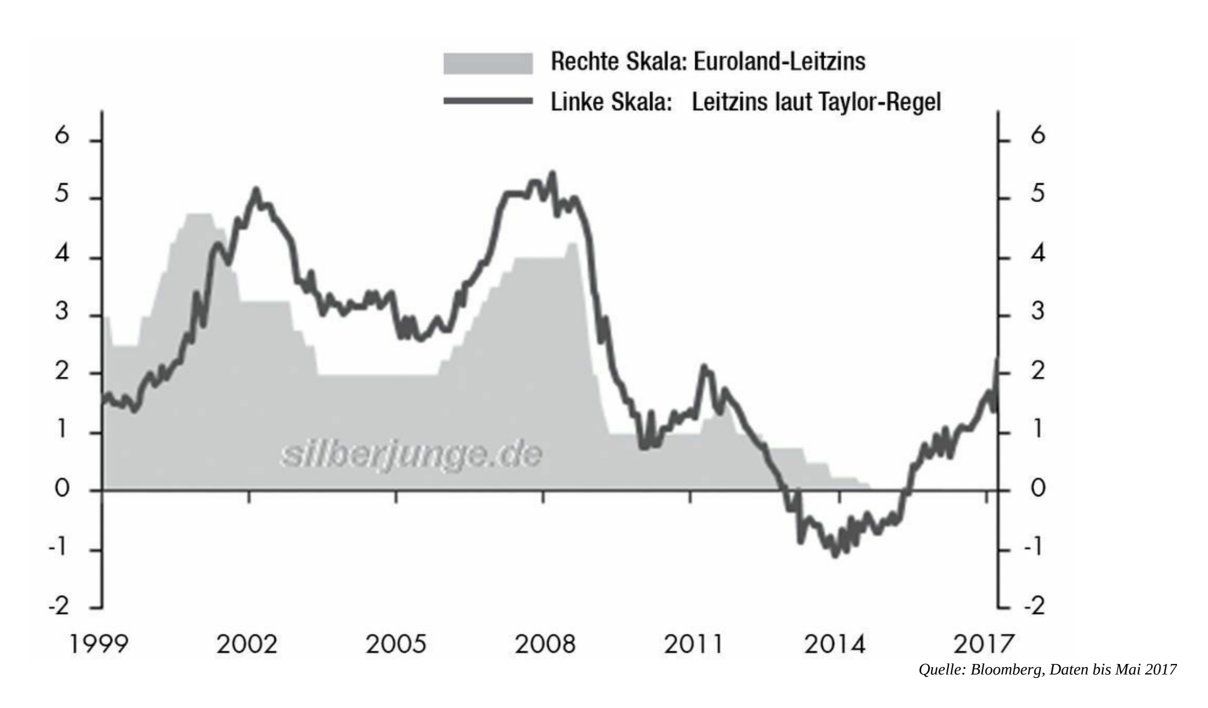
### EZB wird auf Inflationskurs bleiben

*Der Spiegel* titelte am 12. Mai 2017: »Wende in der Geldpolitik: EZB will Anleihenkäufe reduzieren«. Das Nachrichtenmagazin beruft sich auf Quellen

aus der Notenbank, und die Überschrift klingt für deutsche Sparer nahezu verheißungsvoll. Doch Vorsicht ist mehr als angebracht. Mario Draghi hat mit seinen gigantischen Anleihenkäufen die Kurse all dieser Staatsanleihen und Unternehmensanleihen in die Höhe getrieben. Der Volksmund würde hier wohl klar und berechtigt von Mondpreisen sprechen. Diese Preisblase am Anleihenmarkt darf Draghi nicht anstechen, ohne dass es zu einer unkontrollierten Kettenreaktion im Finanzsystem kommt. So berichtet *Der Spiegel* auch nur darüber, dass bis Ende 2017 weiterhin 60 Milliarden Euro im Monat für Wertpapierkäufe ausgegeben werden sollen und dann schriftweise, in Stufen von 10 oder 20 Milliarden Euro, diese monatliche Kaufsumme reduziert werden soll. Eines ist dabei so sicher wie das Amen in der Kirche: Käme es zu Turbulenzen und zu neuen Herausforderungen, wäre die EZB sicherlich ganz flexibel und würde die Kaufbeträge schnell wieder hochsetzen.

Ich muss noch mehr Wasser in den Wein gießen. *Der Spiegel* berichtet im gleichen Artikel: »Erst Ende 2018 will die EZB bei Bedarf die Leitzinsen wieder anheben.« Der Nullzins wird uns also noch eine Weile erhalten bleiben. Kennen Sie in diesem Zusammenhang die Taylor-Regel? Mit ihr wird der optionale Zinssatz der Notenbank aus einer Formel mit nur zwei Variablen berechnet: der Abweichung vom potenziellen Wachstum sowie der Abweichung der tatsächlichen Inflation vom Inflationsziel. Benannt wurde sie nach ihrem Erfinder, dem US-Ökonomen John B. Taylor. Laut einem Berechnungs-Tool der Nachrichtenagentur *Bloomberg* müsste der Leitzins in Euroland demnach im April 2017 bei 2,25 Prozent liegen, aber er verharrt bekanntlich bei 0 Prozent. In Schweden beträgt der Leitzins sogar minus 0,5 Prozent, obwohl nach der Taylor-Regel ein Leitzins von 3,8 Prozent angebracht wäre. Die Differenz liegt hier bei 4,3 Prozent. Schweden zeigt uns, dass der Leitzins von minus 0,5 Prozent trotz anziehender Inflation (im April 2017 +1,9 Prozent), wachsender Schulden der privaten Haushalte (im April 2017 +7,1 Prozent zum Vorjahr) und stark steigender Immobilienpreise (erstes Quartal 2017 +8,2 Prozent zum Vorjahr) nicht erhöht wird. Dies ist die Saat für die nächste Krise. Schwedens Gesamtschulden – Staat, private Haushalte, Unternehmen außerhalb des Finanzsektors – lagen 1970 bei 139 Prozent, 1980 nahezu unverändert bei 137 Prozent, stiegen bis 1990 auf 188 Prozent, erreichten Ende 2000 dann 200 Prozent und notierten Mitte 2016 bei stolzen 273 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Das Land badet mithin in einem Meer von Schulden, ähnlich also wie Euroland, sodass steigende

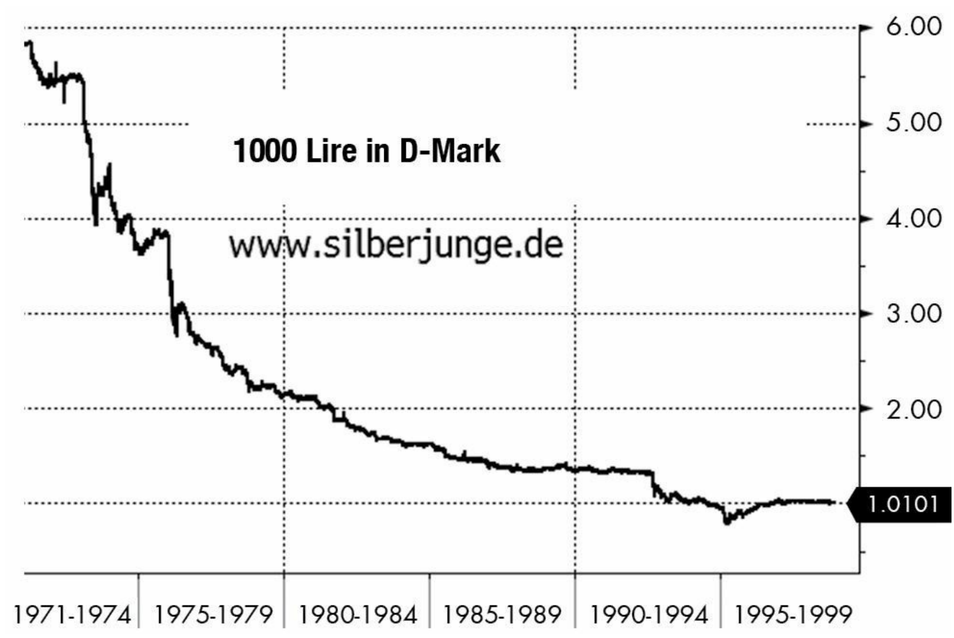
Zinsen gescheut werden.




*Quelle: Bloomberg, Daten bis Mai 2017*

## 10 | 4 Target2 hält den »Euro-Laden« zusammen

Die Zentralbanker haben mit Target2 – in weiser Voraussicht – alle Wege dafür geebnet, dass Euro-Mitgliedstaaten über ihre Verhältnisse leben können. Was ist Target2? Es ist ganz einfach. Stellen wir uns vor, dass die Deutschen in Italien keinen Urlaub mehr machen. Die Italiener nehmen aus dem Tourismusgeschäft weniger ein. Dennoch kaufen die Italiener weiterhin deutsche Autos. Kapital fließt also aus Italien ab. Dann ziehen zusätzlich Deutsche aus Sorge um Italiens Zahlungsfähigkeit Gelder ab, die sie bislang in Staatsanleihen Italiens oder in Aktien der Unternehmen des Landes angelegt hatten. Es kommt zum Kapitalabzug. Auch reiche Italiener vertrauen immer weniger ihrem Staat und legen das Geld lieber in deutschen Staatsanleihen, auf Bankkonten deutscher Banken oder in deutschen Immobilien an. Folge: Es kommt durch all diese Beispiele zu Kapitalabzug aus Italien und einem Kapitalzufluss nach Deutschland.

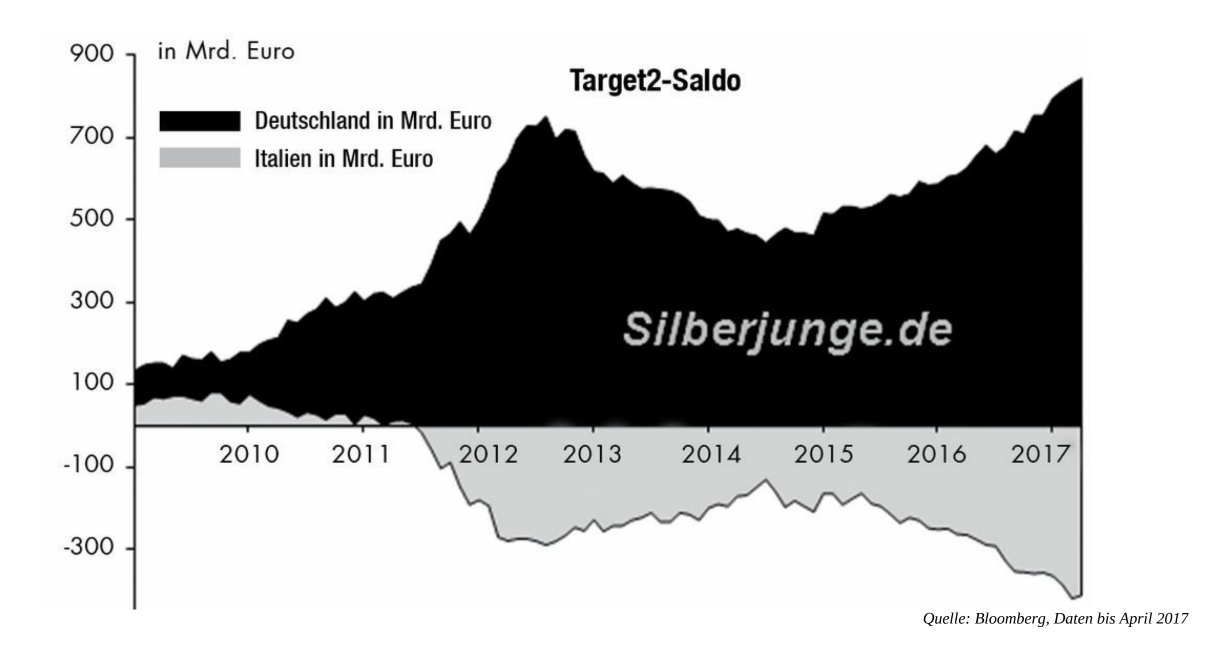



*Quelle: Bloomberg, Silberjunge*

Gäbe es nicht den Euro, würde die frühere Währung Italiens, die italienische Lira, massiv an Wert verlieren. Eine drastische Abwertung der Lira wie 1992 wäre die Folge. Am 16. September 1992 verloren das Britische Pfund und die

Italienische Lira rund 15 Prozent gegenüber der D-Mark an einem Tag. Bis Mai 1993 ging die Abwertung weiter, wie im Chart zu sehen ist. Fixiert wurde der Wechselkurs der Lira zur D-Mark ab 1999 auf 1,0101019 D-Mark für 1000 Lire. Noch Anfang 1971 gab es fast 6-Mark für 1000 Lire.

Durch den Euro kann Italiens Währung nicht abwerten. Das Kapital fließt aus Italien ab, aber es gibt keine Probleme – Target2 sei Dank. Die Deutsche Bundesbank baut im Rahmen des Target2-Systems einfach höhere Forderungen gegenüber der Europäischen Zentralbank von zuletzt 754 Milliarden Euro auf, während die italienische Zentralbank immer höhere Schulden gegenüber der EZB von zuletzt 359 Milliarden Euro aufweist. Angenommen, ein Italiener kauft ein deutsches Auto, dann wird sein Bankkonto bei der italienischen Geschäftsbank belastet, diese überweist den Betrag an die Zentralbank Italiens, dort wird das Konto der Bank belastet und der Betrag an die EZB überwiesen, von dort an die Deutsche Bundesbank, die den Betrag einer Bank in Deutschland gutschreibt mit einem Kunden, der das Auto an den Italiener verkaufte. Käme es zu einem Euro-Zerfall, wäre die Werthaltigkeit der Forderungen der Deutschen Bundesbank an die EZB im höchsten Maße fraglich. Durch Target2 türmen sich unkalkulierbare Risiken für Deutschland auf, und kein Politiker spricht darüber.




*Quelle: Bloomberg, Daten bis April 2017*

## 10 | 5 Was kann trotz allem den Euro-Zerfall auslösen?

Am 14. Dezember 2016 gab der Unternehmensberater Roland Berger im *Handelsblatt* auf Seite 16 ein Interview mit dem Titel »Wir sollten aus dem Euro austreten«. Berger sprach davon, Europa sei in einem katastrophalen Zustand, und nur radikale Schritte statt »Durchwursteln« könnten die Krise lösen. Der Kernsatz: »Wir sollten nicht so sehr darüber nachdenken, ob Griechenland zu retten ist, sondern ob es nicht viel logischer wäre, wenn Deutschland den Euro-Raum verließe.« Berger spricht jedoch in dem Interview auch aus, dass wir Deutschen aus »politisch-historischen Gründen« einen radikalen Schnitt nie wagen würden. Damit dürfte er wohl den Nagel auf den Kopf treffen.

Für die Rückkehr der Inflation, die sogenannte Reflationierung, sind die Weichen gestellt. Die Anleihenkäufe der EZB senken die Zinskosten für die Staaten und machen so die hohen Staatsschulden auf Kosten der Sparer erträglich. Die große Frage ist, ob die Bevölkerungen in den Krisenstaaten noch ausreichend lange stillhalten. Der Chefvolkswirt der Deutschen Bank schreibt in dem bereits erwähnten Artikel »Naive Geldpolitik erstickt Reformen im Keim« am 29. September 2016 in der *Welt:* »Die existenzielle Krise des Währungsraums wird an der Erosion der politischen Mitte deutlich. Der Brexit zeigt, dass dies zur Spaltung führen kann. Die Unzufriedenheit wurzelt in der Not der Arbeitslosen und in den stagnierenden Einkommen – ähnlich der Krise der 30er-Jahre.« In Italien wächst die Kritik an der EU und der gemeinsamen Währung zusehends. 65 Prozent der Spanier, 66 Prozent der Franzosen, 92 Prozent der Griechen und 68 Prozent der Italiener sind nach einer Umfrage des Pew Research Center aus dem Frühjahr 2016 mit der EU-Wirtschafts- und – Sparpolitik unzufrieden. Wenn die Bevölkerungen aufbegehren, drohen Dammbrüche.

Die enttäuschende Entwicklung Italiens ist überall sichtbar. Bei der Industrieproduktion hat sich das Land von den Tiefs nach der Weltwirtschaftskrise 2008/09 kaum gelöst. Die Einzelhandelsumsätze liegen im April 2017 praktisch auf dem Niveau von August 2015. Beim Bruttoinlandsprodukt hält das Land unter den großen betrachteten Staaten die

rote Laterne in der Hand. Zwischen Ende 2011 und Ende 2016 fielen die Immobilienpreise in Italien noch dazu um rund 15 Prozent. Die inflationsbereinigten verfügbaren Einkommen lagen überdies laut OECD in Italien 2015 deutlich unter den Niveaus von 1999. Das alles erläutere ich mit vielen Charts in meinem Video *Euro-Kollaps?*, das Sie in meinem YouTube-Kanal »Silberjunge« finden. Hier nur einmal der Vergleich von Industrieproduktion und Einzelhandelsumsätzen. Italien ist der kranke Mann Europas:

| | Industrieproduktion | | Einzelhandelsumsätze | |
|---|---|---|---|---|
| | Euroland | Italien | Euroland | Italien |
| 2005 | 100,0 | 100,0 | 100,0 | 100,0 |
| 2008 | 93,3 | 90,0 | 102,9 | 97,3 |
| 2012 | 97,3 | 82,8 | 98,4 | 91,7 |
| 2017 | 103,3 | 85,6 | 107,8 | 93,5 |

## Bankenkrise Italiens kein Wunder

Dass 2016 das Jahr der Bankenkrise Italiens wurde, kann angesichts der geschilderten Fakten nicht verwundern. Fallende Immobilienpreise, hohe Arbeitslosigkeit und die Entwicklung der Reallöhne sorgen allesamt dafür, dass es um die Schuldendienstfähigkeit der Schuldner italienischer Banken nicht zum Besten bestellt ist. Die vom Zahlungsausfall des Schuldners (Konkurs von Unternehmen, Pleite von Privatpersonen) bedrohten Kredite italienischer Banken erreichten 2016 eine Summe von 360 Milliarden Euro. Von 84 Milliarden Euro im Jahre 2008 und 132 Milliarden Euro 2009 ging es in jedem Jahr weiter nach oben auf 327 Milliarden 2014 und 341 Milliarden Euro 2015. Schon Anfang 2016 schrieb ich darüber, dass viele Besitzer von Bankanleihen (nicht nur Nachranganleihen, die bei einem Bankkonkurs im Range nachgehen) bereits bluten mussten. Die Bankanleihen wurden wertlos. Zum Jahreswechsel 2016/17 musste der italienische Staat der ältesten Bank der Welt, der Monte dei Paschi, mit 4,6 Milliarden Euro direkt unter die Arme greifen und mit 2 Milliarden Euro 42 000 Kleinanleger entschädigen, deren nachrangige Anleihen im Zuge der Rettung in Aktien umgewandelt werden. Eigentlich sollte es Staatshilfen für Banken nur noch geben, wenn die Gläubiger der Bank selbst mit 8 Prozent der Bilanzsumme in die Haftung genommen wurden.

## Bail-in aus Angst vor dem Wähler außer Kraft gesetzt

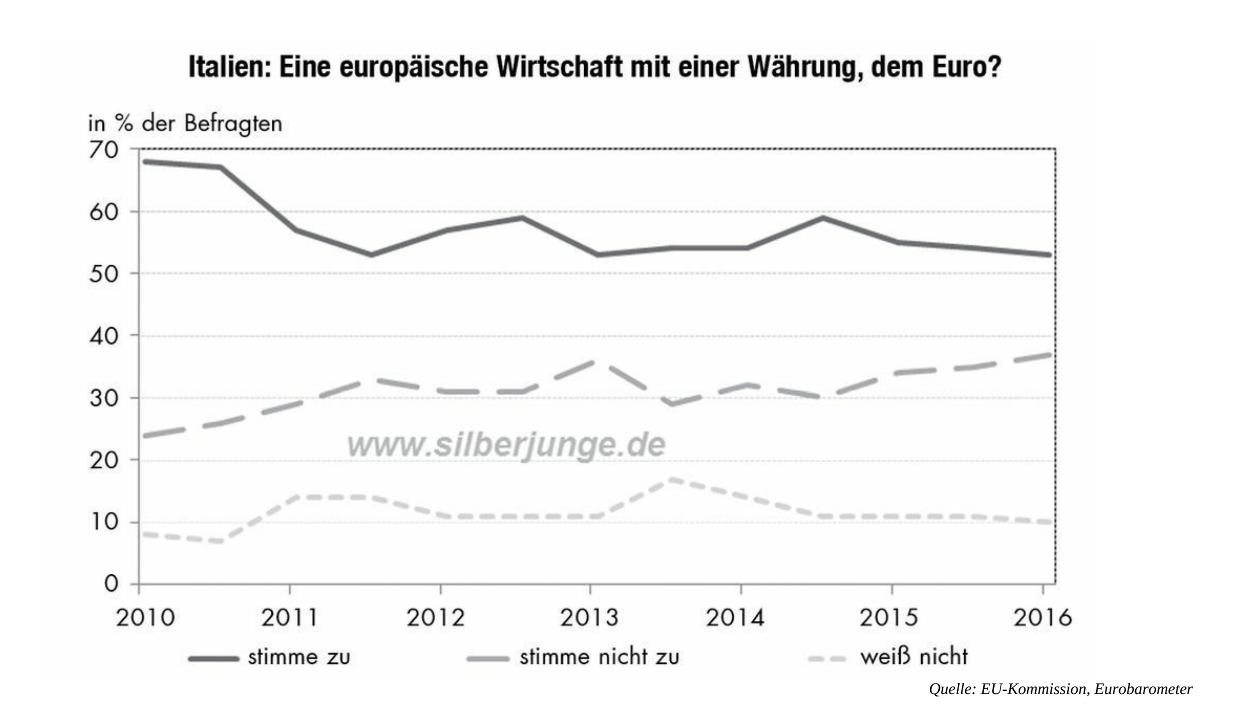
Die Bail-in-Bestimmungen traten zum 1. Januar 2016 in Euroland in Kraft. Gemeint ist die EU-Abwicklungsrichtlinie. Demnach müssen mindestens 8 Prozent bestimmter Bankverbindlichkeiten herunter- oder abgeschrieben werden. Aktionäre müssen bluten wie die Besitzer von Anleihen, zunächst vor allem Nachranganleihen wie auch danach normale Bankschuldverschreibungen. Am Ende müssen sogar die Halter großer Spareinlagen ab 100 000 Euro bei Alleinstehenden und 200 000 Euro bei Verheirateten pro Kreditinstitut dran glauben. 2013 führte die Regelung in Zypern bei großen Bankeinlagen zu massiven Vermögensvernichtungen, und Ende 2015 waren vier italienische Banken in der Toskana betroffen. Bei Monte dei Paschi wären mehr als 150 000 private Anleger betroffen, und aus Angst vor Protesten hat die Regierung alles an eine staatliche Rettung gesetzt. Die Ausnahmegenehmigung durch die EU-Kommission zeigt, dass notfalls vorher gefeierte neue Gesetze gebrochen werden. Bei einer großflächigen Bankenkrise ist das System jedoch schnell überfordert, und auch die gesetzlich geschützten 100 000 Euro je Kunde einer Bank sind dann nicht sicher.

## Neuwahlen in Italien als Damoklesschwert für den Euro

Der Unmut in Italien über die Europäische Union und den Euro nimmt zu. Italiens ehemaliger Regierungschef Renzi ließ die Rendite 10-jähriger italienischer Staatsanleihen mit einer Aussage Ende Mai 2017 steigen. Er stellte fest, Italien solle im Herbst 2017 zeitgleich mit Deutschland ein neues Parlament wählen, also am 24. September 2017. Die Fünf-Sterne-Bewegung, die ein Referendum über den Euro-Verbleib anstrebt, liegt gleichauf mit den regierenden Sozialdemokraten bei etwas unter 30 Prozent. Verfolgen wir daher die Entwicklung der Umfragen für die nächsten Parlamentswahlen in Italien mit Argusaugen. Die beste Übersicht wird uns unter folgendem Link geboten: *https://en.wikipedia.org/wiki/Opinion_polling_for_the_next_Italian_general_election*.

Wie die Wahl in Italien – ob am 24. September 2017, wie Renzi will, oder regulär im Frühjahr 2018 – den Euro-Kritikern Auftrieb gibt, bleibt abzuwarten. Im November 2016 sprachen sich laut dem Eurobarometer der EU-Kommission 37 Prozent der Italiener gegen eine gemeinsame Währung

im Euro-Wirtschaftsraum aus, aber noch immer votieren 53 Prozent für den Euro.




*Quelle: EU-Kommission, Eurobarometer*

## 10 | 6 Welche Vorsorge müssen wir für einen Euro-Zerfall treffen?

In den Banktürmen und Regierungszentralen Europas setzt man nach meinen Erkenntnissen darauf, dass die Euro-Konjunktur weiter anzieht, damit die Arbeitslosenzahl sinkt, die Stimmung der Konsumenten (= Wähler) steigt und die Euro- sowie EU-Proteste damit abklingen. Derzeit halte ich dies für das wahrscheinlichste Szenario, auch wenn die Restrisiken bleiben, vor allem mit Blick auf Italien, aber auch Spanien und andere Krisenstaaten. Kommt es so, wird Schutz gegen Inflation für die Investoren das Thema sein. Dazu später mehr in den Abschnitten zu Anleihen, Aktien, Gold und Silber.

Was müssen wir jedoch für den Fall eines Euro-Zerfalls beachten? Käme es zu einem Austritt Italiens, würden die Schulden der Unternehmen und des Staates, die seit Einführung des Euros am 1. Januar 1999 in Euro aufgenommen wurden, in Euro stehen bleiben. Denn diese Schulden sind in Euro denominiert, wie man in der Fachsprache sagt. Würde Italien also zur Lira zurückkehren, wäre die Lira zunächst sehr, sehr schwach. Es käme zu einer deutlichen Abwertung zum Euro oder zur wieder eingeführten D-Mark, wobei zunächst ein »Rumpf-Euro« fortbestehen sollte. Die Banken und Unternehmen mit hohen Euro-Schulden wären von einer Pleite bedroht. Denn sie müssten die Euro-Schulden zurückzahlen und hätten als Einnahmequelle nur noch eine sehr schwache Lira. Nicht alle Unternehmen würden, insbesondere bei hohen gegenwärtigen Euro-Schulden, das im Falle eines Euro-Austritts Italiens kommende Blutbad überleben.

Eine wieder einzuführende Italienische Lira im Falle eines Euro-Austritts würde nach Schätzungen um 30 bis 50 Prozent abwerten und somit die in Euro denominierten Schulden zu einer schweren Bürde für die Schuldner machen. Nicht wenige von ihnen dürften unter dieser Last zusammenbrechen.

### Deutsche Investoren sollten daher bedenken:

1. Klären Sie, von welchen Banken und Unternehmen Sie noch Anleihen besitzen.

2. Meiden Sie hoch verschuldete Banken und Unternehmen aus Italien, Spanien und Frankreich. Portugiesische und griechische Schuldner sollten Sie ohnehin nicht mehr in Ihrem Portfolio haben.
3. Viele Unternehmen nutzen beispielsweise die Niederlande aufgrund steuerlicher Vorteile für die Begebung ihrer Anleihen. Stellen Sie sicher, dass die Unternehmen eine Patronatserklärung für diese Töchter in den Niederlanden oder anderswo abgegeben haben. Mit einer Patronatserklärung verpflichtet sich die Muttergesellschaft gegenüber dem Kreditgeber, ihre Tochtergesellschaft jederzeit in den Stand zu versetzen, ihren Verpflichtungen aus den bestehenden Kreditverhältnissen nachzukommen.
4. Schauen Sie sich die Anleihenbedingungen genau an! Lassen Sie sich diese aushändigen. Die Frage ist, ob die in Euro denominierte Schuld in Lira konvertiert werden kann! Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass die griechischen Anleihen mit einer ISIN der Schweiz in der Regel nicht vom Schuldenschnitt betroffen waren, weil kein EU-Recht Anwendung fand. Analog dazu gilt dies auch für Anleihen in US-Dollar nach US-Recht. Dies war ja auch bei der Pleite Argentiniens Ende 2001/2002 von Bedeutung.

Im Abschnitt zu Anleihen zeige ich ohnehin die ungeheuren Risiken von Papiergeldschuldverhältnissen gegenüber Italien auf, sodass es für mich nur heißen kann: »Finger weg!«

## Vorsicht bei Niederlassungen ausländischer Banken

Ein weiterer wichtiger Punkt: Wenn Sie nur bei einer Zweigstelle/Niederlassung einer italienischen Bank oder französischen Bank ein Konto besitzen, ist höchste Vorsicht angebracht. Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, kurz BaFin, sagt: »Im Gegensatz zu Niederlassungen sind Zweigstellen von Banken aus einem anderen EU- oder ERW-Staat nicht selbstständig. Sie haben keine Erlaubnis der BaFin, sondern der jeweiligen ausländischen Aufsichtsbehörde ... Die deutschen Zweigstellen von Banken aus einem anderen EU- oder ERW-Staat (etwa einer Bank aus Österreich) sind zwar über die ausländischen Einlagensicherungssysteme geschützt. Sie als Kunde einer solchen Zweigstelle müssen sich jedoch nicht selbst an die Sicherungseinrichtung im

Ausland wenden, sondern können das Entschädigungsverfahren in Deutschland abwickeln. Sie erhalten die Auszahlung der Entschädigung über die EdB als deutschen Kooperationspartner. Die dafür notwendigen Finanzmittel muss das ausländische Einlagensicherungssystem vor der Auszahlung bereitstellen.« Das Geld muss also vor der Auszahlung von der ausländischen Einlagensicherung überwiesen worden sein. Bei einem Euro-Austritt Italiens, Spaniens, Portugals oder Griechenlands würde ich keinen Pfifferling auf die Deckung durch das dortige Einlagensicherungssystem geben. Hier der Link zur BaFin:

*https://www.bafin.de/ DE/ Verbraucher/ BaFinVerbraucherschutz/ Schieflage/sicherungseinrichtungen_node.html*.

Seit Jahren rate ich dazu, nur Konten bei Sparkassen und Volksbanken zu unterhalten. Bei einer Deutschen Bank sind die Konkursrisiken nach wie vor gegeben und deutlich höher als bei nahezu jeder Sparkasse oder Volksbank. Bedenken Sie bitte die Folgen des Bail-in-Verfahrens. Danach müssen auch Bankeinlagen ab 100 000 Euro je Bankkunde (bei Verheirateten also 200 000 Euro) vor staatlicher Unterstützung für eine Bank herhalten. In Zypern 2013 und bei vier italienischen Banken Ende 2015 wurde die Regelung umgesetzt. Bei der ältesten Bank Monte dei Paschi wurde sie nicht angewandt. Ungefähr 40 000 Kleinsparer besitzen Nachranganleihen der drittgrößten italienischen Bank. Sie wären eigentlich vor einer staatlichen Rettung von einer Haftung ihrer Anleihen betroffen gewesen. Nun wird die Regierung einen 20-Milliarden-Euro-Fonds bilden, um dies zu verhindern. Gesetzestreue und Prinzipientreue sehen anders aus. Politische Verlässlichkeit ist das nicht. Immerhin hatte Bundesfinanzminister Wolfang Schäuble am 6. November 2014 nach der Billigung der Umsetzung der europäischen Bankenunion durch den Deutschen Bundestag erklärt: »Die Steuerzahler haften nicht mehr.«

## Bei Euro-Austritt großer Staaten wird die 100 000-Euro-Bankeinlagen-Garantie schnell Makulatur

Sollten Staaten wie Italien oder Frankreich den Euro verlassen, werden die geringen Mittel der Haftungsfonds der Banken kaum ausreichen, um die gesetzliche Garantie von Bankeinlagen bis 100 000 Euro pro Person einlösen zu können. Wer sich auf diese staatliche Zusicherung heute verlässt, kann schnell verlassen sein.

Von daher sollte jeder abhängig von seinen Vermögens- und

Einkommensverhältnissen eine bestimmte Summe Bargeld außerhalb des Bankensystems vorhalten. Diese Summe ist für einen Euro-Kollaps gedacht, bei dem einige große Banken schnell umfallen könnten. Es ist nicht das wahrscheinliche und schon gar nicht bevorzugte Szenario. Denn bei einem Euro-Crash wird es zunächst ungemütlich. Im folgenden Kapitel erfahren Sie mehr zum Thema Bargeld und mögliche Fluchtwährungen. Halten Sie vor allem kleine Geldscheine, am besten 50-Euro-Scheine.

## Notfallvorsorge

Ich sage stets: »Hope for the best and prepare for the worst«. Hoffen wir das Beste und bereiten uns auf das Schlimmste vor.

Unser Heizöltank wird jedes Jahr gefüllt und reicht für rund 5 Jahre. Ein Notstromdieselaggregat besitzen wir ebenfalls wie jeweils 200 Liter Diesel in unserer Garage für unsere Autos und Lebensmittelvorräte.

Informationen zur persönlichen Notfallvorsorge finden Sie hier:

*http://www.bbk.bund.de/DE/Ratgeber/VorsorgefuerdenKat-fall/Pers-Notfallvorsorge/Lebensmittel/lebensmittel.html*.

Treffen wir solche Vorsichtsmaßnahmen und genießen wir das Leben weiter. Wer jeden Tag Risiken beschreibt und befürchtet, dessen eigene Depression wird früher kommen als die der Weltwirtschaft. Die Inflationierung ist in Euroland unterwegs und kann Erfolg haben. Aber selbst wenn es doch zum Euro-Zerfall käme, gilt für mich: Die Welt wird nicht untergehen.

## 11 | Kapitel

# Weshalb Cash wichtig ist – und welche Währungen infrage kommen

Bargeld ist wichtig für unsere Freiheit und Unabhängigkeit. Genau deshalb will man es uns abnehmen oder zumindest Barzahlungshöchstgrenzen einführen. Ungeachtet dessen empfehle ich Ihnen, eine Cash-Reserve an einem sicheren Platz aufzubewahren, und zwar unbedingt außerhalb der Bank. Denn wenn Sie diese Reserve auf Ihr Girokonto oder Ihr Tagesgeldkonto einzahlen, ist es zwar täglich verfügbar, aber nur so lange, wie das Bankensystem funktioniert. Überdies sind Ihre Reserven in diesem Fall natürlich absolut transparent. Der Fiskus – oder wer immer sich für Ihre Finanzen interessieren mag – braucht nur die Bankauszüge anzufordern. Die Geldinstitute werden einer solchen freundlichen Anfrage schleunigst nachkommen, ansonsten drohen die Behörden schon mal ganz offen mit dem Entzug der Banklizenz.

## 11 | 1 Wie hoch sollten die Cash-Reserven ausfallen?

Ich werde oft gefragt, wie hoch diese Cash-Reserve ausfallen sollte. Das lässt sich nur ganz individuell beantworten. Es hängt natürlich wesentlich von Ihren Einkommens- und Vermögensverhältnissen ab. Wenn jemand über wenige Rücklagen verfügt und mit seinem regelmäßigen Einkommen gerade einmal seinen monatlichen Verpflichtungen nachkommen kann, dann bleiben naturgemäß nicht allzu große Spielräume, um Bargeldrücklagen zu bilden. Ich empfehle, wenn möglich, etwa drei Monats-Nettoeinkommen in bar zurückzulegen. Zu berücksichtigen gilt es darüber hinaus, wie der Betreffende sein Vermögen gestreut hat. Dass man niemals sein gesamtes Vermögen in Sachwerte wie Aktien oder Edelmetalle stecken darf, sollte an und für sich bekannt sein. Dennoch sind solche Fälle nicht selten. Denken Sie immer daran: Kommt der Crash, benötigen Sie Cash. Sie brauchen es, um Ihre Einkäufe finanzieren, Reparaturen bezahlen und die Rechnung an der Tankstelle begleichen zu können. Wer mich kennt, weiß, dass ich ein Fan einer gut durchdachten Edelmetallanlage bin. Doch seien wir realistisch: Ihre Brötchen können Sie kaum mit einer Unze Silber bezahlen. Und nach einem Börsen-Crash Ihre Aktien zu Billigstkursen verkaufen zu müssen, nur um die Reparatur Ihres Autos zahlen zu können, ist ebenfalls keine erstrebenswerte Perspektive. Sie brauchen also Cash, um nach einem Crash vorübergehend Ihren Alltag finanzieren zu können.

Unterstellen wir nun, Sie verfügen über ein liquides Geldvermögen von mehr als 100 000 Euro. In diesem Fall sollte die außerhalb der Bank aufbewahrte Cash-Reserve höher ausfallen, um bei einer Bankenpleite nicht in Mithaftung genommen zu werden, wie dies – wie an anderer Stelle erwähnt – vor einigen Jahren auf Zypern geschehen ist. Bedenken Sie, dass bei einem Euro-Kollaps vorübergehend vor allem die deutschen Banken, die hohe Forderungen gegenüber dem Ausland haben, in existenzbedrohende Krisen geraten können. Die horrenden Forderungen der Deutschen Bundesbank gegenüber der EZB, die im November 2016 sage und schreibe 754 Milliarden Euro ausmachten, könnten sich bei einem Euro-Kollaps in weiten Teilen als

wertlos erweisen – mit unmittelbaren Konsequenzen auch für die deutschen Geschäftsbanken. Dann kann eine Situation eintreten, in der Sie zumindest vorübergehend nicht an Ihr Geld kommen. Auch die Geldausgabeautomaten funktionieren dann nicht mehr. Gut beraten ist also, wer dann eine Bargeldreserve hat.

Vorsicht, Steuerfalle: Bewahren Sie Kontoauszüge über die Barauszahlungen beziehungsweise Auszahlungsquittungen auf. So können Sie bei der Rückführung der Bargeldbeträge in den Wirtschaftskreislauf vermeiden, dass Ihnen das Finanzamt das Halten von Schwarzgeld unterstellt. Überdies empfiehlt es sich, bei Ihrer Bank oder am Geldausgabeautomaten lieber öfter mal kleinere Beträge abzuheben als einmalig eine große Summe Bargeld. Wer kleinere Beträge abhebt, kann glaubwürdiger argumentieren, er habe das Geld für Ausgaben des täglichen Bedarfs gebraucht. Natürlich ist es (zumindest bisher) nicht verboten, eine hohe Summe vom Konto abzuheben. Doch selbst, wenn Sie der ehrlichste Mensch der Welt sind, wird Ihnen das Finanzamt bei einer eventuellen Außenprüfung immer finstere Motive unterstellen. Und der Vorwurf der Geldwäsche klebt schneller an Ihnen, als Sie sich das vielleicht vorstellen können. Für die Steuerbehörden scheint nämlich oft nicht der Rechtsgrundsatz »In dubio pro reo« zu gelten, sondern »In dubio pro fisco«.

Was ebenfalls kaum bekannt ist: Wenn das Finanzamt einem Bürger Steuerhinterziehung oder Geldwäsche vorwirft, gilt dasselbe Prinzip wie bei anderen Straftaten. Das heißt, die Ermittlungsbehörden müssen Ihnen die Tat beweisen (sofern Sie kein Geständnis ablegen). Weil dies im Einzelfall mitunter recht schwierig ist, kommen häufig die sogenannten Deals zwischen den Ermittlungsbehörden und dem Beschuldigten zustande, ganz nach dem Motto: Wer gesteht, darf mit einer deutlich milderen Strafe rechnen. Das alles trifft allerdings nur auf das Steuerstrafrecht zu. Im Steuerrecht haben Sie es mit einer Umkehrung der Beweislast zu tun. Das heißt, Sie müssen zum Beispiel den Nachweis erbringen, woher Sie Ihr Bargeld haben. Heben Sie daher unbedingt alle Unterlagen und Auszahlungsquittungen sorgfältig auf.

## 11 | 2 Was es bei Euro-Scheinen zu beachten gilt

Angenommen, es gibt noch keine Bargeldrestriktionen und Sie entschließen sich daher aus Gründen der Bequemlichkeit, Ihre Cash-Reserven in Euro zu halten. Auch in diesem Fall gilt es einen wichtigen Punkt zu beachten, wenn Sie auf Nummer sicher gehen möchten. Ich empfehle Ihnen, auf Geldscheine mit dem Kennbuchstaben X vor der auf dem Geldschein aufgedruckten Seriennummer zu achten. Der Buchstabe X steht nämlich für Deutschland. Der Geldschein ist zwar in allen Ländern der Europäischen Währungsunion gültig, sein Druck wurde jedoch von der Deutschen Bundesbank in Auftrag gegeben. Weshalb sollten Sie darauf achten? Nun, niemand weiß, ob Länder wie Griechenland oder Italien dauerhaft in der Währungsunion bleiben. Die im Zuständigkeitsbereich der betreffenden Nationalbanken herausgegebenen Geldscheine könnten daher eingezogen oder für ungültig erklärt werden. Besonders gefährdet sind in dieser Hinsicht Banknoten mit dem Buchstaben Y, denn der steht für Griechenland. Auch Scheine mit V, S und M (Spanien, Italien und Portugal) sind mit Vorsicht zu genießen. Am besten, Sie achten darauf, dass Ihre Cash-Reserve nach Möglichkeit nur aus Geldscheinen mit dem Kennbuchstaben X (Deutschland), N (Österreich), L (Finnland) oder P (Niederlande) besteht.

Bei den Euro-Banknoten der zweiten Serie, die sukzessive seit 2013 auf den Markt kommen – zuletzt führte die EZB ab dem Frühjahr 2017 den neuen »Fünfziger« ein –, weisen die neuen Scheine keinen Hinweis mehr auf die Auftrag gebende Zentralbank auf. Die Seriennummern der neuen Euro-Noten beginnen mit zwei Buchstaben, gefolgt von zehn Ziffern. Der erste Buchstabe gibt an, in welcher Druckerei der Geldschein hergestellt wurde. Der Buchstabe R steht zum Beispiel für die Bundesdruckerei Berlin, die Buchstaben W und Y für das renommierte Münchner Unternehmen Giesecke & Devrient. Ein Y hingegen weist darauf hin, dass der Geldschein in Griechenland gedruckt wurde.

## 11 | 3 Welche Alternativen gibt es zum Euro?

Aus verständlichen Gründen sind viele Bürger skeptisch gegenüber dem Euro. Daher werde ich häufig gefragt, welche alternativen Währungen für die Cash-Reserve infrage kommen. Nehmen wir hierzu die klassischen Fluchtwährungen etwas genauer unter die Lupe und beurteilen sie nach den Kriterien Netto-Auslandsvermögen und Leistungsbilanz des hinter der betreffenden Währung stehenden Staates sowie der Kaufkraftparität der jeweiligen Währung. Der Begriff der Kaufkraftparität ist schnell erklärt: Stellen Sie sich einen Korb vor, gefüllt mit fiktiven Waren und Dienstleistungen. Nun schauen wir uns an, bei welchem Wechselkurs des Euros zu einer anderen Währung dieser Warenkorb erschwinglich ist. Müssten Sie in der betreffenden Währung mehr zahlen, wäre das Geld unterbewertet. Müssten Sie hingegen weniger aufwenden, so deutete dies auf eine Überbewertung hin. Wenn wir nun die Währungen der Schweiz, Norwegens, Australiens, Kanadas und Neuseelands nach den genannten Kriterien miteinander vergleichen, so fällt auf, dass zumindest aktuell nur die Schweiz und Norwegen überzeugen können. Gleichwohl wären auch diese Länder aufgrund ihrer engen Bindung zur EU von einer Euro-Krise stark betroffen. Insgesamt weist Norwegen die besten Werte auf, wobei die Norwegische Krone mit Blick auf die Kaufkraftparität deutlich überbewertet ist, allerdings in geringerem Maße als noch 2012/13.

Überblick zur Kaufkraftparität. Der Euro ist derzeit gegenüber allen wichtigen Währungen unterbewertet (CHF = Schweizer Franken; NOK = Norwegische Krone; AUD = Australischer Dollar; NZD = Neuseeländischer Dollar; CAD = Kanadischer Dollar; GBP = Britisches Pfund; JPY = Japanischer Yen):

| **Währung** | **Kaufkraftparität** | **Kurs am 10.7.2017** | **Abweichung in Prozent** |
|---|---|---|---|
| EUR/USD | 1,337 | 1,140 | – 14,7 |
| EUR/GBP | 0,928 | 0,885 | – 4,6 |
| EUR/JPY | 136,413 | 130,040 | – 4,7 |
| EUR/CHF | 1,651 | 1,101 | – 33,3 |
| EUR/NOK | 13,409 | 9,493 | – 29,2 |

| | | | |
|---|---|---|---|
| EUR/AUD | 1,960 | 1,499 | – 23,5 |
| EUR/CAD | 1,697 | 1,469 | – 13,4 |
| GBP/USD | 1,441 | 1,288 | – 10,6 |
| USD/JPY | 102,037 | 114,070 | 11,8 |

*Quelle: Bloomberg, OECD, Daten per 10. Juli 2017*

Kommen wir noch zur Schweiz. Sie erinnern sich vielleicht an den Schock, den die Schweizerische Nationalbank im Januar 2015 auslöste. Was war geschehen? Seit Herbst 2011 galt der Mindestkurs von 1,20 Franken für einen Euro, und nahezu alle Investoren hatten sich auf die Aussagen der Notenbanker verlassen. Im Januar 2015 wurde dieser Mindestkurs abgeschafft. Kurzzeitig stieg der Schweizer Franken sogar auf 0,85172 Schweizer Franken für einen Euro, danach fiel er wieder auf über einen Euro. Der Vorgang zeigte aber immerhin einmal mehr: Wer sich auf die Notenbanker verlässt, ist verlassen. Nicht von ungefähr finden Sie auf meiner Internetseite *www.silberjunge.de* den Ausspruch: »Wer kein Gold und Silber besitzt, vertraut unseren Zentralbanken«.

Der Aufwertungsschock verteuerte die Schweizer Waren zum Ausland und reduzierte damit die eidgenössische Wettbewerbsfähigkeit. Nicht nur bei den Herstellern der weltweit geschätzten Luxusuhren herrschte zunächst Panikstimmung. Doch dann kehrte sowohl in der realen Wirtschaft als auch an den Aktienmärkten allmählich wieder Normalität ein.

Und noch etwas spricht für die Schweiz: Trotz (oder meines Erachtens gerade wegen) der starken Währung ist die Schweizer Exportwirtschaft dank niedriger Zinsen und niedriger Preise für Importgüter und Rohstoffe so erfolgreich. Nicht zuletzt erweist sich der starke Franken auch als »Qualitätstreiber«. Nur mit exzellenten Produkten und Dienstleistungen können die Eidgenossen reüssieren.

Die Währungen Australiens, Kanadas und Neuseelands halte ich hingegen nicht für die richtigen Stabilitätsanker. Gleiches gilt für das Britische Pfund und den Japanischen Yen. Vor allem Kanada und Australien weisen einen dynamischen Anstieg der Gesamtverschuldung auf Rekordhöhen auf. Das kann mein Vertrauen in die Währungen dieser beiden Länder nicht stärken – im Gegenteil.

Hier noch ein paar Daten für wichtige Staaten. Beim Netto-Auslandsvermögen eines Landes werden alle Schulden gegenüber dem Ausland den Forderungen/Guthaben gegenüber dem Ausland gegenübergestellt und saldiert. Die Leistungsbilanz umfasst dabei die Handelsbilanz (Import und Export von Waren), die Dienstleistungsbilanz (Import und Export von Dienstleistungen), die Erwerbs- und Vermögensbilanz (zum Beispiel Erträge aus ausländischem Unternehmensbesitz, Aktiendividenden, Zinserträge) und die Bilanz der laufenden Übertragungen (beispielsweise Überweisungen von Gastarbeitern ins Heimatland).

| Land | Nettoauslandsvermögen in % BIP | Leistungsbilanz in % BIP | Kaufkraftparität in % |
|---|---|---|---|
| Schweiz | 106,2 | 11,1 | – 33,5 |
| Norwegen | 143,3 | 5,9 | – 28,8 |
| Australien | -60,6 | – 0,7 | – 23,4 |
| Kanada | 11,7 | – 3,1 | – 13,5 |
| Neuseeland | -59,9 | – 3,1 | – 19,2 |

*Quelle: Bloomberg, jeweils letzte verfügbare Daten, Kaufkraftparität per 9. Juli 2017*

Fassen wir zusammen: Alles in allem sollten Sie je nach Gesamtvermögen einen kleinen Teil in Norwegischen Kronen und Schweizer Franken halten – selbst wenn man mit Blick auf die Verwobenheit der Finanzsysteme beider Staaten mit Euroland sicher keine Wunder erwarten darf. Trotz fundamentaler Bedenken gegenüber dem Dollar wegen der extrem hohen Verschuldung der USA kann aus meiner Sicht ein kleiner Bestand des Vermögens in US-Dollar gehalten werden.

Doch bedenken Sie: Zum langfristigen Vermögensschutz taugen mit Blick auf die Schuldensituation all diese Währungen nicht.

## 12 | Kapitel

# Was wir über Aktien und Anleihen wissen müssen

Auf den ersten Blick ist eine Anleihe eine feine Sache: Der Emittent – also zum Beispiel ein Staat oder ein Unternehmen – leiht sich bei Ihnen als Anleger Geld und verspricht Ihnen während der gesamten Laufzeit eine feste Verzinsung. Eine Ausnahme bilden lediglich die sogenannten Floater, also Anleihen, deren Verzinsung sich während der Laufzeit verändern kann (eben »fließen«). Schauen wir uns zunächst die klassischen Anleihen in Form von festverzinslichen Wertpapieren genauer an. Ein solcher festgeschriebener Zinssatz birgt natürlich ein entscheidendes Risiko: Nehmen wir an, die Marktzinsen steigen, so würde eine niedriger verzinste Anleihe nachgerade zum Ladenhüter. Kein Anleger käme in einer solchen Situation auf die Idee, in Anleihen zu investieren, deren Verzinsung deutlich unter dem Marktniveau für vergleichbare Papiere liegt. Da die Verzinsung festgeschrieben ist, kann die Anleihe eben nur über ihren aktuellen Kurs reagieren. Das bedeutet im Klartext: Sinken die Zinsen, steigen die Anleihenkurse. Steigen die Zinsen hingegen, dann fallen die Kurse.

## 12 | 1 Wie Kurse und Renditen bei Anleihen zusammenhängen

Wissen Sie, wie stark der Kurs einer 10-jährigen Anleihe fällt oder steigt, wenn sich die Verzinsung, also die Rendite, ändert? Falls ja, darf ich Ihnen gratulieren. In diesem Fall wissen Sie mehr als die meisten Bankkaufleute. Denn die können Ihnen den Inhalt der beiden unten stehenden Tabellen kaum aus dem Stand wiedergeben.

| Zinskupon der Anleihe | Marktrendite einer Anleihe mit 10-jähriger Laufzeit | | | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | -1 | 0 | 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 |
| 0 | 110,57 | 100,00 | 90,53 | 82,03 | 74,41 | 67,56 | 61,39 | 55,84 | 50,83 | 46,32 |
| 1 | 121,15 | 110,00 | 100,00 | 91,02 | 82,94 | 75,67 | 69,11 | 63,20 | 57,86 | 53,03 |
| 2 | 131,72 | 120,00 | 109,47 | 100,00 | 91,47 | 83,78 | 76,83 | 70,56 | 64,88 | 59,74 |
| 3 | 142,29 | 130,00 | 118,94 | 108,98 | 100,00 | 91,89 | 84,56 | 77,92 | 71,91 | 66,45 |
| 4 | 152,86 | 140,00 | 128,41 | 117,97 | 108,53 | 100,00 | 92,28 | 85,28 | 78,93 | 73,16 |
| 5 | 163,44 | 150,00 | 137,89 | 126,95 | 117,06 | 108,11 | 100,00 | 92,64 | 85,95 | 79,87 |
| 6 | 174,01 | 160,00 | 147,36 | 135,93 | 125,59 | 116,22 | 107,72 | 100,00 | 92,98 | 86,58 |
| 7 | 184,58 | 170,00 | 156,83 | 144,91 | 134,12 | 124,33 | 115,44 | 107,36 | 100,00 | 93,29 |
| 8 | 195,15 | 180,00 | 166,30 | 153,90 | 142,65 | 132,44 | 123,17 | 114,72 | 107,02 | 100,00 |

Hier ein kurzes Beispiel, damit Sie die obige Tabelle richtig lesen können. Angenommen, die Märkte wittern Inflation. Die Renditen (also Zinsen) an den Kapitalmärkten steigen. Mithin wird es teurer, sich Geld zu leihen. Steigt allerdings die Rendite einer Anleihe, so sinkt ihr Kurswert. Unterstellen wir darüber hinaus, Sie besitzen eine Bundesanleihe der Bundesrepublik Deutschland. Dafür bekommen Sie bei einer 10-jährigen Laufzeit jedes Jahr einen Zins von 0,24 Prozent auf den Nennbetrag der Anleihe von 100 Euro. Nun steigt am selben Tag wenige Stunden nach dem Kauf der Anleihe die Marktrendite dieses Papiers von 0 auf 1 Prozent. Der Kurs liegt dann nicht mehr bei 100, sondern nur noch bei 90,53 Prozent (siehe Tabelle). Das heißt, Sie haben soeben fast 9,5 Prozent Ihres angelegten Vermögens verloren. Steigt der Zins am selben Tag weiter auf 2 Prozent, so liegt der Kurs nur noch bei 82,03 Prozent. Anders ausgedrückt: Fast 18 Prozent der angelegten Geldsumme sind futsch. Zwar bekommen Sie am Ende der Laufzeit den Nennwert ausgezahlt, doch bis dahin können noch viele Jahre vergehen – bei

einer 30-jährigen Anleihe wissen ältere Investoren nicht einmal, ob sie den Zeitpunkt der Rückzahlung überhaupt noch erleben. Deshalb ist die Duration einer Anleihe ein wichtiger Faktor. Darunter versteht man die Bindungsdauer des in festverzinslichen Wertpapieren angelegten Kapitals.

Fragen Sie einmal Ihren Bankberater auf der Basis unserer Tabelle, die den Kurs der Anleihe in Abhängigkeit ihres jährlich zu zahlenden Kupons und der am Markt zu zahlenden Rendite darstellt, nach dem Risiko einer 10-jährigen Anleihe bei steigenden Kapitalmarktzinsen. Die wenigsten werden annähernd richtige Aussagen machen können.

## 12 | 2 Weshalb Sie Anleihen meiden sollten

In der derzeitigen Situation meide ich jegliche Anleihen, weil

- sie bei steigenden Zinsen massiv an Wert verlieren und
- sie aktuell keine nennenswerte Verzinsung einbringen.

Bekanntlich kann man mit Anleihen eine höhere Rendite erzielen, wenn man mehr ins Risiko geht. Auch hier gilt das kleine ökonomische Einmaleins: Je höher das Risiko, desto höher die Zinsen. Doch selbst wenn Sie ein erhöhtes Risiko in Kauf nehmen, ist die damit zu erzielende Rendite kaum der Rede wert: Für eine 5-jährige Staatsanleihe mit einem Rating von BBB bekommen Sie nur noch weniger als 0,5 Prozent Zinsen. Deutsche Staatsanleihen mit einer Laufzeit von bis zu 9 Jahren weisen sogar eine negative Rendite auf.

Ein weiteres Beispiel möchte ich Ihnen an dieser Stelle nicht vorenthalten, um ihnen, wie in Kapitel 10 bereits angekündigt, die enormen Risiken italienischer Staatsanleihen vor Augen zu führen: Noch am 12. August 2016 notierte der Kurs einer am 28. Mai 2063 zurückzuzahlenden Staatsanleihe Italiens mit einer jährlichen Zinszahlung von 4,75 Prozent bei stolzen 172,59 Prozent ihres Nennwertes (ISIN XS0936805612). Am 20. März 2017 waren es nur noch 117,12 Prozent. Ich würde eine solche Anleihe scheuen wie der Teufel das Weihwasser. Angesichts der aktuellen Niedrigzinsen kann man bei fallenden Renditen nur noch wenig gewinnen, aber verdammt viel bei wieder steigenden Zinsen verlieren.

## 12 | 3 Inflation-linked Bonds – trügerische Sicherheit

Inflation-linked Bonds, auch als Inflationsanleihen oder inflationsindexierte Anleihen bezeichnet, sind verzinsliche Wertpapiere, deren Zins und/oder Rückzahlungsbetrag von der Teuerungsrate abhängig ist. Zu unterscheiden ist die Zinsvariante von der Nennwertvariante. Bei der Zinsvariante bleibt der Nennwert der Anleihe unverändert. Der Zins ändert sich jedoch entsprechend der Höhe der Inflationsrate. Das heißt, der Zins kann auch sinken, wenn die Inflation zurückgeht. Bei der Nennwertvariante bleibt der Zins der Anleihe unverändert. Dafür ist die Rückzahlung von der Höhe eines Preisindex abhängig. Der Nennwert wird also an die Veränderung des Preisindex angepasst. Bei den auf dem Markt befindlichen Inflationsanleihen handelt es sich zum großen Teil um Papiere nach der Nennwertvariante – zum Beispiel inflationsindexierte Bundesanleihen.

Sie bekommen für Ihre Anleihe also einen Realzins und einen Inflationsausgleich, der von der Preisentwicklung eines fiktiven Warenkorbs anhängig ist. Was allerdings die wenigsten Käufer solcher Bonds wissen: Wenn die Realzinsen erneut ansteigen, müssen bei neuen Inflation-linked Bonds wieder höhere Kupons bezahlt werden. Alte Bonds mit niedrigerem jährlichem Kupon werden dadurch uninteressant. Zum Ausgleich muss der Kurs dieser Papiere fallen.

Das bedeutet also: Steigende Realzinsen führen zu fallenden Kursen von Inflation-linked Bonds, selbst wenn die Inflation steigt. So wundern sich dann manche Investoren, dass es mitunter trotz steigender Inflation zu Kursverlusten bei Inflation-linked Bonds kommt. Die bis 15. April 2020 laufende deutsche inflationsgekoppelte Bundesanleihe (ISIN DE0001030542) zahlt beispielsweise jährlich 1,75 Prozent zuzüglich zum Inflationsausgleich, während die bis 15. April 2046 laufende inflationsgekoppelte Bundesanleihe (DE0001030575) nur 0,1 Prozent jedes Jahr zahlt.

Außerdem: Staaten und deren Regierungen neigen dazu, Inflationsraten zu

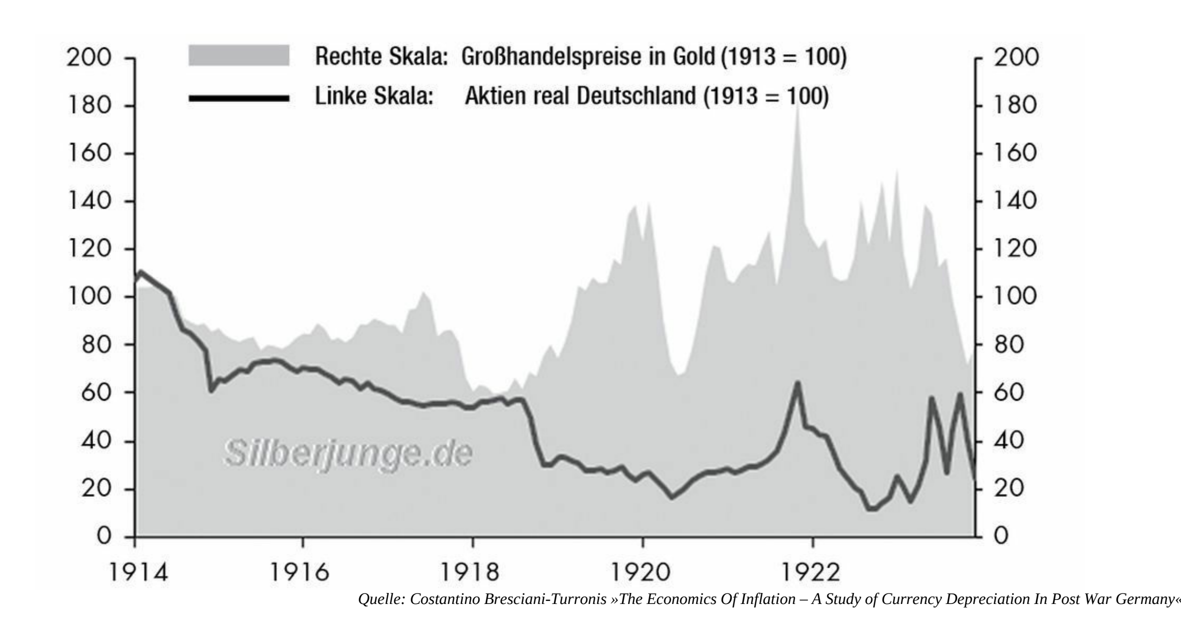
schönen. Dadurch werden die Anleger um ihren Inflationsausgleich gebracht. Alles in allem halte ich von Inflationsanleihen nicht viel. Ich werde im Kapitel »Grundsätzliches zur Vermögensschutzstrategie« auf dieses Anlageinstrument noch einmal kurz zurückkommen und es als Bestandteil einer Vermögensschutzstrategie bewerten.

## 12 | 4 Aktien: ein Blick zurück

Mitunter scheint es, als folgten auch die Investments modischen Zyklen. Tatsächlich waren in den vergangenen Jahren unterschiedliche Anlageklassen besonders gefragt. Erinnern Sie sich zum Beispiel noch an die 1970er-Jahre? Damals galten Rohstoffe als besonders en vogue – allen voran die Edelmetalle. In den 1980er-Jahren bestimmte dann der Kampf gegen die Inflation das Geschehen. An der Spitze sahen wir seinerzeit Leitzinsen von bis zu 20 Prozent. Es war vor allem der damalige Chef der US-Notenbank, Paul Volcker, der den Kampf gegen die galoppierende Schwindsucht des Geldes aufnahm. Als Sieger ging der Fed-Chef nicht vom Platz, aber zumindest war die Geldwertvernichtung eingedämmt. Zur Erinnerung: Ende 1974 lag die Teuerungsrate in den USA gegenüber dem Vorjahr bei 12,3 Prozent, im März 1980 sogar bei 14,8 Prozent. Solche Spitzenwerte wurden in den Folgejahren zumindest nicht mehr erreicht. Dadurch brachen in den 1980er- und 1990er-Jahren zwei goldene Dekaden für festverzinsliche Wertpapiere an. Sie legten im Kurs zu, weil die Zinsen/Renditen infolge der niedrigen Inflation fielen.

Dann setzte ein, was wir gemeinhin als Globalisierung bezeichnen; die Unternehmen eroberten zunehmend ausländische Märkte, beschäftigten billige Arbeitskräfte und machten ansehnliche Gewinne. Damals begann der Siegeszug der Aktien.

Doch gehen wir zunächst zurück in die Geschichte und nehmen wir die Entwicklung des deutschen Aktienmarktes unter die Lupe. Wenn wir den deutschen Aktienmarkt im Jahr 1913 mit 100 indexieren, so fielen die Börsenkurse während der Hyperinflation im Oktober 1922 auf unter 12 Prozent. Vor allem Aktien aus den Branchen Handel und Verkehr gehörten zu den Verlierern, während sich die Segmente Bergbau, Schwerindustrie und Verarbeitende Industrie vergleichsweise besser schlugen. Gemessen in Gold verloren die Aktien. Von Anfang November 1923 bis zum Ende des Jahres 1923 war der Aktienhandel komplett eingestellt.



*Quelle: Costantino Bresciani-Turronis »The Economics Of Inflation – A Study of Currency Depreciation In Post War Germany«*

Anfang der 1930er-Jahre drohte weiteres Ungemach. Jakob Goldschmidt, schillernder Bankier und einer der prominentesten Kunstmäzene – er kaufte unter anderem Gemälde von Vincent van Gogh –, hatte sich verzockt. Am 11. Mai 1931 erreichte ihn die Hiobsbotschaft, dass die Norddeutsche Wollkämmerei herbe Verluste eingefahren habe. Lange Zeit war es zwar mit riskanten Buchungstricks gelungen, die Schieflage des Unternehmens zu kaschieren, doch bei einer Betriebsprüfung 1931 flogen die Betrügereien auf. Goldschmidts Danat-Bank war der größte Kreditgeber der Wollkämmerei. Nach monatelangen Rettungsversuchen war die Danat-Bank am Ende. Sie öffnete am Montag, den 13. Juli 1931, erst gar nicht mehr ihre Schalterräume. Später wurde das Institut mit der Dresdner Bank zwangsfusioniert. Der Zusammenbruch der Danat-Bank führte am 14. Juli 1931 zu einem Ansturm auf die Kreditinstitute. In der Folge wurden die Börsen geschlossen – bis zum 11. April 1932.

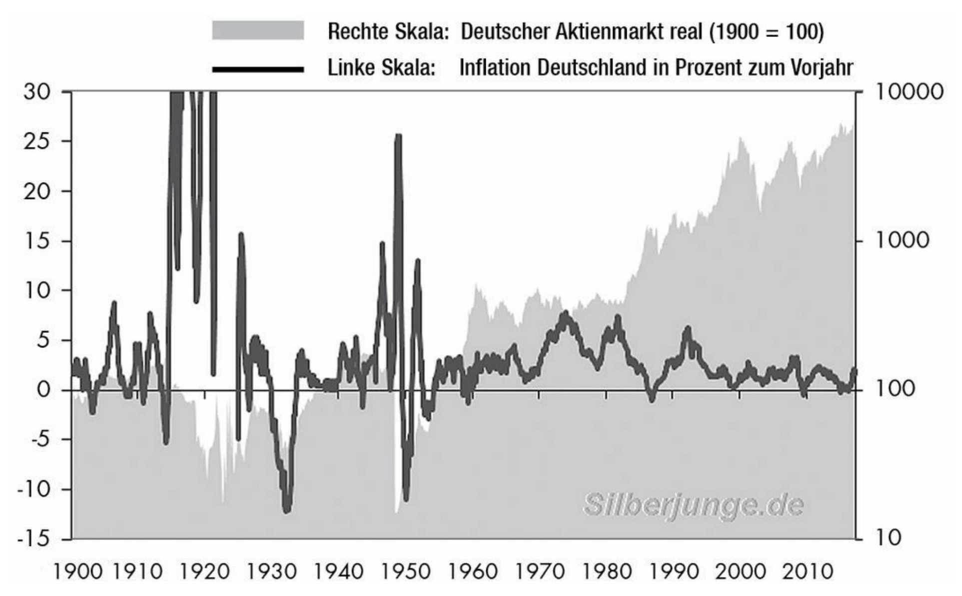
Von 1943 bis 1946 waren die Aktienkurse eingefroren, und im August 1944 erfolgte erneut eine Schließung der Börsen. Vor der Niederlage von Stalingrad 1943 konnte der deutsche Aktienmarkt bis Ende 1942 auf 118,4 Prozent des Ausgangsniveaus von 1913 zulegen.

Oft ist zu hören, Aktien seien die Gewinner bei Währungsreformen. Doch schauen wir uns an, was nach der Währungsreform in Deutschland im Jahr 1948 geschah. Die begehrte Daimler-Aktie beispielsweise hatte vor der Währungsreform noch rund 165 Reichsmark gekostet. Nach der

Währungsreform lag der Wert des Papiers bei 23 D-Mark. Das heißt, die Aktie verzeichnete innerhalb kurzer Zeit einen Verlust von über 86 Prozent. In den folgenden Monaten fiel der Kurs vorübergehend sogar auf bis 20,75 D-Mark. Erst ab März 1949 erholte sich die Aktie wieder. Der deutsche Aktienmarkt fiel im Juni 1948 auf rund 10 Prozent des Startwertes vor dem Beginn des Ersten Weltkriegs. Erst Mitte 1958 konnte nach den Berechnungen von Gregor Gielen der DAX das Niveau von 1913 wieder erreichen. [24] › Hinweis Danach entwickelte der deutsche Aktienmarkt aber eine bemerkenswerte Dynamik. Im September 1960 lag der Deutsche Aktienindex um 349 Prozent über dem vergleichbaren Niveau des Jahres 1913. Ende 1981 waren es nur noch 250,4 Prozent, bevor es dann zur Wende kam und ein neues Rekordhoch 1983 mit Beginn der großen Hausse der 1980er- und 1990er-Jahre aufgestellt wurde. Mit einem Wert von sage und schreibe 3728 Prozent hatte sich der deutsche Aktienmarkt im November 2016 gegenüber dem Ausgangsniveau von 1913 versiebenunddreißigfacht.

Solche beeindruckenden Zahlen werden oft zitiert, um die Überlegenheit von Aktien als Anlagemedium zu dokumentieren. Das ist auch grundsätzlich richtig, weshalb ich immer wieder für Aktien als wichtigen Teil einer soliden Vermögensschutzstrategie plädiere. Allerdings kann es mitunter sehr lange dauern, bis man mit Aktien Geld verdient. Um John Maynard Keynes zu zitieren: »Auf lange Sicht sind wir alle tot«. Überdies gehört es nun einmal zu den Gesetzen der Mathematik, dass man nach einem Verlust von 50 Prozent anschließend wieder 100 Prozent zulegen muss, um auf den Ausgangspunkt zurückzukehren. Ich erwähne das an dieser Stelle nur, um deutlich zu machen, dass man nicht euphorisch, sondern mit kühlem Kopf in Aktien investieren sollte.

**Deutscher Aktienmarkt inflationsbereinigt (1900 = 100) und die Konsumentenpreisinflation in Deutschland in Prozent zum Vorjahr**



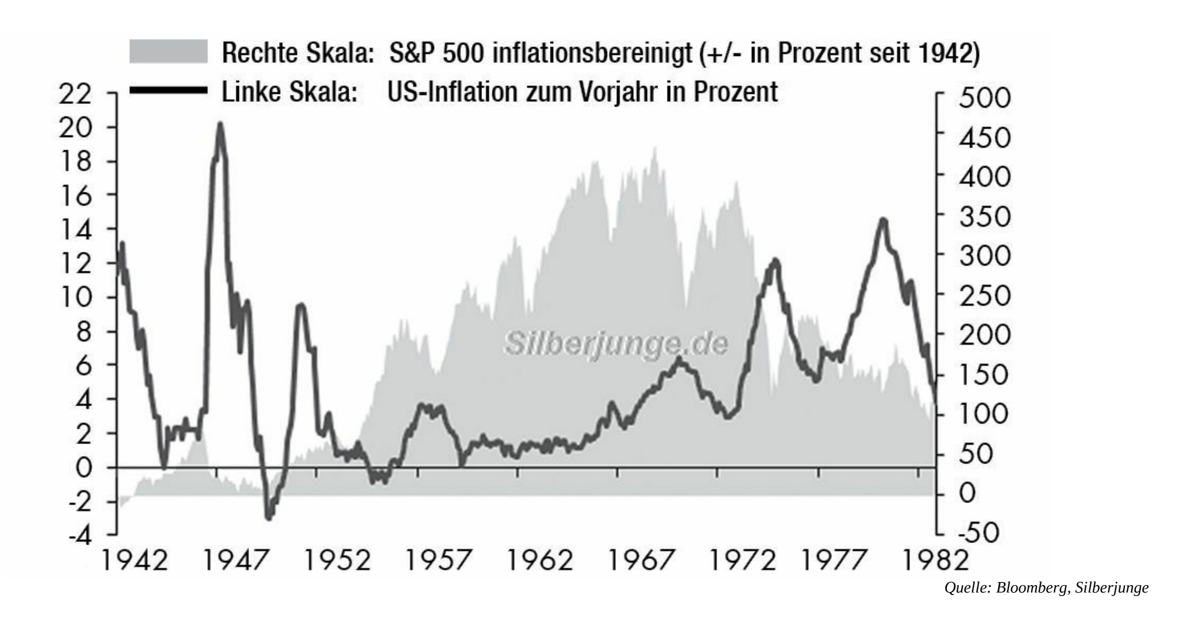

*Quelle: Bloomberg, Gregor Gielen: Können Aktienkurse noch steigen? (Gabler Verlag) bis September 1992, danach Dax-Performance, Silberjunge, Daten bis Mai 2017*

Mein kurzer historischer Exkurs sollte Ihnen zeigen, dass Aktien während der Hyperinflation gegenüber Gold zunächst deutlich ins Hintertreffen gerieten und dann in der sogenannten Aufwertungshausse Ende 1923 deutlich Boden gutmachten. Ebenso mussten die Aktien während der Währungsreform 1948 Federn lassen. Erst 1959, also 11 Jahre später, erreichten die deutschen Standardwerte wieder das Niveau vor Einführung der D-Mark. In der Tat: Man braucht an der Börse oft den vielzitierten langen Atem.

## 12 | 5 Was Sie unbedingt über Aktien wissen sollten

Aus Gründen der politischen Opportunität kann Inflation von der Notenbank in Abstimmung mit der Regierung erzeugt werden. Ich gehe davon aus, dass ein Deflationsschock mit allen Mitteln verhindert werden soll. Dennoch kann niemand eine solche Entwicklung völlig ausschließen. Meine dringende Empfehlung daher: Kaufen Sie Aktien oder Edelsteine niemals auf Pump. Sie sitzen ansonsten auf einem gefährlichen Pulverfass. Halten Sie stets Barvermögen vor, um den Schuldendienst für ausstehende Kredite über möglichst 12 bis 24 Monate auch bei Einkommenseinbußen finanzieren zu können. Gehen Sie niemals volles Risiko ein.

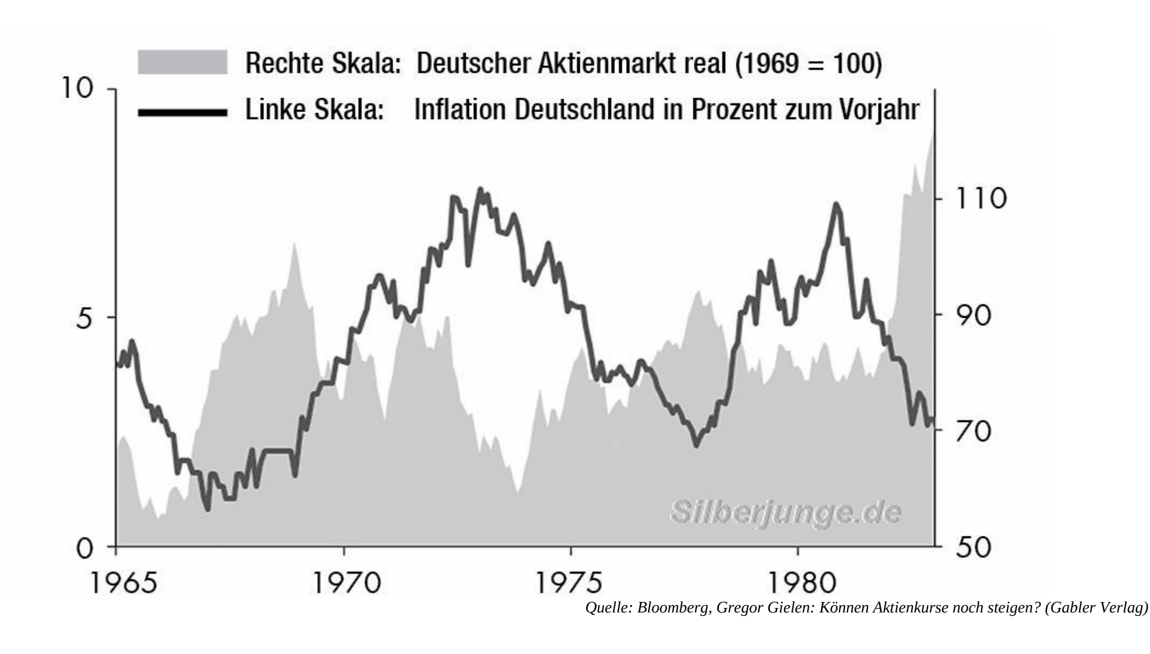
Viele Experten prognostizieren geradezu marktschreierisch gigantische Gewinnchancen an den Börsen in den nächsten 2 bis 3 Jahren. Aktien seien der beste Schutz vor dem, was kommt, heißt es. Ich habe schon mehrfach betont, dass Aktien in jedes gut strukturierte Vermögensportfolio gehören. Dennoch mahne ich auch immer wieder zur Vorsicht. Lassen Sie sich von diesen Marktschreiern, die in ihren Börsenbriefen und im Internet zum Einstieg in Aktien trommeln, nicht ins Bockshorn jagen. Denn dass Aktien bei einem Inflationsschock eben nicht das halten, was viele angebliche Finanzexperten versprechen, thematisiere ich immer wieder. Dies muss auch bei der Beschreibung einer aktuellen Vermögensschutzstrategie nachdrücklich betont werden. Der auf Seite 215 unten stehende Chart zeigt, dass der um die Inflation bereinigte US-Aktienindex S&P 500 bei Inflationsanstiegen wie 1947, Ende der 1950er-Jahre und dann insbesondere Mitte 1970, 1973/74 sowie Ende der 1970er-Jahre massiv verlor.



*Quelle: Bloomberg, Silberjunge*

Um die negative Wirkung von Inflationsschüben auf die Aktienmärkte zu untermauern, zeige ich noch die historische Entwicklung in Deutschland. Im unten stehenden Chart ist der Aktienmarkt im Dezember 1969 auf 100 indexiert. Bis November 1974 fiel der Wert auf 59,25, sodass der Aktienmarkt seit Ende 1969 mehr als 40 Prozent seines Wertes eingebüßt hatte. Noch im November 1979 lag der Wert bei 79,9 und damit über 20 Prozent im Minus seit Ende 1969, und der Wendepunkt wurde erst mit dem Tief von 79,14 im November 1982 eingeläutet. Dann fiel die Inflation, und der Aktienmarkt lernte wieder das Laufen.

Die inflationsbereinigten Verluste von Aktien bei hoher Geldentwertung können an und für sich niemanden überraschen, denn wenn die Preise steigen (das ist eben die Folge der Inflation), können sich die Unternehmen vom Kuchen namens Bruttoinlandsprodukt immer weniger abschneiden. Die Unternehmensgewinne fallen in Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Und wenn die Gewinne der Aktiengesellschaften fallen, büßen naturgemäß auch die Aktien an Wert ein.



Quelle: Bloomberg, Gregor Gielen: Können Aktienkurse noch steigen? (Gabler Verlag)

Die Signale der Notenbanker sind eindeutig: Sie werden konsequent weiter auf dem Weg der Inflationierung gehen, denn ein »Wegkippen« der Weltwirtschaft in einen deflationären Abwärtsstrudel wie von 1929 bis 1933 würde vermutlich jede westliche Demokratie beenden. Beachten Sie bei Ihrem Aktienengagement immer auch die Gefahr von exogenen Schocks. Plötzlich und unerwartet können Ereignisse auftreten, mit denen keiner gerechnet hat und die viele für sehr unwahrscheinlich gehalten haben. Vielleicht haben Sie das Buch *Der Schwarze Schwan* des Publizisten und Börsenhändlers Nassim Nicholas Taleb gelesen. *Der Schwarze Schwan* steht dabei für Ereignisse, die als höchst unwahrscheinlich gelten, aber extreme Konsequenzen – nicht zuletzt auf die Finanzmärkte – haben können.

So kann zum Beispiel die geopolitische Lage jederzeit gefährlich eskalieren (als Beispiele darf ich nur Nordkorea, den Nahen und Mittleren Osten sowie Russland und die Ukraine erwähnen). Auch ein verheerender Terroranschlag kann die Finanzmärkte erschüttern. An dieser Stelle werden Sie vielleicht jetzt einwenden, dass die Börsen auf die Terrorattacken in den Jahren 2016/2017 relativ gelassen reagiert haben – ebenso auf die evidenten geopolitischen Verwerfungen. Das ist jedoch nicht unbedingt ein beruhigendes Signal: Wenn die Märkte in Hausse-Zeiten erkennbare Risiken nicht wahrnehmen (wollen) beziehungsweise sich in Baisse-Zeiten geradezu in schlechten Nachrichten suhlen, dann deutet das in der Regel auf Überhitzungen in die eine oder andere Richtung hin.

Denken Sie außerdem daran, dass neben den vielen kleineren und mittleren Anlegern vor allem die international tätigen institutionellen Investoren aktiv sind. Und die könnten, sobald der Markt stark gestiegen ist, plötzlich auf die Idee kommen, Kasse zu machen und ihre schönen Gewinne mitzunehmen. Und schon kommt es an den Märkten zu einer kräftigen Korrektur, unter der vor allem die privaten Anleger leiden.

Alles (oder auch beinahe alles) in Aktien zu investieren wäre ebenso fatal, wie ausschließlich in Gold und Silber zu investieren. Selbst wenn es wie eine Binsenweisheit klingt, aber die folgende Aussage ist richtig und bleibt zeitlos gültig: Reduzieren Sie Ihre Risiken, indem Sie alles, was uninteressant ist, meiden (derzeit zum Beispiel Anleihen) und sich in anderen Anlageklassen breit gestreut engagieren. Zu einer ausgewogenen Strategie gehört es zum Beispiel, in Schwächephasen Aktienbestände aufzubauen.

Sollten Sie statt in einzelne Aktien oder teure Publikumsfonds lieber in kostengünstige börsengehandelte Indexfonds (Exchange Traded Funds, abgekürzt ETFs) investieren wollen, so achten Sie unbedingt darauf, dass es sich um direkt replizierende Indexfonds handelt. Diese setzen keine sogenannten Swaps ein und kaufen die Aktien tatsächlich. Dies ist sehr wichtig bei einer neuen Krise! Verleihungen von Wertpapieren sind zwar möglich, aber wir können nicht jedes Risiko ausschalten. Wenn der Entleiher eines Wertpapiers bankrott ist, kann der Fonds die Forderung möglicherweise nur bedingt oder gar nicht eintreiben. Bei nicht replizierenden Indexfonds darf der Marktwert des Swaps maximal 10 Prozent des Fondsvermögens betragen. Dadurch wird das Ausfallrisiko auf 10 Prozent begrenzt. Besser sind jedoch replizierende ETFs. Ich zeige Ihnen hier drei replizierende Indexfonds, die alle von db x-trackers stammen, der ETF-Plattform der Deutschen Bank:

| ISIN | Indexabbildung |
|---|---|
| **LU0274211480** | Dax (thesaurierend) |
| **LU0380865021** | Eurostoxx 50 (thesaurierend) |
| **LU0274211217** | Eurostoxx 50 (ausschüttend) |
| **LU0328475792** | Stoxx 600 (thesaurierend) |

Zum Schluss möchte ich noch einen unbestreitbaren Vorteil von Aktien erwähnen: Gold kann verboten werden, Aktien nicht – es sei denn, wir

wählten die Kommunisten in die Regierung und ließen es zu, wie diese alle Produktionsmittel verstaatlichten. Ich hoffe wie Sie sicherlich ebenfalls, dass dies nicht passiert. Auch wenn ich ein Goldverbot aktuell für eher unwahrscheinlich halte, kann man es dauerhaft nicht ausschließen. Denken Sie immer daran, was Voltaire einst sagte: »Es ist gefährlich, richtig zu liegen, wenn die Regierung falsch liegt«.

## 13 | Kapitel

# Gold – barbarisches Relikt oder ultimativer Krisenschutz?

Kennen Sie Willem Hendrik Buiter? Der in den Niederlanden geborene, amerikanisch-britische Wirtschaftswissenschaftler ist zurzeit Chefökonom der Citigroup. Zuvor war er für Goldman Sachs tätig. Hin und wieder schrieb Buiter zudem für die *Financial Times.* So auch am 8. November 2009, als Buiter in besagter Zeitung einen Beitrag unter dem provokanten Titel »Gold – eine 6000 Jahre alte Blase« veröffentlichte. Darin schrieb er unter anderem: »Aber ich würde nicht mehr als einen Bruchteil meines Vermögens in etwas ohne inneren Wert investieren; etwas, dessen positiver Wert auf nichts mehr als einer Reihe sich selbst bestätigender Glaubenssätze beruht«. Mancher Leser mag sich damals gefragt haben: Worüber schreibt der Mann da eigentlich? Er listet doch nichts anderes als die Charakteristika des Papiergeldes auf. Tatsächlich wollte er nicht mehr und nicht weniger, als den Anlegern das Gold als Anlagemedium madig machen. Jetzt, in seiner Funktion als Chefökonom der Citibank, fährt er vermutlich die reiche Ernte seiner jahrelangen systemkonformen Statements ein.

Chefökonomen sind bei den Medien begehrte Interviewpartner oder Gastautoren. Schon ihr Titel scheint ein hohes Maß an Kompetenz auszustrahlen. Sie kommentieren bestimmte Marktentwicklungen, wagen sich bisweilen sogar auf das glatte Parkett der Politik vor, setzen eine bestimmte Meinung in die Welt – und ersparen den Journalisten die Recherche. Im Zweifelsfall kann man sich ja immer noch auf das Verdikt des Chefökonomen der XY-Bank berufen. Auch für die Banken erfüllen die Chefökonomen somit eine PR-Funktion. Schließlich vertreten sie mehr oder minder eloquent die sogenannte Hausmeinung ihres Brötchengebers. Wenn sich zum Beispiel die XY-Bank aus eigenen Interessen gegen den Brexit positioniert, dann wird sich der Chefökonom hüten, in seinen Verlautbarungen ein anderes Bild zu zeichnen als das von der ökonomischen Düsternis, die sich über Großbritannien senken werde, sollte sich eine

Mehrheit der Briten erdreisten, gegen die Mitgliedschaft in der volksbeglückenden EU zu votieren.

Der 2012 verstorbene Unternehmer und Sozialphilosoph Roland Baader schrieb einmal über die Ökonomen goldrichtig: »Die Ökonomen sind zu theoretischen Zulieferern der staatlichen und banktechnischen Falschmünzerei geworden; man könnte auch sagen: zu akademischen Zuhältern der politischen Machteliten, was die Nationalökonomie von einer Moralphilosophie in eine Prostitutionswissenschaft verwandelt hat.« [25] › Hinweis

Ich kenne die Finanzbranche, glauben Sie mir. Und deshalb empfehle ich Ihnen nicht nur im Fall von Mister Buiter: Fragen Sie sich immer, mit welchen Motiven und aus welchen Positionen heraus jemand Äußerungen von sich gibt. Klar: Gold kann man nicht essen. Diese Erfahrung machte schon der gierige Midas. Und dass Gold keine Zinsen abwirft, ist ebenfalls hinlänglich bekannt. Aber Goldkäufer haben andere Motive, als Zinsen zu vereinnahmen. Tatsache ist: Dem Gold vertrauen die Menschen seit über 6000 Jahren. Das gelbe Edelmetall ist seit jeher als Geld und Wertspeicher in den Köpfen der Menschen verankert. Im alten Rom bekam man für eine Unze Gold eine Toga mit Purpurstreifen. Heute kann sich nicht nur Gerhard Schröder für den Gegenwert von einer Unze Gold einen Anzug von Armani gönnen.

Ich wette, Mister Buiter würde jetzt vermutlich entgegnen: »Dann investiere ich lieber in Maßanzüge, denn dafür bekomme ich im Zweifel ja immer eine Unze Gold.« Nun ja, dann wünsche ich Mister Buiter viel Erfolg bei dem Versuch, in Krisenzeiten einen Armani-Anzug gegen eine Unze Gold einzutauschen. In solchen Phasen suchen die Menschen nach einem Rettungsanker – und das ist weder das Papiergeld noch ein feiner Designeranzug, sondern eben seit Jahrtausenden das Gold.

Gerade der Wert dieses Vertrauens, den die Menschen dem Gold entgegenbringen, macht dieses Edelmetall zu einem gefährlichen Feind des Papiergeldes und damit der Zentralbanken und Finanzminister rund um den Globus. Deshalb versuchen sie Gold so oft es geht zu diskreditieren. Mal geht es um die blutreiche Goldproduktion unter unmenschlichen Bedingungen in entlegenen Winkeln der Erde. Ein anderes Mal – und dies geschah in den Jahren 2014, 2015 und 2016 mit extremer Häufigkeit – werden steigende US-

Leitzinsen als Grund für fallende Goldpreise genannt. Es wird so getan, als seien steigende US-Leitzinsen so etwas wie das Totenglöckchen für Gold. Denn das zinslose Gold würde dadurch zunehmend unattraktiv gegenüber dem gut verzinsten US-Dollar. Nun sei an dieser Stelle der Hinweis auf den Umfang von negativ verzinsten Staatsanleihen weltweit erlaubt. Auch sollten wir uns vor Augen halten, dass die USA der größte Schuldner der Welt sind. Vertrauenerweckend ist das alles nicht gerade.

Mitunter geschehen Dinge, die so gar nicht nach dem Geschmack der Notenbanker, Finanzminister und all der anderen sind, die sich gegen das Gold positionieren. Ein Beispiel: Der US-Leitzins stieg ab Juni 2004 von 1 Prozent auf 5,25 Prozent im Juni 2006. Vor diesem Hintergrund hätte der Goldpreis eigentlich eine rasante Talfahrt hinlegen müssen. Doch was geschah? Gold und Silber stiegen weiter. Na so was! Das darf man den Menschen »da draußen« natürlich nicht erzählen. Deshalb wurden die entsprechenden Charts in den Zeitungen und Magazinen erst gar nicht veröffentlicht. Auf meiner Internetseite *www.silberjunge.de/gold* zeige ich den Chart dazu, für jeden zugänglich. Das Video *Gold-Lügen der Finanzindustrie* dazu in meinem YouTube-Kanal *Silberjunge* soll möglichst vielen Menschen die Augen öffnen.

## 13 | 1 Onkel Soros’ Märchenstunde: die »ultimative Goldblase«

Liebe Leserin, lieber Leser, alle 2 Jahre verleiht die Stadt Hanau den Brüder-Grimm-Preis. Er ist mit 10 000 Euro dotiert. Für einen wie George Soros sind das nicht einmal Peanuts – obgleich der Milliardär als virtuoser Märchenerzähler durchaus Chancen hätte, diesen Preis zu gewinnen. Die britische Zeitung *Telegraph* berichtete am 28. Januar 2010, Mister Soros habe davon gesprochen, dass sich Gold in einer »ultimativen Blase« befinde. Zu diesem Zeitpunkt lag der Goldpreis bei rund 1090 US-Dollar. Nach Soros’ Aussage im Januar 2010 stieg Gold weiter auf 1921,15 US-Dollar am 6. September 2011. Was freilich das *Handelsblatt* und andere Medien nicht daran hinderte, im April 2013 Onkel Soros’ Märchen erneut aus der Kiste der verstaubten Propaganda zu zaubern.

Wie kommt nun einer wie ich dazu, völlig respektlos gegenüber dem milliardenschweren Mister Soros von Märchen und Propaganda zu sprechen? Bereits in meinem Buch *Silber, das bessere Gold* habe ich einen wichtigen Sachverhalt aufgedeckt: Betrachten wir dazu den Wert allen geförderten Goldes in Prozent des jeweiligen Weltfinanzvermögens zu großen Krisenzeiten. Wir erkennen eine atemberaubende Aufblähung dieses Weltfinanzvermögens. Und nun lassen Sie uns gemeinsam untersuchen, wie hoch der Wert von allem in der Menschheitsgeschichte geförderten Goldes gemessen am Weltfinanzvermögen war und ist. Dieses Verhältnis wird jedes Jahr neu ermittelt. Im Jahr 1980, als das Gold im Januar sein Hoch bei 850 US-Dollar hatte, lag der Anteil bei über 23 Prozent des Weltfinanzsystems. Im Jahr 1989 waren wir bei fast 3,5 Prozent. Als dann der Goldpreis im Jahr 2000 sein Tief bei rund 255 US-Dollar pro Feinunze erreicht hatte, machte der Anteil des Goldes am Weltvermögen 1,22 Prozent aus. Ende 2014 lag der Wert bei einem Goldpreis von 1185 US-Dollar bei rund 2,3 Prozent des Weltfinanzvermögens. Wir waren – um dies nur noch einmal hinzuzufügen – im September 2011, als der Goldpreis sein Hoch bei über 1900 Dollar sah, gerade mal bei einem Anteil von 4,1 Prozent. Und dann sagte Mister Soros im Januar 2010 in Davos, das Gold sei in einer ultimativen Blase.

Aber so richtig überraschen kann das eigentlich nicht, schließlich ist Soros ein Mann des Systems, dem man gern zuhört (wie jedem Märchenonkel) und auch vieles verzeiht (ist halt nur ein Märchen). Dass das System mit zweierlei Maß misst, wurde einmal mehr im Sommer 2017 deutlich: In Washington führte das Establishment wahre Veitstänze auf, weil Russland angeblich den US-Wahlkampf im Jahr 2016 beeinflusst haben soll. Dass Mister Soros' Open Society Institute während der sogenannten Orangenen Revolution in der Ukraine und auch in den Folgejahren offenbar auf die dortige politische Entwicklung Einfluss nahm, wird hingegen vermutlich als philanthropischer Beitrag zur Förderung der Demokratie goutiert. Doch das nur am Rande.

## 13 | 2 Goldman Sachs krönt alles

Am 10. April 2013 gab Goldman Sachs eine Leerverkaufsempfehlung für Gold an seine Kunden heraus. Klar, dass sich die Medien sogleich darauf stürzten. Schließlich passte diese Meldung wunderbar in das damals besonders ausgeprägte Gold-Bashing. So lasen wir zum Beispiel in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung:* »Goldman Sachs hat seine seit Oktober 2010 bestehende Long-Position am Goldmarkt und seine Empfehlung von Goldkäufen beendet und einen Gewinn von 219 Dollar je Feinunze eingestrichen. Die Bank empfiehlt jetzt den Leerverkauf von Gold und erwartet langfristig wieder einen Goldpreis von 1200 Dollar je Feinunze.« [26] Hinweis Doch ich sage Ihnen ganz offen: Eine Prognose von Goldman Sachs ist nichts anderes als Propaganda.

Am 10. April 2013, dem Tag der Verkaufsempfehlung von Goldman Sachs, begann Gold den Tag mit 1585,35 Dollar und fiel zum Tagesschluss schon auf 1544,89 Dollar. Am 12. April – einem Freitag – konnte sich Gold zunächst noch über der wichtigen Marke von 1500 Dollar halten, stürzte dann aber in der letzten Handelsstunde auf wundersame Weise doch darunter auf einen Schlusskurs von 1483 Dollar. Am Montag darauf, dem 15. April 2013, ging es dann im Tagestief um 22:12 Uhr auf 1335,75 Dollar. Am Folgetag wurde morgens um 2:42 Uhr in Asien das vorläufige Tief bei 1321,95 Dollar markiert. Danach konnte sich der Goldpreis zwar bis zum 3. Mai auf 1488,09 Dollar erholen, er stürzte dann allerdings am 28. Juni 2013 nachts um 1:07 Uhr auf sein Jahrestief von 1180,5 Dollar. Viele Goldinvestoren erlebten nun das, was man eine sich selbst erfüllende Prophezeiung nennt. Die über die Terminmärkte ausgelösten Flash Crashs (Blitzeinbrüche) mit ungeheuren Verkaufsvolumina wurden von den Medien mit entsprechenden Hiobsbotschaften flankiert.

## 13 | 3 In der Falle der Berufsauguren

Als am 9. November 2016 das Ergebnis der US-Präsidentschaftswahl feststand, erreichte das Gold-Handelsvolumen einen neuen Rekord. Dazu muss man wissen, dass der ehemalige Partner von George Soros, Hedgefonds-Manager Stan Druckenmiller, wenige Tage später in einem CNBC-Interview erklärte, er habe all seine Goldanlagen veräußert. Noch Mitte August 2015 hatte Bloomberg erstmals berichtet, dass Druckenmiller eine Goldposition von damals 323,6 Millionen Dollar aufbaute. Im Mai 2016 ließ er noch verlauten, dass seine größte Position aus Gold bestehe. In der Wahlnacht, als der Sieg Donald Trumps feststand, erklärte Druckenmiller plötzlich: »Ich habe all mein Gold in der Wahlnacht verkauft. All die Gründe, aus denen ich in den vergangenen Jahren Gold besessen habe, scheinen nun ihre Gültigkeit zu verlieren.« Begründung: Angeblich sieht er nun ein stärkeres Wachstum aufgrund von Steuersenkungen und Deregulierung der Wirtschaft. Dies werde die negativen Folgen einer protektionistischen Handelspolitik überkompensieren. Er glaubte wohl, Trump könne ähnlich wie seinerzeit Ronald Reagan Erfolge durch Deregulierung und Steuersenkung erzielen. Davon ist bei nüchterner Betrachtung freilich nicht auszugehen. Angesichts dessen zu erklären, man solle sich von seinen Goldbeständen trennen, ist eine gezielte Irreführung der Massen.

Wie gesagt, Druckenmiller ist Ex-Partner von George Soros, und über den habe ich mich bereits hinreichend ausgelassen. Sowohl Soros als auch Druckenmiller sind Meister darin, geschickt die öffentliche Meinung in ihrem Sinne zu beeinflussen. Sie wissen natürlich nur zu genau, dass ihr Wort Gewicht hat und sie die Märkte in die eine oder andere Richtung bewegen können. Entsprechend fallen ihre Statements aus.

Was von solchen Aussagen zu halten ist, zeigt im Übrigen die Tatsache, dass Druckenmiller laut einem Bericht der Nachrichtenagentur Bloomberg vom 8. Februar 2017 plötzlich wieder Gold gekauft haben soll. Das Prinzip ist ebenso einfach wie lukrativ: erst Gold verkaufen, dann in der Weltöffentlichkeit gegen Gold trommeln und den Kursrückgang verschärfen,

um sich dann wieder bei niedrigeren Kursen einzudecken. Anschließend verkündet man mit großem Getöse, dass man nun wieder auf Gold setze – in der Hoffnung, dass der Goldpreis wieder steigen möge. Leider lassen sich noch immer unzählige Anleger von solchen Berufsauguren in die Falle locken.

## 13 | 4 Gold – das Fieberthermometer des Papiergeldes

Ich könnte die Liste der Gold-Gegner fast beliebig lange fortsetzen. Auch die Deutsche Bank gehört in dieser Hinsicht zu den besonders rührigen Protagonisten. Wenden wir uns an dieser Stelle aber der interessanten Frage zu, was die eigentlichen Motive der Gold-Feinde in den Bankentürmen sind. Warum versuchen sie, die Fakten von den Massen fernzuhalten? Zu diesen Fakten gehört die Erkenntnis, dass bei hoher Inflation Aktien an Wert verlieren, während Gold gewinnt. Gold war, ist und bleibt ein Stabilitätsanker. Mehr noch: Der Goldpreis ist praktisch das Fieberthermometer unseres Finanzsystems. Je höher der Goldpreis steigt, desto größer ist der Vertrauensschwund in das Papiergeld und umso gefährdeter sind die gut bezahlten Jobs der Damen und Herren in den Bankentürmen. Gold- und Silberinvestoren müssen sich daher darüber im Klaren sein, dass ihnen die gesamte Finanzbranche eher feindlich gesinnt ist und daher Edelmetallinvestments schlechtredet beziehungsweise zur falschen Zeit schönredet.

Interessant ist darüber hinaus, dass vor allem drei Zentralbanken seit einiger Zeit wieder verstärkt Gold kaufen. Vor allem die Zentralbanker in Russland, China und der Türkei haben ihre Goldreserven deutlich ausgebaut. Auch die islamischen Staaten gelten als große Goldkäufer. Das könnten bald noch mehr werden. Derzeit sind etwa 2 Billionen US-Dollar in islam-konforme Anlagen investiert, vor allem in Immobilien. Im Sinne einer Diversifikation dieser Investments ist zu erwarten, dass Muslime künftig verstärkt auch goldbasierte Finanzprodukte kaufen, die mit ihrer Religion vereinbar sind. Die Grundlage dafür hat der vor einigen Monaten veröffentlichte »Sharia'ah Standard No. 57 on Gold and it's Controls« geschaffen. [27] › Hinweis

## 13 | 5 Die goldene Strategie

In meinen Vorträgen und Büchern (auch in der vorliegenden Publikation) habe ich nie einen Hehl daraus gemacht, dass ich den physischen Besitz von Gold und Silber – also in Form von Barren und Münzen – vorziehe. Der Kauf von Wertpapieren auf Gold- oder Silberbasis kann in geringem Umfang sinnvoll sein, wenn Sie eher kurzfristig investieren möchten. Je nachdem, ob Sie nun physische Edelmetalle oder Wertpapiere kaufen, sollten Sie die unterschiedliche steuerliche Behandlung Ihres Engagements bedenken. Daher an dieser Stelle die wichtigsten Fakten für ihre goldene (oder silberne) Strategie im Überblick.

**Ihr Ziel:** Sie möchten eher kurzfristig investieren und spekulieren auf steigende Gold- oder Silberpreise (beziehungsweise bei Verkaufsoptionen auf fallende Preise): In diesem Fall kaufen Sie Wertpapiere auf Gold- oder Silberbasis (zum Beispiel ETF, ETCs, Minenaktien oder Minenfonds). Sie gehen sozusagen eine Wette auf die künftige Preisentwicklung des betreffenden Edelmetalls ein. Geht Ihr Kalkül auf und Sie entscheiden sich, die erzielten Gewinne mitzunehmen, zahlen Sie Abgeltungsteuer, und zwar unabhängig von der Haltedauer. Das heißt, Wertpapiere auf Gold oder Silber werden behandelt wie zum Beispiel Aktien oder Fondsanteile. Eine Art »Zwitterwesen« ist aus steuerlicher Sicht das an anderer Stelle erwähnte Xetra-Gold. Der Bundesfinanzhof (BFH, Urteil vom 12.05.2015, Aktenzeichen VIII R 4/15 – Einlösung von XETRA-Gold-Inhaberschuldverschreibungen, *http://baumgartnerpartner.com/wp-content/uploads/2015/09/Newsletter_6.pdf*) stellte dieses Produkt mit börsengehandelten Rohstoffen (Exchange Traded Commodities) gleich. Das heißt, erzielte Gewinne sind nach Ablauf einer 12-monatigen Haltefrist steuerfrei.

**Ihr Ziel:** Sie möchten langfristig in Edelmetalle anlegen. In diesem Fall ist es vorteilhafter, in Barren oder Münzen zu investieren. Gewinne, die Sie mit physischem Gold oder Silber erzielen, sind nach der einjährigen Spekulationsfrist steuerfrei. Sollten Sie Ihre Edelmetalle hingegen innerhalb

der Spekulationsfrist mit Gewinn veräußert, gilt lediglich eine Freigrenze in Höhe von 600 Euro. Vorsicht: Eine Freigrenze ist kein Freibetrag. Das heißt, ob Sie die Freigrenze letztlich überschreiten, hängt von Ihren Gewinnen bei sämtlichen Veräußerungsgeschäften ab, falls Sie neben dem Edelmetall auch noch andere Dinge verkauft haben. Wird die Freigrenze überschritten, müssen Sie die gesamte Summe versteuern und nicht nur den die Freigrenze übersteigenden Betrag. Für die Erträge wird dann Ihr individueller Grenzsteuersatz fällig.

**Praxisbeispiel:**
Durch Verkäufe (einschließlich Ihres Goldbarrens) erzielen Sie in dem betreffenden Jahr einen Gewinn von 599,00 Euro. In diesem Fall zahlen Sie keine Steuern, da Sie noch knapp unter der Freigrenze liegen.

Anders sieht es aus, wenn Ihr Gewinn 610 Euro beträgt. Dann zahlen Sie nicht nur für die 10 Euro, die der Gewinn über dem Schwellenbetrag von 600 Euro liegt, Steuern (das wäre bei einem Freibetrag so), sondern für den Gesamtbetrag von 610 Euro.

## Vorsicht, Zollkontrolle!

Mal eben einen Krügerrand mit über die Grenze ins Ausland nehmen? Das müsste doch stressfrei möglich sein. Tatsächlich aber kann es Ärger mit dem Zoll geben. Innerhalb der EU – also zum Beispiel bei einer Reise von Italien nach Deutschland oder von Deutschland nach Frankreich – dürfen Sie Gold bis zu einem Höchstwert von 10 000 Euro mitführen. Entscheidend ist der Marktwert (bei einem Barren oder einer Münze also der Kurs, den Sie am Tag des Grenzübertritts bei einer Bank zahlen müssten). Reisen Sie jedoch in einen Staat außerhalb der EU, so gilt: »Jede Person, die mit Barmitteln im Gesamtwert von 10 000 Euro oder mehr aus einem Drittland nach Deutschland einreist oder aus Deutschland in ein Drittland einreist, muss diesen Betrag bei der Ein- oder Ausreise unaufgefordert bei der zuständigen deutschen Zollstelle schriftlich anmelden.«

Der Transport von Goldbarren über die Grenze wird dabei anders behandelt als der von Goldmünzen! Gleiches gilt natürlich bei Silber. Bereits ab 300 Euro pro Person bei Grenzübertritt mit dem Auto oder der Bahn beziehungsweise ab 430 Euro bei Grenzübertritt per Flugzeug oder Schiff müssen Sie die Mitnahme der Goldbarren melden.

## 13 | 6 Vertrauenswürdige Edelmetallhändler

Ich empfehle Ihnen, physisches Gold bei seriösen Händlern zu erwerben. Dort sind Edelmetallkäufe bis 9999,99 Euro weiterhin als anonyme Tafelgeschäfte möglich. Banken weigern sich in aller Regel, solche Geschäfte abzuwickeln. Es gibt in Deutschland eine Reihe von vertrauenswürdigen Edelmetallhändlern (Degussa und pro aurum sind überdies auch in Österreich vertreten). Anfang 2017 hat das Magazin *Focus-Money* eine Liste mit den besten Goldbarren- und Goldmünzhändlern veröffentlicht. Der Auswahl und der Bewertung durch die Redaktion des Magazins kann ich mich nur anschließen. Nachfolgend die Top-Listen:

### Die besten Goldbarrenhändler (Online)

| **Unternehmen** | **Note** |
|---|---|
| CoinInvest GmbH | hervorragend |
| GoldSilberShop.de GmbH | hervorragend |
| Philoro EDELMETALLE GmbH | hervorragend |
| pro aurum KG | hervorragend |
| Degussa Goldhandel GmbH | sehr gut |
| Geiger Edelmetalle GmbH | sehr gut |
| GfM Gesellschaft für Münzeditionen | sehr gut |
| GranValora | sehr gut |
| Merlin Gold GmbH | sehr gut |
| MP Edelmetalle GmbH | sehr gut |

### Die besten Goldbarrenhändler (Filiale)

| **Unternehmen** | **Note** |
|---|---|
| MP Edelmetalle GmbH | hervorragend |
| Pro aurum KG | hervorragend |
| S&R Edelmetalle GmbH | hervorragend |

| | |
|---|---|
| Degussa Goldhandel GmbH | sehr gut |
| GfM Gesellschaft für Münzeditionen | sehr gut |
| PIM Gold und Scheideanstalt GmbH | Sehr gut |
| Auvesta Edelmetalle AG | Gut |

# Die besten Goldmünzenhändler (Online)

| **Unternehmen** | **Note** |
|---|---|
| CoinInvest GmbH | hervorragend |
| Geiger Edelmetalle GmbH | hervorragend |
| GfM Gesellschaft für Münzeditionen | hervorragend |
| MP Edelmetalle GmbH | hervorragend |
| Philoro EDELMETALLE GmbH | hervorragend |
| Degussa Goldhandel GmbH | sehr gut |
| GoldSilberShop.de GmbH | sehr gut |
| GranValora | sehr gut |
| pro aurum KG | sehr gut |
| Merlin Gold GmbH | Gut |

# Die besten Goldmünzenhändler (Filiale)

| **Unternehmen** | **Note** |
|---|---|
| GfM Gesellschaft für Münzeditionen mbH | hervorragend |
| Degussa Goldhandel GmbH | sehr gut |
| MP Edelmetalle GmbH | sehr gut |
| pro aurum KG | sehr gut |
| S&R Edelmetalle GmbH | sehr gut |
| Auvesta Edelmetalle AG | Gut |
| PIM Gold und Scheideanstalt GmbH | Gut |

*Quelle: Focus-Money 3/2017*

# 14 | Kapitel

## Silber – das bessere Gold

Im Herbst 2010 erschien im Kopp Verlag mein Buch *Silber – das bessere Gold*. Es fand mehr als 25 000 Käufer. Wer sich ein wenig in der Verlagsbranche auskennt, weiß, dass dies für einen Hardcover-Titel einen beachtlichen Erfolg darstellt. Das Thema war damals aktueller denn je, schließlich konnte sich im April 2011 der Silberpreis seit Beginn der allgemeinen Rohstoffhausse im Oktober 2001 sage und schreibe verelffachen. Nur Nickel konnte Silber in diesem Zeitraum schlagen mit einem Plus von 1106 Prozent am 11. Mai 2007 gegenüber exakt 1083 Prozent bei Silber. In meinem Buch schrieb ich damals: »In der Schlussphase einer Edelmetallhausse ist Silber der Kaiser und Gold der König.«

Auch an dieser Stelle wollen wir über den »Kaiser« sprechen, selbst wenn der Silberpreis in den vergangenen Jahren deutlich gefallen ist und sich manche Anleger fragen, ob es wirklich eine gute Entscheidung war, in dieses Edelmetall zu investieren. Um die Antwort vorwegzunehmen: Ja, ich bin vom Potenzial des Silbers nach wie vor überzeugt und möchte Ihnen auf den folgenden Seiten die wesentlichen Gründe hierfür darlegen. Aber ebenso wie bei Gold, Aktien und Immobilien gibt es natürlich auch bei Silber Baisse- und Haussephasen. Und je stärker die Preise für einen Sachwert in Haussephasen in die Höhe schnellen, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, dass man mit deutlichen Korrekturen rechnen muss. Das gehört gleichsam zum kleinen Einmaleins der Kapitalanlage und hat nichts mit der Qualität der einen oder anderen Anlageform zu tun.

Gestatten Sie mir drei Feststellungen vorab, bevor wir dieses spannende Thema vertiefen:

1. Silber bietet nach wie vor den besten Inflationsschutz – besser noch als Gold. Daran wird sich nichts ändern.
2. Eine boomende Weltwirtschaft, die mit einer steigenden Silbernachfrage seitens der Industrie einhergeht, sowie steigende Inflationsraten mit der

Folge einer wachsenden Investorennachfrage nach Silber aus Angst vor voranschreitender Geldentwertung sind sozusagen die Mutter und der Vater einer Silberhausse.

3. Deflationsschocks wie 2008 machen Silber jedoch sehr verwundbar. Damals fiel der Silberpreis von über 21 US-Dollar je Feinunze im Frühjahr 2008 auf 8,46 US-Dollar am 28. Oktober 2008.

## 14 | 1 Der Silberpreis auf der Streckfolter

Ich habe meine Leser rechtzeitig auf eine sehr wahrscheinliche Korrektur des Silberpreises hingewiesen und geraten, die »Silberernte« einzufahren. In einer Sonderstudie beschrieb ich am 26. Februar 2011 die künftige Entwicklung. Ich warnte meine Leser, bei einem Silberpreis von 50 US-Dollar pro Feinunze wäre ein Rückfall unter 30 oder sogar 25 Dollar vorstellbar. Tatsächlich kletterte der Silberpreis am 25. April 2011 auf 49,79 US-Dollar, bevor er dann am 26. September 2011 auf 26,07 US-Dollar fiel. Ich warnte meine Leser und Investoren Ende 2012 vor einer »langen Streckfolter« und bat um Geduld. Aber ich gebe zu: Ich hätte damals eine bis Ende 2015 reichende Streckfolter kaum für möglich gehalten, wiewohl das Wort »unmöglich« nach Ansicht von Napoleon zum Sprachschatz der Narren gehört.

Umso wichtiger erscheint es mir, sich die Argumente vor Augen zu führen, die Silber zum besseren Gold machen und langfristig für mein (und vielleicht auch Ihr) Lieblingsmetall sprechen. Ausgespielt werden diese Stärken jedoch erst, wenn das Umfeld wieder von steigender und hoher Inflation geprägt wird.

## 14 | 2 Silber wird verbraucht, Gold gehortet

Große Teile der Goldproduktion landen in Form von Barren oder Münzen in den Tresoren von Anlegern oder zu Schmuck verarbeitet in Schatullen. Silber hingegen gehört zusammen mit Platin und Palladium zu den Industrie-Edelmetallen. Unsere Feststellung, Silber werde verbraucht und Gold gehortet, ist zwar nicht ganz neu, aber zeitlos gültig. Warum das so ist, verraten uns die nachfolgenden Zahlen. Die oberirdischen Silberlager werden vom Analysehaus CPM auf rund 2,578 Milliarden Unzen geschätzt. Damit könnte der Verbrauch von etwas mehr als 2 Jahren gedeckt werden. Die Goldlager hingegen entsprechen dem Verbrauch von über 16 Jahren. Experten gehen davon aus, dass die industrielle Silbernachfrage allein für Zukunftstechnologien bis zum Jahr 2020 auf etwa 78 Prozent der Jahresproduktion ansteigen könnte.

Schauen wir uns einmal einen historischen Vergleich der Förderung an. In der Menschheitsgeschichte wurde ungefähr neunmal so viel Silber aus dem Boden geholt wie Gold. Nach Abzug des verbrauchten Metalls liegt das Verhältnis jedoch nur noch bei 4,9:1. Dennoch kostet derzeit eine Unze Gold über 70-mal so viel wie eine Unze Silber, obgleich bei Gold die industrielle Nachfrage nur rund 10 Prozent des Gesamtverbrauchs ausmacht. Gold lebt damit vor allem vom ideellen Wert, der ihm zugemessen wird.

| Angaben in Tonnen | Förderung insgesamt | abzgl. Verbrauch | Reserven | insgesamt in Tonnen |
|---|---|---|---|---|
| **Silber** | 1 666 308 | 773 389 | 570 000 | 2 236 308 |
| **Gold** | 186 200 | 157 000 | 56 000 | 242 200 |
| Verhältnis | 8,9 | 4,9 | 10,2 | 9,2 |

*Quelle: CPM, USGS, Bloomberg; Daten bis Ende 2015*

Die besondere elektrische Leitfähigkeit des Silbers macht dieses Edelmetall für bestimmte Technologien und Anwendungen unverzichtbar – vor allem für den boomenden Zukunftsmarkt der Smart Textiles, also »intelligenter« Textilien mit integrierter Mikroelektronik oder Solarzellen. Dadurch ist es zum Beispiel möglich, wichtige Körperfunktionen beim Tragen von Berufskleidung zu messen. Silber weist darüber hinaus eine abschirmende

Eigenschaft auf. Dies ist besonders in der Luft- und Raumfahrt von großer Bedeutung, wenn es gilt, elektromagnetische Strahlen abzuhalten. Silber wirkt zudem antistatisch. Sie kennen das: Man läuft über einen Teppich aus Kunstfasern und wird dadurch elektrostatisch aufgeladen. Beim Griff zur Türklinke bekommt man dann einen kleinen Schlag. Für den Menschen nicht gefährlich, allerdings kann dies zu Schäden am Computer und an anderen elektronischen Geräten führen. Die Lösung: In die Teppiche werden Silberfasern zur Ableitung der Spannung integriert. Auch in Flugzeugen sind solche antistatischen Bodenbeläge gang und gäbe.

Die im Kapitel zum Thema »Bargeldabschaffung« angesprochene RFID-Technologie (»Radiofrequency Identification«) ist ohne Silber ebenfalls nicht denkbar. Solche RFID-Transponder werden häufig als Funketiketten eingesetzt. Sie befinden sich zum Beispiel an Waren, die Sie im Handel erwerben. Sie senden Daten automatisch und berührungsfrei an ein Lesegerät weiter. Eine wichtige Rolle spielt das Silber zudem in der Medizin dank seiner antibakteriellen Wirkung und bei den alternativen Energien. Zudem steckt in jedem Auto Silber. Wie einer der deutschen Automobilkonzerne mitteilte, sind in einer voll ausgestatteten Luxuskarosse bis zu 2 Unzen Silber enthalten. Silber ist ferner in jedem Smartphone anzutreffen und wird auch für LEDs gebraucht. Diese Licht aussendenden Dioden sieht man unter anderem in Verkehrsampeln sowie in Wohn- und Geschäftsgebäuden. Sie benötigen wenig Energie, erzeugen dadurch weniger Wärme und sind auf eine lange Haltbarkeit ausgerichtet. In einem schon 2009 veröffentlichten Bericht der Bundesregierung zu den Auswirkungen der Zukunftstechnologien auf die Rohstoffnachfrage heißt es unter anderem:

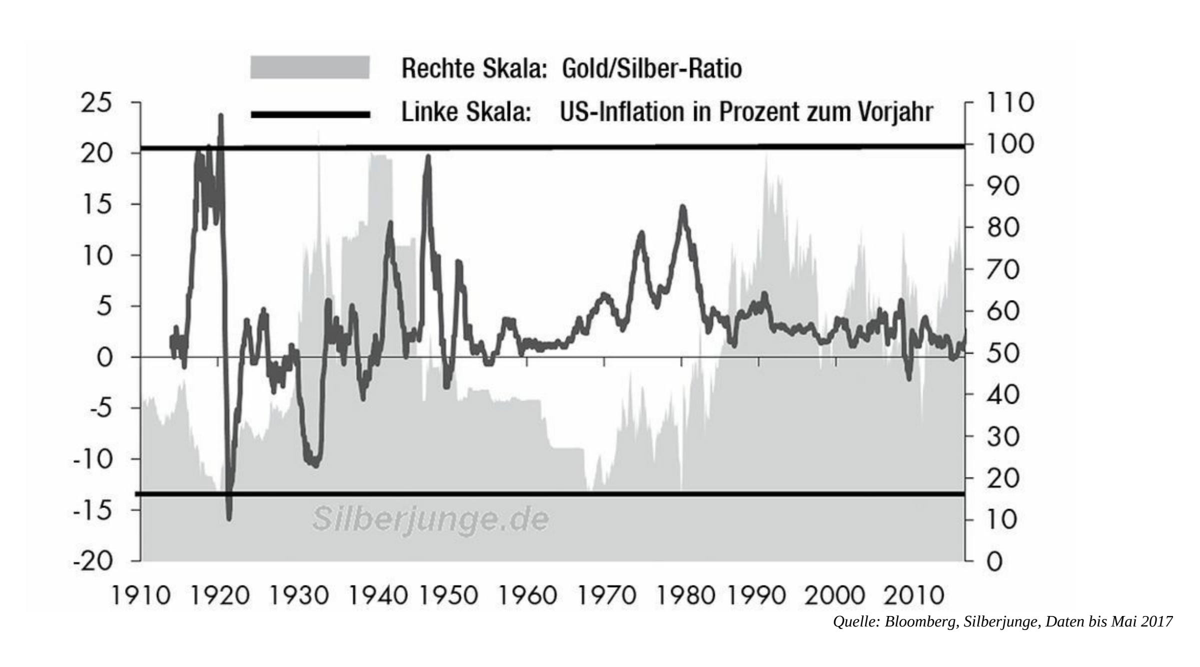
»Silber leitet Wärme und Elektrizität am besten unter allen Metallen. Unter den wichtigsten Eigenschaften sind auch Duktilität (Verformbarkeit), Schmiedbarkeit und Reflexionsvermögen zu nennen. Durch das Versilbern von Glas werden Spiegel hergestellt. Silber ist weniger reaktiv als Kupfer und oxidiert als edles Metall auch bei hohen Temperaturen nicht an der Luft ... Silber wirkt zudem keimtötend, was unter anderen in der Lebensmittelhygiene und Medizin genutzt wird.«

Das sind nur ein paar Beispiele für die industrielle Nutzung von Silber. In meinen Büchern *Silber – das bessere Gold* und *Vermögen retten – In Silber investieren* habe ich sehr detailliert beschrieben, in welchen Bereichen Silber

unverzichtbar ist und was dies für die langfristige Preisentwicklung dieses Edelmetalls bedeutet. Sie sehen: Silber legen sich nicht nur Sammler und Anleger in Form von Barren und Münzen in den Tresor – Silber wird industriell verbraucht. Im Klartext: Eine tendenziell steigende Nachfrage trifft auf ein tendenziell sinkendes Angebot. Was dies für die künftige Preisentwicklung bedeutet, muss ich an dieser Stelle sicher nicht erwähnen.

## 14 | 3 Gold/Silber-Ratio fällt vor allem bei Inflation

Es gibt eine interessante Korrelation zwischen der Inflation und der Gold/Silber-Ratio, die Sie unbedingt kennen sollten. Tatsächlich gewinnt Silber gegenüber Gold vor allem in Inflationsphasen. Dann nämlich kann Silber seine Stärke gegenüber Gold voll ausspielen. Auf Tagesschluss-Kursbasis lag die Gold/Silber-Ratio am 14. März 1968 bei 14,1 und am 2. Januar 1980 bei 14,0.




*Quelle: Bloomberg, Silberjunge, Daten bis Mai 2017*

### Mein Praxistipp:

Werte unter 20 sollten Sie allmählich als Signal zur Reduzierung Ihrer Silberinvestments gegenüber Goldinvestments wahrnehmen.

Sicher erinnern Sie sich noch an die schwierigen Jahre von 2008 bis 2010. Es war die Zeit, als Lehman Brothers zusammenbrach, die Banken mit milliardenschweren staatlichen Hilfsprogrammen auf Kosten der Steuerzahler gerettet werden mussten und das Finanzsystem weltweit vor einem Giga-Crash stand. Bundeskanzlerin Angela Merkel trat mit ihrem damaligen Finanzminister Peer Steinbrück vor die Presse und erzählte den deutschen

Sparern, die Bundesregierung garantiere für ihre Spareinlagen. Jeder, der die volle Tragweite der damaligen Probleme kannte, wusste, dass die Kanzlerin in diesem Moment die hypernervösen Sparer, die jede Minute ihre Banken hätten stürmen können, mit fragwürdigen Placebos ruhigstellte. Bemerkenswert schnell wechselte die Krise anschließend vom Krisen- in den Boom-Modus. Ab 2011 prosperierte die Weltwirtschaft wieder – mit dem Ergebnis steigender Inflationsraten. Im September 2011 erreichte die Konsumentenpreisinflation in den USA mit einem Anstieg von 3,9 Prozent zum Vorjahr ihr Hoch. Genau in diesem Moment sah auch der Goldpreis sein Hoch bei über 1921 US-Dollar je Feinunze. Im April 2015 lag diese Jahresveränderungsrate der US-Inflation im Jahrestief bei minus 0,2 Prozent. Aus Inflationsängsten wurden plötzlich Deflationssorgen. Mit ein Grund war, dass die Staaten nach den gigantischen Konjunkturprogrammen ab 2012 wieder auf die Bremse traten.

Die Staaten der Euro-Zone hatten ihr Staatsdefizit von 2,2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2008 auf 6,8 Prozent 2009 und nochmals 6,2 Prozent im Jahr 2010 ausgeweitet. Die USA blähten ihr Staatsdefizit sogar auf 7 Prozent im Jahr 2008 und 12,7 Prozent 2009 sowie 12 Prozent im Jahr 2010 auf. Ab 2011 ging das Defizit leicht zurück, ab 2016 stieg es wieder an. Das Antreiben der Konjunktur wurde so allein der Geldpolitik überlassen, die jedoch dieser Herausforderung insbesondere in Euroland nicht gewachsen war. Ich warne auch an dieser Stelle davor, die Inflation abzuschreiben. Wenn Sie, liebe Leserin, lieber Leser, die Mainstream-Medien verfolgen, müssen Sie bisweilen den Eindruck gewinnen, die Inflation sei eigentlich kein Thema mehr. Glauben Sie das wirklich? Es gibt ein Beispiel aus den späten 1960er-Jahren, das uns eigentlich zu denken geben müsste. Der damalige »Superminister« Karl Schiller erklärte 1968 wörtlich: »Die Inflation ist tot wie ein rostiger Nagel.« Wenige Jahre später – 1974 – gab es im öffentlichen Dienst unter dem damaligen Bundeskanzler Willy Brandt einen Tarifabschluss von sage und schreibe 11 Prozent, weil die Inflation erwacht war. Für mich ist das ein hervorragendes Beispiel dafür, dass Totgesagte in der Tat länger leben. Kaum jemand kann sich heute die Rückkehr hoher Inflationsraten vorstellen. Ich sage nicht, dass es morgen passieren wird, aber insbesondere in den USA kann sie schnell ihre Rückkehr feiern. Sowohl in Euroland als auch in den USA hat die Inflation Ende 2016 bereits angezogen. In einem solchen Umfeld dürfte auch der Silberpreis wieder signifikant

steigen.

## 14 | 4 Weshalb ich stets auf den OECD-Frühindikator schaue

Seit Mitte 2011 mussten wir erkennen, dass der Frühindikator OECD+ BRIICS [28] › Hinweis , der einschließlich der Schwellenländer über 83 Prozent der Weltwirtschaft abdeckt, immer wieder Schwächesignale aussandte. Dabei stehen Werte unter 100 für Rezessionsgefahren. Im Silberbulletin vom 20. Februar 2016 zeigte ich jedoch, wie Gold und Silber in der Vergangenheit deutlich vor dem Turnaround des OECD-Frühindikators drehten, was auch dieses Mal wieder geschah. Nach der schweren Rezession Anfang der 1980er-Jahre stieg der OECD-Indikator erst im September 1982. Silber sah das Tief bereits wesentlich früher am 21. Juni 1982 bei 4,901 US-Dollar. Der Preis für eine Feinunze stieg am 7. September 1982 schon auf 9,45 US-Dollar und erreichte am 15. Februar des Folgejahres 14,668 US-Dollar. Der Goldpreis sah sein Tief ebenfalls deutlich früher am 21. Juni 1982 bei 296,5 US-Dollar. Er stieg bereits bis 7. September 1982 auf 481 US-Dollar und nach einer Korrektur dann weiter auf 509,25 US-Dollar am 15. Februar 1983. Das Tief des alten CRB-Rohstoffindex wurde hingegen erst am 4. Oktober 1982 bei 22,8 Punkten erreicht, und bis zum 9. September ging es gerade einmal hoch auf 283,80 Punkte.

Sie sehen, liebe Leserin, lieber Leser, sobald die Weltwirtschaft brummt und die Inflation wieder in Fahrt kommt, wird auch das Silber wieder als heller Stern am Firmament der Kapitalmärkte erleuchten. Und wenn es sogar zu einem Inflationsschock kommen sollte – was angesichts von Draghis Geld-Orgien nicht auszuschließen, sondern eher wahrscheinlich ist –, wird Silber auch gegenüber Aktien wieder deutlich Boden gutmachen.

Halten wir an dieser Stelle also fest: Gold und Silber bieten den besten Inflationsschutz, der bei Aktien nur eingeschränkt gegeben ist.

## 14 | 5 Zur Entwicklung von Angebot und Nachfrage

Nüchterne Zahlen sagen bekanntlich mehr als tausend Worte. Daher veröffentlichen wir an dieser Stelle eine aktuelle Schätzung von UBS von Ende 2016 über den globalen Silbermarkt.

Bitte lenken Sie Ihre Aufmerksamkeit vor allem auf die Zeilen »Total supply« (also Gesamtangebot von Silber) und »Total demand« (also Gesamtnachfrage). Es ist deutlich zu erkennen, dass in den nächsten Jahren die Nachfrage nach Silber über dem Angebot liegen wird, was nach der UBS-Prognose zu stetig steigenden Preisen führt. Allein die Nachfrage der Industrie nach Silber dürfte von geschätzten 568 Millionen Unzen im Jahr 2017 auf 614 Millionen Unzen in 2020 expandieren, Tendenz: steigend. Kommt es zu dem oben beschriebenen Inflationsschock, könnte sich der Silberpreis in noch viel stärkerem Maße erhöhen.

**Figure 34: Global Silver Market**

| Moz | 2013 | 2014 | 2015 | 2016e | 2017e | 2018e | 2019e | 2020e |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| **Supply** | | | | | | | | |
| Mine Production | 824 | 868 | 893 | 887 | 940 | 930 | 930 | 930 |
| % change | 4% | 5% | 3% | -1% | 6% | -1% | 0% | 0% |
| Net Official Sector Sales | 8 | - | - | - | - | - | - | - |
| Old Silver Scrap | 192 | 168 | 145 | 145 | 151 | 154 | 157 | 161 |
| Net Producer Hedging | - | 17 | 8 | - | 10 | 10 | 10 | 10 |
| Net ETF Sales | - | - | 15 | - | - | - | - | - |
| **total supply** | **1,024** | **1,053** | **1,062** | **1,032** | **1,101** | **1,095** | **1,098** | **1,101** |
| % change y-o-y | -3% | 3% | 1% | -3% | 7% | -1% | 0% | 0% |
| **Demand** | | | | | | | | |
| Industrial Applications | 569 | 563 | 542 | 539 | 568 | 590 | 602 | 614 |
| Photography | 50 | 48 | 47 | 46 | 41 | 41 | 41 | 41 |
| Jewelery | 218 | 224 | 226 | 208 | 227 | 227 | 227 | 227 |
| Silverware | 59 | 61 | 63 | 49 | 61 | 62 | 63 | 63 |
| Coins & Metals | 242 | 236 | 292 | 222 | 249 | 251 | 254 | 256 |
| Net Producer De-hedging | 35 | - | - | -20 | - | - | - | - |
| Net ETF-Purchases | 4 | 1 | - | 60 | 40 | 40 | 20 | 20 |
| **total demand** | **1,176** | **1,134** | **1,170** | **1,105** | **1,186** | **1,211** | **1,206** | **1,221** |
| % change y-o-y | 6% | -4% | 3% | -6% | 7% | 2% | 0% | 1% |
| Balance (implied investment) | -152 | -80 | -109 | -72 | -84 | -117 | -109 | -121 |
| Price (US$/oz) | 23.9 | 19.1 | 15.7 | 17.2 | 18.6 | 20.0 | 20.5 | 21.0 |
| % change y-o-y | | -20% | -18% | 9% | 9% | 7% | 2% | 2% |

## 14 | 6 Steuern sparen beim Kauf von Silber

Wer Gold kauft, braucht keine Mehrwertsteuer zu zahlen, heißt es oft. Das sei ein entscheidender Vorteil gegenüber Silber, Platin und Palladium. Wer die weißen Edelmetalle erwirbt, muss entweder Mehrwertsteuer berappen, oder aber er entscheidet sich für die Verwahrung in einem Zollfreilager außerhalb des Heimatlandes. Grundsätzlich trifft dieses Argument zu. Doch wie so häufig im Leben gilt auch hier: keine Regel ohne Ausnahme. Für Goldschmuck, Bandgold (Goldblech in Streifenform vor allem zur industriellen Verwendung) und für bestimmte Sammlermünzen aus Gold müssen 19 Prozent Mehrwertsteuer gezahlt werden. Von dieser Steuer befreit sind lediglich Barren und Anlagemünzen (Bullion Coins), wie zum Beispiel der Krügerrand, der Maple Leaf, die Philharmoniker-Münze, der Panda oder der American Buffalo.

Für Silber gab es bis vor einigen Jahren eine etwas kurios anmutende Sonderregelung, die vorsah, dass für Barren 19 Prozent, für Münzen aber nur 7 Prozent Umsatzsteuer berechnet wurden, was unter anderem dazu führte, dass sogenannte Münzbarren auf den Markt kamen, die zwar aussahen wie Barren, für den Fiskus aber Münzen waren. Doch das ist Vergangenheit. Heute spielt es keine Rolle, ob Sie Silbermünzen oder Silberbarren kaufen, sie zahlen in jedem Fall 19 Prozent Umsatzsteuer. Wirklich in jedem Fall? Nein, denn der clevere Silber-Investor kann nach wie vor Steuern sparen. An dieser Stelle möchte ich Ihnen die Internetadresse *www.gold-and-silver-world.com* ans Herz legen. Dort können Sie differenzbesteuerte Cook-Island-Silbermünzbarren von mehreren Kilogramm erwerben. Der Begriff »Differenzbesteuerung« dürfte Ihnen vielleicht schon einmal beim Kauf eines gebrauchten Autos oder einer Luxusuhr aus zweiter Hand untergekommen sein. In diesem Fall wird die Umsatzsteuer nur für den Gewinn fällig. Angenommen, Sie sind Gebrauchtwarenhändler und kaufen ein Fahrzeug für 10 000 Euro an. Später verkaufen Sie dieses Auto für 12 000 Euro; das heißt, ihr Gewinn – also die Differenz zwischen Einkaufs- und Verkaufspreis – macht 2000 Euro aus. Für diesen Betrag müssten Sie 19 Prozent Umsatzsteuer zahlen. Das entspräche also 380 Euro. Wäre der Gesamtpreis

von 12 000 Euro die Berechnungsgrundlage, ergäbe sich ein Betrag von immerhin 2280 Euro – ein beachtlicher Unterschied, der sich natürlich im Endpreis deutlich bemerkbar macht. Sie als privater Käufer kommen in den vollen Genuss dieses Steuervorteils. Anders sieht es bei gewerblichen Käufern aus, die in diesem Fall nicht die Umsatzsteuer im Wege des Vorsteuerabzugs geltend machen können.

**Fazit:** Achten Sie beim privaten Kauf von Silberbarren oder – münzen auf differenzbesteuerte Preise. Sie sparen dadurch bares Geld.

Ansonsten gilt beim Kauf von Silber: Achten Sie immer auf die Seriosität der Händler. Wir haben Ihnen im Gold-Kapitel des vorliegenden Buches bereits zwei interessante Edelmetallhändler vorgestellt (Degussa Goldhandel und pro aurum). Beides sind natürlich auch erste Adressen für den Kauf von physischem Silber, also Silberbarren und – münzen.

## 14 | 7 Alternativen zum Investment in physisches Silber

Grundsätzlich empfehle ich, den größten Teil eines Engagements in Silber (etwa 60 bis 70 Prozent) in Barren und Münzen zu investieren. Der Rest kann dann in die Aktien von Silberproduzenten, in ETFs oder ETCs fließen. Wird ein Bergbauunternehmen gut gemanagt, können Sie über die Kursgewinne der Aktien im Idealfall höhere Renditen erzielen als mit physischem Silber. Wahr ist aber auch: Es kann jederzeit die gegenteilige Entwicklung eintreten. Das heißt, selbst bei steigenden Rohstoffpreisen kann ein schlechtes Management zu fallenden Aktienkursen führen. Darüber hinaus sind die Minenbetreiber politischen Risiken ausgesetzt. Die großen Silbervorkommen befinden sich nämlich in Regionen, die sich nicht eben durch ein hohes Maß an politischer Stabilität auszeichnen. Ich halte die Aktien von primären Silberproduzenten wie Fresnillo, Silver Wheaton, Tahoe Resources, First Majestic und Silver Standard für interessante Werte, die in jedes Minendepot gehören.

Seit Jahren empfehle ich, in kleine Minengesellschaften mit weniger als 200 Millionen US-Dollar Marktwert höchstens 5 bis 10 Prozent der gesamten Gold- und Silbermineninvestments anzulegen. Der Löwenanteil sollte in die genannten Standardwerte fließen. Oftmals ist der Reiz für Investoren allerdings sehr groß, dennoch insbesondere kleine Minengesellschaften zu favorisieren. Verbunden ist damit die Hoffnung, die sprichwörtliche Nadel im Heuhaufen zu finden. Diese Rechnung geht allerdings nur selten auf. Denken Sie immer an den Ausspruch: »Eine Mine ist ein Loch, auf dem ein Betrüger steht«. Ich rate Privatanlegern von solchen Investments in der Regel ab.

Eine weitere Möglichkeit, indirekt in Silber zu investieren, ist der Kauf von Anteilen an Exchange Traded Funds (ETFs). Dies sind an der Börse gehandelte Fonds, dessen Anteile Sie ebenso schnell und günstig verkaufen können wie Aktien. Das Fondsvermögen wird mit physischem Silber unterlegt. Theoretisch können Sie sich das Silber sogar ausliefern lassen, was jedoch schon in steuerlicher Hinsicht keinen Sinn ergibt. Ich halte die ETFs

der Zürcher Kantonalbank (ZKB) immer noch für die besten von allen ETFs, weil

- das Silber, das diese ETFs unterlegt, ausschließlich in der Schweiz verwahrt wird und
- die Verleihung von Silber ausgeschlossen ist.

Wichtig: Achten Sie bei allen Anlagevehikeln stets darauf, dass die Verleihung von Edelmetallen ausgeschlossen ist. Die Verleihung der Edelmetalle eröffnet dem Fonds zwar die Möglichkeit, zusätzliche Erträge zu erwirtschaften. Für Sie als Anleger ist dies aber mit einem nicht zu unterschätzenden Risiko verbunden. Wird das Fondsvermögen – also das Silber – verliehen und der Entleiher geht pleite, haben Sie das Nachsehen. Dass es sich dabei um mehr als nur ein theoretisches Risiko handelt, zeigt ein Beispiel aus den 1980er-Jahren. Damals hatte die Zentralbank von Portugal 17 Tonnen Gold an die US-Investmentbank Drexel Burnham verliehen, die später in die Insolvenz geriet. Die portugiesischen Zentralbanker konnten ihr Gold daraufhin im wahrsten Sinne des Wortes abschreiben.

Auch bei der Auslieferung von physischen Edelmetallen kann es bei den Silber- und Gold-ETFs möglicherweise Einschränkungen geben. Darauf habe ich in meiner Sonderstudie *Silber – das bessere Gold* (Oktober 2014) explizit hingewiesen. Auf diese Einschränkungen muss im Fondsvertrag der Bank hingewiesen werden.

Kommen wir abschließend noch zu den Exchange Traded Commodities (ETCs). Dies sind Schuldverschreibungen, die physisch mit Silber (oder anderen Rohstoffen) besichert werden. Mithin handelt es sich eben nicht um ein Fondssondervermögen wie bei dem erwähnten ETF der ZKB auf Silber, sondern – wie gesagt – um eine Schuldverschreibung mit einem entsprechenden Emittentenrisiko. Hätte ich die Wahl zwischen dem ETF der ZKB und zum Beispiel dem ETC der Deutschen Bank, würde ich mich klar für das Schweizer Produkt entscheiden.

## 14 | 8 Zusammenfassung: Weshalb Silber das bessere Gold ist

1. Silber wird verbraucht, Gold wird gehortet.
2. Seine physikalischen Eigenschaften machen das Silber so begehrt und schwer bis gar nicht substituierbar.
3. Die vielfältigen Anwendungsbereiche sprechen für Silber, während die Mono-Nachfragestruktur Platin und Palladium mit hohen Risiken ausstattet.
4. Silber steckt in vielen Zukunftstechnologien.
5. Ohne Silber keine Zukunftsenergie. Die Solarbranche verbrauchte laut dem Analysehaus CPM 62,2 Millionen Silberunzen im Jahr 2015, und nach einer Mitte Dezember 2016 vorgelegten Schätzung des Silver Institute werden 2018 deutlich über 140 Millionen Silberunzen verbraucht.
6. Silber spielt eine wichtige Rolle in der Medizin aufgrund seiner antibakteriellen Wirkung.
7. Goldlager sind – gemessen in Verbrauchsjahren – beträchtlich größer als Silberlager.
8. Regierungen haben anders als bei Gold nur winzige Silberlager.
9. Silber führt ein Schattendasein als Investment gegenüber dem Gold.
10. Ein Silberverbot ist aufgrund der großen Verbreitung von Silber in der Realwirtschaft in vielfältigen Anwendungsgebieten kaum durchzusetzen. Die geringe Verbreitung in der Bevölkerung lohnt kaum den Aufwand. Ein Goldverbot hingegen ist durchaus denkbar.
11. Silber hat in den 1970er-Jahren und auch während der Rohstoffhausse seit Oktober 2001 die größten Anstiege gesehen. Das weiße Metall bietet den besten Inflationsschutz – noch mehr als Gold.
12. Insbesondere in der Schlussphase von Edelmetallhaussen ist Silber der Kaiser und Gold nur der König.
13. Silber ist mit einem Gold/Silber-Preisverhältnis von fast 71 gegenüber Gold stark unterbewertet. Das historische Verhältnis lag bei 15:1, teilweise sogar darunter.

Bedenken Sie:

Ich will die hohe Volatilität des Silberpreises weder leugnen noch relativieren. Silber gewinnt in Edelmetallhaussen schnell das Zweifache von Gold, verliert aber auch mehr in Korrekturen. Wer allerdings um die Vorzüge von Silber weiß, kann mit Rückschlägen entsprechend entspannt umgehen und langfristige Chancen nutzen. Bei einem Gold/Silber-Preisverhältnis von 71 ist Silber gegenüber Gold historisch preiswert.

Eine Bitte habe ich an Sie: In meinem YouTube-Kanal *Silberjunge* finden Sie das Video *Silber – das bessere Gold.* Wichtige Fakten will ich damit einer breiten Öffentlichkeit kostenlos zugänglich machen. Helfen Sie mir bitte bei der Verbreitung.



## 15 | Kapitel

# Der Einfluss der Terminmärkte auf die Preisentwicklung

Angenommen, Sie haben beschlossen, einen 100-Gramm-Barren Gold zu erwerben. Also suchen Sie den Edelmetallhändler Ihres Vertrauens auf, zahlen den Gegenwert in bar und nehmen das gute Stück entgegen. Da die Transaktion deutlich unter dem Schwellenbetrag von 9999,99 Euro liegt, bedarf es keiner Legitimierung. Ja, wenn Sie nicht wollen, brauchen Sie sich dem Händler nicht einmal vorzustellen. Sie wickeln ein sogenanntes Tafelgeschäft ab. Das heißt, Sie legen das Geld auf den Tisch (die »Tafel«), und der Händler händigt ihnen den Goldbarren aus. Die Transaktion wird in der Gegenwart abgewickelt. Es dauert nur ein paar Minuten, dann hat der Händler sein Geld und Sie Ihren Barren. Nicht anders, eben nur mit ungleich größeren Volumina funktioniert der Kassamarkt, oft auch als Spotmarkt bezeichnet. Die Händler kaufen die gewünschten Edelmetalle gegen bar.

Vom Kassamarkt zu unterscheiden sind die Future-Märkte, an denen – wie der Name schon sagt – Futures, also Terminkontrakte, gehandelt werden. Nüchtern betrachtet, lässt es sich kaum bestreiten, dass die Preise für Edelmetalle heutzutage vor allem über die Future-Märkte gemacht werden. In den vergangenen Jahren gab es immer wieder recht stichhaltige Indizien für eine gezielte Manipulation vor allem des Goldpreises, die nur ein Ziel hatte: den Anlegern das Gold madig zu machen. Goldpreisstürze sollten den privaten Investoren suggerieren, dass eben auch das gelbe Edelmetall nicht wirklich werthaltig sei. Der Rohstoffexperte und Autor Dimitri Speck, der schon im Jahr 2001 anhand von Intraday-Anomalien entdeckte, dass die Zentralbanken seit 1993 systematisch Interventionen am Goldmarkt vornahmen, schreibt Klartext: In Krisenzeiten sollen mit blitzartigen Kursstürzen die Anleger aufgeschreckt und vom Gold (und ebenso vom Silber) ferngehalten werden. [29] › Hinweis Wörtlich schreibt Speck: »Diese Preisschocks werden über den Terminmarkt verursacht. Da geht es mal um 5 Dollar runter, aus heiterem Himmel, da geht es mal um 50 Dollar runter, mal

dauert das ein paar Minuten, mal ein paar Sekunden, mal geht’s auch im Sekundenbruchteil. Und diese schockartigen Preisrückgänge an den Terminmärkten sorgen natürlich sofort dafür, dass auch an den physischen Märkten die Preise nach unten gesetzt werden. Da Gold ... kein Verbrauchsgut ist, sondern ein Anlagegut, denken sich Interessenten sofort: Hoppla, Gold ist eine schlechte Geldanlage. Und andere, die Gold halten, sind vielleicht eher bereit, es zu verkaufen.«

Dieser Hintergrund erklärt im Übrigen ein nur im ersten Moment widersprüchliches Phänomen: In den vergangenen Jahren berichteten Edelmetallhändler oft über eine deutlich gestiegene Nachfrage, gleichzeitig sank jedoch der Preis für Gold und Silber. Das Prinzip von Angebot und Nachfrage schien auf den Kopf gestellt.

Das zeigt Ihnen zumindest zweierlei, liebe Leserin, lieber Leser.
Erstens: Die Terminmärkte haben einen sehr starken Einfluss auf den Goldpreis.
Zweitens: Diese Macht wird in dreister Entschlossenheit ausgenutzt, wenn es den internationalen Großbanken, Notenbanken und Regierungen opportun erscheint.

## 15 | 1 Was sind Futures?

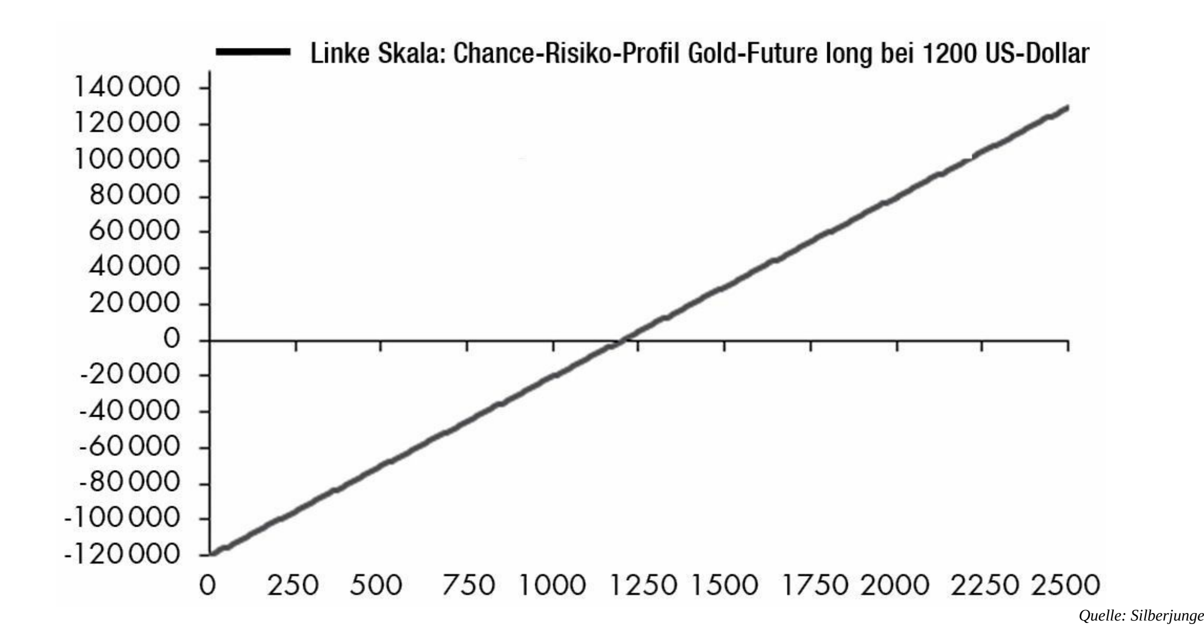
Ein Future ist ein unbedingter börsengehandelter Terminkontrakt mit der Verpflichtung, eine standardisierte Menge und Qualität eines Rohstoffs (oder eines anderen Finanzinstruments) zu einem festgelegten, in der Zukunft liegenden Zeitpunkt zu liefern oder abzunehmen. Wie gesagt, es handelt sich um eine Verpflichtung und nicht nur um ein bloßes Recht wie bei einer Option, von der Sie Gebrauch machen können oder auch nicht. Beim Spot- oder Kassahandel liegt der Liefertermin in der Gegenwart (beziehungsweise bei Devisen und Wertpapieren innerhalb von maximal 2 Börsentagen nach dem Handelstag). Bei Futures sagt der Name bereits, dass der Lieferzeitpunkt in der Zukunft liegt. Futures werden an der Börse gehandelt, wobei die Bonität der beteiligten Vertragsparteien durch die sogenannte Clearing-Stelle der Börse garantiert wird.

Für jeden offenen Kontrakt (die Anzahl der offenen Kontrakte wird als Open Interest bezeichnet) gibt es also einen Käufer und einen Verkäufer. Der Käufer wird auch als Halter einer Long-Position bezeichnet. Er geht zum Beispiel »long« im Silber-Future und setzt auf steigende Notierungen. Der Verkäufer wiederum hält eine Short-Position. Er ist – um unser Beispiel noch einmal aufzugreifen – im Future »short« und wettet auf fallende Silberpreise. Nun könnte man den Spruch zitieren: »Ob long, ob short, das Geld ist fort.« Doch wollen wir das Thema etwas differenzierter angehen. Um einen Future handeln zu können, bedarf es in der Regel eines Kontos bei einem Broker, denn nur noch wenige Banken stellen ihren Kunden eine Plattform zum Handeln mit solchen Produkten zur Verfügung. Dieses Konto verschafft dem Kunden den Zugang zur Börse. Der Silber-Future wird zum Beispiel an der COMEX gehandelt. Diese Abkürzung steht für New York Commodities Exchange. Infrage kommende Broker für Ihren Handel mit Futures sind etwa *interactivebrokers.com* oder *sucdenfinancial.co.uk.*

Um überhaupt einen Kontrakt eröffnen zu dürfen, müssen Sie auf Ihrem Brokerkonto eine Mindesthinterlegungssumme haben, in der Regel auch Initial Margin genannt. Spekulanten haben eine höhere Einschusspflicht als

jene, die ein Geschäft zur Absicherung bestehender Bestände tätigen wollen (»Hedging«).

Ein Praxisbeispiel: Beim Gold-Future liegt die Kontraktgröße generell bei 100 Unzen Feingold. Sie können also keinen Kontrakt auf lediglich eine oder 10 Unzen abschließen. Unterstellen wir, der Preis einer Feinunze Gold liegt bei 1203,50 US-Dollar, dann macht der Marktwert des Futures 120 350 US-Dollar aus (Preis für eine Unze mal 100). Nun steigt der Preis pro Unze um einen Dollar. Verfügten Sie nur über eine Unze Feingold, läge Ihr Gewinn folglich bei nur einem Dollar. Da aber die Kontraktgröße grundsätzlich 100 Unzen ausmacht, haben Sie einen Gewinn von 100 Dollar erzielt. Die Gegenseite jedoch verliert 100 Dollar. Verliert der Preis pro Unze allerdings einen Euro, fahren Sie einen Verlust von 100 Dollar ein. Mit diesem Betrag würde Ihr Brokerkonto belastet.



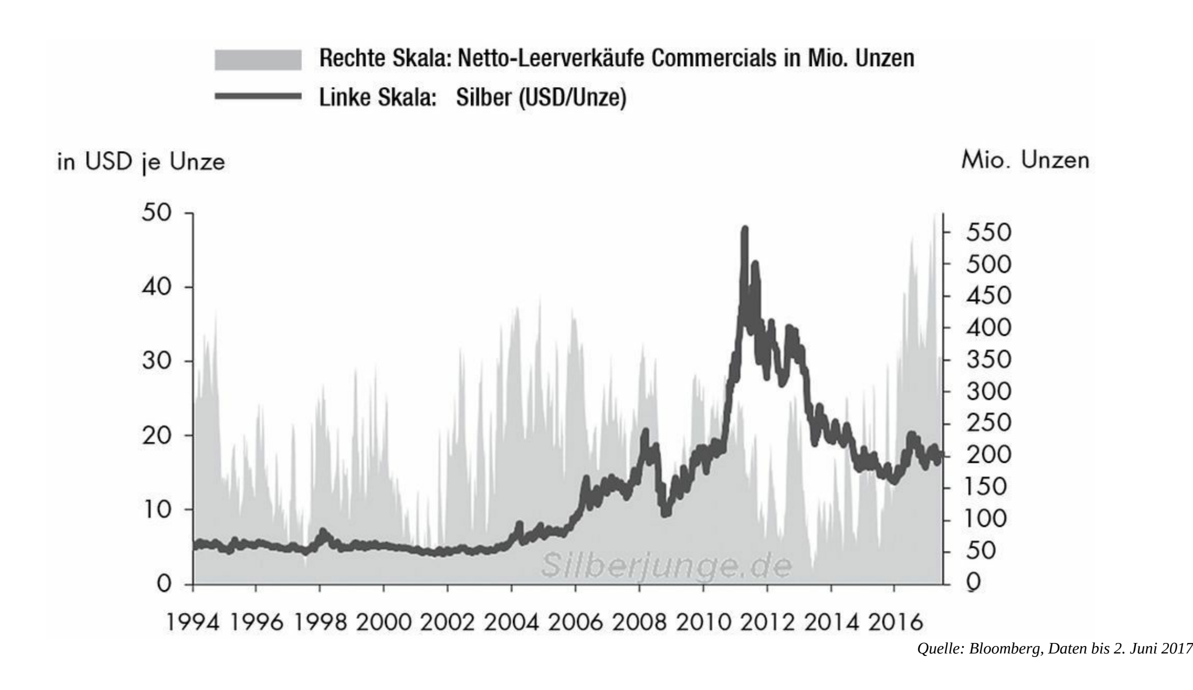
*Quelle: Silberjunge*

Der letzte Handelstag eines Futures steht von vornherein fest. Doch nicht nur dieses Datum ist für den Investor relevant. Ebenso wichtig ist der sogenannte Tag der ersten Ankündigung. Was verbirgt sich dahinter? Ab diesem Tag besteht die Gefahr des Andienens der Edelmetalle, Devisen oder Währungen, auf die der Future abgeschlossen wurde, also zum Beispiel 100 Unzen Gold durch die Gegenseite. Daher ist man gut beraten, den Future bereits vor dem Tag der ersten Ankündigung mindestens in den nächstfolgenden Future zu »rollen«. Hier spricht man vom sogenannten First-Notice-Day. Wichtig ist,

dass der Verkäufer des Silber-Futures darüber entscheidet, wann er die 5000 Unzen Silber liefert, und nicht der Käufer.

Nun könnten Sie natürlich fragen, weshalb Sie sich als Privatanleger mit solchen äußerst riskanten und komplexen Anlageinstrumenten überhaupt auseinandersetzen sollen. Die Antwort ist einfach: Die US-Terminmarktdaten geben wichtige Hinweise, wie sich der Markt für Gold, Silber oder andere Anlageinstrumente entwickeln dürfte. In diesen Reports werden unterschiedliche Investorengruppen berücksichtigt. Zwei Gruppen gilt es auseinanderzuhalten. Da wären zum einen die Non-Commercials. Darunter sind Großspekulanten zu verstehen. Ein großer Teil davon besteht aus dem »Managed Money«, also Geldmanagern, wozu in erster Linie Hedgefonds, Commodity Trading Advisors (CTA) sowie passive Indexanleger zählen. Diesen gegenüber stehen die Commercials, also die Gegenspieler der Spekulanten, bestehend aus Swap-Dealern (=Großbanken) und Produzenten.

Wichtig: Wenn die Non-Commercials ihre Netto-Kaufpositionen nach großen Preiseinbrüchen reduziert haben, ist die Luft in der Regel meist wieder rein. Dies spricht für Kaufchancen, also zum Beispiel für eine Wende des Silberpreises nach oben. Im Gegenzug haben ihre Gegenspieler, die Commercials, dann ihre Netto-Leerverkäufe reduziert. Die Zahlen werden in der Regel jeden Freitag um 21:30 Uhr unserer Zeit veröffentlicht und von mir wenige Minuten danach meinen Lesern mitgeteilt:




*Quelle: Bloomberg, Daten bis 2. Juni 2017*

**Fazit:** Die Positionierung der Non-Commercials und der Commercials bietet bessere Kauf- als Verkaufssignale. Wer zu früh aussteigt, wird seine Ernte nicht einfahren können.

## 15 | 2 Was man über Leerverkäufe wissen sollte

Das Prinzip eines Leerverkaufs ist denkbar einfach und lässt sich auch anhand eines Beispiels außerhalb der Finanzwirtschaft erklären. Angenommen, Sie eröffnen einen kleinen Online-Shop. Da Ihnen der nötige »Stauraum« fehlt, um die von Ihnen angebotene Ware lagern zu können, ordern Sie das Produkt erst, wenn eine Bestellung vorliegt. Der Käufer zahlt aber sofort, um einen Preisnachlass in Form von Skonto zu bekommen. Sie wiederum bestellen die Ware und liefern diese nach ein paar Tagen aus. Wenn Sie Glück haben, ist der Preis des Produkts inzwischen etwas gesunken, sodass sich Ihre Marge erhöht.

Nicht viel anders funktioniert der Leerverkauf im Bank- und Finanzwesen: Der Leerverkäufer (Shortseller) veräußert Edelmetalle, Wertpapiere, Devisen usw., die sich zum Zeitpunkt des Verkaufs noch gar nicht in seinem Eigentum befinden. Oder aber, der Verkäufer hat die Basiswerte lediglich geliehen. Irgendwann schlägt aber dann die Stunde der Wahrheit. Sprich: Der Leerverkäufer muss seinen Lieferverpflichtungen nachkommen und sich hierzu durch den Kauf von Waren oder Finanzinstrumenten eindecken. In Deutschland muss in der Regel 2 Tage nach dem Geschäftsabschluss geliefert werden. Kommt es zum Verzug, droht nach weiteren 2 Geschäftstagen eine Zwangsregulierung. Bisweilen kann es für den Leerverkäufer dabei richtig eng werden – dann nämlich, wenn es zu einem Short Squeeze kommt, also zu einem Engpass. Wenn viele Leerverkäufer ihre eingegangenen Short-Positionen glattstellen müssen, bilden sich bei dem betreffenden Basiswert (Aktien, Devisen, Edelmetalle usw.) oft deutlich steigende (Knappheits-)Preise.

Dabei strebt der Leerverkäufer eigentlich das genaue Gegenteil an: Er verkauft große Mengen eines bestimmten Basiswertes, was in der Regel zu deutlich fallenden Kursen führt. Anschließend kauft der Short-Seller die Basiswerte zu den dann geringeren Kursen, um seine Positionen glattzustellen. Geht die Rechnung auf, liegt sein Gewinn in der Differenz zwischen Leerverkaufspreis und Eindeckungspreis. Viele Hegdefonds

arbeiten in großem Umfang nach diesem Leerverkaufsprinzip.

Aus Gründen der Vollständigkeit sei noch erwähnt, dass es Leerverkäufe sowohl als Kassa- als auch als Termingeschäft gibt. Bei einem Leerverkauf als Kassageschäft muss der Verkäufer die veräußerte Ware innerhalb der üblichen Fristen – in der Regel also 2 bis 3 Tage – liefern. Dies geschieht durch eine Wertpapier- beziehungsweise Goldleihe, im Fall von Devisen durch einen Kredit oder einen Devisenswap. [30] › Hinweis Um die Leihe wieder zurückzuzahlen, muss der Leerverkäufer später den verkauften Wert zurückkaufen (Eindeckung). Ist der Preis bis dahin gefallen, darf er sich freuen: In diesem Fall hat er ein gutes Geschäft gemacht. Muss er hingegen mehr bezahlen, geht der Schuss sozusagen nach hinten los: Dann hat der Leerverkäufer einen Verlust eingefahren.

Erfolgen die Leerverkäufe über Termingeschäfte – also zum Beispiel mithilfe der erwähnten Futures –, dann liefert der Verkäufer erst in der Zukunft. Er wird in der Regel den Leerverkauf vor dem Verfallstermin glattstellen, indem er den gegenläufigen Terminkauf tätigt. Daneben hat er aber auch die Möglichkeit, den Basiswert (Aktien, Devisen, Edelmetalle usw.) vor dem Fälligkeitstermin zu kaufen und bei Verfall zu liefern.

Die US-Terminmarktaufsicht gibt übrigens jeden Freitag bekannt, wie hoch die Netto-Leerverkäufe der vier größten Händler in einem Future sind. Beim Silber hatten diese großen Vier am 18. April 2017 einen Rekord aufgestellt mit Leerverkäufen von 396,7 Millionen Silberunzen. Das waren rund 45 Prozent der Minenproduktion des Jahres 2016. Bei keinem Rohstoff sahen wir jemals ein solches Niveau. Ich warnte Mitte April 2017 vor einem Rückschlag, aber diese Eingriffe und künstlichen Preisdrückungen werden nicht ewig erfolgreich sein. Letztlich zeigen diese Leerverkäufe, dass sich ein großer Druck aufbaut.




*Quelle: Bloomberg, Daten bis 2. Juni 2017*

Soweit ein kleiner, sicherlich etwas oberflächlicher Einblick in die Welt der Futures und der Leerverkäufe. Nur wenige Privatanleger werden – sofern sie nicht sehr vermögend sind – mit dieser Materie jemals direkt in Berührung kommen. Ich erwähne diese Finanzinstrumente nur, um deutlich zu machen, wie sehr zum Beispiel auf den Gold- und Silberpreis von Monopoly-Spielern Einfluss genommen wird. Der renommierte Goldexperte Dr. Bruno Bandulet bringt es auf den Punkt: »Am Goldmarkt gibt es ein schmutziges Geheimnis, über das die Zeitungen schweigen: den Umstand nämlich, dass eine enorme, aber nicht genau bezifferbare Menge an Scheingold auf Konten gebucht ist, das nicht lieferbar ist, weil es nicht existiert.« [31] › Hinweis .

## 16 | Kapitel

# Grundsätzliches zur Vermögensschutzstrategie

Nachdem ich in den vorangegangenen Kapiteln ausführlich die Sachwerte Aktien und Edelmetalle behandelt habe, möchte ich auf den nachfolgenden Seiten zunächst auf die Alternativen eingehen und anschließend noch einmal kurz die wichtigsten Bestandteile einer optimalen Vermögensschutzstrategie skizzieren. Da wären zum einen Immobilien als Klassiker unter den Sachwerten, zum anderen aber auch Diamanten und Farbedelsteine sowie die Kryptowährung Bitcoins. Immer wieder werde ich von meinen Lesern und Zuhörern gefragt, wie diese Asset-Klassen vor dem Hintergrund der faktischen Nullzinspolitik einzuschätzen sind. Ich kann das durchaus nachvollziehen, schließlich sorgen sich die Menschen um ihr Geld, gleichzeitig erkennen sie, dass die Aktienmärkte infolge der lockeren Geldpolitik der EZB zunehmend »heiß laufen«. Hier nun meine Einschätzung.

## 16 | 1 Betongold oder Crash-Cocktail?

»Liebe vergeht, Hektar besteht«. »Steine statt Scheine«. Wer kennt sie nicht, all diese schönen Sprüche? Das Thema »Immobilienpreise« steht ganz oben auf der Agenda vieler Partys, vor allem in den Großstädten. Die Niedrigzinsen haben die Häuserpreise in Deutschland, aber auch in anderen Industrienationen enorm nach oben getrieben. Die Deutsche Bundesbank ging bereits im Jahr 2015 in einer Studie davon aus, dass die Immobilienpreise »in städtischen Regionen weiterhin überaus hoch bewertet« seien. Damals waren sie laut dieser Studie schon durchschnittlich um mindestens 20 Prozent zu hoch. Lange Zeit galten die Immobilienpreise in Deutschland – verglichen mit dem Niveau in den EU-Nachbarstaaten, insbesondere in Frankreich und Großbritannien – als relativ moderat. Für eine Eigentumswohnung in Deutschland zahlte man im Jahr 2011 mit 1861 Euro pro Quadratmeter deutlich weniger als zum Beispiel in Frankreich, wo man damals bereits mit über 3100 Euro/qm rechnen musste. Dieser Abstand hat sich im Jahr 2016 auf nur noch 156 Euro verringert. Das Argument, deutsche Immobilien seien vergleichsweise preiswert und hätten daher einen gewissen Nachholbedarf, mag also vor ein paar Jahren stichhaltig gewesen sein, aktuell trifft dies aus meiner Sicht nicht mehr zu.

Wer nur lange genug sucht, dürfte auch in Deutschland noch Regionen finden, in denen die Immobilienpreise deutlich unter jenen in den Groß- und Mittelstädten liegen. Dabei handelt es sich allerdings um Gegenden mit mäßiger Infrastruktur und schlechter medizinischer Versorgung, wo nur die wenigsten Menschen leben möchten, zumal dann, wenn sie älter werden.

Nüchtern betrachtet, lässt es sich kaum bestreiten, dass in vielen Industrienationen die Gefahr einer bald platzenden Immobilienpreis-Blase in den vergangenen Jahren signifikant gestiegen ist. Dabei sind es nicht nur die nüchternen Zahlen, von denen Alarmsignale ausgehen. Oft registrieren wir in solchen Phasen geradezu verrückte Übertreibungen, die erkennen lassen, dass die Marktteilnehmer jedweden Bezug zur Realität verloren haben.

Aktuelle Nachrichten aus Kanada lassen nun vermuten, dass dort die

Immobilienmärkte völlig außer Rand und Band sind. Der neueste Schrei heißt: »Speed-dating zum Wohnungskauf«. Also: Zwei oder drei Menschen lernen sich kennen, glauben, einigermaßen miteinander auszukommen, legen ihre Ersparnisse zusammen, nehmen für die Restsumme ein Darlehen auf und kaufen eine Immobilie. Jedem gehört also ein Teil des Objekts. Kann einer der Miteigentümer die anteiligen Zins- und Tilgungsraten nicht mehr zahlen, müssen die anderen dessen Verpflichtungen übernehmen. Trotzdem bleibt jeder in dieser »Fortgeschrittenen-WG« nur Teileigentümer.

»Kaufe niemals eine Immobilie zusammen mit jemandem, mit dem du nicht schläfst«, lautet eine goldene Regel für Investoren und Anleger. Eine gute Empfehlung, obgleich auch sie keinen weitreichenden Schutz bietet. Wenn man Banker fragt, welche Gründe bei der Immobilienfinanzierung am häufigsten zur Zwangsversteigerung führen, dann bekommt man stets dieselbe Antwort: Scheidungen sind die höchsten Risiken, erst dann folgen schwere Krankheiten und Arbeitslosigkeit. Wie hoch ist da erst das Risiko bei einem »Speed-dating«?

Wird die nächste Finanzkrise dieses Mal von Kanada ausgehen? Manches deutet darauf hin – nicht nur das skurrile »Speed-dating«. Auch die existenzbedrohende Krise des Immobilienfinanzierers Home Capital im Frühjahr 2017 war nicht eben ein vertrauenerweckendes Signal.

Nun ist Kanada zwar ziemlich weit entfernt. Doch im Zeitalter der Globalisierung springt das Krisen-Virus in sehr kurzer Zeit auch auf andere Märkte über. Ökonomen nennen das den Contagion-Effekt, also die wechselseitige Ansteckung.

Es ist jedenfalls beunruhigend, wenn ein ansonsten sehr nüchterner und behutsam formulierender Zeitgenosse wie Bundesbankvorstand Andreas Dombret vor einem »gefährlichen Cocktail aus boomendem Immobilienmarkt und Niedrigzinsen« warnt. Die Immobilienpreisentwicklung in den deutschen Städten lasse bei ihm die Alarmglocken läuten, sagte der Bundesbanker im Frühjahr 2017. Dazu gibt es allemal Anlass: In den sieben deutschen Großstädten, die im Indikator der Bundesbank abgebildet sind, stiegen die Immobilienpreise zwischen 2010 und 2017 um mehr als 60 Prozent.

Wann platzt die Blase? Leider weiß man das in aller Regel erst hinterher. Dennoch gibt es einige Frühwarnsymptome, auf die Anleger achten sollten. Hier die wichtigsten:

1. Niedrige Zinsen, steigende Immobilienpreise sowie die Bereitschaft der Banken, bei der Vergabe von Baudarlehen höhere Risiken einzugehen, stellen eine brisante Kombination dar. Diese Situation ist längst eingetreten. Trotz zum Teil drastisch gestiegener Preise ist die Nachfrage nach Immobilien ungebremst. Angesichts der in vielen Staaten wieder langsam anziehenden Konjunktur und steigender Teuerungsraten dürften die Zinsen schon mittelfristig steigen. Eine Zinswende könnte die Immobilienblase sehr schnell zum Platzen bringen.
2. Explodierende Immobilienpreise, die in einem deutlich steigenden Verhältnis zu den verfügbaren Einkommen stehen, können ebenfalls ein Crash-Indikator sein. Ein besonders krasses Beispiel stellt in dieser Hinsicht Neuseeland dar. Dort bekommt man für das verfügbare Einkommen heute rund 40 Prozent weniger Immobilieneigentum als noch vor 5 Jahren. In dieser Hinsicht sind auch Luxemburg, Schweden, Großbritannien, Norwegen und Kanada gefährdet.
3. Drohende Contagion-Effekte: Selbst wenn die deutschen und österreichischen Immobilienmärkte aktuell noch weniger gefährdet sind als die Märkte anderer Länder, kann es sehr schnell zu Ansteckungseffekten kommen, wenn anderswo die Immobilienblase platzt. Die Städte mit dem höchsten Blasenrisiko sind nach einer Analyse der Großbank UBS Vancouver, London, Stockholm, Sydney – und München! In Kanada und Australien gilt inzwischen jede zweite Immobilie als riskant.
4. Brenzlig wird’s ferner, wenn Immobilienkäufer nur noch auf Wertsteigerung setzen. Auch wirtschaftlich eher schwache Personen erwerben dann Häuser und Wohnungen, deren Finanzierung »auf Kante genäht« ist. Es erfolgt keine Tilgung, weil man ausschließlich auf die Wertsteigerung des Objekts setzt.
5. Zunehmend riskante Finanzierungen: Mit immer geringerem Eigenkapital werden immer teurere Häuser erworben – und die Banken spielen mit.
6. Starke Nachfrage ausländischer Spekulanten: Vor allem Chinesen haben

durch ihre Käufe die Immobilienpreise in Vancouver und Toronto regelrecht explodieren lassen.

7. Immobilienfinanzierer geraten in Schieflage: Im September 2007 kam es zu einem Run auf die britische Hypothekenbank Northern Rock, nachdem das Institut eine Gewinnwarnung veröffentlicht hatte. Im Juli 2008 meldete der US-amerikanische Hypothekenfinanzierer IndyMac Bank Insolvenz an. 2 Tage später waren die Banken Freddie Mac und Fannie Mae pleite und mussten von der US-Regierung gerettet werden. Der bereits erwähnte größte kanadische Immobilienfinanzierer, Home Capital, musste im Frühjahr 2017 Notkredite in Anspruch nehmen, um nicht Bankrott zu machen. Der Aktienkurs des Unternehmens brach daraufhin um 65 Prozent ein. Grund für dieses Desaster: Kunden von Home Capital hatten in ihren Darlehensanträgen falsche Angaben gemacht, um Baugeld zu bekommen.
8. Schaltet die Euphorie die Wahrnehmung von Risiken zunehmend aus, so ist auch dies in der Regel ein Indiz für eine baldige markante Preiskorrektur.

Fast alle Frühwarnsymptome blinken also. Dass die Blase in naher Zukunft platzen wird ist so gut wie sicher. Fraglich bleibt nur, wo und wann dies geschieht. Statt in neue (und größtenteils überteuerte) Immobilien zu investieren, empfehle ich Ihnen, in eventuell bereits vorhandene Objekte zu investieren, um sie zu sanieren, zu modernisieren oder seniorengerecht aus- beziehungsweise umzubauen. Hierzu können Sie gegebenenfalls das günstige Zinsniveau zur Finanzierung nutzen. Mit solchen Maßnahmen erhöhen Sie den Wert und die Werthaltigkeit Ihres Objekts.

Vor einiger Zeit führte ich in Kärnten ein Gespräch mit einem dort tätigen Steuerberater. Er berichtete mir, er fürchte sich überhaupt nicht vor dem Platzen der Immobilienblase; im Gegenteil, er habe erst kürzlich eine große Eigentumswohnung erworben. Als ich dann nach den Details fragte, wurde mir schnell klar, weshalb der offensichtlich recht wohlhabende Österreicher einen Immobilien-Crash nicht fürchten muss. Erstens befindet sich die Wohnung in bester Lage am Wörthersee. Die Namen seiner Nachbarn lesen sich wie das Who’s who der internationalen Jetset-Prominenz. Besagter Steuerberater konnte sich also glücklich schätzen, in dieser privilegierten Lage überhaupt eine Immobilie zu bekommen. Das Angebot an solchen

Eigentumswohnungen ist extrem knapp, die Nachfrage groß. Selbst bei einem heftigen Crash bei österreichischen Immobilien hätte der Eigentümer kaum nennenswerte Einbrüche zu befürchten. Darüber hinaus ist er mit seiner Frau in diese komfortable Wohnung eingezogen. Mithin besteht kein Vermietungsrisiko. Die Immobilie bezahlte er mit den Erlösen aus dem Verkauf seines ebenfalls in Kärnten gelegenen Landhauses, für das er einen Preis realisieren konnte, von dem er vor ein paar Jahren nicht einmal zu träumen gewagt hätte. Der Steuerberater hat also auch kein Finanzierungs- und Zinsänderungsrisiko, da er seine neue Wohnung komplett mit Eigenmitteln bezahlte. Da er diese Wohnung eines Tages an seine Tochter vererben möchte, plant der Wohnungseigentümer sehr langfristig. Er könnte also einen Crash auf dem Immobilienmarkt locker aussitzen.

In der Tat, mein Gesprächspartner konnte über die Warnungen vor einem Platzen der Immobilienblase nur gelangweilt lächeln, wohl wissend, dass er selbst nicht oder allenfalls nur in sehr geringem Umfang davon betroffen wäre. Nun ist leider aber nicht jeder Immobilienkäufer in einer so beneidenswerten Lage wie dieser wohlhabende Österreicher. Für die meisten ist der Kauf einer Immobilie die größte und langfristigste Investition ihres Lebens. Das niedrige Zinsniveau verführt überdies viele dazu, das Objekt mit 90 oder gar 100 Prozent Fremdkapital zu finanzieren. Brechen dann die Immobilienpreise drastisch ein, dürfte sich bald die finanzierende Bank melden und nach zusätzlichen Sicherheiten fragen, denn wenn ein Objekt erheblich an Wert verliert, taugt es auch nicht mehr in vollem Umfang als Absicherung für das Kreditinstitut.

**Fazit:** Immobilien sind und bleiben ein sehr empfehlenswerter Sachwert; nicht zuletzt, weil man ihn auch unmittelbar nutzen, also darin wohnen kann. In Zeiten der geradezu absurden Marktüberhitzung wäre ich allerdings mit neuen Engagements zurückhaltend und würde eher in die Modernisierung bereits vorhandener Immobilien investieren.

## 16 | 2 Diamanten – »Investor’s best friends«?

Beginnen wir ganz pragmatisch mit dem unbestreitbaren Vorteil eines Diamanteninvestments: Kein anderer Sachwert verdichtet so große Werte in einem so winzigen Volumen wie ein solcher Edelstein von bester Qualität. Es sei wesentlich einfacher, in Notzeiten einen lupenreinen Zweikaräter über die Grenze zu bekommen als mehrere Kilogramm Gold oder sogar einen Picasso, sagte einmal der Chef eines großen Schweizer Auktionshauses. Er meinte das eher scherzhaft, und dennoch enthält seine Aussage einen wahren Kern. Bedenken Sie: Ein Zweikaräter mit GIA-Zertifikat, lupenrein und in hochfeinem Weiß + repräsentierte im Frühsommer 2017 einen Wert von mindestens 80 000 Euro. 2 Karat entsprechen nur 0,4 Gramm. 2 Kilogramm Gold kamen zur selben Zeit auf einen Wert von rund 72 000 Euro. Der Wert eines Diamanten steigt überproportional mit dessen Gewicht. Mit dem Wert eines lupenreinen Drei- oder gar Vierkaräters (entsprechend 0,6 beziehungsweise 0,8 Gramm) von bester Qualität kann man schon eine beachtliche Immobilie kaufen.

Nun zu den Nachteilen eines Diamanteninvestments. Wenn Sie sich für ein Edelsteindepot entscheiden, müssen Sie über weitreichende Vorkenntnisse verfügen, um nicht über den Tisch gezogen zu werden. Sicher haben Sie schon von den »4 C« als wertbestimmende Faktoren eines Diamanten gehört. Diese »Cs« stehen für Carat (Gewicht), Colour (Farbe), Clarity (Reinheit) und Cut (Schliff). Tatsächlich sind es aber mindestens sechs C, die über den Wert eines Diamanten entscheiden. Das fünfte C steht für Certificate. Ohne Zertifikat (oft auch Graduierungsreport genannt) eines anerkannten gemmologischen Instituts verliert ein Edelstein dramatisch an Wert. Wird Ihnen ein Diamant mit einem Zertifikat von einem allenfalls regional bekannten Institut oder nur mit einer Echtheitsbescheinigung des Juweliers angeboten, sollten sie sich auf dieses Geschäft nicht einlassen. Erhebliche Verluste wären programmiert. International anerkannt werden die Zertifikate von GIA und HRD sowie – bei kleineren Steinen – IGI [32] › Hinweis. Das sechste C steht schließlich für »Conflict-free«, denn mit den sogenannten Blutdiamanten möchte niemand etwas zu tun haben. Wenn ein Stein in dieser

Hinsicht nicht über jeden Zweifel erhaben ist, drohen erhebliche Preisabschläge.

Außerdem sollten Sie wissen, dass die Handelsspannen bei Edelsteinen recht hoch sind. Der erzielbare Verkaufspreis – zum Beispiel über Edelsteinhändler oder Auktionshäuser – liegt in aller Regel erheblich unter dem Einstandspreis. Holen Sie auf jeden Fall Vergleichsangebote ein, wenn Sie einen Diamanten verkaufen möchten. Auch im Internet gibt es empfehlenswerte Adressen, zum Beispiel *www.diamanten-invest.de* oder *www.carat-online.at*. Diamanten und Farbedelsteine, insbesondere die wertvollen Korunde Rubin und Saphir, können natürlich auch über Auktionshäuser wie *www.sothebys.com*, *www.christies.com* sowie *www.dorotheum.at* und *www.henrys.de* versteigert werden. Dafür können jedoch zum Teil hohe Gebühren anfallen. Also unbedingt vorher nach den Auktionsbedingungen fragen.

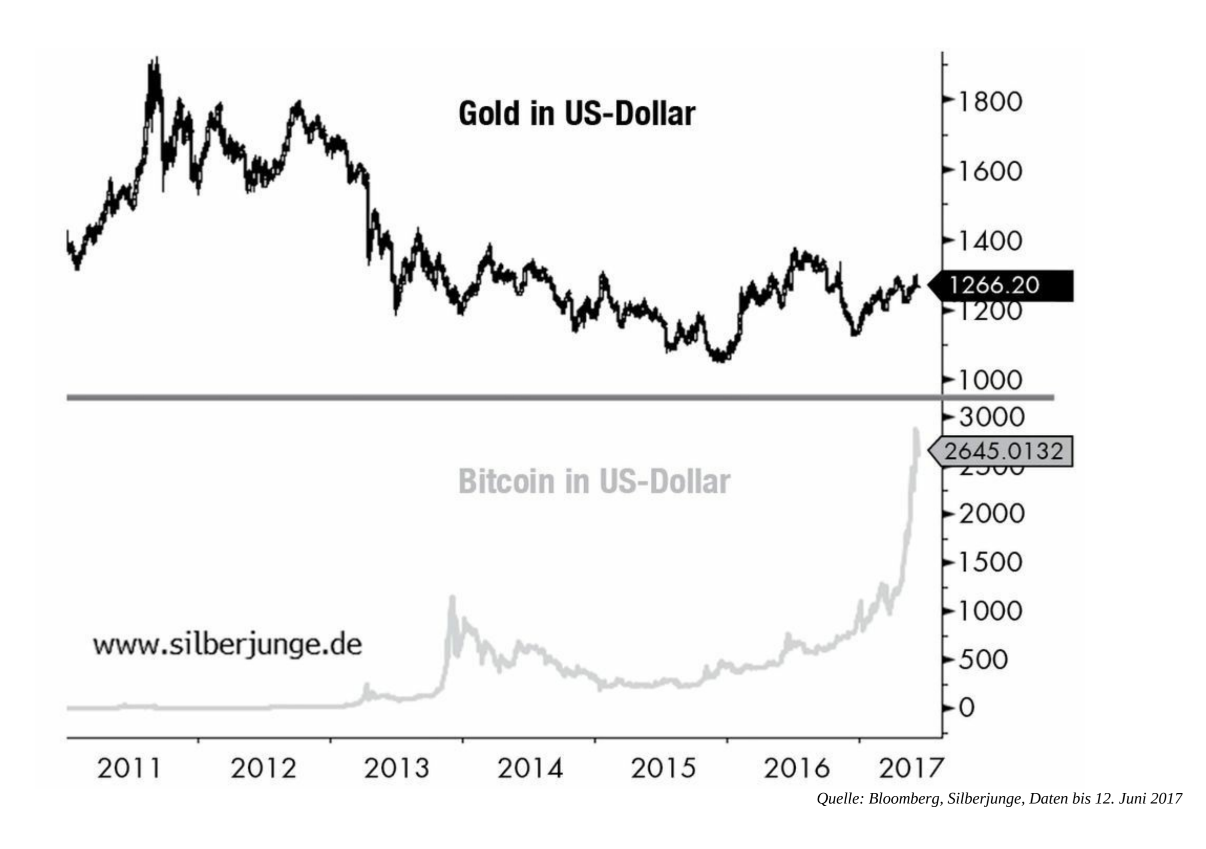
Auf dem Diamantenmarkt herrscht noch immer ein Oligopol, das heißt, wenige Großkonzerne wie De Beers können die Preisentwicklung direkt beeinflussen, indem sie mal mehr, mal weniger Rohdiamanten auf den Markt bringen. Bei den in den vergangenen Jahren ebenfalls stark im Preis gestiegenen Farbedelsteinen stellt sich die Marktsituation anders dar: Hier haben viele kleinere und mittlere Unternehmen das Sagen. Dies führt allerdings zu einer höheren Volatilität der Preise.

**Fazit:** Zum Zwecke der Vermögensdiversifikation erscheinen mir Diamanten als kleine Depotbeimischung durchaus interessant. Zudem ist das Risiko eines Besitzverbotes von Diamanten sehr gering. Wichtig ist jedoch, dass Sie sich sowohl beim Kauf als auch beim Verkauf an einen seriösen Händler wenden.

## 16 | 3 Was ist von Bitcoins zu halten?

Auch diese Frage wird immer wieder gestellt: Welche Zukunft haben Kryptowährungen wie der Bitcoin? Und was ist überhaupt darunter zu verstehen? Bei Kryptowährungen handelt es sich um dezentrale und weitgehend anonym handhabbare Online-Währungen, die weder durch eine Regierung noch durch eine zentrale Organisation reguliert werden und die auch nicht durch Gold oder andere werthaltige Gegenstände gedeckt sind. Viele sehen in Bitcoins eine Alternative zum übermächtigen Überwachungsstaat, der das Leben seiner Bürger immer mehr durchdringt. Für sie ist diese Währung mit ihren dezentralen Netzwerken und den kryptografischen Systemen das Geld der Zukunft. Andere wiederum halten sie für ein reines Spekulationsobjekt und eine Bedrohung des bestehenden Finanzsystems [33] Hinweis .

Mitte Juni 2017 gab es rund 16,39 Millionen Bitcoins. Ihr Marktwert lag beim Preishoch von 2999,98 US-Dollar am 12. Juni 2017 weltweit bei gerade einmal 49 Milliarden US-Dollar. Es ist interessant, dass der Preis für Bitcoins, insbesondere in Schwächephasen des Goldpreises, zulegt. Einerseits zeigt dies die Sehnsucht der Investoren nach einem Wertspeicher, der nicht von den Zentralbanken manipuliert werden kann. Andererseits wird dadurch die Manipulation des Goldmarktes in Phasen wie zum Jahreswechsel 2016/17 evident. Die Basismetalle zogen ab September 2016 an, während Gold und Silber massiv fielen.




*Quelle: Bloomberg, Silberjunge, Daten bis 12. Juni 2017*

Wer jedoch glaubt, Bitcoins könnten anders als Gold vom Staat nicht verboten werden, dürfte sich irren. Je größer die Konkurrenz von Bitcoins zum Papiergeld, desto stärker werden die Staaten dagegen vorgehen. Wetten, dass ...?

**Fazit:** Für mich haben Bitcoins nur einen ideellen Wert. Einige Investoren haben Bitcoins jedoch längst zu einer Art Religion erhoben. Kritik daran kommt einer Gotteslästerung gleich. Jeder Investor muss daher selbst entscheiden, ob er sich von dieser Goldgräberstimmung anstecken lässt. Ich bleibe skeptisch und halte von Bitcoins wenig.

## 16 | 4 »Sweetheart-Investments« – eine echte Alternative?

Der Vollständigkeit halber möchte ich an dieser Stelle noch kurz auf die »Sweetheart-Investments« eingehen. Ergibt es wirklich einen Sinn, in Uhren, Oldtimer, Weine, Kunstgegenstände oder Briefmarken zu investieren? Meine Antwort: Ja, es kann Sinn einen ergeben, wenn der Investor auch ein passionierter Sammler ist und eine emotionale Rendite akzeptiert. Es ergibt hingegen keinen Sinn, wenn sich der Anleger mit der betreffenden Materie nicht auskennt und zum Beispiel nur hochwertige Uhren kauft, weil er für sein Erspartes keine Zinsen mehr bekommt. Für »Sweetheart-Investments« gilt die 3-I-Formel:

**Erst interessieren, dann informieren, dann investieren.**

Bedenken Sie bitte auch: Viele dieser Sweetheart-Investments verursachen hohe Folgekosten. Hochwertige Uhren zu Beispiel müssen nach ein paar Jahren zur »Inspektion«, sonst verlieren sie an Wert. Dafür werden Kosten zwischen 500 und 1000 Euro fällig, bisweilen sogar beträchtlich mehr.

# 16 | 5 Bargeldversorgung sicherstellen

Wie an anderer Stelle schon erwähnt, brauchen Sie Cash, wenn es zum Crash kommt. Sicher haben Sie noch die Bilder aus Griechenland und Zypern vor Augen, wo Menschen ratlos vor den Bankfilialen und Geldausgabeautomaten standen und nicht mehr an ihr Geld kamen. Das sollte Ihnen nicht passieren, schließlich brauchen Sie Cash, um Ihr tägliches Leben zu organisieren (wobei es generell empfehlenswert ist, sich Lebensmittel- und Wasserreserven anzulegen, um auch dann nicht in Schwierigkeiten zu geraten, wenn aufgrund eines weitreichenden Crashs mit zusammenbrechender Logistik der Supermarkt um die Ecke geschlossen bleibt oder nur noch ein sehr eingeschränktes Sortiment bietet).

Die Bargeldreserven sollten Sie dann natürlich nicht auf einem Bankkonto horten, sondern zu Hause in einem sicheren Versteck aufbewahren. Ich weiß, diese Empfehlung klingt angesichts der dramatisch gestiegenen Wohnungseinbrüche riskant. Aber was bringt Ihnen eine Cash-Reserve, wenn Sie nicht über sie verfügen können, weil die Geldausgabeautomaten abgeschaltet und die Bankfilialen geschlossen sind?

## So sichern Sie sich vor Einbrechern

Natürlich können Sie jedes Haus gleichsam in ein »Fort Knox« verwandeln. Das aber ist erstens ziemlich teuer und zweitens nicht jedermanns Sache. Wer will schon ständig in einem Hochsicherheitstrakt wohnen? Der Fachjournalist und Sicherheitsexperte Michael Brückner hat nachfolgend ein paar wichtige Tipps für Sie zusammengestellt, wie Sie sich ohne allzu großen Aufwand effektiv vor ungebetenem Besuch schützen.

Nach wie vor der preiswerteste Einbruchschutz ist **ein aufmerksamer Nachbar**. Ein Glücksfall, wenn Sie jemanden bitten können, während Ihrer Abwesenheit auf Ihr Haus oder Ihre Wohnung zu achten. Umgekehrt haben Sie natürlich auch ein Auge auf die Wohnung Ihres Nachbarn bei dessen Abwesenheit. In anonymen Wohngegenden, wo tagsüber die meisten

Wohnungen leer stehen, weil die Menschen bei der Arbeit sind, können Sie natürlich selten auf diesen Schutz bauen.

Wer das Haus verlässt, schließt die Eingangstür ab. Eigentlich logisch. Doch die Praxis sieht leider ganz anders aus: Wer nur mal kurz außer Haus ist, um schnell etwas zu erledigen, zieht oft die Tür nur zu (»Bin ja gleich wieder da«). Ein Einbrecher braucht jetzt nur einen Schraubenzieher und wenige Sekunden Zeit – und schon steht er mitten in Ihrer Wohnung. Wenn Sie nach 10 Minuten wieder zurückkehren, hat er bereits reiche Beute gemacht und Ihre Wohnung verwüstet. Daher der scheinbar banale, aber dennoch wichtige Rat: **Verschließen Sie unbedingt Ihre Tür,** auch bei sehr kurzfristiger Abwesenheit.

Das Fenster kann man ruhig gekippt lassen, da kann nichts passieren. Von wegen! Ein gekipptes Fenster, das ein Einbrecher gleichsam im Handumdrehen öffnen kann, stellt fast schon eine Einladung dar. **Schließen Sie während Ihrer Abwesenheit alle Fenster.**

Wer im Sommer mit Freunden und Kollegen auf seiner Terrasse grillt, möchte nicht, dass er auf dem Präsentierteller sitzt und den neugierigen Blicken von Passanten ausgeliefert ist. Ein Sichtschutz in Form von hohen Sträuchern ist deshalb willkommen. Doch auch potenzielle Einbrecher freuen sich über solche Sichtbarrieren. Gut einsehbare Terrassen, noch dazu mit Bewegungsmeldern ausgestattet, schrecken Täter ab. **Entfernen Sie deshalb mögliche Sichtbarrieren.**

**Lassen Sie von Freunden oder Nachbarn Ihren Briefkasten leeren.** Ein überquellender Briefkasten signalisiert dem Einbrecher sofort, dass die Wohnung leer steht.

**Kommunizieren Sie Ihre Abwesenheit nicht über die sozialen Netzwerke (Facebook & Co.).**

Generell gilt: Schweigen ist Gold. Ein Praxisbeispiel, das zu denken geben sollte: Max H. möchte sein Auto verkaufen. Er inseriert seinen Wagen im Internet, und schon nach wenigen Stunden ruft ein freundlicher Herr an, der großes Interesse an diesem Angebot zeigt.

»Herr H., mein Name ist Thomas J. Ich würde mir Ihren Wagen gern mal anschauen. Ich bin am Montag in Ihrer Nähe. Würde es Ihnen vielleicht um 10 Uhr passen?«

»Tut mir sehr leid, aber ich muss schon um 8 Uhr im Büro sein.«
»Ach so, verstehe. Und Ihre Frau?«
»Die ist Lehrerin und muss pünktlich um 7:50 Uhr in der Schule sein.«
»Schade. Und sonst ist niemand da? Sohn oder Tochter?«
»Wir haben keine Kinder.«
»Wissen Sie was, dann disponiere ich um und verlege meine Termine. Ab wann sind Sie oder Ihre Frau wieder zu Hause?«.
»Also meine Frau kommt schon um 15 Uhr. Aber wenn es Ihnen nichts ausmacht, wäre ich gern dabei. Ich bin gegen 18 Uhr zu Hause.«
»Prima, Herr H, dann komme ich gegen 18 Uhr. Bin sehr gespannt auf das Auto. Und wenn alles in Ordnung ist, kaufe ich es sehr gern.«

Max H. freut sich, einen potenziellen Käufer an der Angel zu haben.
Doch was weiß er über den Anrufer? Er kennt den Namen, doch der kann falsch sein. Sonst weiß er nichts.
Und was weiß der Anrufer? Er weiß nun, dass die Wohnung von Herrn und Frau H. zwischen 8 und 15 Uhr leer steht.
Passen Sie also auf, welche Informationen Sie Unbekannten geben.

## Das schreckt potenzielle Täter ab:

- ein Einbruch, der laute Geräusche verursacht (akustische Alarmanlage);
- hoher Zeitaufwand beim Einbruch, zum Beispiel für die Überwindung mechanischer Sicherungen;
- Licht (Bewegungsmelder) und gut einsehbare Terrassen und Eingangstüren.

Sichern Sie die »Achillesfersen« Ihres Hauses oder Ihrer Wohnung.

Grundsätzlich gilt: Bei der Absicherung Ihrer Wohnung geht Mechanik zunächst vor Elektronik. Es ergibt relativ wenig Sinn, sich eine Alarmanlage installieren zu lassen, wenn Sie über eine einfache Haustür mit Uralt-Zylinder verfügen, die ein Täter mit dem Schraubenzieher in Nu öffnen kann. In acht von zehn Fällen werden die Türen mit einfachstem Hebelwerkzeug aufgebrochen.
Wenn Sie also teure Wertsachen in Ihrer Wohnung lagern, lassen Sie Ihre

alte Eingangstür am besten durch eine einbruchhemmende Tür ersetzen. Diese gibt es in allen gängigen Materialien, zum Beispiel aus Metall, Kunststoff oder Holz. Sollten Sie sich nicht dafür entscheiden, empfehle ich Ihnen, Ihre Tür zumindest mit einem massiven Querriegel oder einem Kastenschloss mit Sperrriegel zu sichern.

Wichtig sind ferner die Scharniere der Tür, im Fachjargon Bänder genannt. Die Seite der Tür, die dem Schloss gegenüberliegt, nennt man daher Bandseite. Stößt der Täter auf der Schlossseite auf unerwarteten Widerstand, wird er womöglich einen zweiten Versuch auf der Bandseite riskieren. Diese Seite der Tür wird bei der Sicherheitsanalyse oft vernachlässigt. Man konzentriert sich allein auf das Schloss, obwohl einfache Bänder ohne großen Aufwand entfernt werden können.

## Welcher Tresor ist der richtige?

Klare Sache: Alles, was wertvoll ist, gehört in einen Wertschutzschrank, umgangssprachlich Tresor oder Safe genannt. Nur – welche Voraussetzungen muss dieser Schrank erfüllen, um erstens Ihre Wertsachen vor dem Zugriff von Einbrechern zu schützen und zweitens von der Versicherung anerkannt zu werden? Wenn Sie in Ihrem Haushalt Dinge mit hohem Wert – zum Beispiel Bargeld, Goldmünzen oder – barren, Diamanten, wertvolle Briefmarken usw. – aufbewahren möchten, ist die Anschaffung eines Wertschutzschrankes dringend zu empfehlen. Er schützt die Wertgegenstände nicht nur vor Einbrechern, sondern zudem vor Feuer.

Achten Sie beim Kauf darauf, dass der Wertschutzschrank den Anforderungen der VdS entspricht. Dieses Unternehmen gehört zum Gesamtverband der Versicherungswirtschaft. Um die VdS-Anerkennung eines Wertschutzschranks erkennbar zu machen, erhält er eine VdS-Plakette an der Innenseite der Tür. Diese Plakette informiert über die wichtigsten Konstruktions- und Anerkennungsdaten des jeweiligen Tresors (zum Beispiel Jahr der Herstellung, Produktbezeichnung des Herstellers, Klasse der ausgesprochenen Zertifizierung und die VdS-interne Verwaltungsnummer).

Es gilt, zwischen unterschiedlichen, vom VdS anerkannten Widerstandsgraden der Tresore zu unterscheiden. Sie reichen von N und I bis X. Für Privatpersonen sind in der Regel Wertschutzschränke in den

Widerstandsgraden N, I und II ausreichend.

**Wichtig:** Vom Widerstandsgrad des Wertbehältnisses ist die Deckungssumme Ihrer Hausratsversicherung abhängig. Das heißt, es gibt entsprechende Höchstgrenzen bei der Entschädigung durch Ihren Hausratversicherer. Je höher die Deckungssumme, desto massiver muss ein Wertschutzschrank sein. Durch den Einbau einer anerkannten Einbruchmeldeanlage (EMA) können Sie die Deckungssumme nochmals erhöhen.

## 16 | 6 Schulden meiden – was uns die Geschichte lehrt

Mitunter höre ich, eine Währungsreform berge für Schuldner erhebliche Vorteile. Ist es nicht so, dass man sich bei einem Währungs-Crash auf billige Weise entschulden kann? Erscheint es daher nicht clever, jetzt noch Fremdkapital aufzunehmen? Liebe Leserin, lieber Leser, meine Empfehlung an dieser Stelle ist eindeutig: Meiden Sie Schulden – ganz gleich, ob nun ein Crash droht oder nicht. Natürlich gibt es Situationen im Leben, in denen Sie fremdes Geld brauchen. Zum Beispiel, weil nicht vorhersehbare Anschaffungen bevorstehen oder teure Reparaturen notwendig werden. Dringend abraten würde ich hingegen davon, den nächsten Luxusurlaub auf Pump zu finanzieren oder sogar Aktien auf Kredit zu kaufen. Wenn Sie aber aufgrund einer vorübergehenden Liquiditätslücke Fremdkapital benötigen, so empfehle ich Ihnen:

**a.** Zahlen Sie Ihren Kredit so schnell wie möglich wieder zurück. Das mag zwar nicht im Interesse Ihrer Bank sein, dennoch gilt: Der beste Kredit ist der, den Sie getilgt haben.

**b.** Vergleichen Sie die Konditionen. Der sogenannte »Dispo«, den Ihnen Ihre Bank auf das Girokonto einräumt, ist in aller Regel vergleichsweise teuer. Bei größeren Direktbanken bekommen Sie sogenannte Abruf- oder Privatkredite, für die Sie nur Zinsen zahlen, wenn Sie sie tatsächlich in Anspruch nehmen. Die Zinsen für solche Produkte liegen meist deutlich unter denen für Dispositionskredite.

**c.** Vermeiden Sie unbedingt Kumulationseffekte, sprich: Hier ein Abrufkredit, dort ein Ratenkredit für die Luxusküche, bei der Hausbank ein stark überzogenes Girokonto, um sich einen schönen Urlaub gönnen zu können, dazu hohe Leasingraten für das Auto und natürlich das monatlich zu bedienende Immobiliendarlehen – da verliert man sehr schnell den Überblick.

Das Darlehen für die eigene Immobilie ist zwar anders zu bewerten als der

Kredit für den schnellen Konsum, doch auch in diesem Fall sollten Sie so schnell wie möglich tilgen, denn sonst wird es trotz niedriger Zinsen schnell richtig teuer. Wie teuer, zeigt das folgende Beispiel: Angenommen, Sie nehmen zur Finanzierung einer Eigentumswohnung ein Darlehen von 250 000 Euro auf. Dafür zahlen Sie pro Jahr 1,59 Prozent Zinsen. Gehen wir hypothetisch davon aus, dass der Zinssatz bei der nach 10 Jahren fälligen Anschlussfinanzierung auf 3,0 Prozent steigen wird. Sie tilgen während der gesamten Laufzeit mit jährlich 2,0 Prozent der Darlehenssumme. In diesem Fall hätten Sie Ihre Immobilie nach etwa 37 Jahren entschuldet. Ihrer Bank hätten Sie in dieser Zeit aber weit über 110 000 Euro Zinsen gezahlt. Eine Menge Geld, finden Sie nicht? Eine langsame Tilgung von Immobiliendarlehen lohnt sich nur dann, wenn Sie das Objekt vermietet haben und die Schuldzinsen steuerlich geltend gemacht werden können.

Doch kommen wir nach diesen grundsätzlichen Tipps zur Ausgangsfrage zurück: Bringt eine Währungsreform für Schuldner wirklich Vorteile? Dezidiert nein, das zeigen die beiden Währungsreformen, die Deutschland im vergangenen Jahrhundert erlebte. Da der Gesetzgeber kein Interesse daran hat, die Bürger zu entschulden, weil dies die Volkswirtschaft und die Banken endgültig ruinieren würde, erfolgt einfach eine Umrechnung der Schulden auf die neue Währung. Im Jahr 1925 setzte die Regierung das sogenannte Aufwertungsgesetz in Kraft. Dies hatte zur Folge, dass die Immobilienschulden aus der Weimarer Republik nachträglich aufgewertet wurden.

Nehmen wir die Währungsreform des Jahres 1948 unter die Lupe. Damals bekam man für 100 Reichsmark 6,5 neue D-Mark. Wer also 10 000 Reichsmark angespart hatte, erhielt 650 D-Mark. Allerdings wurden Hypotheken und andere Verbindlichkeiten im Verhältnis 100:10 umgestellt. Im Klartext: Für 10 000 Reichsmark musste man 1000 D-Mark tilgen. Die Schulden sind danach also in der Tat beträchtlich gestiegen. Somit ist es keine gute Idee, in Erwartung eines Währungs-Crashs Schulden zu machen.

## 16 | 7 Bankguthaben bei Sparkassen und Volksbanken

Seien wir ehrlich: Wenn es eines Tages zum globalen Finanz-Crash kommt, dann hilft Ihnen die beste Einlagensicherung nicht viel. Denn dann sprechen wir über Summen, die niemals wirklich abgedeckt werden können. Keiner, der etwas von der Materie versteht und ehrlich zu Ihnen ist, wird ernsthaft bestreiten, dass bei einer den gesamten Bankensektor erfassenden Systemkrise die Einlagensicherung in jedem EU-Land sehr schnell an ihre Grenzen stoßen würde.

In diesem Abschnitt jedoch gehe ich nicht vom schlimmsten vorstellbaren Worst Case aus, sondern ich unterstelle – schlimm genug –, dass eine Bank im In- oder Ausland pleitegeht. Beispiele dafür gab es in den vergangenen Jahren zuhauf – angefangen von Lehman Brothers bis hin zum Zusammenbruch der zuvor auch in Deutschland aktiven Banken auf Island. Für den Fall, dass eine Bank in Schwierigkeiten gerät, empfiehlt es sich, zuvor auf die Einlagensicherung zu schauen. Innerhalb der Europäischen Union (EU) sind Bankeinlagen bis maximal 100 000 Euro pro Kunde und Bank gesetzlich geschützt. Allerdings hat jedes Land eigene Sicherheitssysteme für den Fall einer Bankenpleite. In Deutschland existieren neben der gesetzlichen Einlagensicherung freiwillige Sicherungssysteme, sodass im Extremfall auch Kundengelder in Millionenhöhe zurückgezahlt werden können.

Meine Empfehlung: Zahlen Sie Ihre größeren Ersparnisse, die Sie nicht zu Hause aufbewahren wollen, auf Konten bei Sparkassen und Genossenschaftsbanken ein. Diese Kreditinstitute sind nämlich nicht Mitglieder in den gesetzlichen Entschädigungseinrichtungen. Stattdessen stützen sie sich auf die sogenannte Institutssicherung. Das heißt, gerät eine Bank in Schwierigkeiten, springt ein anderes Kreditinstitut aus dem Verbund ein. Dadurch soll verhindern werden, dass es überhaupt zu einer Insolvenz und somit zu einem Entschädigungsfall kommen kann. Dadurch sind die Einlagen der Kunden faktisch in unbegrenzter Höhe abgesichert. Allerdings

ist die Institutssicherung der Genossenschaftsbanken und Sparkassen der EU-Kommission und der EZB schon seit Jahren ein Dorn im Auge (siehe Kapitel 10). Das ist absolut unverständlich, denn tatsächlich kam es bisher zum Beispiel im Bereich der Genossenschaftsbanken seit Bestehen der Bundesrepublik noch nie zu einem Insolvenzfall.

Sollten Sie sich für eine Bank in einem anderen EU-Land entscheiden, so achten Sie auf die Bonitätsnote des entsprechenden Staates. Sehr gute Beurteilungen durch Standard & Poor’s, Moody’s und Fitch sind zwar keine Garantien, wie wir spätestens seit der Subprime-Krise in den USA wissen, doch geben sie zumindest ein kleines Stück mehr Sicherheit, wenn Sie Ihr Erspartes einer ausländischen Bank anvertrauen möchten. Ich würde in dieser Hinsicht nur Länder mit einem AAA- oder AA+-Rating empfehlen. Dies waren laut Standard & Poor’s im Februar 2017: Deutschland (AAA), Niederlande (AAA), Schweden (AAA) und Österreich (AA+). Vergessen Sie nicht, was ich bereits für den Fall eines Euro-Zerfalls schrieb: Die deutsche Sicherungseinrichtung zahlt bei einer Pleite einer Bank aus einem anderen Euro-Mitgliedstaat nur aus, wenn vorher das Geld von der entsprechenden nationalen Sicherungsinstitution geflossen ist. Seien Sie also vorsichtig.

## 16 | 8 Inflation Linked Bonds – eine gute Idee?

Inflationsgekoppelte Anleihen – noch nie gehört? Das Prinzip ist ganz einfach: Sie bekommen Anleihen, die mit einem Realzins ausgestattet sind, zusätzlich erhalten Sie einen Inflationsausgleich. Maßgebend dafür ist ein fiktiver Warenkorb. Wenden wir uns zunächst dem Inflationsausgleich zu. Bei der Bundesanleihe DE0001030567 wird als Referenzindex für den Inflationsausgleich der »Harmonisierte Verbraucherpreisindex der Euro-Zone (HVPI) ohne Tabak« zugrunde gelegt. Angenommen, dieser Verbraucherpreisindex steigt von 100 am Tag der Auflegung der Anleihe im März 2015 bis zur Fälligkeit im April 2026 auf 120. Dann erhält man einen Inflationsausgleich von 20 Prozent. Darüber hinaus wird jährlich ein Kupon ausgezahlt, der letztlich für die Realverzinsung steht.

Am 15. April 1998 wurde von den USA ein Inflation Linked Bond mit einer Laufzeit bis 15. April 2028 und einem jährlichen Kupon von 3,625 Prozent aufgelegt. Zusätzlich zum Inflationsausgleich erhält der Käufer des Bonds also bei 100 Dollar Nennbetrag jedes Jahr 3,625 US-Dollar. Am 28. Februar 2013 wurde jedoch ein Inflation Linked Bond der US-Regierung mit Laufzeit bis zum 15. Februar 2043 begeben, der einen jährlichen Kupon von nur 0,625 Prozent zahlt.

Was jedoch die wenigsten Käufer solcher Bonds wissen: Wenn die Realzinsen ansteigen, müssen bei neuen Inflation Linked Bonds wieder höhere Kupons bezahlt werden. Alte Bonds mit niedrigem jährlichem Kupon werden dann uninteressant. Der Kurs dieser Papiere fällt. Steigende Realzinsen führen daher zu fallenden Kursen von Inflation Linked Bonds, selbst wenn die Inflation steigt.

**Fazit:** Aus meiner Sicht ergeben diese Bonds wenig Sinn.

## 16 | 9 Aktien als Teil Ihres Vermögensportfolios

Zugegeben, Aktien sind derzeit alles andere als preiswert. Tatsächlich sind die Aufschwünge an den wichtigsten Aktienmärkten der beispiellos lockeren Geldpolitik geschuldet. Der bekannte Schweizer Börsenexperte, Fondsmanager und Buchautor Marc Faber warnte, das gegenwärtige monetäre Experiment werde »desolat ausgehen«. Wir seien auf der Titanic und trieben auf einen Eisberg zu. Er sagte aber auch: »Im Ernstfall werden Aktien weniger leiden als Anleihen; Edelmetalle können sich gut entwickeln.« Dem stimme ich ausdrücklich zu, auch wenn Anleger angesichts der heiß gelaufenen Aktienmärkte vor einem Einstieg lieber auf Korrekturen hoffen sollten. Dennoch dürften sich Aktien in den kommenden Jahren zum Vermögensschutz besser eignen als Anleihen. Allerdings: Meiden Sie strategische Finanztitel. Alle Banken sind höchst gefährdet, selbst wenn sie in den zurückliegenden Monaten eine Erfolgsrallye sahen. Angesichts der Negativzinsen dürften die Erträge der Kreditinstitute weiterhin unter Druck stehen. Auch die Aktien von Fluggesellschaften gehören gemeinhin zu den besonders volatilen Titeln.

**Fazit:** Aktien – abgesehen von Dividendenpapieren der genannten Branchen – gehören in jedes gut strukturierte Vermögensportfolio.

## 16 | 10 Edelmetalle – was zu beachten ist

Wie an anderer Stelle bereits betont, rate ich Ihnen, bei Ihrem Goldinvestment Barren und Münzen vorzuziehen, also Gold in physischer Form und weniger »Papiergold« in Form von Wertpapieren zu erwerben. Einer der entscheidenden Vorteile des physischen Goldbesitzes: Sie können bei einem renommierten Edelmetallhändler Goldbarren und – münzen bis zu einem Schwellenwert von 9999,99 Euro anonym erstehen, müssen sich also nicht legitimieren. Wie viel Gold Sie an einer sicheren Stelle außerhalb Ihrer Bank aufbewahren, weiß niemand, vor allem nicht die neugierige Finanzbehörde. Zudem können Sie Wertsteigerungen bei Ihren Goldbarren oder – münzen nach Ablauf einer 12-monatigen Haltefrist steuerfrei vereinnahmen. Sie müssen beim Verkauf Ihres Goldes also eventuell entstandene Gewinne nicht mit dem Fiskus teilen. Anders bei Wertpapieren, bei denen Sie Abgeltungsteuer entrichten müssen. Ich empfehle Ihnen darüber hinaus, auf eine intelligente Stückelung Ihres physischen Goldbesitzes zu achten, das heißt, investieren Sie nicht nur in größere Barren, sondern zum Beispiel auch in Goldmünzen. Dann können Sie – je nach Liquiditätsbedarf – kleinere oder größere Goldmengen veräußern.

Dennoch bin ich gewiss kein Gegner von alternativen Edelmetallinvestments, sofern Sie ein paar wichtige Dinge beachten. Je nach Ihren persönlichen Präferenzen sollten Sie zwischen 70 und 80 Prozent Ihres Gold- und Silber-Engagements in Barren oder Münzen investieren, den Rest zum Beispiel in Exchange Traded Funds (ETFs). Einen Nachteil haben diese ETFs jedoch wie alle anderen Anlagevehikel: Die Staaten und Aufsichtsstellen verfügen über maximale Transparenz, und im Krisenfall sind Beschlagnahmungen wesentlich einfacher durchführbar als zum Beispiel bei physischem Edelmetallbesitz.

Erwähnen möchte ich an dieser Stelle noch die währungsgesicherten ETFs der Zürcher Kantonalbank (ZKB) auf Gold und Silber. Diese sind dann sinnvoll, wenn Sie nach einer ausgeprägten Euro-Schwäche gegenüber dem US-Dollar von einer Euro-Aufwertung, also von einem steigenden Euro/US-

Dollar-Wechselkurs ausgehen. Solche Währungsabsicherungen kosten natürlich etwas. Selbst 2013, als das Zinsniveau in den USA und Euroland im kurzfristigen Bereich nahezu gleich hoch war, schnitt bei einem Anstieg des Euro/US-Dollar-Wechselkurses um 4,1 Prozent der währungsgesicherte ETF nur um 2 Prozent besser ab als der nicht währungsgesicherte ETF. Im ersten Halbjahr 2017 lagen die US-Zinsen deutlich über denen in Euroland, was die Absicherung verteuerte.

Neben den ETFs ist bei vielen Anlegern das Xetra-Gold (ISIN DE000A0S9GB0) populär. Bei Xetra-Gold verbrieft ein Anteilschein den Anspruch auf ein Gramm Gold. Davon müssen 95 Prozent vom Herausgeber, der Deutschen Börse Commodities, im Tresor verwahrt werden. Durch die Veröffentlichung der Entscheidung im Bundessteuerblatt Teil II (BStBl II 2015 Seite 834 f.) hat das Bundesfinanzministerium die Finanzverwaltung angewiesen, die mit Xetra-Gold realisierten Gewinne nicht mehr mit der Abgeltungsteuer zu belegen. Damit gilt die erwähnte Spekulationsfrist. Nach der erwähnten Haltedauer von 12 Monaten sind Kursgewinne bei Xetra-Gold ebenso wie bei physischem Gold steuerfrei.

Allerdings weist Xetra-Gold zwei Nachteile auf:

1. Das Gold lagert in Deutschland; bei einem allgemeinen Goldverbot, das man längerfristig nicht ausschließen kann, hätten die zuständigen staatlichen Stellen damit sofortigen Zugriff auf das Anlagegold.
2. Im September 2016 verschreckten Schlagzeilen wie »Deutsche Bank liefert Xetra-Gold nicht mehr physisch aus« die Anleger. Die Aufregung darüber löste Protestwellen aus. Die Deutsche Bank sah sich zu einer Stellungnahme veranlasst. Selbst die ARD nahm sich seinerzeit dieses heiklen Themas an. [34] › Hinweis

Kommen wir am Schluss dieses Kapitels zu einer Frage, die mir immer wieder von Lesern gestellt wird: Was ist von den sogenannten Zollfreilagern zur Aufbewahrung von Edelmetallen zu halten? Wie bereits erwähnt, muss für den Erwerb von Silber, Platin und Palladium Umsatzsteuer gezahlt werden. Gold ist in dieser Hinsicht privilegiert und umsatzsteuerbefreit. Sie haben aber die Möglichkeit, Silber oder die anderen »weißen Edelmetalle« zum Beispiel in der Schweiz umsatzsteuerfrei zu erwerben und sie in einem

Zollfreilager verwahren zu lassen. Bei einer Haltedauer von über einem Jahr ist die Anlage im Zollfreilager auch steuerfrei, da die Abgeltungsteuer nicht anfällt (sollten Sie die Edelmetalle aber in die Bundesrepublik Deutschland, nach Österreich oder in ein anderes Land außerhalb der Schweiz einführen, müssen Sie nachträglich Umsatzsteuer zahlen).

Warum bevorzugen wir die Schweiz als Aufbewahrungsort?

1. Durch ein Volksbegehren könnte ein Verbot von Gold und Silber von der eidgenössischen Bevölkerung verhindert werden.
2. Die Schweiz gehört bekanntlich nicht zur Europäischen Union, sodass EU-Verordnungen hier nicht angewendet werden.
3. Der Schutz privaten Eigentums hat in der Schweiz große Tradition. Ein allgemeines Besitzverbot von Bargeld, Gold und Silber ist höchst unwahrscheinlich.

Hundertprozentige Sicherheit gibt es natürlich nirgendwo, aber die Schweiz ist meines Erachtens der sicherste Ort für Vermögen.

Hongkong halte ich nicht für die richtige Standortwahl aufgrund der dahinterstehenden Volksrepublik China. Auch Kanada sehe ich aufgrund der engen Verzahnung mit den USA nicht als bevorzugten Lagerort an. Gleiches gilt für Singapur. Mir sagte einmal der Vertreter einer Gesellschaft, die selbst Singapur als Lagerort anbietet, wörtlich: »In Singapur braucht nur ein Flugzeugträger der 7. US-Flotte vor Anker zu gehen, und der US-Finanzminister wird sicherlich erfolgreich seine politischen Ziele durchsetzen können.«

Wie auch immer, letztlich ist die Schweiz durch ihre Nähe zu Deutschland und Österreich sowie durch die plebiszitären Elemente aus meiner Sicht der beste Standort für ein Zollfreilager. Wer allerdings neben großen Vermögenswerten auch kleinere Teile in Kanada und Hongkong »parken« will, kann dies zur Risikostreuung gewiss tun.

Zu den Anbietern von Zollfreilagern gehören in Deutschland unter anderem Degussa Goldhandel, pro aurum, Elementum Deutschland und OrSuisse. Ich selbst habe in Embrach am Flughafen Zürich Elementum und OrSuisse besucht. Schauen Sie sich stets das Prozedere an. Ein Zollfreilager in

Deutschland würde ich dabei nicht wählen. Immerhin können innerhalb der EU und somit auch in Deutschland die Vorschriften für Zollfreilager verschärft werden. Selbst in der Schweiz wird die Kritik an Zollfreilagern lauter, denn diese seien nicht zur jahre- oder jahrzehntelangen Aufbewahrung von Kunstobjekten oder Edelmetallen geschaffen, sondern zur Förderung des internationalen Handels mit Transitwaren, heißt es.

Nicht vergessen dürfen wir in diesem Zusammenhang die Dienstleister GoldMoney und BullionVault. GoldMoney ist ein Hochsicherheitstresor für Edelmetalle. Dort können Sie kein normales Konto eröffnen, sondern eine Holding (Lagerkonto). Sie erwerben damit Eigentum an physischen Tresorbeständen. Es handelt sich dabei nicht um ein Zollfreilager, in dem eine allozierte und segregierte Lagerung [35] › Hinweis möglich ist. Der Verwaltungssitz von GoldMoney befindet sich auf der Insel Jersey, einer britischen Kanalinsel. Ich hätte hier lieber die Schweiz gesehen. Dennoch kenne ich viele Leser, die mit GoldMoney sehr zufrieden sind und diese Erfahrung gern weitergeben. Es spricht aus meiner Sicht also nichts dagegen, einen Teil des physischen Edelmetalls bei GoldMoney zu investieren. Bedenken Sie dennoch, was die Seite *www.trustablegold.de* zu GoldMoney feststellt:

»Die Unternehmensorganisation und internen Prozesse von GoldMoney werden durch die Wirtschaftsprüfung KPMG geprüft. Eine Prüfung der Edelmetallbestände durch eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft findet aber nicht statt.«

Der Link zur Anmeldung und für nähere Details ist: *https://www.goldmoney.com/*

Auch bei BullionVault sehen wir, dass das Unternehmen eine englische Gesellschaft mit beschränkter Haftung ist, die dem englischen Gesetz unterliegt. Sie existiert bereits seit 2003 und hat mehr als 50 000 Kunden in über 175 Ländern. Im Jahr 2010 hat der World Gold Council (WGC) 11 Prozent Anteile an BullionVault erworben. Die 23 Mitglieder des WGC bestehen aus den größten Goldminenbetreibern der Welt. Das Gold gehört ab Beginn vollständig dem Kunden und kann nicht bei Insolvenz des Unternehmens in die Insolvenzmasse rutschen. Es erfolgt eine regelmäßige Überprüfung der Kundenbestände durch unabhängige anerkannte Wirtschaftsprüfer.

Hier geht es zu BullionVault: *https://gold.bullionvault.de/*

**Mein Fazit dazu:** BullionVault bietet den Vorteil der Überprüfung durch Wirtschaftsprüfer. Beide Gesellschaften können genutzt werden. Ich würde allerdings Anbieter von Zollfreilagern mit dem Löwenanteil der beabsichtigten Investitionssumme bedenken.

## 16 | 11 Zusammenfassung

- Sorgen Sie stets für eine angemessene Bargeldreserve (Cash für den Crash) und verwahren Sie diese außerhalb der Bank in einem sicheren Versteck.
- Unterhalten Sie Sparkonten vorzugsweise bei Sparkassen und Genossenschaftsbanken wegen der besseren Einlagensicherheit.
- Betreiben Sie Krisenvorsorge. Sogar die Bundesregierung ruft dazu auf, Lebensmittel- und Wasserreserven für den Ernstfall anzulegen.
- Meiden Sie Schulden. Als privater Schuldner sind Sie kein Gewinner bei einer eventuellen Währungsreform.
- Meiden Sie in der aktuellen Situation Anleihen. Ausgesuchte Aktien hingegen gehören zu einer durchdachten Vermögensschutzstrategie.
- Setzen Sie vor allem auf physisches Gold und Silber (Silber gegebenenfalls in einem Schweizer Zollfreilager verwahren lassen).
- Halten Sie sich aktuell von dem völlig überhitzten Immobilienmarkt fern. Investieren Sie lieber in bereits vorhandene Immobilien (Modernisierung, Ausbau usw.).
- Diamanten können sich als Depotbeimischung bei großen Vermögen eignen, vorausgesetzt, sie sind von sehr guter Qualität und verfügen über Zertifikate von GIA oder HRD.
- Liebhaber-Investments (Uhren, Weine, Oldtimer usw.) sollten nur infrage kommen, wenn der Anleger eine persönliche Affinität zu diesen Objekten hat.

Abschließend will ich klar sagen, was Sie nicht machen sollten: Die *Bild* – Zeitung gab am 10. Februar 2017 auf ihrer Titelseite in riesigen Buchstaben bekannt: *»Inflation: 4 Rettungs-Pläne für Ihr Geld«* An erster Stelle stand ein Festgeld einer portugiesischen Bank, an zweiter Stelle wurden Fonds genannt, an dritter Stelle Aktien und erst an vierter Stelle Gold. Dass Gold und noch mehr Silber Inflationsschutz bieten, Aktien jedoch bei hoher Inflation preisbereinigt in der Regel zu den Verlierern gehören, wissen Sie nach Lektüre dieses Buches. Dass die *Bild* zuallererst als Tipp zum

Inflationsschutz ein Festgeld mit einer Laufzeit von 5 Jahren und einem Zins von sage und schreibe 1,95 Prozent vorschlägt, verschlug mir die Sprache. Denn bei steigender Inflation kassiert der Anleger dennoch bei 100 Euro Anlage nur jährlich 1,95 Euro und über die gesamte Anlagezeit 9,75 Euro. Schon bei einer Inflation von 2,0 Prozent verliert der Sparer jedes Jahr real Kaufkraft. Noch dazu gilt: Selbst wenn Sie das Geld bei einer Zweigstelle der portugiesischen Bank in Deutschland anlegen, übernimmt die Entschädigungseinrichtung deutscher Banken zwar die Auszahlung. Aber die notwendigen Finanzmittel muss das ausländische Einlagensicherungssystem vor der Auszahlung bereitstellen. Würde bei einer Bankenkrise in Portugal oder einem Euro-Zerfall die dortige nationale Einrichtung das Geld überweisen können? Wohl kaum!

Mein Rat: Finger weg von Vermögenstipps der *Bild* – Zeitung.

## 17 | Kapitel

# Leidenschaftliches Plädoyer für die Freiheit

Dieses Buch soll Ihnen die Augen für die Bedrohungen unseres Bargeldes, unserer Freiheit, unserer Sicherheit und unseres Vermögens öffnen. Es ist wichtig, dass wir uns damit auseinandersetzen, ohne uns dabei von Zukunftsangst lähmen zu lassen. Wenn wir uns jeden Tag nur mit Gefahren, Ängsten und Sorgen quälen, ist eines gewiss: Unsere persönliche Depression wird schneller eintreten als die nächste Depression der Weltwirtschaft. Bedrohungen auszublenden und zu ignorieren, nur persönlichen Leidenschaften zu frönen und sich um unsere Zukunft keine Gedanken zu machen, wäre jedoch verantwortungslos gegenüber unserer Gesellschaft und vor allem unseren nachfolgenden Generationen.

Mich treibt eine große Sorge um: die Besorgnis vor einer Weltregierung und vor einer Weltwährung. Als ich im Februar 2017 darüber bei einer Podiumsdiskussion unter anderem mit dem geschätzten Willy Wimmer, ehemaliger Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium unter der Kohl-Regierung und CDU-Bundestagsabgeordneter ununterbrochen von 1976 bis 2009, zu sprechen kam und auf die Züge eines solchen weltumspannenden Regierungs- und Währungssystems eingehen wollte, rief er dazwischen: »totalitär«. Genau darum geht es. Selbst wenn zunächst Frauen und Männer mit den besten Absichten und wirklich ausschließlich hehren Zielen ans Ruder kämen, so drohen irgendwann böse Mächte ans Ziel zu gelangen. Wäre dies dann der Fall, welche Macht der Erde würde sich ihnen noch in den Weg stellen können? Würden sie all die Kontrollmöglichkeiten, insbesondere in einer Welt ohne Bargeld, anwenden, so wäre dies eine Welt der Unfreiheit, ohne Möglichkeit des Entrinnens. Eine Weltregierung bedeutet über kurz oder lang Totalitarismus.

Und all denen, die jeden Niedrigsteuerstaat angreifen und eine Weltregierung zur Vermeidung von Steuerwettbewerb herbeisehnen, möchte ich den

Ausspruch des mittlerweile verstorbenen FDP-Chefs Guido Westerwelle anlässlich einer Bundestagsrede im Jahr 2009 zur Kritik der Bundesregierung an Steueroasen ins Gedächtnis rufen: »Für die Menschen ist nicht die Oase das Problem, sondern die Wüste drum herum.« Der Euro-Zentralismus und das Bestreben der Gleichschaltung der Regierungen weltweit höhlen langfristig den Wettbewerb um möglichst effiziente Staatswesen mit niedrigen Steuern aus. Ob dies für den Einzelnen tatsächlich von Vorteil ist, darf, nein: muss bezweifelt werden. Erst recht, da die USA bislang nichts dagegen tun, dass der US-Bundesstaat Delaware ein globales Briefkastenzentrum ist. Was Jupiter erlaubt ist, ist dem Ochsen eben noch lange nicht erlaubt.

Eine Weltwährung würde uns zu Geiseln dieser einen Zentralbank und der Großbanken machen. Es gäbe keinen Wettbewerb mehr um die beste Währung, keinen Wettstreit um das Vertrauen von Investoren in die sicherste Währung. Wollen wir das? All das steht nicht nur für einen Souveränitätsverlust der Nationalstaaten, sondern auch für die Entmündigung des Einzelnen. Das Treiben der Europäischen Zentralbank, die außerhalb jeder Kontrolle steht, muss uns Mahnung und Auftrag zugleich sein.

Ich weiß von Top-Insidern und aus vielen Hintergrundgesprächen der vergangenen Jahre, dass sehr mächtige Kreise auf eine derartige Weltregierung hinarbeiten. Mit einer solchen Aussage will ich nicht mit bestehenden Kontakten prahlen, sondern meinen Lesern deutlich machen, warum ich im Jahr 2016 mit Freunden zusammen den Verein »Pro Bargeld – Pro Freiheit e. V.« gegründet sowie viel Zeit, Geld und Kraft in zwei Kundgebungen für das Bargeld in Frankfurt im Jahr 2016 und darüber hinaus gesteckt habe. Viele verstehen nicht, warum ich das tue. Mächtige Kreise arbeiten auf ein Ende des Bargeldes und auf ihre Pläne einer weltumspannenden Regierung hin.

James Paul Warburg sagte vor dem Komitee des Senats für auswärtige Beziehungen am 17. Februar 1950: »Wir kriegen die Weltregierung, ob wir es mögen oder nicht. Die einzige Frage ist, ob die Weltregierung durch Eroberung oder Zustimmung erzielt wird.« James Paul Warburg war der Sohn von Paul Warburg, der eine entscheidende Rolle bei der Gründung der US-Notenbank 1913 spielte und ihr erster Präsident wurde. Er war Mitglied

des CFR (Council on Foreign Relations – Rat für auswärtige Beziehungen) der USA, eines amerikanischen Studienzentrums zu außenpolitischen Themen mit Sitz in New York. Dieser CFR wurde am 29. Juli 1921 in New York City von Colonel Edward Mandell House, dem Berater des US-Präsidenten Woodrow Wilson, ins Leben gerufen. Die Gründung erfolgte im Auftrag der Inhaber der Federal Reserve Bank. Der CFR erklärte ganz offen sein Ziel, die Nationalstaaten zugunsten einer Weltregierung abzuschaffen.

Das von David Rockefeller nicht nur gegründete, sondern auch finanzierte David Rockefeller Studies Program ist ein zentraler Pfeiler des CFR. Rockefeller war von 1949 bis 1985 Direktor, von 1950 bis 1970 Vizepräsident und von 1970 bis 1985 Vorstandsvorsitzender des Council on Foreign Relations. Bei der Gründung der Bilderberger im Jahr 1954 war David Rockefeller zugegen, der führende Vertreter aus Nordamerika und Westeuropa angehören. 1973 wurde auf Initiative von David Rockefeller die Trilaterale Kommission gegründet, der rund 400 höchst einflussreiche Personen aus Nordamerika, Westeuropa und Asien angehören.

Der erste Direktor der Trilateralen Kommission wurde Zbigniew Brzeziński, von 1977 bis 1981 Sicherheitsberater im Kabinett von US-Präsident Jimmy Carter. In seinem Buch *Die einzige Weltmacht* spricht er davon, die Politik der USA müsse die beherrschende Stellung Amerikas »für mindestens eine Generation und vorzugsweise länger« bewahren und gleichzeitig einen geopolitischen Rahmen schaffen, der sich zum »geopolitischen Zentrum gemeinsamer Verantwortung für eine friedliche Weltherrschaft« entwickeln kann. Bereits in seinem Vorwort zum Buch schrieb er im April 1997: »Aber bis es so weit ist, lautet das Gebot, keinen eurasischen Herausforderer aufkommen zu lassen, der den eurasischen Kontinent unter seine Herrschaft bringen könne.«

John D. Rockefeller hatte übrigens der UNO das Grundstück gespendet, auf dem der Gebäudekomplex der Vereinten Nationen entstanden ist. Die Rockefeller Foundation gründete nicht nur die Trilaterale Kommission, sondern 1978 kam die Group of Thirty mit 30 Top-Finanzmarktexperten hinzu, darunter, wie bereits ausgeführt, die gegenwärtigen Chefs der Europäischen Zentralbank, der Bank of England und der Federal Reserve New York. All dies ist belegbar und entspringt nicht den Wirrköpfen

vermeintlicher Verschwörungstheoretiker.

»Mach Dich bereit für eine Weltwährung«, forderte *The Economist* auf seinem Titelblatt am 9. Januar 1988. Abgebildet war eine Münze, die die Jahreszahl 2018 trug. Nein, persönlich glaube ich nicht, dass diese Weltwährung bereits 2018 eingeführt wird. Glücklicherweise gibt es noch keine erfolgreiche Gleichschaltung aller Mächtigen und Staaten auf unserem Planeten. Aber die Gefahren nehmen zu.




*Quelle: Economist, 9. Januar 1988*

Besorgt macht mich insbesondere die Entwicklung in Euroland. Die Target2-Forderungen der Deutschen Bundesbank erreichten im April 2017 ein neues Rekordhoch von 843 Milliarden Euro. Diese Guthaben der Bundesbank bei der Europäischen Zentralbank dürften im Falle eines Euro-Zerfalls kaum werthaltig sein. Mario Draghis gigantische Staatsanleihenkäufe dienen vor allem der Staatsfinanzierung. Die Staaten müssen nur noch geringe Zinsen für neu begebene Staatsanleihen zahlen. So wird der deutsche Sparer am meisten von allen in Euroland zur Ader gelassen. Frankreichs neuer Präsident Emmanuel Macron möchte einen Euroland-Finanzminister und einen eigenen Haushalt. Der deutsche Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble reagiert darauf erschreckend positiv. Macrons Wunschliste umfasst jedoch noch mehr. Er fordert gemeinsame Anleihen der Euro-Länder (Euro-Bonds), die

Vollendung der »Bankenunion« durch eine gemeinsame Einlagensicherung sowie eine EU-Arbeitslosenversicherung. Ich habe Ihnen in diesem Buch gezeigt, dass die Gesamtschulden Frankreichs die unseres Landes bei Weitem übersteigen. Hier will jemand, auf den sich die Pleitegeier ohne gigantische Staatsanleihenkäufe der Banque de France auf Beschluss der EZB längst gestürzt hätten, durch eine Transferunion seine Haut retten. Hjalmar Schacht, ehemaliger Chef der Deutschen Reichsbank, sagte einmal: »Verschuldung ist nichts weiter als vorgezogener Konsum, der in der Zukunft ausfällt.« Der Verdacht drängt sich auf, dass der Preis für die Verschuldung dank Deutschland nicht gezahlt werden soll und die Konsumparty so weitergehen kann.

Deutschland wird so vom größten Raubzug der Geschichte heimgesucht, aber noch erkennt ihn kaum jemand! Target2 habe ich Ihnen vor Augen geführt, und die Risiken bei einem Euro-Zerfall sind gigantisch. Hinzu kommen der Gruselkatalog Macrons und die unkalkulierbaren Risiken aus den Anleihenkäufen der EZB. Das alles macht Deutschland zum Zahlmeister Europas. Die Rechnung dafür wird uns in den kommenden Jahren präsentiert. Es ist der Preis dafür, dass man etwas auf Gedeih und Verderb zusammenhalten will, was einfach nicht zusammenpasst.

Am 28. Mai 2017 enthielt die *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung* (F.A.S.) den im Buch erwähnten Artikel mit dem Titel *»Geheimplan Europa«*, in dem es im Kern um einen gemeinsamen Haushalt für die Euro-Zone und einen gemeinsamen Finanzminister geht. Beim Tag der Deutschen Industrie in Berlin am 20. Juni 2017 zeigte sich Angela Merkel dann offen für eine Vertiefung der Euro-Zone. Sie könne sich »eine gemeinsame Wirtschaftsregierung vorstellen«. Über einen gemeinsamen Finanzminister und ein gemeinsames Euro-Budget könne man ebenfalls nachdenken, »wenn die Rahmenbedingungen stimmen«. Natürlich heißt es noch einschränkend, »wenn die Rahmenbedingungen stimmen«. Merken Sie was? Es geht los. Zunächst unauffällig, beiläufig, und dann werden plötzlich Beschlüsse geschnürt. Wer wird dabei wieder nicht gefragt werden wie bei der Euro-Einführung und allen großen Europa-Entscheidungen? Wir!

Spätestens bei krisenhaften Zuspitzungen in Italien oder Frankreich wird man uns noch mehr Zentralisierung in Brüssel und noch weniger nationale

Kompetenzen aufs Auge drücken. Ein Europa in Vielfalt, ein Europa der Subsidiarität mit weitgehend souveränen Nationalstaaten wird so zerstört. Die Europäische Zentralregierung wird damit zum Vorbild für eine Weltregierung. Bei mir ruft dies Schaudern hervor, und ich erkläre klipp und klar, dass wir weder die eine Zentralregierung noch die andere brauchen. Im Gegenteil, wir müssen sie scheuen wie der Teufel das Weihwasser.

Der Kontrollverlust der Bundesregierung und allen voran der Bundeskanzlerin seit dem 5. September 2015 ist offenkundig. Dabei handelt es sich nicht um Staatsversagen, sondern einzig und allein um das Versagen der gesamten Bundesregierung, vornehmlich und ausdrücklich der Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel. Der Befehl für die Einführung von Grenzkontrollen zur Abweisung von über sichere Drittstaaten einreisende Flüchtlinge war geschrieben und bedurfte nur der Freigabe durch die Bundeskanzlerin und ihren Bundesinnenminister. Sie haben sich aus der Verantwortung gestohlen. Bis heute wird verheimlicht, vertuscht und vernebelt. Das Berliner Schweigekartell muss endlich durchbrochen werden, wozu ein Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages nur ein erster Schritt wäre. Wir benötigen die Rückkehr zu dem, was unser Grundgesetz vorsieht, nämlich dass sich auf das Asylrecht nicht berufen kann, wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften oder aus einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt ist. Die Verantwortung für das Außerkraftsetzen von Dublin II und all die Folgen des durch die Grenzöffnung verursachten Kontrollverlustes unseres Staates haben einen Namen: Angela Merkel.

Wir alle sind damit konfrontiert, dass wir als eigentlicher Souverän in unserem Land jede Kontrolle längst verloren haben. Wie sich das Brüsseler Machtzentrum immer mehr zu einem Allmachtsstaat entwickelt, zeigen zwei Themen, die unseren Lebensnerv treffen:

Migrationspolitik:

- Am 12. September 2015 wurden die Grenzen für Migranten nicht geschlossen unter Bezug auf EU-Regelungen. Damit begründet Berlin

noch heute die tatsächliche »Flucht vor der Verantwortung«.

- Kanzleramtsminister Peter Altmaier am 4. Mai 2017: »In der Flüchtlingskrise hätte ich mir mehr Europa und gemeinsame Aktionen gewünscht.« Er verkennt, dass Merkel unabgestimmt einen Alleingang unternahm und die Mehrheit der Staaten einen eigenständigen Weg gehen will.
- EU-Kreise wollen, wie beschrieben, in der Migrationspolitik Dublin II aushebeln und damit unser Grundgesetz.
- Flüchtlingsboote dürfen nicht an die Küsten Afrikas zurückgebracht werden. Frontex sowie vor allem Nichtregierungsorganisationen retten Leute 20 oder 30 Kilometer vor der Küste Libyens und bringen sie dann ins 480 Kilometer entfernte Italien. Vorgeschoben werden Urteile des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte, die eine »extraterritoriale Wirkung« von Grund- und Menschenrechten vorsehen, sodass die EU angeblich auch außerhalb ihres Staatsgebietes zur Einhaltung dieser Rechte verpflichtet sei. Politische Entscheidungsspielräume werden so immer kleiner.

Unser Bargeld:

- Die EU arbeitet an einer EU-weiten Bargeldobergrenze, die Wolfgang Schäuble auf nationaler Ebene ohne den Druck der Europäischen Kommission kaum durchsetzen könnte! Schäuble am 9. Februar 2016: »Wir bemühen uns, in Europa einheitliche Obergrenzen für Bargeldtransaktionen zu finden.«
- Österreichs Finanzminister sagte im Mai 2017, ein Bekenntnis zum Bargeld in der Verfassung würde »ins Leere laufen«, da es im Falle einer entsprechenden EU-Rechtsänderung »vom Unionsrecht überlagert und ausgehebelt würde«.

Was sich auf nationaler Ebene schwer durchsetzen lässt, wird durch die Brüsseler Hintertür EU-weit verordnet. Die nationalen Parlamente haben dies dann nur noch in nationales Recht zu gießen. EU-Kommissionspräsident Juncker antwortete im ZDF *heute-journal* am 24. Juni 2016 auf den Brexit, den EU-Austritt Großbritanniens, mit Forderungen nach mehr Zentralisierung in der Flüchtlingsfrage unter dem Deckmantel »Europa ist ein Solidarprojekt«. Damit wird für mich in beiden Fällen der völlig falsche Weg

beschritten. Der Brüsseler Irrweg würde damit mit noch verheerenderer Wirkung fortgesetzt.

Wir Bürger müssen die Kontrolle zurückgewinnen. Wir brauchen eine Massenbewegung für das Bargeld, für ein gerechtes Geldsystem, für unsere Freiheit und vor allem für eine direkte Demokratie nach Schweizer Vorbild. Ohne die Möglichkeiten von Volksbegehren und Volksentscheiden auf nationaler wie europäischer Ebene – diese Prognose wage ich abzugeben – werden wir geradewegs in die Falle laufen.

Ich bitte Sie am Ende dieses Buches, meine Arbeit in Facebook und auf YouTube jeweils unter »Silberjunge« zu verfolgen und möglichst zu unterstützen. Auch bitte ich Sie, unseren Verein »Pro Bargeld – Pro Freiheit e. V.« zu fördern, ob mit Tatkraft oder Spenden. Wir müssen den Menschen die Augen öffnen über den Krieg gegen das Bargeld, unser Geldsystem, eine Europäische Zentralbank außerhalb jeder Kontrolle, die Fehler der Migrationspolitik Merkels, den Allmachtstaat in Brüssel und die Gefahren einer Weltregierung sowie einer Weltwährung. »Wer kämpft, kann verlieren. Wer nicht kämpft, hat schon verloren«, sagte schon Berthold Brecht. Kämpfen wir für unsere Freiheit.

# Quellenangaben

zurück zum Inhalt

[1] Quelle: *Deutsche Wirtschaftsnachrichten,* 24.09.2015.

zurück zum Inhalt

[2] Norbert Haering Blog *(norberthaering.de)*, 05.04.2017.

zurück zum Inhalt
[3] Petra Sorge: »Ein brutales Sozialexperiment«, in: *Cicero online* vom 18. November 2016.

zurück zum Inhalt
[4] Michael Brückner: *Achtung! Bargeldverbot!*, Rottenburg 2015.

zurück zum Inhalt
[5] Zitiert nach: »Bargeldloses Bezahlen entzweit die Gesellschaft«, *Deutschlandfunk*, 15.08.2016.

zurück zum Inhalt

[6] Michael Brückner: *Achtung! Bargeldverbot*, S. 120 f., Rottenburg 2015.

zurück zum Inhalt
[7] Björn Eriksson: *Karten pa bordet,* Stockholm 2014, S. 3.

zurück zum Inhalt
[8] Zitiert nach: »Bundesregierung wirbt für Bargeld-Limit von 5000 Euro«, *Focus Online*, 3.2.2016.

zurück zum Inhalt

[9] Pressemitteilung der ING-DiBa AG vom Juni 2016.

zurück zum Inhalt
[10] Roland Baader: *Das Ende des Papiergeld-Zeitalters. Ein Brevier der Freiheit,* Herausgegeben von Rahim Taghizadegan, Bern 2016, S. 95.

zurück zum Inhalt
[11] Norbert Häring: *Die Abschaffung des Bargelds und die Folgen – Der Weg in die totale Kontrolle,* Köln 2016, S. 61 f.

zurück zum Inhalt
[12] »The Sinister Side of Cash«, *Wall Street Journal*, 25. August 2016.

zurück zum Inhalt
[13] *Bloomberg* vom 14. Dezember 2016; Autor: Ben Steverman.

zurück zum Inhalt
[14] Quelle: IHS iSuppli.

zurück zum Inhalt
[15] Zitiert nach: Otfried Höffe: *Gerechtigkeit. Eine philosophische Einführung*, 2. Auflage, München 2001.

zurück zum Inhalt
[16] Ulrich Bettermann: »Nichts ist ungerechter als die Steuerlast«, *www.welt.de* vom 18.04.2017.

zurück zum Inhalt
[17] Zitiert nach: Michael Brückner: *Die Droge Staat. Über die sanfte Art, Bürger zu entmündigen,* Hamburg 2007, S. 91.

zurück zum Inhalt
[18] Zitiert nach Rahim Taghizadegan (Hrsg.): *Das Ende des Papiergeld-Zeitalters,* S. 83 f., Bern 2016.

zurück zum Inhalt
[19] *Frankfurt Rundschau:* »Die Mitte zählt«, 11.04.2017.

zurück zum Inhalt

[20] Ulrich Bettermann: a. a.O.

zurück zum Inhalt
[21] Quelle: *Statista* 2016.

zurück zum Inhalt
[22] Quelle: Pressemitteilung »Ein Drittel der größeren Städte erhöht 2017 Steuern«, Bund der Steuerzahler Hessen, 19.01.2017.

zurück zum Inhalt

[23] *FAZ.net* vom 08.02.2017: »Belastung durch Grundsteuer: Sie steigt und steigt.«

zurück zum Inhalt
[24] Quellen: *Bloomberg*, Gregor Gielen: »*Können Aktienkurse noch steigen?«*, Springer Gabler, Heidelberg 1994.

zurück zum Inhalt

[25] Roland Baader: *Das Ende des Papiergeld-Zeitalters,* S. 120, Bern 2016.

zurück zum Inhalt
[26] *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 13. April 2013.

zurück zum Inhalt

[27] *http://aaoifi.com/announcement/aaoifi-publishes-english-translation-of-the-shariah-standard-on-gold/?lang=en*.

zurück zum Inhalt

[28] BRIICS steht für Brasilien, Russland, Indien, Indonesien, China und Südafrika.

zurück zum Inhalt

[29] Dimitri Speck: *Hintergründe und Hintermänner – Strategien der Goldpreismanipulationen, Insiderwissen Gold*, Rottenburg 2015 S. 133 ff.

zurück zum Inhalt

[30] Devisenswap: Kauf einer bestimmten Währung bei gleichzeitiger Vereinbarung des späteren Rückkaufs durch die Gegenseite. Die Differenz zwischen den Kursen bei Ankauf und späterem Verkauf wird als Swapsatz bezeichnet.

zurück zum Inhalt

[31] Bruno Bandulet: »Gold, das unverzichtbare Investment – Ein Markt zwischen alter Baisse und neuer Hausse«; in: *Insiderwissen Gold*, Rottenburg 2015, S. 44 f.

zurück zum Inhalt
[32] Michael Brückner: *Diamanten und Farbedelsteine,* Rottenburg 2013, S.77 f.

zurück zum Inhalt
[33] Daniel Kerscher: *Handbuch der digitalen Währungen,* Dingolfing 2014, S. 16 ff.

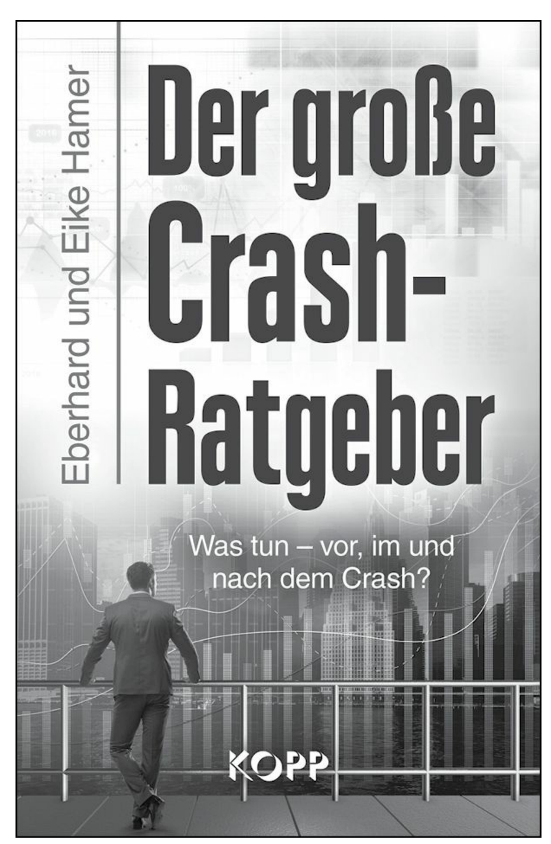
zurück zum Inhalt
[34] *http://boerse.ard.de/anlageformen/rohstoffe/deutsche-bank-patzt-bei-gold100.html*.

zurück zum Inhalt

[35] Bei einem allozierten Konto erhält der Kunde das direkte Eigentum an einem spezifischen Barren, der bei einem Lageristen gelagert ist. Die Identifizierung des Barrens erfolgt in der Regel über Barrennummern. Bei der segregierten Lagerung erhält der Kunde einen maximalen Schutz seines Eigentums. Er ist kein Gläubiger des Verwahrers und trägt entsprechend kein Insolvenzrisiko. Alle Edelmetalle sind auf einen jeweiligen Kunden registriert. Dies ermöglicht dem Kunden jederzeit einen vollständigen Audit über seine Bestände. Eine Auslieferung ist jederzeit möglich.

Ein kostenloser Katalog liegt für Sie bereit.
Jetzt anfordern bei:




**Eberhard und Eike Hamer: Der große Crash-Ratgeber**
**269 Seiten • zahlreiche Grafiken • ISBN: 978-3-86445-421-9 • 22,95 €**
**e-Book • ISBN 978-3-86445-430-1 • 19,99 €**

# Wie sichere ich mein Vermögen oder Unternehmen?

Müssen wir mit einem Crash rechnen? Diese Frage beantworten die beiden Wirtschafts- und Mittelstandsexperten Eberhard und Eike Hamer mit einem klaren »Ja«. Mit diesem Buch möchten sie private Vermögensbesitzer, kleine und mittelständische Unternehmer sowie

Freiberufler in die Lage versetzen, noch rechtzeitig ihr Vermögen so umzudisponieren, dass es vor der kommenden Weltwirtschaftskrise gerettet werden kann.

Der Mittelstand hat in allen großen Weltwirtschaftskrisen nämlich stets zu lange den falschen optimistischen Parolen von Medien, Politik, Banken und Beratern geglaubt und wurde deshalb immer überproportional von Krisen getroffen. Allein in der ersten Weltwirtschaftskrise Anfang der 1930er-Jahre haben mehrere Millionen »gut situierte« Mittelständler alles verloren und sind zu Armen der Gesellschaft geworden. Ebenso sind Millionen mittelständischer Betriebe in Deutschland damals zusammengebrochen, mit entsprechender Massenarbeitslosigkeit und Verarmung der Belegschaft.

Heute stehen wir vor der größten Weltwirtschaftskrise, die die Erde je gesehen hat. Unser Geldsystem wird an seinen inneren Widersprüchen zerbrechen. Die Finanzblase wird platzen. Eine Weltwirtschaftskrise von ungeahntem Ausmaß wird die Folge sein. Sie wird für die meisten zu unbeschreiblicher Armut und Elend führen. Niemand wird sich diesem Desaster der Währungssysteme und dem Zusammenbruch der Börsen entziehen können.

Dieses Buch gibt umfassende und sehr praxisnahe Antworten. Die Analysen sind präzise und fundiert. Sie münden in konkrete Strategien und sind von bestechender Logik.







**Janne Jörg Kipp: Die große Enteignung**
**336 Seiten • zahlreiche Grafiken • ISBN: 978-3-86445-239-0 • 9,95 € statt 22,95 € ***
**e-Book • ISBN: 978-3-86445-340-3 • 8,99 €**

# Der Griff nach Ihrem Vermögen

## Die heimliche Enteignung durch das Weltfinanzkartell und wie Sie Ihr Geld schützen können

Finanzcrash 2008, Euro-Krise, Griechenland-Desaster … die meisten halten Ereignisse wie diese für Zufall. Doch dem ist nicht so! Diese Geschehnisse sind Teil eines Systems, das sich mit »Zentralisierung«

und »Enteignung« beschreiben lässt. Denn ein Kartell aus Großbanken, Politikern und multinationalen Konzernen ist seit Langem damit beschäftigt, zulasten der einfachen Bürger immer mehr Macht und finanzielle Ressourcen in seine Hände zu bringen. Der Finanzexperte Janne Jörg Kipp zeigt Ihnen in diesem Buch, wie das Kartell dabei vorgeht. Er belegt, dass dessen Aktivitäten zugenommen haben – und dass es jetzt auf die größte Enteignung aller Zeiten hinarbeitet. Dabei werden Millionen von Menschen einen Großteil ihrer Ersparnisse verlieren!

Dieses Kartell kontrolliert wichtige Organisationen, die wir für seriös halten mögen, die jedoch genau das Gegenteil sind. So die Weltbank. Oder die EZB und die US-Zentralbank Fed. Was den Anschein einer staatlichen Institution erweckt, ist in Wahrheit eine Interessengemeinschaft von Großbanken.

## Das Instrumentarium der Enteignung

Durch Organisationen wie diese verfügt der verschworene Zirkel über verschiedenste Instrumente der Enteignung. Zu ihnen gehören subtile Methoden wie der Einsatz negativer Realzinsen. Aber auch bewusst inszenierte Crashs und Staatsbankrotte. Janne Jörg Kipp enthüllt sie alle.

## Schuldenschnitt? Staatsbankrott? Währungsreform?

Die nie dagewesene Verschuldung von Ländern in aller Welt ermöglicht dem Weltfinanzkartell eine Enteignung in großem Stil. Wie wird sie aussehen? Müssen wir mit einem globalen Crash rechnen? Mit Schuldenschnitten, Staatsbankrotten und Währungsreformen?

## So bringen Sie Ihre Ersparnisse jetzt in Sicherheit

Janne Jörg Kipp erörtert die Wahrscheinlichkeit dieser Szenarien. Gleichzeitig zeigt er Ihnen, welche Anlageformen von der Katastrophe bedroht sind und wo ihr Vermögen sicher ist.

Ihr Vorteil: Kipp beleuchtet dabei auch die Anlageformen der Superreichen ganz genau. So können Sie vom Wissen der Insider

profitieren und sich deren Erkenntnisse zunutze machen.

* früherer gebundener Ladenpreis







**Thorsten Schulte: Vermögen retten**
**160 Seiten • zahlreiche Abbildungen • ISBN: 978-3-86445-021-1 • 14,95 €**

# Mit Silber gelassen durch das weltweite Schulden- und Euro-Chaos

Deutschlands gefragtester Silber-Experte gibt Profi-Tipps

**In diesem Buch vermittelt Thorsten Schulte wichtiges Basiswissen für den kritischen Anleger und liefert eine grundlegende Analyse, warum ein Investment in Silber helfen kann, Ihr Vermögen zu**

**retten.**

Seit Ausbruch der Finanzkrise zweifeln immer mehr Anleger am System des Papiergeldes. Die gigantischen Schulden sowie die ins beinahe Unendliche gewachsene Geldmenge werden in einer Hyperinflation enden und damit unsere Geldvermögen vernichten.

Welche Werte sind noch solide? Welche Anlageform erweist sich als »sichere Bank«? Thorsten Schulte gibt hier eine klare Antwort: Silber ist aktuell vielleicht die beste Möglichkeit, sein Vermögen zu retten. Vielen Anlegern ist nicht bewusst, welches enorme Potenzial in Silber steckt.

Gerade weil Silber als Anlageform noch nicht allzu bekannt ist, birgt das Edelmetall große Chancen. Denn: Silber wird in der Realwirtschaft und in der Medizin gebraucht - und ist für viele Zukunftstechnologien unverzichtbar.

Mit seinem neuen Buch wendet sich Thorsten Schulte gleichermaßen an Einsteiger und fortgeschrittene Silber-Investoren. Er zeigt dem Leser, weshalb genau jetzt der richtige Zeitpunkt ist, in Silber zu investieren. Nach einem Kapitel mit dem unverzichtbaren Basiswissen rund ums »weiße Gold« nennt Schulte elf überzeugende Gründe, die für ein Silber-Investment sprechen.

Im wohl spannendsten Kapitel wird der Leser leicht verständlich in die Geheimnisse erfolgreicher Anlagestrategien eingeführt, bevor Schulte mit einer glasklaren Zukunftsprognose die Reise durch die Welt des Silbers beendet.

Ergreifen Sie mit diesem Buch eine seltene Chance und profitieren Sie direkt vom weltweiten Silber-Potenzial!

**System funktioniert. Nur so kann er sich nicht wirksam dagegen zur Wehr setzen.**

Joseph Plummer gelingt es in brillanter Art und Weise, dieses System offenzulegen. Er bringt Licht in ein System, das von Intransparenz lebt. Ein System, das Transparenz nur von seinen Bürgern fordert, um sie kontrollieren und ausbeuten zu können.

Joseph Plummer enthüllt dieses System der Finanzkontrolle in einer auch für den Laien verständlichen Sprache. Dabei beleuchtet er die Institutionen und Mechanismen, derer sich die Machtelite bedient:

- Das Federal Reserve System, den Internationalen Währungsfonds, die Weltbank – wer sie geschaffen hat und wer den Nutzen aus ihnen zieht.
- Inflation, Deflation, Aufschwung, Abschwung, Rettungspakete, Depression und Rezession – um was es sich dabei handelt, wie sie ausgelöst werden und wer von ihnen profitiert.
- Ehrliches Geld und betrügerisches Geld – wie sie sich voneinander unterscheiden und wer von ihnen profitiert.
- Der Council on Foreign Relations, die Trilaterale Kommission, die Europäische Union, eine Nordamerikanische Union, eine Eine-Welt Regierung … wer profitiert davon?

Nach der Lektüre dieses Buches werden Sie mit diesen Mechanismen und Institutionen bestens vertraut sein und das System nicht nur durchschauen, sondern auch in der Lage sein, Ihren Wohlstand, Ihre Freiheit und Ihre Zukunft zu sichern und zu schützen!

»Ein gut recherchierter, flüssig geschriebener und leserfreundlicher Ratgeber zum Thema, wie Milliarden Menschen ausgebeutet werden und wie wir uns dagegen wehren können. Dieses Buch ist ein wertvoller und höchst empfehlenswerter Beitrag, der uns zeigt, was zu tun ist.«

*Forster Gamble, Gründer der Bewegung Thrive*

»Dieses Buch könnte zur wichtigsten Lektüre Ihres Lebens werden! Es ist prägnant und erhellend geschrieben, und nach seiner Lektüre versteht man den größten Schwindel der Geschichte. Lesen Sie dieses Buch und fordern Sie Ihre Familie auf, es ebenfalls zu lesen. Ich kann die Bedeutung dieses Buches nicht genug betonen.« *Mark Edge, Moderator der Talkshow Free Talk Live*

»Es war noch nie einfacher, das Federal Reserve System zu verstehen. Eine Pflichtlektüre für alle!« *George Shepherd, Republic Magazine*

»Ein hervorragendes Buch über das private Federal Reserve System … Es fällt schwer, es aus der Hand zu legen.« *Alex Jones, Infowars.com*

# Table of Contents


Titel
Impressum
Vorwort: Freiheit, die wir meinen
1 | Einleitung: Wird 2017 ein Schicksalsjahr für Deutschland?
2 | Kapitel: Unser Bargeld stirbt schleichend
  2 | 1 Der IWF als PR-Berater oder: Biedermann und die Brandstifter
  2 | 2 Indien – das »Versuchslabor« der Cash-Gegner
  2 | 3 Schweden: Notdurft verrichten? Nur per Kreditkarte!
  2 | 4 Weshalb das Bargeld auch in Deutschland bedroht ist
  2 | 5 Mobile Payment – wie wir nach Meinung der Bargeldgegner bezahlen sollen
3 | Kapitel: Stirbt das Bargeld, dann stirbt die Freiheit
  3 | 1 Die Bürger werden zu Sklaven ihrer Hausbanken
  3 | 2 Ohne Bargeld kann sich niemand mehr Bankpleiten entziehen
  3 | 3 In den Fängen der Marketingstrategen
  3 | 4 Totalüberwachung durch den Staat
  3 | 5 Pro Bargeld – Pro Freiheit
  3 | 6 Persönliche Erfahrungen im Kampf für das Bargeld
4 | Kapitel: Freie Bürger: das Rückgrat einer freien Gesellschaft
  4 | 1 Je totalitärer der Staat, desto strenger die Waffengesetze
  4 | 2 Wehrpflicht als Säule von Demokratie und Freiheit
5 | Kapitel: Migrationspolitik 2015: Merkels Versagen statt Staatsversagen
  5 | 1 Angela Merkels Rechtsbruch in der Migrationspolitik
  5 | 2 Wie Brüsseler Kreise das Grundgesetz aushebeln wollen
  5 | 3 Angela Merkel: durchtrieben, nicht getrieben
  5 | 4 Ein Staat ohne Grenzen gerät an seine finanziellen Grenzen
  5 | 5 Ein Staat ohne Grenzen gerät an die Grenzen seiner inneren Sicherheit
  5 | 6 Warum nach der Bundestagswahl ein neuer Ansturm droht
6 | Kapitel: Die Herrschaft des Rechts ist bedroht
7 | Kapitel: Heutige Politik: falsche Gefährten, Gefahren und unsere Gegenwehr
  7 | 1 Angela Merkel – die andere Seite unserer Bundeskanzlerin

7 | 2 Sahra Wagenknechts Huldigungen an Hugo Chávez und Fidel Castro
7 | 3 Martin Schulz – Robin Hood der Entrechteten und Kämpfer gegen Steuerdumping großer Konzerne?
7 | 4 Wie Brüssel überall reinregiert und das Subsidiaritätsprinzip stirbt
7 | 5 Wie uns Sprache manipuliert
7 | 6 Wichtige Demokratie- und Zukunftsfragen
8 | Kapitel: Wer sich auf den Staat verlässt, ist schnell verlassen
8 | 1 Die Abzock-Allianz bittet zur Kasse
8 | 2 Die betrogenen Immobilienkäufer
8 | 3 Die Fonds-Lüge
9 | Kapitel: Über unser Papiergeld
9 | 1 Die EZB – unkontrollierte Macht im Staate
9 | 2 Der Geldsozialismus der EZB
9 | 3 Was wir über Mario Draghi wissen müssen
9 | 4 Unsere Papiergeld-Zentralbanken und Krisen
9 | 5 Alternativen zum heutigen Papiergeld
10 | Kapitel: Euroland – Geld- und Schuldenschwemme
10 | 1 Gibt es den Königsweg zur Lösung der Überschuldung?
10 | 2 Was EZB-Chef Draghi will und was wahrscheinlich ist
10 | 3 Draghi als Totengräber der Sparkassen und Volksbanken?
10 | 4 Target2 hält den »Euro-Laden« zusammen
10 | 5 Was kann trotz allem den Euro-Zerfall auslösen?
10 | 6 Welche Vorsorge müssen wir für einen Euro-Zerfall treffen?
11 | Kapitel: Weshalb Cash wichtig ist – und welche Währungen infrage kommen
11 | 1 Wie hoch sollten die Cash-Reserven ausfallen?
11 | 2 Was es bei Euro-Scheinen zu beachten gilt
11 | 3 Welche Alternativen gibt es zum Euro?
12 | Kapitel: Was wir über Aktien und Anleihen wissen müssen
12 | 1 Wie Kurse und Renditen bei Anleihen zusammenhängen
12 | 2 Weshalb Sie Anleihen meiden sollten
12 | 3 Inflation-linked Bonds – trügerische Sicherheit
12 | 4 Aktien: ein Blick zurück
12 | 5 Was Sie unbedingt über Aktien wissen sollten
13 | Kapitel: Gold – barbarisches Relikt oder ultimativer Krisenschutz?
13 | 1 Onkel Soros’ Märchenstunde: die »ultimative Goldblase«

- 13 | 2 Goldman Sachs krönt alles
- 13 | 3 In der Falle der Berufsauguren
- 13 | 4 Gold – das Fieberthermometer des Papiergeldes
- 13 | 5 Die goldene Strategie
- 13 | 6 Vertrauenswürdige Edelmetallhändler

14 | Kapitel: Silber – das bessere Gold
- 14 | 1 Der Silberpreis auf der Streckfolter
- 14 | 2 Silber wird verbraucht, Gold gehortet
- 14 | 3 Gold/Silber-Ratio fällt vor allem bei Inflation
- 14 | 4 Weshalb ich stets auf den OECD-Frühindikator schaue
- 14 | 5 Zur Entwicklung von Angebot und Nachfrage
- 14 | 6 Steuern sparen beim Kauf von Silber
- 14 | 7 Alternativen zum Investment in physisches Silber
- 14 | 8 Zusammenfassung: Weshalb Silber das bessere Gold ist

15 | Kapitel: Der Einfluss der Terminmärkte auf die Preisentwicklung
- 15 | 1 Was sind Futures?
- 15 | 2 Was man über Leerverkäufe wissen sollte

16 | Kapitel: Grundsätzliches zur Vermögensschutzstrategie
- 16 | 1 Betongold oder Crash-Cocktail?
- 16 | 2 Diamanten – »Investor's best friends«?
- 16 | 3 Was ist von Bitcoins zu halten?
- 16 | 4 »Sweetheart-Investments« – eine echte Alternative?
- 16 | 5 Bargeldversorgung sicherstellen
- 16 | 6 Schulden meiden – was uns die Geschichte lehrt
- 16 | 7 Bankguthaben bei Sparkassen und Volksbanken
- 16 | 8 Inflation Linked Bonds – eine gute Idee?
- 16 | 9 Aktien als Teil Ihres Vermögensportfolios
- 16 | 10 Edelmetalle – was zu beachten ist
- 16 | 11 Zusammenfassung

17 | Kapitel: Leidenschaftliches Plädoyer für die Freiheit

Quellenangaben

Anzeige